

Nationale Konferenz der katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten von Amerika

Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle: Die Katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft

13. November 1986

Herausgeber:
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1

Inhalt

Die Pastoralbotschaft: Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle	7
Warum wir schreiben	8
Die wichtigsten Themen des Hirtenbriefes	10
Ein Ruf nach Umkehr und Handeln	14

Erstes Kapitel

Die Kirche und die Zukunft der amerikanischen Wirtschaft

A. Die amerikanische Wirtschaft heute: Erinnerung und Hoffnung	19
B. Drängende Probleme der Gegenwart	20
C. Die Notwendigkeit einer sittlichen Sicht der Dinge	24

Zweites Kapitel

Das Wirtschaftsleben in christlicher Sicht

A. Sichtweisen der Bibel	28
1. Geschaffen als Gottes Abbild	28
2. Das Volk des Alten Bundes	30
3. Gottesherrschaft und Gerechtigkeit	32
4. Zur Nachfolge berufen	34
5. Armut, Reichtum und die Aufforderung zur Nachfolge Christi	35
6. Eine Gemeinschaft der Hoffnung	37
7. Eine lebende Tradition	38
B. Ethische Normen für die Wirtschaft	40
1. Verantwortlichkeiten im sozialen Leben	40
a) Liebe und Solidarität	40
b) Gerechtigkeit und Teilnahme	42
c) Wie man die Machtlosigkeit von Randgruppen beseitigen könnte	45
2. Die Menschenrechte: Grundvoraussetzungen für das Leben in der Gemeinschaft	46
3. Moralische Prioritäten für die Nation	48

C. Für mehr Gerechtigkeit: Die Arbeit von Personen und Institutionen	52
1. Die arbeitende Bevölkerung und die Gewerkschaften	54
2. Eigentümer und Manager	57
3. Bürger und Regierung	60
D. Christliche Hoffnung und der Mut zum Handeln	62

Drittes Kapitel

Ausgewählte Themen zur Wirtschaftspolitik

A. Beschäftigung	64
1. Umfang und Auswirkung der Arbeitslosigkeit	67
2. Arbeitslosigkeit in einer sich wandelnden Wirtschaft	69
3. Richtlinien des Handelns	
a) Allgemeine Wirtschaftspolitik	73
b) Zielgerichtete Beschäftigungsprogramme	74
c) Überprüfung neuer Wege	76
B. Armut	77
1. Charakteristische Merkmale der Armut	78
a) Kinder in Armut	79
b) Frauen in Armut	80
c) Ethnische Minderheiten und Armut	81
2. Wirtschaftliche Ungleichheit	82
3. Leitlinien des Handelns	82
4. Schlußfolgerung	91
C. Ernährung und Landwirtschaft	
1. Die amerikanische Landwirtschaft - Vergangenheit und Gegenwart	91
2. Richtlinien des Handelns	92
3. Politische Maßnahmen	99
4. Die Solidarität der Farmer	101
5. Schlußfolgerung	102
D. Die amerikanische Wirtschaft und die Entwicklungsländer: Komplexität, Herausforderung und Alternativen	103
1. Die Komplexität der wirtschaftlichen Beziehungen in einer interdependenten Welt	103
2. Die Herausforderung der Katholischen Soziallehre	105
3. Die Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft: konstruktive Alternativen	107
4. Die amerikanische Verantwortung für eine Reform des internationalen Wirtschaftssystems	117
5. Schlußfolgerung	119

Viertes Kapitel

Ein neues amerikanisches Experiment: Partnerschaft für das Gemeinwohl

A. Zusammenarbeit innerhalb der Betriebe und Industriezweige ...	122
B. Zusammenarbeit auf der örtlichen und regionalen Ebene	125
C. Partnerschaft bei der Entwicklung nationaler Strategien	127
D. Zusammenarbeit auf internationaler Ebene	130

Fünftes Kapitel

Ein Engagement für die Zukunft

A. Die christliche Berufung in der heutigen Welt	133
1. Umkehr	134
2. Gottesdienst und Gebet	134
3. Die Berufung zur Heiligkeit in der Welt	135
4. Freizeit	137
B. Herausforderungen an die Kirche	138
1. Bildung	139
2. Unterstützung für die Familie	140
3. Die Kirche als Wirtschaftsfaktor	141
C. Die Straße, die vor uns liegt	145
D. Für ein Königreich der Liebe und Gerechtigkeit	147

Die Pastoralbotschaft Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle

Brüder und Schwestern in Christus!

1. Wir sind als Gläubige berufen, unserem Herrn Jesus Christus zu folgen und sein Evangelium inmitten einer komplexen und mächtigen Wirtschaft zu verkünden. Aus dieser Wirklichkeit ergeben sich für die Katholiken in den Vereinigten Staaten Chancen, aber auch Verantwortlichkeiten. Unser Glaube fordert uns auf, diese Wirtschaft nicht nur daran zu messen, was sie hervorbringt, sondern auch daran, wie sie das Leben der Menschen berührt und ob sie die Würde der menschlichen Person schützt oder verletzt. Wirtschaftliche Entscheidungen wirken sich auf Menschen aus und haben daher eine moralische Qualität: sie helfen den Menschen oder schaden ihnen, stärken oder schwächen das Familienleben, verbessern oder vermindern die Qualität der Gerechtigkeit in unserem Land.

2. Deshalb haben wir den Hirtenbrief „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“ über die Katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft geschrieben. Dieser Brief ist eine persönliche Einladung an die Katholiken in den Vereinigten Staaten, die Quellen unseres Glaubens, die Stärke unserer Wirtschaft und die Chancen unserer Demokratie zu nutzen, um eine Gesellschaft zu gestalten, welche die Würde und die Grundrechte unserer Brüder und Schwestern in diesem Lande und in der ganzen Welt besser schützt.

3. Der Hirtenbrief ist das Ergebnis sorgfältiger Untersuchung, weitgehender Beratung sowie einer Einsicht, die aus dem Gebet kommt. Der Brief ist durch diesen Prozeß des Zuhörens und der Differenzierung sehr bereichert worden. Mit dieser einführenden Pastoralbotschaft wenden wir uns an alle amerikanischen Katholiken, die versuchen, ihren Glauben in der Welt zu leben: zu Hause, im Büro, in Fabrik und Schule, auf Farmen und Ranches, in den Vorstandsetagen und Gewerkschaftszentralen, in Dienstleistungsbetrieben und Parlamenten. Wir wollen erklären, warum wir den Hirtenbrief geschrieben haben, seine wichtigsten Themen vorstellen und unserer Hoffnung auf den Dialog und das Handeln, die er auslösen könnte, Ausdruck geben.

Warum wir schreiben

4. Wir schreiben, um unsere Lehre zu verbreiten, um Fragen zu stellen, um uns gegenseitig herauszufordern, unseren Glauben in der Welt zu leben. Wir schreiben als die Erben der biblischen Propheten, die uns auffordern, „Werke der Gerechtigkeit zu tun, die Freundlichkeit zu schätzen und in Demut mit Gott zu wandeln“ (Mi 6,8). Wir schreiben als Nachfolger Jesu, der zu uns in der Bergpredigt sprach: „Selig sind die Armen im Geiste. . . Selig sind die Erniedrigten. . . Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit. . . Ihr seid das Salz der Erde. . . Ihr seid das Licht der Welt“ (Mt 5,1 - 6, 13 - 14). Diese Worte sind eine Herausforderung an uns nicht nur als Gläubige, sondern auch als Verbraucher, als Bürger, als Arbeitnehmer und Eigentümer. Im Gleichnis vom Jüngsten Gericht sprach Jesus: „Ich war hungrig, und ihr gabt mir zu essen, durstig, und ihr gabt mir zu trinken. . . So oft ihr dies dem Geringsten meiner Brüder getan habt, habt ihr es mir getan“ (Mt 25, 35 - 40). Die Herausforderung für uns liegt darin, herauszufinden, was es hier und jetzt bedeutet, „arm im Geiste“ und das „Salz der Erde“ zu sein, was es heißt, „dem Geringsten unter uns“ zu dienen und „zu hungern und zu dürsten nach der Gerechtigkeit.“

5. Wer Jesus nachfolgen will, muß die tragische Trennung zwischen Glauben und Alltag vermeiden. Er kann sich weder vor seinen irdischen Pflichten drücken noch - wie das Zweite Vatikanische Konzil formulierte - „meinen, so im irdischen Tun und Treiben aufgehen zu können, als hätte das gar nichts mit dem religiösen Leben zu tun, weil dieses nach ihrer Meinung in bloßen Kultakten und in der Erfüllung gewisser moralischer Pflichten besteht“ (Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“, Nr. 43).

6. Das Wirtschaftsleben wirft wichtige soziale und ethische Fragen auf, und zwar sowohl für jeden einzelnen von uns als auch für die Gesamtgesellschaft. So wie die Familie ist die Wirtschaft einer der wichtigsten Bereiche, in denen wir unseren Glauben leben, unseren Nächsten lieben, der Versuchung widerstehen, Gottes Schöpfungsplan erfüllen und unsere Heiligung vollenden. Unsere wirtschaftliche Betätigung im Betrieb, auf dem Feld, im Büro oder Geschäft ernährt unsere Familien - oder nährt unsere Ängste. Sie bringt unsere Begabungen zur Geltung - oder verschwendet sie. Sie stärkt unsere Hoffnungen - oder macht sie zunichte. Sie führt uns zur Zusammenarbeit mit anderen - oder in die Auseinandersetzung. Das Zweite Vatikanische Konzil lehrt uns, „die Botschaft Jesu Christi so zu verkündigen, daß alle irdischen Tätigkeiten der Gläubigen von dem Licht des Evangeliums erhellt werden“ (a.a.O., Nr. 43). In diesem Fall versuchen wir,

das Wirtschaftsleben aus der Sicht des Glaubens zu betrachten und die traditionelle Lehre der Kirche auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten anzuwenden.

7. In unserem Brief schreiben wir als Hirten, nicht als Amtsträger. Wir sprechen als Sittenlehrer, nicht als Experten der Wirtschaft. Wir wollen keine politische oder ideologische Aussage machen, sondern die menschliche und die ethische Dimension des Wirtschaftslebens hervorheben, die in der öffentlichen Diskussion allzuoft vernachlässigt wird. Wir bringen in diese Aufgabe das zweifache Erbe der Katholischen Soziallehre und der traditionellen amerikanischen Werte ein.

8. Als *Katholiken* sind wir die Erben einer langen Tradition von Theorie und Praxis auf dem Gebiet der ethischen Aspekte wirtschaftlichen Handelns. Leben und Worte Jesu und die Lehre seiner Kirche fordern uns auf, den Bedürftigen zu dienen und uns aktiv für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit einzusetzen. Als eine Glaubensgemeinschaft wissen wir, daß unser Glaube an der Qualität der Gerechtigkeit unter uns gemessen wird, daß wir unser Gemeinschaftsleben am besten danach bewerten können, wie wir die Armen und Ausgelieferten behandeln. Dies ist für uns kein neues Thema. Es ist so alt wie die hebräischen Propheten, so zwingend wie die Bergpredigt und so zeitgemäß wie die mächtige Stimme Papst Johannes Pauls II., der die Würde der menschlichen Person verteidigt.

9. Als *Amerikaner* sind wir dankbar für das Geschenk der Freiheit und eingeschworen auf den Traum von „Freiheit und Gerechtigkeit für alle.“ Dieses Land, das mit außerordentlichen Ressourcen gesegnet ist, hat für Millionen Menschen einen beispiellosen Lebensstandard ermöglicht. Wir sind stolz auf die Stärke, die Produktivität und Kreativität unserer Wirtschaft; aber wir denken auch an diejenigen, die in unserem Fortschritt zu kurz gekommen sind. Wir glauben, daß wir unserer Geschichte die größte Reverenz erweisen, wenn wir auf den Tag hinarbeiten, an dem alle unsere Brüder und Schwestern angemessen am amerikanischen Traum teilnehmen.

10. Als Bischöfe, die in der heutigen Zeit das Evangelium verkünden, leiten auch wir Institutionen, müssen Finanzhaushalte ausgleichen und zahlen Gehälter. Dabei sehen wir das menschliche Antlitz unserer Wirtschaft. Wir spüren die Sorgen und Hoffnungen unserer Mitmenschen unmittelbar. Wir nehmen teil an der Not unserer Schwestern und Brüder, die in Armut, ohne Beschäftigung und Wohnsitz am Rande der Gesellschaft leben. Die Armen und Ausgelieferten kommen an unsere Tür, in unsere Pfarreien auf der

Suche nach Hilfe und Obdach. Wir sehen allzuviel Hunger und Ungerechtigkeit, allzuviel Leid und Verzweiflung sowohl in unserem eigenen Land als auch weltweit.

11. Als Hirten sehen wir aber auch die Bescheidenheit, die Großzügigkeit und die Verwundbarkeit unserer Mitmenschen. Wir sehen das verzweifelte Bemühen einfacher Familien, mit ihrem Geld auszukommen und ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Wir kennen den Wunsch von Managern, Freiberuflern und Unternehmern, ihr Wirken nach ihren Überzeugungen auszurichten. Der Glaube, der gute Wille und die Hochherzigkeit unserer Mitmenschen erfüllen uns, die wir diesen Brief schreiben, mit Hoffnung.

Die wichtigsten Themen des Hirtenbriefes

12. Der Hirtenbrief ist kein Klischee für die amerikanische Wirtschaft. Er vertritt keine bestimmte Theorie darüber, wie die Wirtschaft funktioniert, und er versucht auch nicht, in die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Lehrmeinungen einzugreifen. Statt dessen wendet sich unser Brief der Heiligen Schrift und der Soziallehre der Kirche zu. Dort entdecken wir, welchen Zielen unser Wirtschaftsleben dienen soll und welchen Anforderungen es gerecht werden muß. Nachfolgend wollen wir einige dieser ethischen Grundsätze untersuchen.

13. *Jede wirtschaftliche Entscheidung und Institution muß danach beurteilt werden, ob sie die Würde des Menschen schützt oder verletzt.* Der Hirtenbrief beginnt mit der menschlichen Person. Wir glauben, daß die Person heilig ist – die klarste Widerspiegelung Gottes unter uns. Die Menschenwürde kommt von Gott, nicht von der Nationalität, der Rasse, dem Geschlecht, dem wirtschaftlichen Status oder irgendeiner menschlichen Errungenschaft. Wir beurteilen jedes Wirtschaftssystem danach, was es für die Menschen leistet und an ihnen bewirkt und wie es die *Teilnahme* aller an ihm ermöglicht. Die Wirtschaft muß dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

14. *Die Menschenwürde kann nur in der Gemeinschaft verwirklicht und geschützt werden.* In unserer Lehre ist die menschliche Person nicht nur heilig, sondern auch sozial. Wie wir unsere Gesellschaft einrichten – in Wirtschaft, Politik und Gesetzgebung – hat direkte Auswirkungen auf die Menschenwürde und auf die Möglichkeit des einzelnen, in der Gemeinschaft zu

wachsen. Die Verpflichtung, „unseren Nächsten zu lieben“, hat eine individuelle Dimension, aber sie fordert auch ein weitergehendes soziales Engagement für das Gemeinwohl. Wir haben viele Möglichkeiten, um den Zustand unserer Wirtschaft zu messen – das Bruttosozialprodukt, das Pro-Kopf-Einkommen, die Börsenkurse. Die christliche Sicht des Wirtschaftslebens sieht weiter und fragt: „Begünstigt oder bedroht die Wirtschaft unser Zusammenleben als Gemeinschaft?“

15. *Alle Menschen haben ein Recht, am Wirtschaftsleben der Gesellschaft teilzunehmen.* Die Grundgerechtigkeit verlangt, daß allen Menschen ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Teilnahme zugesichert wird. Es ist nicht in Ordnung, wenn eine Person oder Gruppe ungerechterweise ausgeschlossen wird oder zur Teilnahme unfähig ist oder gar keinen Beitrag zum Wirtschaftsleben leisten kann. Zum Beispiel: Menschen, die willens und in der Lage sind zu arbeiten, aber keinen Arbeitsplatz finden können, werden um die Teilnahme gebracht, die für die menschliche Entwicklung unerlässlich ist. Denn erst durch eine Beschäftigung können die meisten Menschen und Familien ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen, ihre Begabungen anwenden und dem Wohl der Gemeinschaft dienen. Diese Teilnahme hat in unserer Tradition eine besondere Bedeutung, denn wir sehen in ihr ein Mittel, gemeinsam das schöpferische Wirken Gottes weiterzuführen.

16. *Alle Mitglieder der Gesellschaft haben eine besondere Verpflichtung gegenüber den Armen und den Ausgelieferten.* Aus der Heiligen Schrift und den Lehren der Kirche lernen wir, daß die Gerechtigkeit einer Gesellschaft daran gemessen wird, wie sie mit den Armen umgeht. Die Gerechtigkeit, ein Zeichen des Bundes Gottes mit Israel, wurde daran gemessen, wie man die Armen und die Schutzlosen behandelte – die Witwe, die Waise und den Fremden. Das Königreich, das Jesus in seinen Worten und mit seinem Dienst verkündete, schließt niemanden aus. In der gesamten Geschichte Israels und in der frühen Christenheit sind die Armen die Werkzeuge der alles verwandelnden Macht Gottes. „Der Geist des Herrn ruht auf mir; denn der Herr hat mich gesalbt. Er hat mich gesandt, damit ich den Armen eine gute Nachricht bringe“ (Lk 4,18). Dies war die erste öffentliche Aussage Jesu. Jesus ergreift Partei für diejenigen, deren Not am größten ist. Wir werden belehrt, daß wir beim Jüngsten Gericht, das im Matthäus-Evangelium so dramatisch beschrieben wird, danach gerichtet werden, wie wir uns gegenüber den Hungernden und Dürstenden, den Nackten und Fremden verhalten haben. Als Nachfolger Christi trifft uns die Aufforderung, eine grundlegende „Option für die Armen“ zu treffen, für die Stimmlosen zu sprechen, die Wehrlosen zu verteidigen, Lebensstile, politische Maßnah-

men und soziale Einrichtungen danach zu bewerten, wie sie sich auf die Armen auswirken. Diese „Option für die Armen“ bedeutet nicht, daß man eine Gruppe gegen eine andere ausspielt, sondern daß man die Gemeinschaft dadurch stärkt, daß man den Schutzlosesten hilft. Als Christen sind wir dazu aufgerufen, auf die Nöte *aller* unserer Brüder und Schwestern einzugehen, aber die in größter Not brauchen die meiste Hilfe.

17. *Die Menschenrechte sind Mindestvoraussetzungen für das Leben in der Gemeinschaft.* Nach der katholischen Lehre umfassen die Menschenrechte nicht nur Bürger- und politische Rechte, sondern auch wirtschaftliche Rechte. Wie Papst Johannes XXIII. verkündete, haben alle Menschen ein Recht auf Leben, Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Erholung, medizinische Versorgung, Ausbildung und einen Arbeitsplatz. Dies bedeutet, daß den Menschen, die keine Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und die hungrig und ohne Unterkunft leben müssen, Grundrechte verwehrt werden. Die Gesellschaft muß dafür sorgen, daß diese Rechte geschützt werden. Auf diese Weise werden die Mindestvoraussetzungen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit für alle unsere Schwestern und Brüder geschaffen.

18. *Die Gesamtgesellschaft, die durch öffentliche und private Einrichtungen wirkt, hat die moralische Verpflichtung, die Menschenwürde zu fördern und die Menschenrechte zu schützen.* Neben der eindeutigen Verantwortung privater Institutionen trägt der Staat wesentliche Verantwortung auf diesem Gebiet. Das bedeutet nicht, daß der Staat hier die erste oder gar ausschließliche Rolle übernimmt, doch hat er in der Tat eine eindeutige moralische Verantwortung, die Menschenrechte zu schützen sowie zu gewährleisten, daß die Mindestvoraussetzungen der Menschenwürde für alle gegeben sind. In einer Demokratie ist der Staat Instrument der Zusammenarbeit aller zum Schutze dessen, was uns wichtig ist und zur Förderung unserer gemeinsamen Werte.

19. Diese sechs moralischen Grundsätze sind nicht die einzigen, die wir in unserem Hirtenbrief vorstellen, aber sie geben einen Überblick über die ethische Sicht, derer wir uns bedienen wollen. Diese Sicht des Wirtschaftslebens kann nicht im luftleeren Raum bestehen. Sie muß in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Unser Hirtenbrief enthält einige konkrete Ausprägungen der katholischen Sozialethik. So fordern wir ein neues nationales Engagement für die Vollbeschäftigung. Wir sagen: Es ist ein gesellschaftlicher und moralischer Skandal, daß jeder siebte Amerikaner arm ist, und wir fordern gemeinsame Anstrengungen, um die Armut zu beseitigen.

Die Grundbedürfnisse der Armen haben höchste Priorität. Wir drängen darauf, daß alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das Leben und die Stabilität der Familie bewertet werden. Wir unterstützen Maßnahmen, die den Niedergang der Familienfarmen aufhalten und der steigenden Konzentration des landwirtschaftlichen Eigentums entgegenwirken. Wir weisen auf Möglichkeiten hin, wie die Vereinigten Staaten wesentlich mehr unternehmen können, um die Not der armen Länder zu lindern und ihrer Entwicklung zu helfen. Außerdem bekräftigen wir die Lehre der Kirche über die Rechte der Arbeiter, über Tarifverhandlungen, Privateigentum, Subsidiarität und Chancengleichheit.

20. Wir halten die Empfehlungen in unserem Brief für vernünftig und ausgewogen. In unserer Wirtschaftsanalyse verwerfen wir ideologische Extreme und gehen von der Tatsache aus, daß wir eine „Mischwirtschaft“ haben, die in einer langen Geschichte von Reform und Anpassung entstanden ist. Wir wissen, daß einige unserer speziellen Empfehlungen umstritten sind. Als Bischöfe behaupten wir nicht, daß wir diese ausgewogenen Urteile mit derselben Autorität vortragen wie unsere Grundsatzserklärungen. Aber wir fühlen uns verpflichtet, ein Beispiel dafür zu geben, wie Christen wirtschaftliche Sachverhalte konkret analysieren und Sachurteile fällen können. Die Lehre der Kirche darf nicht auf der Ebene wohlfeiler Gemeinplätze verweilen.

21. Im Hirtenbrief halten wir die Zeit für ein „neues amerikanisches Experiment“ gekommen: wirtschaftliche Rechte zu verwirklichen, die Teilnahme an wirtschaftlicher Macht zu erweitern und wirtschaftliche Entscheidungen mehr am Gemeinwohl zu orientieren. Dieses neue Experiment kann neue Strukturen wirtschaftlicher Partnerschaft und Teilnahme schaffen, und zwar innerhalb einzelner Unternehmen, auf regionaler Ebene, im ganzen Land und weltweit.

22. Natürlich gibt es zahlreiche Aspekte der Wirtschaft, die der Brief nicht berücksichtigt, und Grundfragen, die der weiteren Forschung bedürfen. In vielen Punkten werden Männer und Frauen guten Willens möglicherweise unterschiedlicher Meinung sein. Wir erwarten einen fruchtbaren Austausch zwischen den unterschiedlichen Standpunkten. Wir beten darum, daß alle sich die Dringlichkeit unserer Sorgen zu Herzen nehmen, daß wir gemeinsam unsere Ansichten am Evangelium und der Lehre der Kirche überprüfen und daß wir anderen Stimmen im Geiste gegenseitigen Respektes und offenen Dialoges zuhören.

Ein Ruf nach Umkehr und Handeln

23. Es sollte uns nicht verwundern, daß wir die Katholische Soziallehre als anspruchsvoll empfinden. Das Evangelium ist anspruchsvoll. Wir bedürfen ständig der Umkehr, des Wandels des Herzens. Wir sind reich gesegnet, und, wie der heilige Paulus uns versichert, wir sind zur Herrlichkeit bestimmt. Doch es ist ebenfalls wahr, daß wir Sünder sind, daß wir nicht immer weise oder liebevoll oder gerecht sind, daß wir bei all unseren erstaunlichen Möglichkeiten unvollkommen geboren sind, voll Lebensfurcht und eingeengt von Ängsten und leerer Routine. Wir sind unfähig, uns vollständig dem lebendigen Gott anzuvertrauen, und so suchen wir nach Ersatzformen der Sicherheit: in materiellen Dingen, in Macht, in Gleichgültigkeit, Polarität und Vergnügen. Die Heilige Schrift warnt uns davor, daß diese Dinge die Form von Götzendienst annehmen können. Wir wissen, daß es hin und wieder notwendig ist, zu bestimmten Aspekten unserer Kultur nein zu sagen, zu bestimmten Moden und Handlungsweisen, die im Gegensatz stehen zu einem Leben in Glaube, Liebe und Gerechtigkeit, wenn wir wirklich eine Gemeinschaft von Jüngern Christi bleiben wollen. Veränderungen in unseren Herzen führen von selbst dazu, daß wir auch unser Handeln ändern wollen. Wieviel Sorgfalt, Menschenfreundlichkeit und Gerechtigkeit lege ich bei meiner Arbeit an den Tag? Wie werden meine wirtschaftlichen Entscheidungen über Kauf und Verkauf, über Investitionen oder die Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern der Menschenwürde und dem Gemeinwohl dienen? In welchem Beruf kann ich meine Begabungen am besten zur Wirkung bringen, um die Welt mit dem Geist Christi zu erfüllen? Welchen Beitrag leisten meine wirtschaftlichen Entscheidungen zu einer Stärkung meiner Familie und meiner Gemeinde, zu den Werten meiner Kinder, zu einer Sensibilität für die Bedürftigen? Wie kann ich in dieser Konsumgesellschaft zu einer heilsamen Loslösung von den materiellen Gütern kommen und der Verlockung widerstehen, mich selbst durch meinen Besitz zu definieren? Wie kann ich ein Gleichgewicht zwischen Arbeit und Freizeit herstellen, das mir mehr Zeit für Freundschaft, Familie und Gemeinde läßt? Welche Politik zum Wohlergehen aller, besonders der Armen und Schwachen, sollte ich unterstützen?

24. Die Antworten auf diese Fragen sind nicht immer klar oder einfach zu leben. Umkehr ist jedoch ein lebenslanger Prozeß, der nicht allein vollzogen wird. Er findet statt mit Unterstützung der gesamten Glaubensgemeinschaft, durch Taufe, gemeinsames Gebet und unsere täglichen kleinen und großen Bemühungen um Gerechtigkeit. Als Kirche müssen wir Menschen nach Gottes eigenem Herzen sein. Vereint in seinem Geist, müssen wir uns

gegenseitig in Liebe unterstützen und unsere Herzen auf das Reich Gottes ausrichten. Wir müssen uns mit den Leidenden solidarisieren, für Frieden und Gerechtigkeit arbeiten und als ein Zeichen für Christi Liebe und Gerechtigkeit in der Welt wirken. Die Kirche kann die Welt nicht von den tödlichen Auswirkungen von Sünde und Ungerechtigkeit erlösen, wenn sie sich nicht bemüht, Sünde und Ungerechtigkeit bei sich selbst und ihren Institutionen zu entfernen. Wir alle müssen der Kirche helfen, in ihrem eigenen Leben das zu verwirklichen, was sie anderen über wirtschaftliche Gerechtigkeit und Zusammenarbeit predigt.

25. Die Herausforderung dieses Hirtenbriefes liegt nicht allein darin, daß wir anders denken, sondern daß wir anders handeln müssen. Eine Erneuerung des Wirtschaftslebens hängt ab von den bewußten Entscheidungen und dem Engagement der einzelnen Gläubigen, die ihren Glauben in der Welt praktizieren. Für die meisten von uns liegt der Weg zur Heiligkeit in unserer weltlichen Berufung. Wir brauchen eine Spiritualität, welche die Initiative und das Zeugnis der Laien erweckt und unterstützt, nicht nur in unseren Kirchen, sondern auch in der Wirtschaft, bei den Gewerkschaften, in den freien Berufen, im Bereich der Bildung sowie im ganzen öffentlichen Leben. Unser Glaube ist nicht nur eine Wochenendverpflichtung, ein Geheimnis, das sonntags um den Altar gefeiert wird. Er ist vielmehr eine durchgängige Realität, die sich jeden Tag in den Häusern der Familien, in den Büros, den Fabriken, den Schulen und Geschäften in unserem ganzen Land vollzieht. Wir können unseren Glauben nicht von unserem Handeln in Beruf und Öffentlichkeit trennen, denn hier leisten wir unseren wichtigsten Beitrag zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit.

26. Wir bitten jeden einzelnen von Euch, den Hirtenbrief zu lesen, ihn zu studieren, für ihn zu beten und ihn mit Eurer eigenen Erfahrung zu vergleichen. Wir bitten, daß Ihr Euch mit uns vereint im Dienst an den Notleidenden. Laßt jeden einzelnen von uns die Hand ausstrecken nach dem Hungrigen und Obdachlosen, dem Armen und Ohnmächtigen, nach dem Notleidenden und Schutzlosen. Wenn wir ihnen dienen, dienen wir Christus. Unser Dienst kann kein Ersatz sein für eine gerechte und engagierte Sozialpolitik, aber durch ihn können wir praktizieren, was wir über Menschenleben und Menschenwürde predigen.

27. Das Bemühen um wirtschaftliche Gerechtigkeit führt die Gläubigen in die Arena der Öffentlichkeit und läßt sie die Politik der Regierung auf die Grundsätze unserer Lehre überprüfen. Wir bitten Euch, informiertere und aktivere Bürger zu werden, Eure Stimme und Eure Wählerstimme zu nut-

zen, um für die Stimmlosen zu sprechen, die Armen und Hilflosen zu verteidigen und das Gemeinwohl zu fördern. Wir sind aufgerufen, eine Wählergemeinschaft des Gewissens zu bilden, indem wir jede politische Maßnahme daran messen, wie sie die Geringsten, die Verlorenen und die Zukurzgekommenen unter uns berührt. Dieser Brief ruft uns zur Umkehr und zu gemeinsamem Handeln, zu neuen Formen des Verwaltens, des Dienens und der Bürgerschaft auf.

28. Das Ende eines solchen Briefes ist nur der Anfang eines langen Prozesses der Erziehung, der Diskussion und des Handelns. Durch Glaube und Taufe sind wir zu neuen Geschöpfen geworden, erfüllt vom Heiligen Geist und von einer Liebe, die uns dazu treibt, eine neue tiefe Beziehung zu Gott, zur Menschheitsfamilie und zu allen Geschöpfen zu suchen. Jesus kam in unsere Geschichte als Gottes gesalbter Sohn, der das Kommen des göttlichen Königreiches verkündete, eines Königreiches der Gerechtigkeit und des Friedens und der Freiheit. Und was Jesus verkündet, verkörpert er in seinem Handeln: Sein Dienst beweist, daß das Reich Gottes mächtiger ist als das Böse, die Ungerechtigkeit und die Härte der Herzen. Durch seine Kreuzigung und seine Auferstehung offenbart er, daß Gottes Liebe letzten Endes siegreich bleibt über alles Leid, allen Schrecken, alle Sinnlosigkeit und sogar über das Geheimnis des Todes. Daher richten wir Worte der Hoffnung und der Zuversicht an all jene, die in Leid und Not leben.

29. Wir glauben, daß die christliche Sicht des Lebens, auch die der Wirtschaft, das Leben der einzelnen Menschen, der Familien, der Schulen und unserer ganzen Kultur verändern kann. Wir glauben, daß mit Euren Gebeten, Euren Gedanken, Eurem Dienst und Eurem Handeln unsere Wirtschaft so gestaltet werden kann, daß sie die Menschenwürde fördert und dem Menschen dient. Dies ist das unvollendete Werk unserer Nation. Dies ist die Herausforderung unseres Glaubens.

KAPITEL I

DIE KIRCHE UND DIE ZUKUNFT DER AMERIKANISCHEN WIRTSCHAFT

1. Jede menschliche, sittliche und christliche Sicht des Wirtschaftslebens muß von drei Fragen geprägt sein: Was leistet die Wirtschaft für die Menschen? Wie wirkt sich die Wirtschaft auf die Menschen aus? Und wie *nehmen* die Menschen an ihr *teil*? Die Wirtschaft ist eine menschliche Wirklichkeit: Männer und Frauen arbeiten zusammen, um die göttliche Schöpfung zu entfalten und zu pflegen. Diese Arbeit muß dem materiellen und geistigen Wohl des Volkes dienen. Sie beeinflusst, was die Menschen für sich selbst und ihre Angehörigen erhoffen. Sie betrifft die Art und Weise, wie sie in der Gesellschaft zusammenwirken. Sie prägt sogar ihren Glauben an Gott.¹

2. Das Zweite Vatikanische Konzil erklärte: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“² Es gibt viele Zeichen der Hoffnung im heutigen amerikanischen Wirtschaftsleben:

- Viele Väter und Mütter bringen die Anforderungen von Beruf und Familie in Einklang. Es gibt Eltern, die ein zielstrebiges und bescheidenes Leben führen und durch ihr Beispiel ihre Kinder ermutigen, einem ähnlichen Weg zu folgen. Zahlreiche Männer und Frauen, die aus ihrer religiösen Tradition leben, erkennen den herausfordernden Anspruch von Familienleben und Kindererziehung in einer Kultur, die den Prestige- Konsum und eigene Annehmlichkeiten betont.
- Verantwortungsbewußte Unternehmer suchen neue und gerechtere Wege, um Ressourcen und Arbeitsplätze zu organisieren. Dabei stehen sie vor schweren Entscheidungen, ob sie expandieren oder schrumpfen, Investitionen verlagern, Mitarbeiter einstellen oder entlassen sollen.
- Junge Menschen, die ihre Arbeit für das Leben wählen, fragen, ob Erfolg und Sicherheit vereinbar sind mit dem Dienst am Nächsten.
- Arbeiter, deren Arbeit mühsam und eintönig ist, versuchen diese Arbeit durch den Geist der Solidarität und der Freundschaft zu adeln.
- Neue Einwanderer nehmen Mühsal auf sich, in der Hoffnung auf Chancen, die schon Millionen vor ihnen verwirklicht haben.

3. Diese Zeichen der Hoffnung sind aber nicht die ganze Wirklichkeit. Es gab zum Teil schwere und häßliche Fehlschläge:

- Arme und heimatlose Menschen schlafen in Notunterkünften und in den Souterrains unserer Kirchen; Hungrige stehen vor den Notküchen Schlange.
- Arbeitslosigkeit verunsichert nicht nur die mittleren Jahrgänge, die ihre Arbeitsplätze verloren haben, sondern auch junge Menschen, die keine Arbeit finden.
- Schwer arbeitende Männer und Frauen fragen sich, ob das System der freien Wirtschaft, das ihnen gestern half, morgen ihre Arbeitsplätze und ihre Gemeinden zerstören wird.
- Die Familien sehen sich großen Schwierigkeiten gegenüber. Schwindende soziale Hilfe für die Familienstabilität; wirtschaftliche Verhältnisse, die beide Eltern kleiner Kinder dazu zwingen, außerhalb des Hauses Arbeit zu suchen; ein hektischer Lebensrhythmus bei den Erfolgreichen, der für Liebe und Zuwendung keine Kraft mehr übrig läßt; mangelnde Hoffnung bei den Menschen, die weniger oder gar nichts haben. Sehr verschiedene Arten von Familien tragen unterschiedliche Lasten unseres Wirtschaftssystems.
- Den Bauern droht der Verlust ihres Bodens und ihres Lebensstils; jungen Menschen fällt es schwer, die Landwirtschaft als Beruf zu wählen; landwirtschaftliche Gemeinden sind in ihrer Existenz bedroht; landwirtschaftliche Wanderarbeiter leisten Schwerstarbeit unter unwürdigen Bedingungen zu beschämend niedrigen Löhnen.

4. Und jenseits unserer eigenen Grenzen wirft die Tatsache, daß 800 Millionen Menschen in absoluter Armut und 450 Millionen unterernährte oder hungernde Menschen existieren, einen verhängnisvollen Schatten für alle diese Probleme und Hoffnungen in unserem Lande.

5. Wer all dies sieht, versteht unsere Sorge als Hirten und Bischöfe. Menschen gestalten die Wirtschaft und werden ihrerseits von ihr geprägt. Wirtschaftliche Verhältnisse können entweder Quellen der Erfüllung der Hoffnung und Gemeinsamkeit oder der Frustration, Einsamkeit oder gar Verzweiflung sein. Sie lehren Tugenden oder Laster und formen tagtäglich unseren Charakter. Sie beeinflussen die Lebensqualität, im Extremfall entscheiden sie über Leben und Tod. Schwerwiegende wirtschaftliche Entscheidungen können die rein technische Dimension übersteigen und die Qualität menschlicher Wert- und Seinsfragen annehmen.³ Wir glauben, daß angesichts dieser Fragen die religiöse und sittliche Tradition der Christen einen wichtigen Beitrag leisten kann.

A. Die amerikanische Wirtschaft heute: Erinnerung und Hoffnung

6. Die USA gehören zu den wirtschaftlich mächtigsten Ländern der Erde. In ihrer kurzen Geschichte schuf die amerikanische Wirtschaft für die meisten Einwohner des Landes einen beispiellosen Lebensstandard. Die Nation schuf produktive Arbeitsplätze für Millionen von Einwanderern und gab ihnen die Möglichkeit, ihre Freiheit und die Lebensqualität ihrer Familien zu verbessern und zum Aufbau einer großen Nation beizutragen. Diejenigen, die aus anderen Ländern in dieses Land kamen, sahen ihr neues Leben oftmals im Licht des biblischen Glaubens. Sie waren überzeugt, ein gelobtes Land politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten zu betreten. Die USA *sind* ein Land von riesigen natürlichen Reichtümern und fruchtbarem Boden. Die USA *haben* ihre Bürger zu kühnen Unternehmungen ermutigt. Durch schwere Arbeit, Selbstaufopferung und Zusammenarbeit gedeihen die Familien; kleine und große Städte und ein mächtiges Land entstanden.

7. Aber wir sollten uns mit nüchterner Demut an unsere Geschichte erinnern. Das amerikanische Experiment im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben kennt auch ernsthafte Konflikte und Leid. Unsere Nation entstand im Angesicht großer Ungerechtigkeiten gegenüber den eingeborenen Amerikanern, und die Unabhängigkeit der Nation wurde mit dem Blut der Revolution bezahlt. Sklaverei ist ein schmutziger Flecken im Wirtschaftsleben unseres Landes während der ersten zweihundertfünfzig Jahre, und sie wurde nur durch einen brutalen Bürgerkrieg abgeschafft. Die Einrichtung des Frauenwahlrechts, der Schutz der Industriearbeiter, das Verbot der Kinderarbeit, die Antwort auf die große Depression in den dreißiger Jahren und die Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre entstanden in einem Kampf, der die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der Nation grundlegend veränderte.

8. Das amerikanische Wertesystem hebt die wirtschaftliche Freiheit besonders hervor. Es erkennt auch an, daß der Markt in den grundlegenden Menschenrechten seine Grenzen findet. Manche Dinge können niemals geodert verkauft werden.⁴ Diese Überzeugung bewirkt positive Schritte, um das Marktgeschehen einzugrenzen, wenn es schwachen Mitgliedern der Gesellschaft Schaden zufügt. Gewerkschaften helfen den Arbeitnehmern gegen Ausbeutung. Durch seine Regierung besorgt das Volk der Vereinigten Staaten Unterstützung für Ausbildung, Verteilung von Nahrung, Arbeitslosenunterstützung, Alterssicherung und Schutz der Umwelt. Das

System der Marktwirtschaft leistet einen Beitrag zum Erfolg der amerikanischen Wirtschaft; ebenso wie viele Maßnahmen, welche die wirtschaftlichen Institutionen und die Politik prägen, so daß *alle* am Reichtum der Nation teilnehmen können. Die Wirtschaft des Landes entstand durch kreatives Bemühen; Unternehmerschaft und Geschäftsleute, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die Verbraucher und die Regierung haben alle eine wesentliche Rolle dabei gespielt.

9. Die Aufgabe der USA ist heute genauso anspruchsvoll wie früher. Abraham Lincolns Worte in Gettysburg erinnern daran, daß Selbstzufriedenheit auch heute ein Betrug an der Geschichte unseres Landes wäre: „Wir, die Heutigen, müssen mit großer Hingabe das Werk vollenden, das wir von unseren Vorfahren übernommen haben.“ Es gibt noch viel zu tun im amerikanischen Experiment von Freiheit und Gerechtigkeit für alle.

B. Drängende Probleme der Gegenwart

10. Die hervorragende Rolle der Vereinigten Staaten in einem Weltwirtschaftssystem zunehmender gegenseitiger Abhängigkeiten sind die Kennzeichen unserer Zeit.⁶ Die USA sind immer noch die führende Wirtschaftsmacht der Welt. Entscheidungen, die in unserem Land getroffen werden, haben unmittelbare Auswirkungen auf andere Länder. Entscheidungen anderer Länder wiederum haben direkte Folgen für die Stahlarbeiter in Pittsburgh, für die Angestellten der Ölgesellschaften in Houston und für die Bauern in Iowa. Die Wirtschaft der USA hängt entscheidend von den Ressourcen anderer Länder und davon ab, daß diese unsere Güter und Dienstleistungen kaufen. Viele Arbeitsplätze in der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft hängen davon ab, ob wir bei uns produzierte Güter und Nahrungsmittel exportieren können.

11. In manchen Industriezweigen macht die Mobilität von Kapital und Technologie die Löhne zur Hauptvariablen der Produktionskosten. Konkurrenten aus Überseeländern mit der gleichen Technologie, aber mit Löhnen, die bis zu einem Zehntel der unsrigen betragen, üben auf amerikanische Hersteller einen enormen Druck aus, entweder die Löhne zu reduzieren oder Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern oder gar zu schließen. Die Arbeitnehmer in den Vereinigten Staaten und ihre Gemeinden können diese Lasten nicht alleine tragen.

12. Alle Menschen auf dieser Erde haben dieselbe ökologische Umwelt, die unter wachsenden Druck geraten ist. Die Ausnutzung des Bodens, des

Wassers und anderer natürlicher Ressourcen gefährdet die Zukunft. Die Verschmutzung der Luft und des Wassers bedroht das empfindliche Gleichgewicht der Biosphäre, von der zukünftige Generationen abhängen werden.⁷ Die Ressourcen dieser Erde wurden von Gott zum Wohle aller geschaffen, und wir heute Lebenden tragen die Verantwortung für sie. Dies erfordert eine neue Ethik der Ökologie, damit wir eine Zukunft gestalten können, die sowohl gerecht als auch zu erhalten sein wird.

13. Kurzum: Nationen, die durch Geographie, Kultur und Ideologie getrennt sind, sind andererseits durch ein komplexes System von Handels-, Finanz-, Technologie- und Umweltbeziehungen miteinander verbunden. Diese Verbindungen haben zwei unmittelbare Konsequenzen. Erstens: Sie begründen Hoffnung für eine neue Art von Gemeinsamkeit unter allen Völkern, eine Gemeinsamkeit, die auf Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit beruht. Zweitens: Diese wachsende weltweite Erkenntnis bewirkt eine größere Aufmerksamkeit gegenüber den ausgeprägten Ungleichheiten der Länder in bezug auf Lebensstandard und Ressourcenkontrolle. Wir dürfen nicht das Wohlergehen der amerikanischen Bürger als das einzige Ziel betrachten. Wir dürfen auch nicht die Machtungleichheiten im Verhältnis unserer Nation zu den Entwicklungsländern übersehen. Die Vereinigten Staaten sind ein Hauptnahrungsmittellieferant für andere Länder, ein Hauptwaffenlieferant für Entwicklungsländer und eine einflußreiche Macht in multilateralen Institutionen, wie z. B. dem Internationalen Währungsfond, der Weltbank und den Vereinten Nationen. Was die Amerikaner als eine zunehmende Interdependenz betrachten, sehen viele in weniger entwickelten Ländern als ein System der Beherrschung und Abhängigkeit an.

14. In diesem größeren internationalen Kräftefeld gibt es auch eine ganze Anzahl von Herausforderungen an die nationale Wirtschaft, die Kreativität und Mut erfordern. Das Versprechen des „Amerikanischen Traums“ – Freiheit für alle Menschen, um ihre gottgegebenen Talente voll zu entfalten – bleibt für Millionen in den USA heute unerfüllt.

15. Verschiedene Bereiche des amerikanischen Wirtschaftslebens verdienen besondere Beachtung. Der wichtigste Bereich ist die Arbeitslosigkeit. Trotz der großen Zahl neuer Arbeitsplätze, welche die amerikanische Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren geschaffen hat, sind etwa acht Millionen Menschen, die in diesem Land nach Arbeit suchen, nicht in der Lage, Arbeit zu finden, und viele mehr sind so entmutigt, daß sie die Suche nach Arbeit aufgeben haben.⁸ In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich

die Nation an einen steigenden Grad von Arbeitslosigkeit gewöhnt. Eine Quote von 6 oder 7 Prozent, die heute akzeptiert wird, wäre vor zwanzig Jahren nicht toleriert worden. Unter den Arbeitslosen ist eine unverhältnismäßig große Zahl von Schwarzen, Spanischsprechenden, jungen Leuten bzw. Frauen, die allein eine Familie ernähren.⁹ Einige Städte haben mehr Arbeitslose als andere, was damit zusammenhängt, daß die wirtschaftlichen Kräfte unterschiedlich groß sind, nicht aber der Arbeitswille der Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit ist eine Tragödie, gleich wen sie trifft, aber diese Tragödie wird noch verstärkt durch die ungleiche und ungerechte Art und Weise, wie sie in unserer Gesellschaft verteilt ist.

16. Bittere Armut plagt unser Land trotz seines großen Reichtums. Mehr als 33 Millionen Amerikaner sind arm; weitere 20–30 Millionen sind nach landläufigen Maßstäben bedürftig.¹⁰ Die Armut nimmt in den Vereinigten Staaten zu, nicht ab. Für ein Volk, das an den „Fortschritt“ glaubt, sollte dies ein Alarmsignal sein. Diese Belastung trifft am stärksten die Schwarzen, die Spanischsprechenden und die Indianer. Noch beunruhigender ist das Anwachsen der Zahl in Armut lebender Frauen und Kinder. Die Kinder sind heute die größte Einzelgruppe unter den Armen. Diese tragische Tatsache stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Zukunft unserer Nation dar. Die Tatsache, daß so viele Menschen in einem so reichen Lande wie dem unsrigen in Armut leben müssen, ist ein sozialer und moralischer Skandal, den wir nicht ignorieren können.

17. Viele Mitglieder der arbeitenden Bevölkerung und der Mittelklasse Amerikas befinden sich in gefährlicher Nähe zur Armutsgrenze. Immer mehr Familien brauchen den Lohn von zwei oder drei ihrer Mitglieder, um einigermaßen leben zu können. Von 1968 bis 1978 lebte fast ein Viertel der amerikanischen Bevölkerung eine Zeitlang in Armut und war mindestens ein Jahr lang Wohlfahrtsempfänger.¹¹ Der Verlust eines Arbeitsplatzes, Krankheit oder das Auseinanderbrechen einer Ehe können ausreichen, um Menschen in Armut zu stürzen.

18. Das Fehlen einer gegenseitigen Unterstützung zwischen Familienleben und Arbeitswelt ist heute eines der ernstesten Probleme in den Vereinigten Staaten.¹² Die wirtschaftliche und kulturelle Kraft einer Nation steht in direktem Zusammenhang mit der Gesundheit und der Stabilität ihrer Familien.¹³ Wenn Familien gedeihen, tragen die Eheleute durch ihre Arbeit zu Hause, in der Gemeinde und an ihren Arbeitsplätzen zum Gemeinwohl bei; die Kinder können ein Gespür für ihren eigenen Wert und für ihre Verantwortung anderen gegenüber entwickeln. Wenn es den Familien schlecht

geht oder sie völlig zusammenbrechen, ist die Menschenwürde der Eltern und Kinder bedroht. Dadurch entstehen der Gesamtgesellschaft kulturelle Schäden und hohe wirtschaftliche Kosten.

19. Die schwierige wirtschaftliche Lage so vieler Einzelpersonen und so vieler Familien erfordert eine Untersuchung der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse. Sowohl die christliche Überzeugung als auch die amerikanische Verheißung von Freiheit und Gerechtigkeit für alle geben den Armen und den Schwachen einen besonderen Anspruch auf die Fürsorge der Nation. Sie fordern auch alle Glieder der Kirche auf, am Aufbau einer gerechteren Gesellschaft mitzuwirken.

20. Die Investition menschlicher Kreativität und materieller Ressourcen in die Herstellung von Kriegswaffen erschwert es noch mehr, diese wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Die Verteidigungsausgaben in den Vereinigten Staaten belaufen sich auf etwa 300 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Rivalität und gegenseitige Angst zwischen den Supermächten lenken Einfallsreichtum und Geld in Projekte, die mit dem Tode drohen, anstatt das menschliche Leben zu verbessern. Entwicklungsländer treten in einen Waffenwettlauf ein, den sie kaum verkraften können, oft mit der Ermutigung der Supermächte. Einige der ärmsten Länder dieser Welt benutzen ihre spärlichen Ressourcen, um Flugzeuge, Gewehre und andere Waffen zu kaufen, obwohl es ihnen an Nahrungsmitteln, Ausbildung und Gesundheitsfürsorge für ihr eigenes Volk mangelt. Die Verteidigungspolitik muß in ihrem wirklichen Gewicht für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden für die Bürger unseres Landes und anderer Länder gesehen und gewertet werden. Wir haben eine Sicht dieser vielfältigen moralischen Bedenken in unserem 1983 erschienenen Hirtenwort „Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort“ niedergelegt.¹⁴ Wenn die Waffen oder die mit ihnen verbundenen Strategien einen fragwürdigen Beitrag zu Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit leisten und wenn sie außerdem sehr kostspielig sind, dann sollten die Prioritäten, nach denen das Geld ausgegeben wird, dringenderen sozialen Bedürfnissen zugeordnet werden.¹⁵

21. Viele andere soziale und wirtschaftliche Herausforderungen müssen sorgfältig analysiert werden: Die Verlagerung vieler Industriezweige aus dem Schneegürtel in den Sonnengürtel; die Staatsverschuldung und die Zinssätze; Unternehmenszusammenschlüsse und -übernahmen; die Auswirkungen der neuen Technologien, wie etwa der Roboter und der Informationstechnik, auf die amerikanische Industrie; die Einwanderungspolitik; der steigende internationale Drogenhandel und die nicht ausgeglichene

Handelsbilanz. Alle diese Herausforderungen liefern noch kein vollständiges Bild der Wirtschaftslage; sie sind vielmehr Symptome einer grundlegenden Strömung, die heute das amerikanische Wirtschaftsleben bestimmt: die Suche nach dem Sinn und Wert menschlicher Arbeit; die Erhaltung der persönlichen Freiheit im Rahmen einer neuen gesellschaftlichen Zusammenarbeit; die Notwendigkeit, gerechte Formen einer globalen Zusammenarbeit zu finden in einer Welt, die heute durch extreme Ungleichheit gekennzeichnet ist. Diese tieferen Strömungen haben kulturelle und sittliche Inhalte. Sie beweisen, daß die langfristigen Herausforderungen, denen sich die Nation gegenüber sieht, ein ständiges Nachdenken über die Werte erforderlich machen, welche die wirtschaftlichen Entscheidungen leiten und die in den wirtschaftlichen Institutionen verkörpert sind. Diese ausdrückliche Besinnung auf den ethischen Gehalt wirtschaftlicher Entscheidungen und Maßnahmen muß ein integraler Bestandteil der Weise werden, wie Christen ihren Glauben mit der Wirklichkeit des Alltags verbinden. Auf diese Weise wird die „Spaltung bei vielen zwischen dem Glauben, den man bekennt, und dem täglichen Leben“¹⁶ überbrückt, die das Zweite Vatikanische Konzil zu den schwersten Verirrungen der modernen Zeit rechnete.

C. Die Notwendigkeit einer sittlichen Sicht der Dinge

22. Es ist in unserer Welt nicht leicht, eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Verpflichtung auf moralische Werte aufrechtzuerhalten. Das moderne Wirtschaftsleben beruht auf einer Arbeitsteilung in spezialisierte Einzelfunktionen. Seit der industriellen Revolution mußten die Menschen sich selbst und ihre Arbeit immer enger begrenzen, um eine Nische im Wirtschaftsleben zu finden. Die Vorteile davon liegen offensichtlich in der Erfüllung, die manche Menschen davon ableiten, daß sie ihre speziellen Fähigkeiten in die Gesellschaft einbringen. Aber der Preis dafür ist eine soziale Spaltung, eine abnehmende Möglichkeit, den Wert der eigenen Arbeit für die Allgemeinheit festzustellen und eine wachsende Betonung persönlicher Ziele und privater Interessen.¹⁷ Dies tritt lebhaft zutage in der Diskussion über die wirtschaftliche Gerechtigkeit. Hier ist es oft schwer, unter Menschen mit verschiedenem Hintergrund und verschiedenen Interessen eine gemeinsame Plattform zu finden. Wir haben diesen Brief unter anderem in der großen Hoffnung geschrieben, zu einer solchen gemeinsamen Plattform anzuregen und beizutragen.¹⁸

23. Eine gemeinsame sittliche Sicht ist wesentlich, wenn die Wirtschaft allen Menschen gerechter dienen soll. Viele Amerikaner der Mittelklasse

spüren den Druck wirtschaftlicher und kultureller Zwänge, welche die Möglichkeiten der einzelnen Familien weit überfordern. Ohne konstruktive Entscheidungshilfe bei gewichtigen Fragen der Moral empfinden Männer und Frauen in verantwortlichen Positionen der Wirtschaft und der Regierung ihre Pflichten als äußerst schwer. Mit diesen Überlegungen möchten wir ihnen helfen, zu einer gerechteren Wirtschaft beizutragen.

24. Die Qualität der Diskussion um die Zukunft unserer Wirtschaft wird die Armen in unserem Land und in der Welt am meisten betreffen. Das Leben und die Menschenwürde von Millionen von Männern, Frauen und Kindern stehen auf dem Spiel. Die Entscheidungen müssen danach beurteilt werden, was sie *für* die Armen bewirken, was sie den Armen *antun* und wie sie den Armen zur *Selbsthilfe* helfen. Das grundlegende moralische Kriterium für alle wirtschaftlichen Entscheidungen, politischen Maßnahmen und Institutionen ist dieses: Sie müssen *allen Menschen dienen, vor allem den Armen*.

25. Dieser Brief gründet auf der langen Tradition der Katholischen Soziallehre, die sich aus der Bibel ableitet und in den vergangenen hundert Jahren von den Päpsten und dem Zweiten Vatikanischen Konzil als Antwort auf die modernen wirtschaftlichen Bedingungen entwickelt wurde. Diese Tradition unterstreicht die Menschenwürde, wie sie in der Gemeinschaft mit anderen und mit der ganzen göttlichen Schöpfung verwirklicht wird als das Maß, an dem jede soziale Institution gemessen werden muß.¹⁹

26. Diese Lehre hat eine reiche Geschichte. Sie ist dynamisch und entwicklungsfähig.²⁰ Papst Paul VI. betonte, daß alle christlichen Gemeinden die Verantwortung dafür tragen, daß sie „die Verhältnisse ihres jeweiligen Landes nach sachlichen Kriterien analysieren . . . und sie im Licht der unwandelbaren Lehre des Evangeliums aufhellen und der Soziallehre der Kirche Grundsätze für die Denkweise, Normen für die Urteilsbildung und Direktiven für die Praxis entnehmen.“²¹ Daher bauen wir auf der früheren Arbeit unserer eigenen Bischofskonferenz, einschließlich des „Programms des sozialen Wiederaufbaus von 1919“ und anderer Hirtenbriefe auf.²² Außerdem haben viele Menschen aus katholischen, protestantischen und jüdischen Gemeinden, Mitglieder der akademischen-, Wirtschafts-, und der politischen Welt und vieler verschiedener Wirtschaftsgruppen Ratschläge geliefert. Wir wünschen uns, daß das Erbe der christlichen Soziallehre eine lebendige Quelle wird, die den Menschen Hoffnung schenken und ihnen helfen kann, ihre Zukunft zu gestalten.

27. In erster Linie schreiben wir, um den Mitgliedern unserer eigenen Kirche für ihre Gewissensbildung in Fragen der Wirtschaft Maßstäbe an die Hand zu geben. Niemand kann den Namen Christ für sich beanspruchen und angesichts von Hunger, Heimatlosigkeit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit in diesem Lande und in der ganzen Welt ruhig bleiben. Außerdem möchten wir unsere Stimme in der öffentlichen Diskussion über die Richtung, in der sich die amerikanische Wirtschaft entwickeln sollte, einbringen. Wir suchen die Zusammenarbeit und Unterstützung von Menschen, die nicht unseren Glauben und unsere Tradition teilen. Das gemeinsame Band der Menschlichkeit, das uns alle verbindet, ist unsere Überzeugung, daß unser Land eine neue moralische Sicht entwickeln kann. Die Fragen sind fundamental, und die Antworten sind oft ausweichend; sie fordern uns zu ernsthafter und konstanter Aufmerksamkeit für wirtschaftliche Gerechtigkeit heraus.

Kapitel II

Das Wirtschaftsleben in christlicher Sicht

28. Die Kirche sieht die moralischen Dimensionen des Wirtschaftslebens im Lichte des transzendenten Wertes – und der Heiligkeit – des Menschen. *Die in Gemeinschaft mit anderen verwirklichte Würde der menschlichen Person ist der Maßstab, an dem alle Aspekte des Wirtschaftslebens gemessen werden müssen.*¹ Der Mensch ist Ziel der Wirtschaft. Die Institutionen, welche die Wirtschaft ausmachen, sind deshalb Mittel, die allen Menschen zu dienen haben und nicht für enger definierte Ziele mißbraucht werden dürfen. Die menschliche Person muß mit religiöser Ehrerbietung geachtet werden. Im Umgang miteinander muß uns die Ehrfurcht bewegen, welche die Gegenwart von etwas Heiligem und Geheiligtum umgibt. Denn die Menschen sind als „Abbild Gottes“ geschaffen (Gen 1,27). Ebenso müssen alle wirtschaftlichen Institutionen das Band der Gemeinschaft und Solidarität unterstützen, das für persönliche Würde unerläßlich ist. Wo auch immer unsere wirtschaftlichen Verhältnisse der Menschenwürde nicht gerecht werden, müssen sie in Frage gestellt und verändert werden. Diese Überzeugungen haben eine biblische Grundlage. Außerdem stützen sie sich auf eine lange Tradition theologischer und philosophischer Überlegungen und auf den gesunden Menschenverstand der Männer und Frauen von heute.

29. Auf unserer Suche nach einem Maßstab für die neue christliche Sicht wenden wir uns zunächst der Hl. Schrift zu. Wenn unsere Kommentare auch notwendigerweise ausgewählte sind, so hoffen wir, daß sich die Priester und die anderen Glieder der Kirche mit den biblischen Texten persönlich auseinandersetzen. Die Hl. Schrift enthält viele Stellen, die sich direkt zum Wirtschaftsleben äußern. Wir müssen uns auch an das tiefere Verständnis Gottes in der Bibel halten, an das Verständnis für den Zweck der Schöpfung und für die Würde des menschlichen Lebens in der Gesellschaft. Gemeinsam mit anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die „gefördert (sind) durch die Gnade der Taufe und das Hören des Wortes Gottes“, bemühen wir uns, treue Zuhörer und Vollzieher des Wortes zu werden.² Wir beanspruchen die Schriften des Alten Testaments als gemeinsames Erbe mit unseren jüdischen Brüdern und Schwestern, und wir wollen deshalb gemeinsam mit ihnen ein Wirtschaftsleben anstreben, das der gemeinamen göttlichen Offenbarung würdig ist.

A. Sichtweisen der Bibel

30. Unsere fundamentale Glaubensüberzeugung lautet, daß das Menschenleben Erfüllung findet im Wissen und in der Liebe des lebendigen Gottes, gemeinsam mit anderen. Die Hl. Schrift zeigt den Weg, wie Männer und Frauen mit Gott und miteinander in eine völlige Gemeinschaft eintreten und Gottes Heilshandeln bezeugen können. Dort entdecken wir einen Gott, welcher Schöpfer des Himmels und der Erde und der menschlichen Familie ist. Wenn auch unsere Stammeltern den Gott, der sie erschaffen hat, ablehnten, so gibt Gott sie doch nicht auf, sondern aus den Nachkommen Abrahams und Saras bildet er das auserwählte Volk. Als dieses Volk in einem fremden Land versklavt ist, wird es von Gott befreit und eingebunden in einen Bund, in dem sie zur Treue gegenüber der Thora bzw. der Heiligen Lehre verpflichtet werden. Die wichtigsten Punkte des israelitischen Glaubens – Schöpfung, Bund und Gemeinschaft – bieten eine Grundlage für Überlegungen zum Thema wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit.

1. Geschaffen als Gottes Abbild

31. Nach der Rückkehr aus dem Exil, als Israel seine Überlieferungen in eine geschriebene Thora goß, stellte es seiner Geschichte als Volk Gottes die Geschichte der Erschaffung aller Völker und der ganzen Welt durch denselben Gott voran, der es als Volk erschaffen hatte (Gen 1,11). Gott ist der Schöpfer des Himmels und der Erde (Gen 14,19–22; Jes 40,28; 45,18). Die Schöpfung rühmt Gottes Herrlichkeit (Ps 89,6–12), und sie ist „sehr gut“ (Gen 1,31). Fruchtbare Ernten, reiche Herden und eine liebende Familie sind Gottes Segnungen für die, die auf sein Wort achten. Dieser frohe Refrain hallt aus der ganzen Bibel wider. Ein Vermächtnis der Schöpfungstheologie ist die Überzeugung, daß es keine Dimension des menschlichen Lebens gibt, die sich Gottes Sorge entzieht. Gott ist in der Schöpfung allgegenwärtig, und die schöpferische Betätigung an Gottes Werk ist selbst wiederum Ehrerbietung vor Gott.

32. Auf dem Gipfel der Schöpfung stehen Mann und Frau, die nach Gottes Bilde sind (Gen 12,26–27). *In sich selbst besitzt das menschliche Wesen eine unveräußerliche Würde, welche die menschliche Existenz heraushebt, vor jedweder Unterteilung nach Rassen oder Nationen sowie nach menschlicher Arbeit und menschlicher Leistung* (Gen 4–11). Desgleichen sollen Mann und Frau an Gottes Schöpfertum teilhaben. Sie sollen fruchtbar sein, die Erde bebauen (Gen 2,15) und über sie herrschen (Gen 1,28). Das bedeutet, sie

sollen „die Welt in Heiligkeit und Gerechtigkeit leiten und Gericht halten in rechter Gesinnung“ (Weish 9,3). Die Schöpfung ist ein Geschenk, das Männer und Frauen als treue Diener, welche die Erde bestellen, verwalten müssen. Sie dürfen zu Recht davon überzeugt sein, daß sie durch ihre Arbeit das Werk des Schöpfers weiterentwickeln.³

33. Die Erzählungen von Gen 1-11 sprechen aber auch vom Beginn des Kampfes und Leidens in dieser Welt. Adam und Eva durchkreuzten den Plan Gottes, indem sie versuchten, unabhängig von Gott zu leben durch die Verneinung ihrer Geschöpflichkeit, und dies, obwohl sie erschaffen waren, um ein enges Verhältnis mit Gott zu haben und mit Freude die Früchte dieser Erde zu genießen. Sie wandten sich von Gott ab und erwiesen Gottes Schöpfung den Gehorsam, der Gott allein zukommt. Aus diesem Grunde ist die Ursünde im Sinne der biblischen Tradition Götzendienst: Dienst am Geschöpf und nicht für den Schöpfer (Röm 1,25) und der Versuch, die Schöpfung auf den Kopf zu stellen, indem sie Gott den Menschen gleichmacht. Die Bibel verurteilt nicht nur die Anbetung von Idolen, sondern auch andere Formen des Götzendienstes, wie z. B. das Streben nach uneingeschränkter Macht und großem Reichtum (Jes 40,12-20; 44, 1-20; Weish 13,1-14; 31; Kol 3,5; „Habsucht“ ist ein „Götzendienst“). Die Sünde unserer Stammeltern hatte noch andere Konsequenzen. Die Entfremdung von Gott bringt den Bruder gegen den Bruder auf (Gen 4,8-16) in einem Kreislauf von Krieg und Vergeltung (Gen 4,22-23). Sünde und Böses nehmen überhand, und die Urgeschichte spitzt sich zu in einem weiteren Frevel gegen den Himmel, der diesmal in einer Verwirrung der Sprachen über die ganze Erde verbreitet ist (Gen 11,1-9). Die Sünde entfremdet gleichzeitig die Menschen von Gott und zerbricht die Solidarität der menschlichen Gemeinschaft. Doch diese Herrschaft der Sünde ist noch nicht das letzte Kapitel. Der Urgeschichte folgt die Berufung Abrahams, eines gläubigen Mannes, der die Verheißung für viele Nationen tragen sollte (Gen 12,1-4). In der ganzen Bibel finden wir diesen Kampf zwischen Sünde und Reue. Gottes Urteil über das Böse folgt Gottes Suche nach einem sündigen Volk.

34. Die biblische Schöpfungsvision lieferte eine der beständigsten Lehren der Kirche. Vor Gott als dem Schöpfer zu stehen, bedeutet Gottes Schöpfung zu achten, und zwar sowohl die Welt der Natur als auch die menschliche Geschichte. *Von der Zeit der Kirchenväter bis in unsere Gegenwart hat die Kirche darauf bestanden, daß der Mißbrauch der Reichtümer dieser Welt oder ihre Aneignung durch eine Minderheit der Weltbevölkerung das Geschenk der Schöpfung verrät, denn „was auch immer Gott gehört, gehört allen Menschen.“*⁴

2. Das Volk des Alten Bundes

35. Als das Volk Israel, unser Vorläufer im Glauben, sich in Dankbarkeit versammelte, um den Bund mit Gott zu erneuern (Jos 24,1-15), erinnerte es sich der gnadenreichen Taten Gottes (Dtn 6,20-25; 26,5-11). Sie klagten, als sie in einem fremden Land als Fremdlinge lebten und Sklaverei und Unterdrückung erfuhren. Der Herr, der Gott ihrer Vorfäter, hörte ihr Rufen, er erkannte ihre Nöte und eilte ihnen zu Hilfe (Ex 3,7-8). Er führte sie aus Ägypten und schuf sich so ein Volk, das Gottes eigenes Volk sein sollte (Jer 24,7; Hos 2,25). Sie sollten Gott nachahmen, indem sie die Fremden und die Sklaven in ihrer Mitte so behandelten, wie Gott sie behandelt hatte (Ex 22,21-22; Jer 34,8-14).

36. In der Mitte dieser Heilsgeschichte steht der Bund am Sinai (Ex 19-24). Sie beginnt mit dem Bericht darüber, was Gott für sein Volk getan hat (Ex 19,1-6; vgl. Jos 24,1-13) und sie beinhaltet von Gottes Seite das Versprechen betändiger Liebe (*hesed*) und Treue (*emeth*, Ex 34,5-7). Das Volk wird zusammengerufen, um den Bund zu bestätigen, indem es Gott allein treu dient und indem es sein Leben nach Gottes Willen ausrichtet, wie er in Israel in großen Gesetzeskodices niedergelegt ist wie dem Dekalog (Ex 20,1-17) und dem Buch des Bundes (Ex 20,22-23; 33). Diese Kodices waren weit davon entfernt, das Leben des Volkes willkürlich einzuengen, vielmehr ermöglichten sie ein Leben in der Gemeinschaft.⁵ Die besonderen Gesetze des Bundes stellen das menschliche Leben und das Privateigentum unter Schutz und fordern die Hochachtung vor den Eltern, vor Gatten und Kindern des Nächsten und behandeln mit besonderer Aufmerksamkeit die schwachen Mitglieder einer Gemeinde: die Witwen und Waisen, die Armen und die Fremden. Gesetze, wie etwa das Gesetz über das Sabbatjahr, in dem das Land nicht bearbeitet wird (Ex 23,11; Lev 25,1-7), und über das Jahr des Schuldenerlasses (Dt 15,1-11) geboten den Menschen das Land als Gottesgeschenk hochzuschätzen und erinnerten Israel daran, daß es als ein Volk, das Gott aus der Gefangenschaft befreit hatte, besondere Pflichten den Armen und den Unterdrückten gegenüber hatte. Jedes fünfzigste Jahr sollte ein Jubiläum, das Jahr der „Freiheit überall im Lande“, gefeiert werden, und das Privateigentum sollte seinem ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben werden (Lev 25,8-17; vgl. Jes 61,1-2; Lk 4,18-19).⁶ Das Gesetz Israels ist ein Spiegel des Gesetzes des Alten Bundes: gegenseitige Verantwortung, Barmherzigkeit und Wahrhaftigkeit. Es gewährleistet ein Leben in Freiheit von Unterdrückung: die Verehrung des einen Gottes, das Verbot des Götzendienstes, den gegenseitigen Respekt unter den Menschen, Fürsorge und Schutz für jedes Mitglied der Gemein-

schaft. Frei zu sein in einer mitverantwortlichen Gemeinde, das hat Gott für uns vorgesehen.

37. Wenn sich die Menschen vom lebendigen Gott abwenden, um fremden Göttern zu dienen, und sie nicht länger das Gesetz des Alten Bundes beachten, sendet Gott Propheten, welche die Menschen an seine Heilstaten erinnern und sie aufrufen, zu dem zurückzukehren, der sich mit ihnen verbunden hat in „Gerechtigkeit und Recht“, in „Liebe und Erbarmen“ (Hos 2,21). Der Inhalt des Prophetenglaubens steht bei Micha: „Recht tun, Güte und Treue lieben, in Ehrfurcht den Weg gehen mit deinem Gott“ (Mi 6,8). Der biblische Glaube im allgemeinen und der prophetische Glaube im besonderen betonen, daß die Bundestreue den Gehorsam vor Gott verbindet mit der Ehrfurcht und der Würde für den Nächsten. Die biblischen Begriffe, die diese zweifache Dimension des israelitischen Glaubens am besten ausdrücken, heißen *sedagah* oder Gerechtigkeit (auch mit Rechtschaffenheit übersetzt) und *mishpat* (das richtige Urteil oder die in einer konkreten Handlung verkörperte Gerechtigkeit). Das biblische Gerechtigkeitsverständnis gibt uns eine grundlegende Anschauung für unsere Überlegungen über die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit.⁷

38. Gott wird beschrieben als der „Gott der Gerechtigkeit“ (Jes 30,18), der die Gerechtigkeit liebt (Jes 61,8; vgl. Ps 11,7; 33,5; 37,28; 99,4) und sich an ihr erfreut (Jer 9,23). Gott fordert Gerechtigkeit von seinem ganzen Volk (Dtn 16,20) und vollzieht Gerechtigkeit für die Armen (Ps 140,13). Ein wesentlicher Punkt der biblischen Darstellung der Gerechtigkeit ist der, daß die Gerechtigkeit einer Gemeinde daran gemessen wird, wie sie die Machtlosen in der Gesellschaft, die meistens als die Witwen und Waisen, die Armen und die Fremden (Nicht-Israeliten) beschrieben werden, behandelt. Das Gesetz, die Propheten und die Weisheitsliteratur des Alten Testaments zeigen alle tiefe Besorgtheit um die richtige Behandlung solcher Menschen.⁸ Diesen Menschen gemeinsam sind Schwäche und Machtlosigkeit. Oft sind sie allein und haben weder Beschützer noch Anwalt. Deswegen hört Gott selbst ihr Rufen (Ps 109,21; 113,7), und der von Gott gesalbte König hat den Auftrag, ihnen seine besondere Fürsorge zuzuwenden.

39. Die Gerechtigkeit hat viele Nuancen.⁹ Sie formuliert, was prinzipiell richtig ist und was geschehen sollte. Zum Beispiel: Ein Weg ist dann richtig, wenn er uns an unser Ziel führt (Gen 24,48; Ps 23,3), und Gesetze sind dann gerecht, wenn sie Harmonie innerhalb der Gemeinde schaffen, wie Jesaja sagt: „Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein, der Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer“ (Jes 32,17). Gott ist

„gerecht“, denn er handelt, wie Gott handeln sollte, er kommt den Menschen zu Hilfe und bringt sie zurück auf den rechten Weg, wenn sie sich verirrt haben. Die Menschen sollen „gerecht“ sein, d. h. durch die Beachtung von Gottes Gesetz in der richtigen Beziehung zu ihrem Gott leben und so eine gläubige Gemeinde bilden. Die biblische Gerechtigkeit ist umfassender als spätere philosophische Definitionen. Sie kümmert sich nicht um eine strenge Definition von Rechten und Pflichten, sondern um die richtige Einstellung des Menschen vor Gott und innerhalb der Gemeinschaft. Die Gerechtigkeit steht nicht in einem Gegensatz zur Liebe; sie ist vielmehr ein Zeichen der Liebe und eine Bedingung, unter der Liebe wachsen kann.¹⁰ Weil Gott Israel liebt, befreit er es aus der Unterdrückung und trägt ihm auf, ein Volk zu sein, das „Gerechtigkeit übt“ und Freundlichkeit liebt. Die Suche nach Gerechtigkeit erwächst aus der Dankbarkeit für die rettenden Taten Gottes und drückt sich in großer Liebe zu Gott und dem Nächsten aus.

40. Diese Perspektiven bilden die Grundlage einer biblischen Sicht der wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Jeder Mensch ist geschaffen als Ebenbild Gottes, und die Verneinung der Personwürde ist ein Makel auf diesem Bild. Die Schöpfung ist ein Geschenk an alle Männer und Frauen, das nicht nur dem Nutzen einiger weniger dienen darf. Ihre Schönheit erweckt Freude und Verehrung. Derselbe Gott, der einem unterdrückten Volk zu Hilfe eilte und mit ihm einen Bund schloß, hört auch weiterhin das Rufen der Unterdrückten und bildet Gemeinschaften, die auf sein Wort hören. Gottes Liebe und Gottes Leben sind überall dort zugegen, wo ein Volk in Glaube und Hoffnung miteinander lebt. Die Hauptpunkte des Glaubens Israels stellen auch den religiösen Kontext dar für das Verständnis der rettenden Taten Gottes im Leben und in der Lehre Jesu.

3. Gottesherrschaft und Gerechtigkeit

41. Jesus erscheint in der Menschheitsgeschichte als Gottes eingeborener Sohn, der verkündet, daß das Reich Gottes nahe ist (Mk 1,9-14). Diese Verkündigung ermahnt uns, Gott als den Schöpfer und Bundespartner anzuerkennen, und sie fordert uns auf, nach Wegen zu suchen, wie Gottes Offenbarung von der Würde und von der Bestimmung der ganzen Schöpfung in der Menschheitsgeschichte Gestalt annehmen kann. Dabei geht es nicht nur um die Verheißung des künftigen göttlichen Sieges über die Sünde und das Böse, sondern dieser Sieg hat bereits begonnen - im Leben und in der Lehre Jesu.

42. Was Jesus mit Worten verkündet, setzt er in seinem Handeln in die Tat um. Er widersteht den Versuchungen von Macht und Prestige, folgt dem Willen seines Vaters und lehrt uns, darum zu beten, daß dieser Wille auf Erden erfüllt werde. Er warnt uns davor, „Schätze hier auf der Erde“ zu sammeln (Mt 6,19), und er ermahnt seine Jünger, sich nicht ängstlich um materielle Dinge zu kümmern, sondern zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu suchen (Mt 6,25–33). Sein machtvolles Werk weist darauf hin, daß Gottes Reich mächtiger ist als das Böse, als Krankheit und die Herzenshärte der Menschen. Er bietet den Sündern Gottes liebende Barmherzigkeit an (Mk 2,17) und nimmt auf sich die Anliegen derer, die unter religiöser und sozialer Diskriminierung zu leiden haben (Lk 7,36–50; 15,1–2); er wendet sich gegen den Mißbrauch der Religion zur Abwehr der Forderungen der Nächstenliebe und Gerechtigkeit (Mk 7,9–13; Mt 23,23).

43. Auf die Frage nach dem höchsten Gebot zitierte Jesus die uralte jüdische Glaubenswahrheit, daß Gott allein ein einziger sei und daß er von ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit allen Kräften zu lieben sei (Dt 6,45); er fügte sofort hinzu: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Lev 19,18; Mk 12, 28–34). Dieses zweifache Gebot der Liebe, das die Grundlage aller christlichen Moral bildet, wird im Lukasevangelium durch das Gleichnis vom Samariter dargestellt, der seine Reise unterbricht, um einem Sterbenden zu helfen (Lk 10, 29–37). Anders als die anderen Vorüberreisenden, die den Mann sahen und weitergingen, hatte der Samariter, „als er ihn sah, Mitleid“, er kümmert sich um den Verwundeten und bringt ihn an einen sicheren Ort. In diesem Gleichnis ist das Mitleid die Brücke zwischen Beobachtung und Tat; die Liebe wird verwirklicht durch tatkräftiges Handeln.¹¹

44. Am Ende seines Lebens gibt uns Jesus ein eindringliches Bild vom Jüngsten Gericht (Mt 25, 31–46). Alle Nationen dieser Welt werden versammelt sein, und sie werden unterteilt in solche, die gesegnet und im Reich Gottes willkommen sind und in solche, die verflucht sind und in die ewige Verdammnis geschickt werden. Die Gesegneten sind diejenigen, die den Hungrigen zu essen gaben, die die Durstigen tränkten, die Fremde beherbergten, die Nackte bekleideten und die Kranke und die Gefangene besuchten. Die Verdammten sind diejenigen, die diese Werke der Barmherzigkeit und der Nächstenliebe unterließen. Weder die Gesegneten noch die Verdammten sind über das Gericht des Menschensohnes erstaunt, noch darüber, daß der Richterspruch an den Werken der Nächstenliebe gemessen wurde. Die Erschütterung folgt, wenn sie feststellen, daß sie Jesus selbst zurückwiesen, als sie die Armen, die Ausgestoßenen und Unterdrückten vernachlässigten.

Jesus, der als *Emmanuel* (Gott mit uns, Mt 1,23) kam und der versprochen hat, bis an das Ende der Tage bei seinem Volk zu bleiben (Mt 28,20), ist gegenwärtig in den Ärmsten der Armen; sie zurückzuweisen heißt, Gottes Wort in der Geschichte zurückzuweisen.

4. Zur Nachfolge berufen

45. Jesus befahl seinen ersten Jüngern, ihre Gesinnung zu ändern und das Joch der Gottesherrschaft auf sich zu nehmen (Mk 1,14–15; Mt 11,29). Sie sollten der Kern jener Gemeinde sein, die sein Werk fortführen und das Reich Gottes über die Jahrhunderte hinweg aufbauen wird. Ebenso wie Jesus seine Jünger mitten aus ihren täglichen Berufspflichten als Fischer und Steuereintreiber zu sich rief, so ruft er auch in jedem Zeitalter Menschen in ihrer Familie, an ihrem Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit.

46. Die Kirche ist, wie Johannes Paul II. uns erinnerte, „eine Gemeinschaft von Jüngern“, in der „wir zuallererst den Auftrag Christi an jedes einzelne Mitglied der Gemeinde beachten müssen: Folge mir nach!“¹² Christ zu sein bedeutet, sich mit anderen zusammenzuschließen, um dieser persönlichen Aufforderung nachzukommen und die Bedeutung des Lebens Christi zu begreifen. Es wird getragen von der liebenden Einheit mit dem Vater, die Jesus in seinem Werk, in seinem Gebet und in seinem Leiden erfuhr.

47. Die Nachfolge Christi bedeutet, dem Vorbild Jesu zu folgen, indem man sich durch den Dienst am Nächsten dem Willen Gottes öffnet (Mk 10,42–45). Die Jünger werden außerdem aufgefordert, ihm auf dem Weg zum Kreuz zu folgen und seine Verheißung hochzuhalten, daß jene, die ihr Leben um des Evangeliums willen verlieren, gerettet werden (Mk 8,34–35). Der Tod Jesu ist ein Beispiel für jene größere Liebe, die das eigene Leben für andere hingibt (Vgl. Joh 15,12–18). Er ist ein Beispiel für diejenigen, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen (Mt 5,10). Der Tod Jesu war nicht das Ende seiner Macht und seiner Gegenwart, denn er wurde durch Gottes Macht erhöht. Sein Tod war auch nicht das Ende der Gemeinschaft seiner Jünger mit ihm. Nachdem Jesus ihnen erschienen war und sie die Gabe des Geistes empfangen hatten (Apg 2,1–12), wurden sie zu Aposteln der frohen Botschaft bis an das Ende der Erde. Angesichts von Armut und Verfolgung veränderten sie Menschenleben, gründeten Gemeinden, die zu Zeichen von Gottes Macht und Allgegenwart wurden. Die Nachfolger Christi in unserer Zeit, die diesen Auferstehungsglauben teilen, können Kämpfen und Schwierigkeiten entgegensehen, die jene erwarten, welche

die Botschaft des Evangeliums in unsere komplexe Wirtschafts- und Sozialordnung tragen.

5. Armut, Reichtum und die Aufforderung zur Nachfolge Christi

48. Das Beispiel christlichen Lebens im Lukasevangelium hat heute eine besondere Bedeutung. In ihrem Magnificat jubelt Maria über einen Gott, der die Hochmütigen zerstreut, die Mächtigen erniedrigt, die Armen und Elenden erhöht (Lk 1,51-53). Die erste öffentliche Aussage Jesu lautet: „Der Geist des Herrn ruht auf mir; denn der Herr hat mich gesalbt. Er hat mich gesandt, damit ich den Armen eine gute Nachricht bringe“ (Lk 4,18; vgl. Jes 61,1-2). Jesus fügt der Segnung der Armen eine Warnung hinzu: „Weh euch, die ihr reich seid; denn ihr habt keinen Trost mehr zu erwarten“ (Lk 6,24). Er warnt seine Jünger vor Habgier und der Anhäufung übermäßiger Reichtümer und unterstreicht dies durch das Gleichnis von dem Mann, der sein Leben in dem Augenblick verliert, als er versucht, seinen Reichtum sicherzustellen (Lk 12,13-21). Nur im Lukasevangelium erzählt Jesus das Gleichnis vom reichen Mann, der den armen und leidenden Lazarus an seinem Tor nicht sieht (Lk 16, 19-31). Als der reiche Mann Lazarus schließlich „wahrnimmt“, ist er bereits am Ort der Schmerzen, und die Gelegenheit zur Umkehr ist vorbei. Papst Johannes Paul II. hat oft an dieses Gleichnis erinnert, um die Reichen zu warnen, gegenüber der großen Armut neben großem Reichtum nicht blind zu sein.¹³

49. Besonders im Lukasevangelium wird erwähnt, daß Jesus in Armut lebte und wie die Propheten Partei für die Armen ergriff und vor den Gefahren des Reichtums warnte.¹⁴ Die Bezeichnungen für den Begriff Armut, die vor allem einen Mangel an materiellen Gütern beschreiben, weisen auch auf Abhängigkeit und Machtlosigkeit hin. Die Armen sind außerdem ein ausgewiesenes und unterdrücktes Volk, das Gott retten will (Jes 5,21-23); ebenso sind sie ein getreuer Rest, der seine Zuflucht bei Gott sucht (Zef 3,12-13). Durch die ganze Bibel hindurch ist die materielle Armut ein Unglück und ein Anlaß zur Traurigkeit. Das ständig wiederkehrende Bibelwort lautet, daß man für die Armen sorgen, sie beschützen muß und daß Gott ihre Schreie hört, wenn sie ausgebeutet werden (Spr 22,22-23). Umgekehrt wird der Reichtum als ständige Gefahr bezeichnet, obwohl die Menschen die Güter dieser Erde genießen und Gott für sie danken sollen. Die Reichen halten sich selbst für klug (Spr 28,11) und neigen dazu, vom Glauben abzufallen und fremde Götter zu verehren (Am 5,4-13; Jes 2,6-8), wie auch zu Gewalt und Unterdrückung (Jak 2,6-7).¹⁵ Die Armen dagegen kön-

nen sich ganz der Gegenwart Gottes öffnen, da sie nicht vom Reichtum geblendet werden und ihn auch nicht vergöttern. Durch die gesamte Geschichte Israels und der frühen Christenheit hindurch sind die Armen die Ausführenden von Gottes wirkender Kraft.

50. Die Armen sind oft auch gleichgesetzt mit den Niedrigen (Mt 5,3;5), denen Gott offenbart, was den Weisen verborgen bleibt (Mt 11,25-30). Wenn Jesus die Armen als „selig“ bezeichnet, lobt er nicht das Los ihrer Armut, sondern ihre Offenheit für Gott. Wenn er sagt, daß das Reich Gottes ihnen gehört, spricht er Gottes besondere Sorge für sie aus und verspricht, daß sie die Nutznießer von Gottes Barmherzigkeit und Gerechtigkeit sein werden. Wenn er seine Jünger aufruft, alles zu verlassen und ihm nachzufolgen, ruft er sie auf, sein eigenes, völliges Vertrauen auf den Vater sowie seine Freiheit von Angst und Sorge zu teilen (vgl. Mt 6,25-34). Die Übung evangelischer Armut in der Kirche hat immer ein lebendiges Zeugnis abgelegt von der Macht dieses Vertrauens und von der Freude, die von dieser Freiheit kommt.

51. In der frühen Christenheit sah man die Armen als von Gott besonders geliebt an, jedoch wurde materielle Armut weder glorifiziert noch wurde Mangel als eine unvermeidbare Tatsache des Lebens akzeptiert. Obwohl wenige der ersten Christen Reichtum oder Macht besaßen (1 Kor 1,26-28; Jak 2,5), gab es doch in ihren Gemeinden reiche Mitglieder (Apg 16,14; 18,8). Die Sorge Jesu um die Armen setzte sich in der frühen Christenheit in unterschiedlichen Formen fort. Die frühe Gemeinde in Jerusalem verteilte ihre Besitztümer so, daß „es keinen Armen unter ihnen gab“ und „alles allen gehörte“ – eine Formulierung, die darauf hinweist, daß nicht nur materieller Besitz geteilt wurde, sondern, was noch wichtiger ist, Freundschaft und gegenseitige Fürsorge unter all ihren Mitgliedern herrschte (Apg 4,32-34; 2,44). Obwohl die Gefahren des Reichtums erkannt wurden, unterstützte die junge Kirche den richtigen Gebrauch der Besitztümer, um Not und Leid zu lindern, nicht jedoch eine generelle Enteignung. Die christlichen Gemeinden haben seit dem ersten Jahrhundert und durch die gesamte Geschichte verschiedene Formen der Unterstützung für die Schwachen und Ohnmächtigen entwickelt, und zwar in Gesellschaften, die sich oft herzlich wenig um das menschliche Leiden kümmerten.

52. Auf dieser Grundlage ist der Begriff der „Option für die Armen“ zu verstehen.¹⁶ Obwohl in den Evangelien und im gesamten Neuen Testament das Heilsangebot für alle Menschen gilt, stellt sich Jesus auf die Seite der Bedürftigsten, in physischer wie in geistlicher Hinsicht. Das Beispiel Jesu

stellt die heutige Kirche vor verschiedene Herausforderungen. Es fordert ein prophetisches Mandat, für jene zu sprechen, für die sonst niemand spricht, ein Verteidiger der Verteidigungslosen zu sein, die mit den Worten der Bibel die Armen sind. Es fordert auch Mitleid, damit die Kirche die Welt aus der Sicht der Armen und Ohnmächtigen betrachten und den Lebensstil sowie die politischen und sozialen Einrichtungen in ihrer Bedeutung für die Armen richtig werten kann. Es ruft die Kirche auf, ein Instrument der Hilfe zu sein, durch das die Menschen die befreiende Macht Gottes in ihrem eigenen Leben erfahren können, so daß sie in Freiheit und Würde auf das Evangelium eingehen können. Schließlich und vornehmlich ruft das Beispiel Jesu dazu auf, das eigene Selbst zurückzustellen, und zwar sowohl das individuelle als auch das gemeinschaftliche, damit die Kirche die Macht Gottes mitten in Armut und Ohnmacht erfahren kann.

6. Eine Gemeinschaft der Hoffnung

53. Die biblische Sicht von Schöpfung, Bund und Gemeinschaft wie auch die Ermahnungen zur Nachfolge Christi entsteht aus der Spannung zwischen Versprechen und Erfüllung. Die ganze Bibel ist durchdrungen von den Erzählungen der ersten Schöpfung (Gn 1-3) und dem Glauben an eine wiederhergestellte Schöpfung am Ende der Geschichte (Offb 21,1-4). Ebenso wie die Schöpfung von Gottes Wunsch nach Einigkeit und Einheit zwischen ihm und der Menschheitsfamilie wie auch innerhalb dieser Familie kündigt, geben die Bilder einer neuen Schöpfung Anlaß zur Hoffnung, daß Feindschaft und Haß vergehen und Gerechtigkeit und Frieden herrschen werden (Jes 11,4-6; 25,1-8). Das menschliche Leben entwickelt sich „zwischen den Zeiten“, zwischen der Zeit der ersten und der Zeit der erneuerten Schöpfung (Röm 8,18-25). Obwohl die letztendliche Verwirklichung von Gottes Plan in der Zukunft liegt, sind die Christen gemeinsam mit allen Menschen guten Willens aufgerufen, die Geschichte nach Gottes Schöpfungsplan und als Antwort auf das Reich Gottes, wie es von Jesus verkündet und verkörpert wurde, zu gestalten.

54. Ein Christ ist ein Mitglied der neuen Gemeinschaft, des „Volkes Gottes“ (vgl. 1 Petr 2,9-10), das, genauso wie das Volk des Auszuges aus Ägypten, seine Existenz der Gnade Gottes verdankt und das aufgefordert ist, auf Gottes Willen, so wie er sich im Leben und Wirken Jesu ausdrückte, zu antworten. Ein Christ soll als „neuer Mensch“ leben (Röm 6,4); er ist eine „neue Schöpfung: Das Alte ist vergangen, Neues ist geworden“ (2 Kor 5,17). Diese neue Schöpfung in Christus ist ein Zeichen davon, daß Gottes schöpfer-

rische Liebe beständig wirkt, sie bietet dem Sünder Vergebung an und vereint die auseinandergebrochene Welt. Unser Bemühen um Gerechtigkeit in dieser Welt geht von der Überzeugung aus, daß das Leben durch den Eintritt des fleischgewordenen Wortes Gottes in die menschliche Geschichte grundlegend geändert wurde, trotz der Macht von Ungerechtigkeit und Gewalt.

55. Christliche Gemeinschaften, die sich in Solidarität den Leidenden widmen und sich gegen die institutionalisierte Ungerechtigkeit wenden, erleben die Macht und die Gegenwart Christi. Sie verkörpern in ihrem Leben die Werte der neuen Schöpfung, obwohl sie noch unter dem Gesetz der alten Schöpfung stehen. Das Streben nach wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit wird immer Hoffnung mit Realismus verbinden, und dieses Streben muß in jeder Generation erneuert werden. Es umfaßt eine Analyse der Situationen, die fortfahren, die Welt von Gottes schöpferischer Liebe zu entfremden, und es präsentiert Alternativen der Hoffnung, die sich aus einem Leben in der erneuerten Schöpfung ergeben. Dieses Streben entsteht aus dem Glauben und wird unterstützt durch die Hoffnung, wenn es versucht, in einer zerbrochenen Welt von Gottes Gerechtigkeit und liebender Güte zu sprechen.

7. Eine lebende Tradition

56. Unsere Gedanken zur amerikanischen Wirtschaft heute müssen sich aus dieser biblischen Sicht des göttlichen Königtums und der Nachfolge Christi ergeben, aber sie müssen auch von der reichen und komplexen Tradition katholischen Lebens und Gedankengutes geprägt sein. Die christliche Gemeinde hat während ihrer Geschichte den Worten der Schrift gelauscht und versucht, sie im täglichen Leben sehr unterschiedlicher geschichtlicher und kultureller Gegebenheiten zu verwirklichen.

57. In den ersten Jahrhunderten, als die Christen noch eine Minderheit in einer feindlichen Gesellschaft waren, sorgten sie füreinander durch großzügige Almosen. In der Zeit der Kirchenväter betonten führende Theologen immer wieder, daß die Güter dieser Erde von Gott zum Wohlergehen jeder einzelnen Person ohne Ausnahme geschaffen worden seien und daß alle gegenüber den Bedürftigen besondere Pflichten hätten. Die Klöster des Mittelalters waren Zentren des Gebets, der Bildung und der Erziehung. Sie leisteten einen großen Beitrag zum kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Ansiedlungen und der Städte um sie herum. Im zwölften Jahrhundert

widmeten sich die Bettelorden der Nachfolge Christi in Armut und der Verkündigung der frohen Botschaft an die Armen.

58. Dieselben religiösen Gemeinschaften brachten auch einige der größten Theologen der Kirchengeschichte hervor, Denker, die den Ruf Christi mit der philosophischen Lehre der Griechen und Römer, der jüdischen und der arabischen Welt verbanden. Thomas von Aquin und die übrigen Scholastiker widmeten sich mit strenger Gedankenkraft der Frage nach der Bedeutung der persönlichen Tugend und der Gerechtigkeit für die Gesellschaft. In neuerer Zeit haben die Christen ein System von Krankenhäusern, Waisenhäusern und Schulen aufgebaut, um damit den Armen wie auch der Gesellschaft insgesamt zu dienen. Angefangen von der Enzyklika *Rerum novarum* Leos XIII. bis hin zu den Schriften Johannes' Pauls II., haben sich die Päpste in einer Reihe von Sozialenzykliken systematisch mit dem schnellen Wandel in der modernen Gesellschaft auseinandergesetzt. Diese Lehren der modernen Päpste und des Zweiten Vatikanischen Konzils sind bezeichnend für das Bemühen, auf die Probleme der heutigen Gesellschaft zu antworten.¹⁷

59. Von der starken Betonung, die die protestantische Tradition auf die Berufung der Laien in der Welt legt, sowie von den ökumenischen Bemühungen um eine Wirtschaftsethik für die neuen Probleme können wir auch viel lernen. Und auf eine besondere Weise können wir von den Katholiken in den Entwicklungsländern viel über die christliche Antwort auf eine immer mehr miteinander verflochtene Welt lernen.

60. Heute sind die Christen von Gott dazu aufgerufen, diese Tradition durch aktive Nächstenliebe fortzuführen, eine Liebe, die auf die besonderen Probleme in diesem geschichtlichen Augenblick reagiert. Durch Sünde und Ungerechtigkeit ist unsere Welt verwundet, sie lebt in der Notwendigkeit der Umkehr und der Umwandlung, die dann entsteht, wenn Menschen tiefer in das Geheimnis des Todes und der Auferstehung Christi eindringen. Die Anliegen dieses Hirtenbriefes betreffen stark das zentrale Geheimnis im Herzen der Kirche.¹⁸ Sie gehören unmittelbar mit der Verkündigung des Evangeliums und der Berufung eines jeden Christen heute zusammen.¹⁹

B. Ethische Normen für die Wirtschaft

61. Diese biblischen und theologischen Themen prägen die umfassende christliche Sicht einer Wirtschaftsethik. Diese Sicht wird auch von vielen Menschen geteilt, die keine Christen sind. Menschliches Verständnis und religiöse Überzeugung ergänzen einander, sie widersprechen sich nicht. Denn die Menschen sind nach Gottes Ebenbild geschaffen, und ihre Würde zeigt sich in ihrer Geistigkeit und Vernunftbegabtheit, in ihrer Freiheit, ihr eigenes Leben und das ihrer Gemeinschaften zu gestalten sowie in ihrer Fähigkeit zu Liebe und Freundschaft. Wir appellieren nicht nur an die Christen, sondern an alle Menschen in unserer pluralistischen Gesellschaft, die Achtung und die Ehrfurcht vor der Würde jeder Person zu bekunden. Gedanken über die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in unserer Zeit sind unerlässlich, wenn man auf wirtschaftliche Verhältnisse eingehen will, die in biblischen Zeiten noch nicht bestanden. Deshalb wollen wir jetzt einen ethischen Rahmen vorschlagen, der das Wirtschaftsleben von heute in einer Weise orientieren kann, die sowohl dem Evangelium gerecht wird als auch von menschlicher Einsicht und Erfahrung geprägt ist.

62. Zunächst wollen wir die *Pflichten* aufzeigen, die alle Menschen untereinander und gegenüber der ganzen Gemeinde haben: die Nächstenliebe, die Grundforderungen der Gerechtigkeit sowie die besondere Verpflichtung gegenüber den Armen und Schwachen. Diesen Pflichten entsprechen *Menschenrechte*; die Verpflichtung, die Würde jedes einzelnen zu schützen, fordert Respektierung dieser Rechte. Schließlich beinhalten diese Pflichten und Rechte verschiedene *Prioritäten*, welche die wirtschaftlichen Entscheidungen der einzelnen, der Gemeinden und der ganzen Nation leiten sollten.

1. Verantwortlichkeiten im sozialen Leben

63. Das menschliche Leben vollzieht sich in Gemeinschaft. Die Katholische Soziallehre schlägt verschiedene, sich ergänzende Sichtweisen vor, die aufzeigen, wie moralische Verantwortlichkeiten und Pflichten im wirtschaftlichen Bereich in dieser Berufung zur Gemeinschaft verankert sind.

a. Liebe und Solidarität

64. *Die Gebote, Gott mit seinem ganzen Herzen und seinen Nächsten wie sich selbst zu lieben, bilden den Kern der christlichen Moral.* Jesus bietet sich selbst

als ein Beispiel für diese allumfassende Liebe an: „Liebet einander, wie ich euch geliebt habe“ (Joh 15,12). Diese Gebote weisen den Weg zu wahrer menschlicher Erfüllung und Glückseligkeit. Sie sind keine willkürlichen Einschränkungen der menschlichen Freiheit. Nur die tätige Liebe zu Gott und dem Nächsten läßt eine vollgültige Gemeinschaft entstehen. Die Christen freuen sich hoffnungsvoll auf eine wahre Vereinigung aller Menschen untereinander und mit Gott. Der Geist Christi bewirkt Gemeinsamkeit unter allen Menschen bis zu dem Tage, an dem im Königreich Gottes ihre Vereinigung vollkommen vollzogen sein wird.²⁰ Tatsächlich zeigt die christliche Theologie die Wirklichkeit Gottes als eine Einheit von drei Personen – Vater, Sohn und Heiliger Geist – und sagt damit aus, daß Menschsein bedeutet, in gegenseitiger Liebe mit anderen Menschen vereint zu sein.²¹

65. Die Lehre der Bibel und der christlichen Tradition wird von menschlicher Weisheit bestätigt. Jahrhunderte vor Christus sprachen die Griechen und Römer vom Menschen als von einem „animal sociale“, das geschaffen sei für Freundschaft, Gemeinschaft und öffentliches Leben. Diese Einsichten weisen darauf hin, daß der Mensch seine Selbstverwirklichung nicht allein, sondern mit Hilfe anderer vollendet.²²

66. Die bürgerlichen Tugenden sind ein Ausdruck christlicher Liebe, die in der heutigen, vernetzten Welt wichtiger sind als je zuvor. Diese Tugenden entstehen aus dem lebendigen Bewußtsein der eigenen Abhängigkeit vom Gemeinwohl und der Verpflichtung ihm gegenüber. Dieses Engagement des Bürgers muß auch die wirtschaftlichen Institutionen der Gesellschaft prägen. Wenn der Sinn für die staatsbürgerliche Verantwortung bei den Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und anderer Gruppen, die das wirtschaftliche Leben gestalten, fehlt, ist die Gesellschaft als Ganzes in Gefahr. Solidarität ist ein anderer Name für diese soziale Freundschaft und für das staatsbürgerliche Engagement, die das sittliche und wirtschaftliche Leben der Menschen möglich machen.

67. Natürlich erkennt die christliche Tradition an, daß Liebe und Gemeinschaft in ihrer Ganzheit nur dann erfüllt werden, wenn das Werk Gottes im Königreich Gottes zur Vollendung kommt. Das Königreich Gottes wurde unter uns Menschen errichtet, aber Gottes Erlösungstat ist noch nicht vollendet. Innerhalb der menschlichen Geschichte ist das Wissen darüber, wie das Ziel sozialer Einigkeit zu erreichen sei, begrenzt. Die Sünde der Menschen verwundet auch weiterhin den einzelnen und die gesellschaftlichen Gruppen und errichtet Hindernisse auf dem Wege zu größerer sozialer Solidarität. Wenn der Schutz der Menschenwürde wirksam sein soll, muß er mit

diesen Beschränkungen unserer Wissens- und Liebesfähigkeit rechnen. Trotzdem sollte nüchterner Realismus nicht mit Resignation und zynischem Pessimismus verwechselt werden. Mut und Hoffnung zu entwickeln ist eine Herausforderung, die uns ständig zu bewußten Anstrengungen anregt.

b. Gerechtigkeit und Teilnahme

68. Die biblische Gerechtigkeit ist das Ziel, um das wir uns bemühen. Dieses reiche biblische Verständnis entwirft eine gerechte Gesellschaft, die charakterisiert ist von der Fülle der Liebe, des Mitleids, der Heiligkeit und des Friedens. Jedoch braucht die sündige Menschheit auf ihrem Weg durch die Geschichte klarere Richtlinien darüber, wie sie die große Vision des Reiches Gottes verwirklichen kann. Diese Richtlinien sind enthalten in den Normen der Grund- oder Mindestgerechtigkeit. Diese Normen stellen das *Minimum* dar, das alle Menschen an gegenseitiger Hilfe und Achtung in einer unvollkommenen Welt einander schulden.²³ Die Katholische Soziallehre unterscheidet ebenso wie das Denken vieler Philosophen zwischen drei Dimensionen der Grundgerechtigkeit: Tauschgerechtigkeit (*Iustitia commutativa*), austeilende Gerechtigkeit (*Iustitia distributiva*) und soziale Gerechtigkeit (*Iustitia socialis*).²⁴

69. *Die Tauschgerechtigkeit fordert Redlichkeit und Anständigkeit bei allen Vereinbarungen und Geschäften zwischen einzelnen oder sozialen Gruppen.* Sie fordert den Respekt vor der gleichen Menschenwürde einer jeden Einzelperson bei wirtschaftlichen Handlungen, Verträgen oder Abmachungen. So schulden z. B. die Arbeitnehmer ihren Arbeitgebern Sorgfalt bei der Arbeit als Gegenleistung für ihre Entlohnung. Die Arbeitgeber wiederum sind verpflichtet, ihre Angestellten menschenwürdig zu behandeln, ihnen gerechte Löhne als Gegenleistung für die geleistete Arbeit zu zahlen und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu sorgen.²⁵

70. *Die austeilende Gerechtigkeit verlangt, daß die Zuordnung von Einkommen, Vermögen und Macht in der Gesellschaft nach ihren Auswirkungen auf Personen, deren materielle Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden, zu bewerten ist.* Das Zweite Vatikanische Konzil formulierte: „Zudem steht allen das Recht zu, einen für sich selbst und ihre Familien ausreichenden Anteil an den Erdengütern zu haben. Das war die Meinung der Väter und Lehrer der Kirche, die sagen, es sei die Pflicht, die Armen zu unterstützen, und zwar nicht nur vom Überfluß.“²⁶ Gewisse materielle Ressourcen sind das absolute Existenzminimum für das menschliche Leben. Wenn Einzelpersonen

als Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft anerkannt werden sollen, hat diese Gemeinschaft die Pflicht, für die Erfüllung der Grundbedürfnisse zu sorgen, wenn nicht ein totaler Mangel an Ressourcen dies völlig ausschließt. In den USA besteht heute ein solcher Mangel an keinem Ort.

71. Die Gerechtigkeit fordert auch bestimmte Organisationsformen für soziale, wirtschaftliche und politische Institutionen. *Die soziale Gerechtigkeit beinhaltet, daß die Menschen die Pflicht zu aktiver und produktiver Teilnahme am Gesellschaftsleben haben und daß die Gesellschaft die Verpflichtung hat, dem einzelnen diese Teilnahme zu ermöglichen.* Diese Gerechtigkeit kann man auch als die „kontributive“ bezeichnen, denn sie betont die Verpflichtung aller, die in der Lage sind, Güter, Dienstleistungen und andere immaterielle Werte zu schaffen, die für die Wohlfahrt der ganzen Gemeinschaft notwendig sind. Mit den Worten Pius XI. könnte man sagen: „Es ist die Funktion der sozialen Gerechtigkeit, von den einzelnen all das zu fordern, was zum Gemeinwohl notwendig ist.“²⁷ Produktivität ist unverzichtbar, wenn die Gemeinschaft Mittel zur Verfügung haben soll, um dem Wohle aller zu dienen. Dennoch kann die Produktivität nicht ausschließlich an der Produktion von Gütern und Dienstleistungen gemessen werden. Die Produktionsstrukturen müssen auch daran gemessen werden, wie sie sich auf die Erfüllung der Grundbedürfnisse auswirken, auf die Beschäftigung, auf die Arten der Diskriminierung, auf die Qualität der Umwelt und auf den Gemeinschaftssinn.

72. Zur Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit gehört auch die Pflicht, wirtschaftliche und soziale Institutionen einzurichten, damit die Menschen einen Beitrag zur Gesellschaft leisten können, auf eine Art, die ihre Freiheit und die Würde ihrer Arbeit respektiert. Die Arbeit muß dem arbeitenden Menschen die Möglichkeit verschaffen, ein „menschlicheres Wesen“ zu werden, das immer mehr zu vernünftiger und freier Selbstverwirklichung in der Lage ist.²⁸

73. Wenn wirtschaftliche Verhältnisse große Teile der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos, unterbeschäftigt oder unter menschlich unwürdigen Bedingungen arbeiten lassen, dann entsprechen sie nicht diesen drei Grundformen der Gerechtigkeit. Unsere Gesellschaft wird den Anforderungen der Grundgerechtigkeit nur dann folgen können, wenn alle Menschen, die Arbeit suchen, auch zu angemessener Bezahlung Arbeit finden werden. Eine Diskriminierung von Arbeits- oder Einkommensmöglichkeiten wegen der Zugehörigkeit zu einer Rasse, einem Geschlecht oder irgendeiner anderen willkürlichen Kategorie kann niemals gerechtfertigt wer-

den.²⁹ Es ist ein Skandal, daß eine solche Diskriminierung in den Vereinigten Staaten heute tatsächlich weiterbesteht. Wo auch immer die Auswirkungen einer vergangenen Diskriminierung existieren, hat die Gesellschaft die Pflicht, wirksame Schritte zur Beseitigung dieses Unrechts zu unternehmen. Programme zur Gleichbehandlung und Gleichbezahlung in Erziehung und Wirtschaft, die gerichtlich verordnet werden, können ein wesentlicher Ausdruck des Strebens nach Solidarität und Teilnahme sein, das jeder wahren Gerechtigkeit zugrunde liegt. Soziale Benachteiligung fordert sozialen Ausgleich.

74. Die Grundgerechtigkeit verlangt darüber hinaus einen gemeinsamen Grundstock materieller Wohlfahrt, an dem alle teilhaben können. Dies zu gewährleisten, ist die Pflicht der Gesamtgesellschaft, insbesondere jedoch der Bessergestellten. Diese Verpflichtung stellt extreme Ungleichheiten in Einkommen und Verbrauch in Frage, wenn zur selben Zeit so vielen Menschen das Notwendigste fehlt. Die Katholische Soziallehre behauptet nicht, daß eine arithmetische Gleichheit von Einkommen und Vermögen im Anspruch der Gerechtigkeit liegen, aber sie lehnt wirtschaftliche Übereinkünfte ab, die große Teile der Bevölkerung verarmen lassen. Darüber hinaus sieht die Katholische Soziallehre extreme Ungleichheit als eine Bedrohung der Solidarität in der menschlichen Gemeinschaft an, denn große Ungleichheiten führen zu sozialen Spaltungen und Konflikten.³⁰

75. Dies bedeutet, daß jeder von uns seine Art zu leben unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse der Armen prüfen muß. Der christliche Glaube und die Gerechtigkeitsnormen fordern klare Begrenzungen dessen, was wir verbrauchen und wie wir materielle Güter bewerten. Der große Reichtum der Vereinigten Staaten kann uns leicht blind werden lassen gegenüber der Armut, die in diesem Land existiert, und der Not von vielen Millionen Menschen in anderen Teilen der Welt. Heutzutage sind die Amerikaner mehr denn je gefordert, die innere Freiheit zu entwickeln, um der Versuchung, ständig mehr besitzen zu wollen, zu widerstehen. Nur so kann die Nation das verhindern, was Papst Paul VI. als eine offensichtliche „moralische Unterentwicklung“, nämlich Habsucht, bezeichnet hat.³¹

76. Diese Verpflichtung fordert nicht nur vom einzelnen Akte der Nächstenliebe, sondern auch einen systematischeren Ansatz durch die Wirtschaft, die Gewerkschaften und viele andere gesellschaftliche Gruppen, die das Wirtschaftsleben mitgestalten, aber auch durch den Staat. Die Anhäufung von Privilegien, die es heute gibt, entsteht viel häufiger durch institutionelle Beziehungen, die Macht und Reichtum ungleich verteilen, als

durch Begabungsunterschiede oder Arbeitsunwilligkeit. Diese institutionellen Faktoren müssen untersucht und verändert werden, wenn wir den Anforderungen der Grundgerechtigkeit entsprechen wollen. Zum Beispiel ist ein Steuersystem, das auf der Zahlungsfähigkeit³² gründet, eine Grundvoraussetzung, um diesen sozialen Verpflichtungen gerecht zu werden.

c. *Wie man die Machtlosigkeit von Randgruppen beseitigen könnte*

77. Diese grundlegenden Pflichten können so zusammengefaßt werden: *Die Grundgerechtigkeit fordert ein Mindestmaß an Teilnahme für alle Menschen am Leben der menschlichen Gemeinschaft.* Die äußerste Ungerechtigkeit für eine Person oder für eine Gruppe besteht darin, entweder so behandelt oder gar aufgegeben zu werden, als wären sie keine Mitglieder der menschlichen Rasse. Menschen so zu behandeln, bedeutet tatsächlich zu sagen, daß sie als menschliche Wesen einfach nicht zählen. Dies kann viele Spielarten haben, die alle als Variationen der Verdrängung oder Ausschaltung aus dem gesellschaftlichen Leben beschrieben werden können.³³ Dieser Ausschluß kann im politischen Leben so aussehen: Beschränkung der Redefreiheit, Machtkonzentration in den Händen weniger, völlige Unterdrückung durch den Staat. Er kann auch im Wirtschaftsleben gleichermaßen schlimme Formen annehmen. Innerhalb der USA werden Einzelpersonen, Familien und örtliche Gemeinden die Opfer einer sich nach unten bewegenden Armutsspirale, die hervorgerufen wird von Wirtschaftskräften, auf die sie keinen Einfluß haben. Die Armen, die Behinderten und die Arbeitslosen werden oft einfach zurückgelassen. Dieses Verhaltensmuster ist sogar noch schwerwiegender jenseits der Grenzen unseres Landes, in den am wenigsten entwickelten Ländern. Ganze Nationen werden daran gehindert, am internationalen Wirtschaftsleben teilzunehmen, da sie keine Möglichkeit haben, ihre eigenen ungünstigen Positionen zu ändern. Viele Menschen in den unterentwickelten Ländern werden von den ohnehin mageren Ressourcen in ihren Heimatländern durch ungerechte Eliten und Regierungen ausgeschlossen. Diese Arten von Ausschluß werden von freien Menschen hervorgebracht. In diesem Sinne kann man so etwas als Form sozialer Sünde bezeichnen.³⁴ Sich damit abzufinden oder dies nicht zu korrigieren, wo dies möglich ist, ist eine sündhafte Vernachlässigung christlicher Pflichten.

78. Die neuere Katholische Soziallehre betrachtet die Aufgabe, solche Formen von Ausschluß und Ohnmacht zu überwinden, als eine grundlegende Forderung der Gerechtigkeit. Positiv formuliert, fordert die Gerechtigkeit, daß soziale Institutionen so zu organisieren sind, daß sie allen Menschen

die Möglichkeit garantieren, aktiv am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilzunehmen.³⁵ Die Ebene der Teilnahme kann durchaus bei einigen Menschen höher liegen als bei anderen, doch es gibt eine Mindestebene der Teilnahme, die allen zugänglich sein muß. Diese Teilnahme ist ein Wesensausdruck der sozialen Natur der Menschen und ihrer Berufung als Gemeinschaftswesen.

2. Die Menschenrechte: Grundvoraussetzungen für das Leben in der Gemeinschaft

79. Die Katholische Soziallehre benennt im einzelnen die Grundvoraussetzungen der Gerechtigkeit für die Menschenrechte einer jeden Person. Die Grundrechte bilden die Voraussetzung für ein würdiges Leben in der Gemeinschaft. Die Bibel bestätigt nachdrücklich die Heiligkeit jeder Person als ein Geschöpf, das nach dem Bilde und Gleichnis Gottes geschaffen wurde. Die Betonung der Bibel von Bund und Gemeinschaft weist darauf hin, daß die Menschenwürde nur in der Gemeinschaft mit dem Nächsten verwirklicht und geschützt werden kann. Deshalb sind in der Katholischen Soziallehre der Respekt vor den Menschenrechten und ein ausgeprägter Sinn sowohl für die persönliche Verantwortung als auch für die der Gemeinschaft miteinander verbunden und bilden nicht etwa einen Gegensatz. Das Zweite Vatikanische Konzil beschrieb das Gemeinwohl als „die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen.“³⁶ Diese Bedingungen schließen das Recht auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse ein, aber auch die Garantie der Grundfreiheiten und den Schutz der menschlichen Beziehungen, die für die Teilnahme am Leben der Gesellschaft wichtig sind.³⁷ Gott selbst hat den Menschen mit diesen Rechten ausgestattet und sie in der Natur und der Würde der menschlichen Person begründet. Sie sind keine Erfindungen der Gesellschaft; die Gesellschaft hat vielmehr die Verpflichtung, sie zu sichern und zu schützen.³⁸

80. Die ganze Skala der Menschenrechte hat Papst Johannes XXIII. systematisch in *Pacem in Terris* dargelegt. Seine Erläuterungen spiegeln die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen wider und bekräftigen, daß international anerkannte Maßstäbe der Menschenrechte von der Katholischen Soziallehre nachhaltig unterstützt werden. Diese Rechte schließen die Grundrechte der Redefreiheit, der Religions- und Versamm-

lungsfreiheit ein. Eine ganze Reihe von Menschenrechten betreffen die Sorge um das menschliche Wohlergehen und haben einen speziell wirtschaftlichen Charakter. Unter diesen steht obenan das Recht auf Leben, auf Nahrung und Kleidung, auf Obdach und auf Erholung, auf medizinische Versorgung und auf eine gewisse Grundausbildung. Die Rechte sind für den Schutz der Menschenwürde unerlässlich. Um für diese Notwendigkeiten zu sorgen, haben alle Menschen das Recht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, was für die meisten Menschen in unserer Wirtschaft durch Arbeit im Rahmen eines Arbeitsvertrages geschieht. Jeder Mensch hat das Recht auf Unterstützung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter. Die Teilnahme am Leben in der Gesellschaft fordert auch den Schutz des Rechtes auf Arbeit, des Rechtes auf humane Arbeitsbedingungen sowie auf einen ausreichenden Lohn und andere Vergünstigungen, die dem einzelnen und seiner Familie einen menschenwürdigen Lebensstandard ermöglichen, sowie auf die Möglichkeit, Eigentum zu besitzen.³⁹ Diese persönlichen Rechte - Bürgerrechte und politische Rechte wie auch soziale und wirtschaftliche - bilden die Mindestvoraussetzung für gesellschaftliche Institutionen, welche die Menschenwürde, die Solidarität und die Gerechtigkeit respektieren. Sie gehören alle wesentlich zur Menschenwürde und zur Entwicklung des einzelnen wie auch der Gesellschaft und sind deshalb moralische Fragen.⁴⁰ Sie abzulehnen, verletzt den einzelnen und zerstört die Solidarität der Menschen untereinander.

81. Die sozialen und wirtschaftlichen Rechte fordern eine andere Art von Anwendung als die politischen und die Bürgerrechte. Die Freiheit der Religionsausübung und die Freiheit der Meinungsäußerung schützen vor Einwirkungen seitens anderer Personen oder des Staates. Die Rechte auf Bildung, auf Beschäftigung und soziale Sicherheit z. B. fordern einen positiven Einsatz vom einzelnen wie von der Gesellschaft.

82. Jedoch fordern beide Arten von Rechten die Einrichtung sozialer und politischer Institutionen, die es jedem einzelnen ermöglichen, ein aktives Mitglied der Gesellschaft zu werden. Die politischen Rechte und die Bürgerrechte gestatten es dem Menschen, in aller Freiheit am öffentlichen Leben der Gemeinde teilzunehmen, z. B. durch die freie Rede, Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit und des Wahlrechtes. In demokratischen Ländern sind diese Rechte durch eine lange und bewegte Geschichte erreicht worden, in der die Institutionen einer verfassungsmäßigen Regierung entstanden. Um das ganze Spektrum sozialer und wirtschaftlicher Rechte zu sichern, ist heute eine ähnliche Anstrengung zur Neugestaltung der Wirtschaft erforderlich.

83. Der erste Schritt in einem solchen Bemühen ist die Entwicklung eines neuen kulturellen Konsensus darüber, daß die grundlegenden wirtschaftlichen Bedingungen der Wohlfahrt wesentlich sind für die Menschenwürde und daß sie dem Menschen von Rechts wegen zustehen. Zweitens wird die Sicherung dieser Rechte Ansprüche stellen an *alle* Mitglieder der Gesellschaft, an alle privaten Institutionen und an den Staat. Eine auf allen Ebenen unserer Gesellschaft abgestimmte Bemühung ist notwendig, wenn wir diese Grundforderungen der Gerechtigkeit und Solidarität erfüllen wollen. Tatsächlich stärken sich die politische Demokratie und ein Engagement für Wirtschaftsrechte gegenseitig.

84. Es wird eine schwere Aufgabe sein, die Wirtschaftsrechte für alle Menschen zu sichern. Es gibt aber eine Anzahl früherer Vorgänge in den USA, die zeigen, daß diese Arbeit bereits begonnen hat.⁴¹ Das Land braucht einen ernsthaften Dialog über das richtige private und politische Engagement, das für den Fortschritt notwendig ist. Sicherlich gibt es Raum für Meinungsunterschiede in der Kirche und in der amerikanischen Gesellschaft darüber, *wie* die Menschenwürde und die Wirtschaftsrechte aller unserer Brüder und Schwestern zu schützen sind.⁴² Unserer Ansicht nach kann es jedoch keine gerechtfertigte Meinungsverschiedenheit über die wesentlichen moralischen Grundsätze geben.

3. Moralische Prioritäten für die Nation

85. *Das Gemeinwohl fordert Gerechtigkeit für alle und den Schutz der Menschenrechte für jeden einzelnen.*⁴³ Ein wesentliches und langfristiges Ziel für die Nation muß es sein, zu bewirken, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen besser die Freiheit, den Einfluß und die Sicherheit des einzelnen und der Familie schützen. Jeder Mensch hat die Verpflichtung, zum Aufbau des Gemeinwohls einen Beitrag zu leisten. Alle sind verantwortlich dafür, ihre Talente durch Erziehung und Ausbildung zu entwickeln. Jeder Erwachsene muß durch seine individuellen Begabungen einen Beitrag zum Wohl der Gesellschaft leisten. Die Eltern haben die Aufgabe, ihre Kinder zu christlichen Erwachsenen und zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern zu erziehen. Jeder einzelne hat den Armen und den Randgruppen gegenüber besondere Verpflichtungen, jedoch wird es oft durch die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Gesellschaft erschwert, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die Schulen und die öffentliche Bildungspolitik dienen den privilegierten Schichten oft allzu gut, während die Kinder der Armen faktisch als Bürger zweiter Klasse ver-

nachlässigt werden. Durch die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert und eingeteilt wird, entsteht oftmals für die Familien eine große Belastung, aber auch durch die sozialen und kulturellen Werte, die über das Fernsehen verbreitet werden. Viele Menschen in der unteren Mittelklasse haben nur ein spärliches Auskommen und befürchten, das Opfer von wirtschaftlichen Kräften zu werden, auf die sie selber keinen Einfluß haben.

86. *Die Verpflichtung, Gerechtigkeit für alle zu schaffen, bedeutet, daß die Armen den absoluten Vorrang vor dem Gewissen der Nation haben müssen.* Die Armut hat viele Erscheinungsformen, sie kann eine geistige ebenso wie eine materielle sein. Jeder Mensch ist der geistigen Auseinandersetzung ausgesetzt, wenn er tiefgehende Fragen nach dem Sinn des Lebens stellt. Viele Menschen haben schwerwiegende Ehe- und Familienprobleme zu bestimmten Zeitpunkten in ihrem Leben, und jeder einzelne von uns muß sich mit der Realität von Krankheit und Tod abfinden. Das Evangelium Jesu Christi verkündet uns, daß Gottes Liebe stärker ist als alle diese Formen der menschlichen Erniedrigung. Materielle Armut jedoch verschärft auf schwerwiegende Weise diese Leiden des Geistes und des Herzens. Einen geliebten Menschen in Krankheit zu sehen, ist schlimm genug, aber keine Möglichkeit zu finden, für seine Gesundheit sorgen zu können, ist schlimmer. Familienprobleme, wie etwa der Tod eines Ehegatten oder eine Scheidung, können verheerend sein. Wenn diese aber auch noch zum Verlust der Wohnung führen und die Menschen schließlich auf der Straße leben müssen, ist dies etwas, das niemand in einem so reichen Lande wie dem unseren erleiden sollte. In Entwicklungsländern werden diese menschlichen Probleme durch extreme materielle Armut sogar noch erheblich verschärft. All dieses menschliche Leid kann gelindert werden, wenn unser eigenes Land mit seinem Reichtum an Ressourcen sich zur Hilfe entschließt.

87. Als Einzelmenschen und als Nation sind wir daher aufgerufen, eine grundsätzliche „Option für die Armen“ abzugeben.⁴⁴ Die Verpflichtung, das soziale und wirtschaftliche Handeln aus der Sicht der Armen und Machtlosen zu betrachten, ergibt sich aus der radikalen Forderung der Bibel: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Wenn die Gesellschaft Gerechtigkeit für *alle* schaffen soll, dann haben die Randgruppen und diejenigen Menschen, deren Rechte verneint werden, bevorzugte moralische Ansprüche. Diese Verpflichtung wurzelt tief im christlichen Glauben. Wie Papst Paul VI. feststellte:

„Die Lehre des Evangeliums schreibt uns Liebe vor und fordert besondere Rücksicht auf die Armen und ihre besondere Lage innerhalb der Gesellschaft. Die mehr Begüterten sind verpflichtet, auf gewisse Rechte zu ver-

zichten, um großzügiger mit ihren Mitteln anderen zu helfen.“⁴⁵ Papst Johannes Paul II. hat diese besondere Verpflichtung den Armen gegenüber bezeichnet als „eine Aufforderung zur besonderen Solidarität mit den Kleinen und Schwachen, denen, die leiden und weinen, denen, die gedemütigt sind, um ihnen zu helfen, immer mehr die eigene Würde als menschliche Person und als Kind Gottes zu erwerben.“⁴⁶

88. Das vornehmste Ziel dieser besonderen Verpflichtung den Armen gegenüber liegt darin, sie in die Lage zu versetzen, aktiv am Leben der Gesellschaft teilzunehmen. Es bedeutet, *allen* Menschen die Möglichkeit zu schaffen, am Gemeinwohl teilzunehmen und einen Beitrag zu ihm zu leisten.⁴⁷ Die „Option für die Armen“ ist deswegen kein verbaler Angriff einer Gruppe oder Klasse gegen die andere. Diese Formulierung besagt vielmehr, daß die Armut und die Ohnmacht der Armen der ganzen Gemeinschaft schadet. Das Ausmaß ihres Leidens beweist, wie weit wir davon entfernt sind, eine wirkliche Gemeinschaft zu bilden. Nur mit mehr Solidarität mit den Armen und auch zwischen den Armen selbst können diese Wunden geheilt werden.

89. Insgesamt stellen wir fest: Die Maßstäbe von Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Menschenrechten verlangen, daß persönliche und sozialpolitische Entscheidungen wie auch wirtschaftliche Institutionen von bestimmten Prioritäten geleitet werden sollten. Diese Prioritäten spezifizieren nicht jeden einzelnen Gesichtspunkt, der bei wirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden muß. Sie betonen aber eindringlich die wesentlichen Ziele.

90. a. *Die höchste Priorität hat die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Armen.* Persönliche Entscheidungen, die Politik privater oder öffentlicher Körperschaften und auch die Machtstrukturen muß man an ihren Auswirkungen auf diejenigen messen, denen das Nötigste an Nahrung, Wohnung, Bildung und Gesundheitsfürsorge fehlt. Insbesondere erkennt dieses Prinzip an, daß die Sorge für elementare menschliche Bedürfnisse Vorrang hat vor der Erfüllung luxuriöser Verbraucherwünsche, vor Gewinnen, die nicht dem Gemeinwohl dienen, und auch vor überflüssigen Rüstungsgütern.

91. b. *Wachsende Teilnahme am Wirtschaftsleben derjenigen, die derzeit davon ausgeschlossen sind, hat eine hohe Priorität.* Die Menschenwürde aber wird dann verwirklicht, wenn der einzelne die Möglichkeit erlangt, in der Gemeinschaft mitzuwirken, um die Lebensqualität zu verbessern und die Familie zu stärken. Die Grundgerechtigkeit verlangt mehr, als nur den

Armen und anderen schwachen Mitmenschen zu helfen. Sie erkennt die Priorität einer Politik an, die das Familienleben stärkt und die wirtschaftliche Teilnahme durch Beschäftigung und durch breit gestreutes Miteigentum fördert. Sie fordert, daß wirtschaftliche Macht das Wohlergehen aller berücksichtigt. Die Grundgerechtigkeit verlangt außerdem, die derzeitige Situation der in der Vergangenheit zu Unrecht Diskriminierten besser zu gestalten. Schließlich enthält sie wichtige Leitlinien für die nationale und die internationale Machtverteilung.

92. c. *Der Einsatz von Vermögen, Begabung und menschlicher Energie sollte speziell darauf gerichtet sein, den Armen und den in wirtschaftlicher Unsicherheit Lebenden zu helfen.* Die Schaffung einer gerechteren Wirtschaftsordnung für die Vereinigten Staaten und die Welt hängt teilweise vom Wachstum der wirtschaftlichen Ressourcen und der Produktivität ab. Außerdem muß die Art, wie diese Ressourcen eingesetzt und verwaltet werden, auf ihre Auswirkungen auf immaterielle Werte untersucht werden. Entscheidungen über Investitionen und Management haben wichtige ethische Dimensionen: sie können Arbeitsplätze schaffen oder vernichten; sie können arme Familien in den Abgrund stoßen oder ihnen neue Hoffnung geben; sie helfen oder verhindern, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Tatsächlich können sie entweder positiven oder auch negativen Einfluß auf die Gerechtigkeit der Weltwirtschaft ausüben. Diese Priorität ist eine große moralische Herausforderung für die Politik, die große Mengen von Begabung und Kapital für die Herstellung von Luxusgütern und militärischer Technologie einsetzt, während nicht genügend auf dem Gebiet der Bildung, des Gesundheitswesens und der Infrastruktur unserer Gesellschaft und in die Wirtschaftsbereiche investiert wird, die dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen sowie Güter und Dienstleistungen erbringen.

93. d. *Die Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch die Art, wie die Arbeitswelt organisiert ist, müssen ständig unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, welchen Einfluß sie auf die Stärkung und Stabilisierung des Familienlebens haben.* Die langfristige Zukunft dieses Landes steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wohl der Familien, denn die Familie ist die Urform menschlicher Gemeinschaft.⁴⁸ Die Leistungsfähigkeit und der Wettbewerb am Markt muß in stärkerem Maße Rücksicht nehmen auf die Art und Weise, wie Arbeitszeiten und Entlohnung sich auf die Beziehungen zwischen Ehepartnern und zwischen Eltern und Kindern auswirken. Gesundheits-, Bildungs- und Sozialleistungsprogramme müssen darauf geprüft werden, ob sie der persönlichen Würde und der Integrität der Familie dienen.

94. Diese Prioritäten sind keine politischen Handlungsanweisungen. Sie sind vielmehr Normen, welche die wirtschaftlichen Entscheidungen aller Menschen leiten und die wirtschaftlichen Institutionen gestalten sollten. Sie können dazu dienen, daß die Vereinigten Staaten sich in einer Richtung weiterentwickeln, die den Verpflichtungen der Gerechtigkeit und des Schutzes der wirtschaftlichen Rechte näher kommt. Bei seinem Kanadabesuch 1984 formulierte Papst Johannes Paul II. diese Grundsätze als wesentliche Inhalte der Katholischen Soziallehre mit den Worten: „Die Nöte der Armen müssen Vorrang vor den Wünschen der Reichen haben; die Rechte der Arbeiter vor der Vermehrung des Profits; der Umweltschutz vor der unkontrollierten Expansion; Produktion, die den sozialen Nöten begegnet, vor der Produktion für militärische Zwecke.“⁴⁹ Sicherlich wird es Auseinandersetzungen geben über die konkrete Anwendung dieser Prioritäten in unserer komplexen Welt. Unser Anliegen ist es nicht, die Diskussion darüber auszuschließen. Wir glauben jedoch, daß Anstrengungen, sich in die von ihnen gewiesene Richtung zu bewegen, dringend notwendig sind.

95. Die gegenwärtige wirtschaftliche Herausforderung weist viele Parallelen auf zur politischen Herausforderung, der sich die Gründer unserer Nation gegenübersehen. Sie waren gezwungen, neue Denkmodelle und neue politische Institutionen zu entwerfen, um die Staatsform einer politischen Demokratie ins Leben zu rufen. Ihre Anstrengungen waren groß. Ihre Ziele wurden nur unzureichend erfüllt, aber sie setzten ein Experiment in Gang, in dem die politischen und die Bürgerrechte geschützt wurden. Ihre Anstrengungen wurden durch die Arbeit der folgenden Generationen belohnt. *Wir glauben, daß die Zeit für ein ähnliches Experiment auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Rechte gekommen ist: Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung, welche die Mindestforderungen der Menschenwürde in der Wirtschaft für jeden einzelnen sicherstellt.* Wir ziehen die Quellen der katholischen Moraltheologie mit in unsere Überlegungen ein und hoffen, mit diesem Hirtenbrief einen Beitrag zu einem neuen „amerikanischen Experiment“ zu leisten: einen neuen Schritt, um wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle Menschen zu sichern.

C. Für mehr Gerechtigkeit: Die Arbeit von Personen und Institutionen

96. Die Wirtschaft unseres Landes gründet auf der Arbeit von Menschenhand und menschlichem Geist. Ihre Zukunft wird geformt werden durch die Art, wie die Menschen diese Arbeit für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Die Wirtschaft ist keine Maschine, die nach ihren eigenen, unumstößlichen Gesetzen arbeitet, und die Menschen sind keine bloßen Objekte, die von Wirtschaftskräften herumgestoßen werden. Papst Johannes Paul II. hat festgestellt, „daß *die menschliche Arbeit ein Schlüssel* und wohl der wesentliche Schlüssel zu der gesamten sozialen Frage ist.“⁵⁰ Der Papst versteht die Arbeit als etwas, das praktisch alle Formen von produktiver menschlicher Aktivität umfaßt: die Landwirtschaft, das Unternehmertum, die Industrie, aber auch die Sorge für die Kinder, den Unterhalt des Familienlebens und die Politik, die medizinische Fürsorge und die wissenschaftliche Forschung. Die Freizeit, das Gebet, die Gottesverehrung und die Pflege der Künste sind ebenfalls für die Verwirklichung der Menschenwürde und die Entwicklung eines reichen kulturellen Lebens von großer Wichtigkeit. In ihrer täglichen Arbeit werden jedoch alle Menschen zu Subjekten und Schöpfern des Wirtschaftslebens.⁵¹ Daher leisten die Menschen in erster Linie durch ihre tägliche Arbeit ihren wichtigsten Beitrag zur Verwirklichung wirtschaftlicher Gerechtigkeit.

97. Jede Arbeit hat eine dreifache sittliche Bedeutung. Erstens: Die Arbeit ist eine grundlegende Möglichkeit für die Menschen zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung. Zweitens: Die Arbeit ist das normale Mittel für die Menschen, ihre eigenen materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Drittens: Die Arbeit ermöglicht den Menschen, einen Beitrag zum Wohle der Gemeinschaft zu leisten. Man arbeitet nicht nur für sich selbst, man arbeitet auch für seine Familie, für das Land und für das Wohl aller Menschen.⁵²

98. Diese drei sittlichen Gesichtspunkte sollten in der Arbeit eines jeden Menschen sichtbar sein, gleichgültig, welche Rolle er in der Welt der Wirtschaft einnimmt: ob er als Arbeiter, Manager, Hausfrau, Politiker oder in einer anderen Funktion arbeitet. Sie sollten auch die Arbeit der vielen verschiedenen, zum Teil sich überschneidenden Vereinigungen und Institutionen in unserer Gesellschaft prägen: die Familien und die Nachbarschaften, kleine Geschäfte ebenso wie riesige Konzerne, Gewerkschaften, die Regierung und Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen, internationale Organisationen und die große Zahl anderer menschlicher Gemeinschaften, einschließlich der Glaubensgemeinschaften.

99. Die Katholische Soziallehre fordert Hochachtung vor der Fülle und Vielfalt des sozialen Lebens. Die Notwendigkeit wesentlicher Beiträge von den verschiedenen sozialen Gebilden – die nach ihrer Größe von der Familie bis zum Staat reichen – wurde in klassischer Weise in der Katholischen Soziallehre im „Subsidiaritätsprinzip“ ausgedrückt:

„Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär: sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“⁵³

100. Dieses Prinzip garantiert einen Pluralismus der Institutionen. Es sorgt für Freiräume, für Initiative und Kreativität auf seiten vieler gesellschaftlicher Kräfte. Gleichzeitig besteht dieses Prinzip darauf, daß *alle* diese Kräfte so zusammenwirken müssen, daß sie die Gesellschaft aufbauen helfen. Daher sollten diese Gruppen in ihrem Handeln so wirken, daß ihre besonderen Fähigkeiten zum Tragen kommen, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und echte Beiträge zum Gemeinwohl der Menschen zu leisten. Zu der Aufgabe, eine gerechtere amerikanische Wirtschaft zu schaffen, sind alle berufen; sie erfordert, daß die Auffassung vom Dienst an der Öffentlichkeit und von staatsbürgerlicher Verantwortung auf allen Ebenen des privaten und institutionellen Lebens verstärkt wird.⁵⁴

101. Ohne die Aufgaben aller verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen beschreiben zu wollen, wollen wir auf die spezifischen Rechte und Pflichten einiger Personen und Institutionen hinweisen, deren Arbeit für die Zukunft der Wirtschaft der Vereinigten Staaten besonders wichtig sein wird. Diese Rechte und Pflichten gehören zu den konkreten Inhalten des Subsidiaritätsprinzips. Weitere Inhalte werden im vierten Kapitel dieses Briefes angesprochen.

1. Die arbeitende Bevölkerung und die Gewerkschaften

102. Obwohl der Arbeitsbegriff von Papst Johannes Paul II. sehr weit gefaßt ist, kann er voll und ganz auf die Menschen angewendet werden, die in den Vereinigten Staaten gemeinhin als „Arbeiter“ oder „Arbeitnehmerschaft“ bezeichnet werden. Die Arbeit hat eine Würde, die so groß ist, daß alle Menschen, die in der Lage sind zu arbeiten, verpflichtet sind, dies auch zu tun. Die Verpflichtung zu arbeiten entspringt sowohl Gottes Gebot als auch einer Verantwortlichkeit für die eigene Menschlichkeit und für das Gemeinwohl.⁵⁵ Die Tugend des Fleißes ist auch ein Ausdruck der persön-

lichen Würde und der Solidarität mit dem Nächsten. Jeder arbeitende Mensch ist aufgerufen, einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, indem er sich um eine besonders gute Leistung im Produktions- oder Dienstleistungsbereich bemüht.

103. Weil die Arbeit so wichtig ist, haben die Menschen ein Recht auf Beschäftigung. Als Gegenwert für ihre Arbeitsleistung haben die Arbeiter einen Anspruch auf Löhne und auf andere Vergütungen, die es ihnen gestatten, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Wie Papst Leo XIII. feststellte, hat jeder arbeitende Mensch ein Recht auf Sicherung des Lebensunterhaltes.⁵⁶ Die Verteilung der Macht in einer freien Marktwirtschaft gibt den Arbeitgebern gewöhnlich beim Aushandeln von Arbeitsverträgen eine bessere Verhandlungsposition. Solche ungleiche Machtverteilung kann den Arbeiter durchaus vor die Entscheidung zwischen einem ungerechten Lohn oder überhaupt keinem Lohn stellen. Jedoch verlangt die Gerechtigkeit und nicht das Mitleid, daß ein bestimmtes Minimum garantiert wird. Die Zahlung von Löhnen und anderen Vergütungen, die für ein würdiges Familienleben ausreichen, ist eine Voraussetzung für die Vermeidung dieser Ausbeutung der Arbeiter. Die Würde des Arbeiters fordert darüber hinaus angemessene Fürsorge für Gesundheit, Alter und Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosenunterstützung und gesundheitsfreundliche Arbeitsbedingungen, eine wöchentliche Ruhepause, regelmäßigen Urlaub zur Erholung und Entspannung sowie eine Absicherung gegen willkürliche Kündigung.⁵⁷ Alle diese Voraussetzungen müssen gegeben sein, wenn die Arbeiter als Person und nicht nur als „Produktionsfaktor“ behandelt werden sollen.

104. Die Kirche bejaht das Recht der Arbeitnehmer, sich in Gewerkschaften oder anderen Vereinigungen zusammenzuschließen, um ihre Ansprüche auf gerechten Lohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Dies ist eine besondere Anwendung des Versammlungsrechts. Um die Worte Papst Johannes' Pauls II. zu zitieren: „Die historische Erfahrung lehrt, daß Organisationen dieser Art ein unentbehrliches Element des sozialen Lebens darstellen, vor allem in den modernen Industriegesellschaften.“⁵⁸ Die Gewerkschaften haben das Recht, zum Streik aufzurufen, wenn dies die einzige Möglichkeit ist, die Rechte der Arbeiter durchzusetzen.⁵⁹ Die Koalitionsfreiheit abzulehnen, ist eine Verletzung der Menschenwürde. Daher lehnen wir nachdrücklich jeden organisierten Druck ab, wie wir ihn bedauerlicherweise in unserem Land feststellen, der die bestehenden Gewerkschaften zerbrechen und die Arbeitnehmer daran hindern soll, sich zu organisieren. Landwirtschaftliche Saisonarbeiter brau-

chen heute in besonderer Weise Schutz, einschließlich des Rechtes, sich zu organisieren und Arbeitsverträge auszuhandeln. Eine Reform der amerikanischen Arbeitsgesetzgebung ist notwendig, damit diese Probleme beseitigt und zeitgemäßere und wirksamere Maßnahmen zur Beseitigung unfairer Arbeitspraktiken angewandt werden können.

105. Das Recht sich zu organisieren wird in vielen Ländern jenseits unserer Grenzen erbarmungslos unterdrückt. Wir wenden uns nachdrücklich gegen Verletzungen der Organisationsfreiheit, wo immer sie auch geschehen. Sie sind ein unerträglicher Angriff auf die soziale Solidarität.

106. Den Rechten der Arbeitnehmer und Gewerkschaften stehen wichtige Pflichten gegenüber. Der einzelne Arbeitnehmer hat seinem Arbeitgeber gegenüber genauso Verpflichtungen wie die Gewerkschaften gegenüber der Gesamtgesellschaft. Besonders große Verantwortung trägt die Gewerkschaftsführung für den guten Namen der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeiter müssen ihre gesamten Macht benutzen, um zum Wohlergehen der ganzen Gemeinschaft beizutragen, und sie sollten Forderungen vermeiden, deren Erfüllung das Gemeinwohl und die Rechte schwächerer Mitglieder der Gesellschaft schädigt. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Löhne, die den Arbeitern gezahlt werden, nur einer der Faktoren sind, welche die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen können. Es ist deswegen ungerecht, von den Gewerkschaften Zugeständnisse zu erwarten, wenn die Manager und Kapitaleigner nicht wenigstens gleiche Opfer bringen.

107. Viele amerikanische Gewerkschaften waren führend tätig im Kampf um Gerechtigkeit für Minderheiten und für Frauen. Rassen- und Geschlechtsdiskriminierung verdunkeln das Bild einiger Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben die Verantwortung, darauf hinzuwirken, daß die Ungerechtigkeit, die diese Diskriminierung hervorgerufen hat, beseitigt wird.

108. Die möglicherweise größte Herausforderung, der sich die amerikanischen Arbeitnehmer und Gewerkschaften heute gegenübersehen, liegt darin, eine neue Sicht ihrer Rolle in der zukünftigen amerikanischen Wirtschaft zu entwickeln. Die Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten befindet sich an einem entscheidenden Punkt. Die dynamische Entwicklung der Gewerkschaften, die zu ihrem schnellen Wachstum in der Mitte unseres Jahrhunderts führte, ist abgelöst worden durch einen Mitgliederschwund. Die amerikanischen Arbeiter befinden sich heute unter heftigem

Druck, der ihre Arbeitsplätze bedroht. Die Einschränkung der Organisationsfreiheit in vielen Ländern außerhalb unserer Grenzen senkt die Arbeitskosten dort und bedroht die amerikanischen Arbeiter und ihre Arbeitsplätze, was schließlich zu einer Ausbeutung der Arbeiter in jenen Ländern führt. Unter diesen schwierigen Umständen fordert der Versuch, die Rechte der amerikanischen Arbeitnehmer zu sichern, Einfallsreichtum bei der Suche nach neuen Schritten, nicht nur reagierende oder defensive Strategien. Zum Beispiel kann die Gewerkschaftsbewegung eine sehr wichtige Aufgabe dabei übernehmen, für Bildung und Ausbildung zu sorgen, die notwendig sind, damit die Arbeitnehmer für das Berufsleben verwendbar bleiben. Die Gewerkschaften können darüber hinaus ihren eigenen Mitgliedern und den Arbeitern in Entwicklungsländern dadurch helfen, daß sie ihre internationale Zusammenarbeit verstärken. Eine starke Gewerkschaftsbewegung wird mit einem vertieften Sinn für weltweite Zusammenhänge in die Zukunft schauen.

109. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß diese Herausforderungen in unserer Zeit von einfallsreichen Gewerkschaftsführern diskutiert werden. Tiefere und breitere Diskussionen dieser Art sind notwendig. Dies bedeutet nicht, daß nur die Gewerkschaften neuen Problemen gegenüberstehen. Alle anderen Zweige und Institutionen der amerikanischen Wirtschaft brauchen eine ähnliche Perspektive und einen ähnlichen Einfallsreichtum. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen sind wichtig und werden im vierten Kapitel dieses Briefes behandelt werden.

2. Eigentümer und Manager

110. Ob es der Wirtschaft gelingt, den Forderungen der Gerechtigkeit zu entsprechen, wird davon abhängen, wie ihre riesigen Ressourcen und Reichtümer verwaltet werden. Kapitaleigner, Manager und Investoren müssen alle dazu beitragen, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Wirtschaftliche Gerechtigkeit hängt in erster Linie von der Art ab, wie die Männer und Frauen in der Wirtschaft ihre Führungsaufgaben erfüllen und wie klug Privatunternehmen investieren. Papst Johannes Paul II. hat darauf hingewiesen: „Der Grad des Wohlstandes, dessen sich die Gesellschaft heute erfreut, wäre undenkbar ohne die dynamische Gestalt des Unternehmers, dessen Aufgabe darin besteht, die menschliche Arbeit und die Produktionsmittel so zu organisieren, daß die für das Wohl und den Fortschritt der Gemeinschaft notwendigen Güter und Dienste hervorgebracht wer-

den.⁶¹ Die Freiheit des Unternehmers muß geschützt werden, aber auch die Verantwortung dieser Freiheit gegenüber dem Gemeinwohl und den Gerechtigkeitsnormen muß gewährleistet sein.

111. Manager sehen sich jeden Tag vor schwierige Entscheidungen gestellt, von denen das Wohl vieler anderer Menschen abhängt. Die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl und nicht nur gegenüber dem Einzelwohl ihrer Firmen steht im Mittelpunkt ihrer Arbeit, wenn sie für sie eine Berufung und nicht nur eine Karriere oder ein Job sein soll. Wir glauben, daß die Normen und Prioritäten, die in diesem Brief zur Diskussion gestellt werden, ihnen helfen können, ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Die Pflichten des einzelnen in der Wirtschaft sind nicht das einzige, worauf sich die ethischen Dimensionen des Wirtschafts- und Finanzlebens erstrecken. Die Größe eines Unternehmens oder einer Bank ist in vielen Fällen ein Hinweis auf ihre relative Macht. Großunternehmen und Großbanken haben einen beträchtlichen Einfluß darauf, wie die wirtschaftlichen Institutionen in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt gestaltet werden. Mit dieser Macht ist Verantwortung verbunden sowie die Notwendigkeit, daß jene, die sie innehaben, ethisch verantwortlich handeln und dafür verantwortlich gemacht werden können.

112. Die Wirtschafts- und Finanzwelt hat die Verpflichtung, denen gegenüber treue Verwalter zu sein, die ihnen Ressourcen zur Verfügung stellen. Niemand kann Kapital absolut besitzen oder seinen Einsatz kontrollieren, ohne Rücksicht auf andere und auf die Gesellschaft zu nehmen.⁶² Dies gilt vor allem für den Boden und andere natürliche Ressourcen. Kurzfristige Gewinne auf Kosten einer Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder einer Verschmutzung der Umwelt verletzen dieses Vertrauensverhältnis.

113. Ebenso müssen die Ressourcen, die menschlicher Fleiß geschaffen hat, als ein anvertrautes Gut behandelt werden. Dieses Kapital haben Eigentümer und Manager nicht aus eigener Kraft geschaffen. Sie haben von der Arbeit vieler anderer Menschen und auch von den Gemeinden profitiert, die ihre Bemühungen unterstützen.⁶³ Sie sind diesen Arbeitnehmern und diesen Gemeinden gegenüber bei ihren Entscheidungen verantwortlich. Beispielsweise ist die Reinvestition in technologische Neuerungen oft entscheidend für die langfristige Lebensfähigkeit eines Unternehmens. Wenn finanzielle Mittel einzig und allein für kurzfristige Gewinne eingesetzt werden, kann die Herstellung notwendiger Güter und Dienstleistungen zu kurz kommen; eine breitere Sicht unternehmerischer Verantwortung ist gefordert.

114. Lange hat die katholische Tradition das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln verteidigt.⁶⁴ Dieses Recht ist ein Wesenselement gerechter Wirtschaftspolitik. Es vergrößert unsere kreativen und initiativen Möglichkeiten.⁶⁵ Kleine und mittelgroße Bauernhöfe, Handels- und Industrieunternehmen gehören zu den schöpferischsten und erfolgreichsten Bereichen unserer Volkswirtschaft. Sie werden von den Menschen in den Vereinigten Staaten hochgeschätzt, ebenso wie Land- und Hausbesitz. Weitgestreute Eigentumsverteilung kann helfen, eine übermäßige Konzentration wirtschaftlicher oder politischer Macht zu vermeiden. Daher muß die Möglichkeit, Eigentum zu besitzen, für einen großen Teil unserer Bevölkerung geschaffen werden.⁶⁶

115. Das Gemeinwohl kann es mitunter notwendig machen, daß das Eigentumsrecht durch die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Planung oder dem Betrieb bestimmter Wirtschaftszweige begrenzt wird. Unterstützung des Privateigentums bedeutet nicht, daß jedermann ein Recht auf unbegrenzte Anhäufung von Reichtum hat. „Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht. Niemand ist befugt, seinen Überfluß ausschließlich sich selbst vorzubehalten, wo anderen das Notwendigste fehlt.“⁶⁷ Papst Johannes Paul II. bezeichnete die Grenzen, die dem Recht auf Privateigentum durch die Pflicht, dem Gemeinwohl zu dienen, gesetzt sind, als eine „soziale Hypothek“ des Privateigentums.⁶⁸ Zum Beispiel sind diese Begrenzungen des Eigentumsrechtes die Grundlage dafür, daß die Gesellschaft vorrangigen Anspruch auf Grund und Boden aus Privatbesitz erheben kann, wenn dieser zum Straßenbau oder für andere wichtige öffentliche Einrichtungen benötigt wird. Die Lehre der Kirche wendet sich gegen kollektivistische und staatliche Wirtschaftslenkung. Sie weist aber auch die Vorstellung zurück, daß ein freier Markt automatisch Gerechtigkeit hervorbrächte. Deshalb, so argumentierte Papst Johannes Paul II. „im Hinblick auf die menschliche Arbeit und den gemeinsamen Zugang zu den Gütern, die dem Menschen zgedacht sind, ist unter den entsprechenden Bedingungen auch die Sozialisierung gewisser Produktionsmittel nicht auszuschließen.“⁶⁹ Die Entscheidung, wann solche Bedingungen vorliegen, muß von Fall zu Fall und unter Berücksichtigung des Gemeinwohls getroffen werden.

116. Amerikanische Unternehmen können auch zu Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft beitragen. Sie sind nicht allmächtig, aber ihr tatsächlicher Einfluß ist unbestreitbar. Transnationale Unternehmen und Banken können einen positiven Beitrag zur Entwicklung und zu weltweiter Solidarität leisten. Papst Johannes Paul II. hat jedoch betont, daß das

Bestreben, die Gewinne zu maximieren und die Kosten für die natürlichen Ressourcen wie auch für die Arbeit zu reduzieren, oft diese transnationalen Unternehmen zu einem Wirtschaftsverhalten verführt hat, das die Ungleichheit steigert und die Stabilität der internationalen Ordnung schwächt.⁷⁰ Durch Zusammenarbeit mit Regierungen, die ihren Bürgern gerecht dienen, und mit zwischenstaatlichen Institutionen können diese Unternehmen zu einer Verbesserung der verzweifelten Lage vieler Menschen in der ganzen Welt beitragen.

117. Unternehmer, Manager, Investoren und Bankiers folgen einer christlichen Berufung, wenn sie verantwortungsbewußt handeln und nach dem Gemeinwohl streben. Wir ermutigen und fördern eine Erneuerung dieser Berufung in der Unternehmerschaft. Wir erkennen auch an, daß die Art und Weise, wie die Unternehmer der Gesellschaft dienen, von Anreizen des Steuersystems, von der Verfügbarkeit über Kredite und von anderen politischen Maßnahmen bestimmt und begrenzt wird.

118. Die Wirtschaft hat ein Recht auf institutionelle Rahmenbedingungen, die verantwortlich handelnde Unternehmen nicht bestrafen. Die Regierungen müssen für Gesetze und ein Steuersystem sorgen, welche die Unternehmen dazu anregen, die Umwelt zu schützen, benachteiligte Arbeitnehmer einzustellen und Arbeitsplätze in Notstandsgebieten zu schaffen. Die Manager und Anteilseigner sollten nicht hin- und hergerissen werden zwischen der Verantwortung gegenüber ihren Unternehmen und ihrer Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft.

3. Bürger und Regierung

119. Neben Rechten und Pflichten, die mit bestimmten Aufgaben in der Wirtschaft zusammenhängen, hat jeder Mensch Verpflichtungen, die einfach darauf beruhen, daß er ein Mitglied der Gesellschaft ist. Dadurch, daß wir diese Pflichten erfüllen, schaffen wir ein wahres Gemeinwesen. Im Dienste einer größeren Gerechtigkeit freiwillig seine Zeit, seine Begabung oder sein Geld zur Verfügung zu stellen, ist ein Wesensausdruck christlicher Liebe und Solidarität. Alle, die mehr haben als sie brauchen, müssen den Armen zu Hilfe kommen. Menschen mit geistigen und technischen Fähigkeiten, die gebraucht werden, um das Leben anderer zu verbessern, haben die Pflicht, diese Fähigkeiten einzusetzen. Die Armen haben ähnliche Verpflichtungen: sie sollen als einzelne und als Familien zusammenarbeiten, um ihre Gemeinschaften durch Akte der Solidarität und Gerech-

tigkeit aufzubauen. Die freiwilligen Anstrengungen, Ungerechtigkeit zu überwinden, sind Teil der christlichen Berufung.

120. Jeder Bürger hat außerdem die Verantwortung, dafür zu sorgen, daß Gerechtigkeit und Menschenrechte durch organisiertes soziales Handeln gewährleistet werden. Papst Pius XI. sagte dazu: „Niemals aber wird die Liebe echt sein, wenn sie nicht stets auch der Gerechtigkeit genügt. . . . Es geht auch nicht an, sich von den schweren Pflichten der Gerechtigkeit durch kleine Gaben der Barmherzigkeit freikaufen zu wollen.“⁷¹ Die Garantie der Grundgerechtigkeit für alle ist kein freiwilliger Ausdruck von Großzügigkeit, sondern unumgängliche Verpflichtung für die ganze Gesellschaft.

121. Die traditionelle Unterscheidung von Gesellschaft und Staat in der Katholischen Soziallehre liefert die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für organisierte öffentliche Maßnahmen. Die Kirche lehnt alle staatlichen und totalitären Lösungen sozio-ökonomischer Fragen ab. Das Leben der Gesellschaft ist reicher als Regierungsmacht umfassen kann. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen auf ihre Weise den Anforderungen der Gerechtigkeit nachkommen. Wir haben bisher einige Pflichten der Gewerkschaften und der Unternehmer dargelegt. Diese müssen durch Initiativen von örtlichen Gruppen, Berufsverbänden, Erziehungseinrichtungen, Kirchen und Synagogen ergänzt werden. Alle Gruppen, die diese Gesellschaft beleben, haben wichtige Aufgaben bei dem Bemühen um wirtschaftliche Gerechtigkeit.

122. Aus diesem Grund ist es um so wichtiger, daß die Lehre der Kirche darauf besteht, daß *die Regierung eine moralische Aufgabe hat: den Schutz der Menschenrechte und die Gewährleistung der Grundgerechtigkeit für alle Mitglieder des Gemeinwesens.*⁷² Die Gesellschaft als Ganzes und in ihrer Unterschiedlichkeit ist verantwortlich für die Gestaltung des Gemeinwohls. Aber es ist die Aufgabe des Staates, die Mindestbedingungen dafür zu garantieren, daß diese gesellschaftlichen Aktivitäten zugunsten der Menschenrechte und der Gerechtigkeit überhaupt erst möglich werden.⁷³ Diese Verpflichtung haben auch die einzelnen Bürger, wenn sie ihre Abgeordneten wählen und an der Bildung der öffentlichen Meinung teilnehmen.

123. Im einzelnen liegt es in der Verantwortung aller Bürger, durch ihre Regierung den Armen und Benachteiligten, den Behinderten und Arbeitslosen zu helfen und beizustehen. Der Staat sollte eine positive Rolle übernehmen: bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und von fairen Arbeitsgeset-

zen, bei der Bereitstellung und Erhaltung der Infrastruktur für die Wirtschaft, wie etwa von Straßen, Brücken, Häfen und öffentlichen Kommunikations- und Transportmitteln. Er soll den Handel und den Warenaustausch im Sinne der Fairneß regeln.⁷⁴ Die Regierung kann die notwendigen Steuern erheben, um diesen Verpflichtungen nachzukommen; die Bürger haben die moralische Verpflichtung, diese Steuern auch zu zahlen. Die Art und Weise, wie die Gesellschaft auf die Nöte ihrer Armen politisch reagiert, ist die Nagelprobe für ihre Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit. Die politische Auseinandersetzung mit dieser Politik ist die unerläßliche Plattform, mit den Konflikten umzugehen, die sich bei der Suche nach einer gerechteren Wirtschaft immer einstellen.

124. Grundlegende Norm für die Festlegung des Umfangs und der Grenzen staatlicher Eingriffe ist das bereits erwähnte „Subsidiaritätsprinzip“. Dieses Prinzip besagt, daß der Staat zum Schutz der Grundgerechtigkeit nur die Initiativen ergreifen sollte, welche die Kraft des einzelnen oder privater Gruppen – die unabhängig voneinander tätig sind – übersteigen. Der Staat darf nicht kleinere Gemeinschaften und Einzelinitiativen ersetzen oder zerstören. Vielmehr sollte er diesen helfen, mit größerer Wirksamkeit zum Wohl aller beizutragen, und ihre Aktivitäten dort ergänzen, wo die Forderungen der Gerechtigkeit ihre Möglichkeiten übersteigen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß diejenige Regierung die beste Politik macht, die am wenigsten Einfluß nimmt. Vielmehr erkennt man eine gute Regierung daran, daß sie tatsächlich anderen Gruppen der Gesellschaft „hilft“, zum Gemeinwohl beitragen zu können, indem sie die Wirtschaft durch ordnungspolitische Maßnahmen ermutigt und regelt, wie „es die Situation erfordert und die Notwendigkeit verlangt.“⁷⁵ Dies erfordert Zusammenarbeit und das Bemühen um Konsens zwischen den verschiedenen Kräften unseres Wirtschaftslebens, einschließlich des Staates. Die genaue Art und Weise des Eingreifens des Staates in diesen Prozeß kann nicht abstrakt festgelegt werden. Sie hängt von den spezifischen Bedürfnissen ab sowie von der wirksamsten Methode, sie zu befriedigen.

D. Christliche Hoffnung und der Mut zum Handeln

125. Der christliche Glaube beruht auf der Überzeugung, daß Gott die Menschen und die gesamte Schöpfung dazu bestimmt hat, „ein Königreich der Wahrheit und des Lebens, der Heiligkeit und der Gnade, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens“ zu sein.⁷⁶ Diese Überzeugung gibt den Christen in ihrem Kampf mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der heutigen

Welt eine große Hoffnung. Diese Hoffnung ist kein naiver Optimismus, der sich einbildet, zur Gestaltung einer durch und durch gerechten Gesellschaft seien einfache Rezepte leicht zur Hand. Die geschichtliche und weltweite Erfahrung der Kirche hat sie allen Ideologien gegenüber, die behaupten, die endgültige Antwort auf alle Probleme der Menschen zu besitzen, mißtrauisch gemacht.⁷⁷ Die christliche Hoffnung hat ein viel stärkeres Fundament als solche Ideologien, denn sie beruht auf dem Wissen, daß Gott in der Welt wirkt und „daß Gott eine neue Wohnstätte und eine neue Erde bereitet, auf der die Gerechtigkeit wohnt.“⁷⁸

126. Diese Hoffnung stärkt und spornt die christlichen Bemühungen an, trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge eine gerechtere Wirtschaftsordnung zu schaffen.⁷⁹ Die christliche Hoffnung ist stark und unumstößlich, denn sie ist verankert in einem Glauben, der weiß, daß die Fülle des Lebens jenen zuteil wird, die Christus auf seinem Kreuzweg nachfolgen. In ihrem Bemühen um konkrete Antworten sind alle Mitglieder der christlichen Gemeinde aufgerufen zu einer immer differenzierteren Erkenntnis der Schmerzen wie auch der Chancen in ihrer Umwelt, um den dringendsten Bedürfnissen Abhilfe zu schaffen und so eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen.⁸⁰ Dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die den Dialog, Mut zum Experiment und Phantasie erfordert. Sie fordert auch einen tiefen Glauben und eine mutige Liebe.

KAPITEL III

AUSGEWÄHLTE THEMEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK

127. Wir haben diese ethische Sicht entfaltet als eine Richtschnur für alle, die bemüht sind, in ihren täglichen wirtschaftlichen Entscheidungen dem Evangelium treu zu bleiben, und auch als eine Herausforderung, die wirtschaftlichen Bedingungen, die unser Leben und unsere Welt prägen, zu verändern. Diese Bedingungen verkörpern und vermitteln gesellschaftliche Werte; sie haben deshalb eine ethische Bedeutung sowohl in sich selbst als auch in ihren Auswirkungen. Christen müssen, wie alle Menschen, darüber nachdenken, wie die konkreten Ergebnisse ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschenwürde dienen. Sie müssen sich Rechenschaft ablegen über das Ausmaß, in dem die Strukturen und die Praktiken der Wirtschaft ihre sittliche Überzeugung unterstützen oder untergraben.

128. Diese Bewertung wirtschaftlicher Praktiken, Strukturen und Ergebnisse führt zu einer Reihe von Schlußfolgerungen. Manche Leute behaupten, daß eine uneingeschränkt freie Marktwirtschaft, in der Eigentümer, Arbeitnehmer und Konsumenten ihre aufgeklärten Eigeninteressen verfolgen, die größtmögliche Freiheit, materielle Wohlfahrt und Gerechtigkeit hervorbringe. Politisch bedeutet dies eine möglichst geringe Einmischung in die Wirtschaft, da diese ein so delikater Mechanismus ist, daß jeder Versuch, sie zu verbessern, mit einiger Wahrscheinlichkeit ins Gegenteil umschlägt. Andere vertreten die Ansicht, das kapitalistische System sei in sich ungerecht und befände sich deswegen im Widerspruch zu christlichen Moralvorstellungen, weil es auf Habsucht, Wettbewerb und eigensüchtigem Individualismus beruhe. Sie behaupten, daß der Kapitalismus im Ansatz falsch und zum Untergang verurteilt sei und durch ein völlig anderes System zu ersetzen sei, das Privateigentum, Gewinnstreben und den freien Markt abschafft.

129. Die Katholische Soziallehre hat traditionsgemäß diese ideologischen Extreme abgelehnt, denn diese führen mit einiger Wahrscheinlichkeit zu Ergebnissen, die der Menschenwürde und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit zuwiderlaufen.¹ Die Kirche setzt sich für die Verbesserung einer Vielfalt wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen ein. Dabei geht sie von der Annahme aus, daß die Wirtschaft von Menschen geschaffen wurde und von ihnen auch verändert werden kann. Aber es ist nicht Aufgabe der Kirche, ein bestimmtes neues Wirtschaftssystem zu entwerfen oder zu fördern. Die Kirche muß vielmehr alle Reformen unterstützen,

welche die Hoffnung auf eine Wandlung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse hin zu einer systematischeren Verwirklichung der christlichen Sittenlehre enthalten. Ebenso muß die Kirche darauf vorbereitet sein, Praktiken und Institutionen anzuprangern, welche die Verwirklichung dieser Sittenlehre behindern oder weiter von ihr entfernen.

130. Kurzum, die Kirche ist nicht an irgendein bestimmtes wirtschaftliches, politisches oder soziales System gebunden. Sie hat mit vielen Formen wirtschaftlicher und sozialer Organisation gelebt und wird dies auch weiterhin tun. Dabei bewertet sie jedes einzelne System nach moralisch-ethischen Grundsätzen: Welche Auswirkungen hat das System auf die Menschen? Stützt oder bedroht es die Menschenwürde?

131. In diesem Dokument tragen wir Überlegungen vor, die sich auf die Besonderheiten der amerikanischen Wirtschaft beziehen. Dabei sind wir uns klar über die Notwendigkeit, nicht nur Einzelfragen, sondern das ganze Wirtschaftssystem berücksichtigen zu müssen. Wir nehmen bei unserer Analyse der amerikanischen Wirtschaft einen pragmatischen und evolutiv-nären Standpunkt ein. Wir leben in einem „gemischten“ Wirtschaftssystem, das aus einer langen Geschichte von Reformen und Anpassungen hervorgegangen ist. Im Geiste dieser pragmatischen amerikanischen Reformtradition bemühen wir uns um eine gerechtere Wirtschaft. Unsere Nation hat bei diesem Bemühen zahlreiche Aktiva einzubringen: riesige wirtschaftliche, technologische und menschliche Ressourcen sowie ein repräsentatives Regierungssystem, durch das wir alle auf die wirtschaftlichen Entscheidungen Einfluß nehmen können.

132. Obwohl wir uns in diesem Kapitel in erster Linie auf solche Aspekte der Wirtschaft konzentrieren, in denen wir Reformen für durchführbar halten, möchten wir aber betonen, daß sich die Katholische Soziallehre direkt mit weitergehenden Fragen zum Wirtschaftssystem selbst und seinem inhärenten Wertesystem befaßt – Fragen, die im katholischen Verständnis von wirtschaftlicher Gerechtigkeit nicht vernachlässigt werden dürfen.² Zum Beispiel: Legt unser Wirtschaftssystem mehr Wert auf Gewinnmaximierung als auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die Förderung der Menschenwürde? Verteilt unsere Wirtschaft ihre Erträge gleichmäßig oder konzentriert sie Macht und Ressourcen in den Händen weniger? Fördert sie übermäßig Materialismus und Individualismus? Schützt sie hinreichend die Umwelt und die natürlichen Ressourcen der Nation? Gibt sie zu viele knappe Ressourcen für militärische Zwecke aus? Diese und andere grundsätzliche Fragen zur Wirtschaft müssen im Lichte der ethischen Grund-

sätze, die wir aufgezeigt haben, sorgfältig geprüft werden. Wir empfehlen dringend, der Erforschung dieser Systemfragen intensiver nachzugehen, als es im Rahmen dieses Dokumentes möglich ist.

133. Mit folgenden Themen wollen wir uns hier auseinandersetzen: 1. Beschäftigung; 2. Armut; 3. Ernährung und Landwirtschaft; 4. die Rolle der USA in der Weltwirtschaft. Diese Themen wurden ausgewählt sowohl wegen ihrer Bedeutung für die wirtschaftlichen „Zeichen der Zeit“ als auch für die ethischen Grundsätze unserer Tradition. Jedes Thema ist ein Beispiel für die amerikanische Politik in ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Nation und in der Welt, und jedes Thema beleuchtet wichtige ethische Grundsätze und Normen der Katholischen Soziallehre. Unsere Behandlung dieser Themen stellt keine umfassende Analyse der Wirtschaft der Vereinigten Staaten dar. Wir betonen ausdrücklich, daß diese Themen Beispiele sind für die Wechselbeziehung zwischen sittlichen Werten und wirtschaftlichen Bedingungen in unserer Zeit, daß sie aber nicht alle diesbezüglichen Werte und Bedingungen umfassen. Dieses Dokument ist kein technisches Patent für eine Reform der Wirtschaft. Es ist vielmehr der Versuch einer ernsthaften ethischen Analyse, die zu einer gerechteren Wirtschaft hinführen soll.

134. Wir konzentrieren uns auf einige zentrale Wirtschaftsthemen der Vereinigten Staaten unter dem Blickwinkel ethischer Grundsätze. Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß der Schritt vom Grundsatz zur politischen Anwendung komplex und schwierig ist und daß diese ethischen Grundsätze – so wesentlich für die Festlegung der Politik sie sind – keine bestimmten Lösungen vorschreiben. Sie müssen in Wechselwirkung treten mit empirischen Daten, mit historischen, sozialen und politischen Gegebenheiten und auch mit dem Wettbewerb um begrenzt vorhandene Ressourcen. Die Richtigkeit unserer Beurteilung hängt nicht nur von der moralischen Kraft unserer Grundsätze ab, sondern auch von der Genauigkeit unserer Informationen und von der Gültigkeit unserer Annahmen.

135. Unsere Beurteilungen und Empfehlungen zu bestimmten Wirtschaftsthemen haben nicht dieselbe moralische Autorität wie unsere Aussage zu allgemeinen ethischen Grundsätzen und zur formalen Lehre der Kirche. Erstere stehen in Zusammenhang mit Umständen, die sich ändern können oder die von Menschen guten Willens unterschiedlich interpretiert werden können. Wir erwarten und begrüßen die Auseinandersetzung mit unseren politischen Empfehlungen. Jedoch wünschen wir, daß unsere Aussagen zu diesen Themen ernsthaft bedacht werden von Katholiken, die überlegen,

ob ihre eigene sittliche Beurteilung übereinstimmt mit dem Evangelium und der Katholischen Soziallehre. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Unterschiede in komplexen Wirtschaftsfragen – wenn diese im Rahmen der akzeptierten Grundsätze und Werte auftauchen – im Geiste gegenseitiger Achtung und in offenem Dialog vorgetragen werden sollten.³

A. Beschäftigung

136. Vollbeschäftigung ist die Grundlage einer gerechten Wirtschaft. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit angemessener Bezahlung und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen hat höchste Priorität auf dem Gebiet der nationalen Wirtschaftspolitik. Wir als Nation müssen es ermöglichen, daß jeder Arbeitsuchende in einem angemessenen Zeitraum einen Arbeitsplatz findet. Bei der Betonung dieses Ziels stützen wir uns auf die Überzeugung, daß die menschliche Arbeit eine besondere Würde besitzt und bei der Herstellung von Gerechtigkeit in der Gesellschaft eine Schlüsselrolle spielt.⁴

137. Arbeit ist ein Grundrecht; ein Recht, das die Freiheit aller schützt, am wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft teilzunehmen. Es ist dies ein Recht, das den Grundsätzen der Gerechtigkeit entspringt, die wir oben darlegten. Diesem Recht entspricht auf der Seite der Gesellschaft die Pflicht, den Schutz dieses Rechtes zu sichern. Die Bedeutung dieses Rechtes geht aus der Tatsache hervor, daß Beschäftigung für die meisten Menschen entscheidend ist für ihre Selbstverwirklichung wie auch für die Erfüllung ihrer materiellen Bedürfnisse. Da in unserer Gesellschaft nur wenige Eigentum an Produktionsmitteln besitzen, ist Beschäftigung auch der beste Schutz vor Armut. Arbeitsplätze nutzen der Gesellschaft ebenso wie den Arbeitenden, denn sie ermöglichen es mehr Menschen, zum Gemeinwohl beizutragen wie auch zur Produktivität, die für eine gesunde Wirtschaft unerlässlich ist.

1. Umfang und Auswirkung der Arbeitslosigkeit

138. Die Arbeitslosigkeit wird zu einem immer weiter verbreiteten und tief verwurzelten Problem in unserem Lande. In den Vereinigten Staaten gibt es etwa 8 Millionen Menschen, die Arbeit suchen und keine finden. Das sind etwa 7 Prozent der arbeitenden Bevölkerung.⁵ Die amtliche Arbeitslosenzahl umfaßt weder diejenigen, die aufgehört haben, nach Arbeit zu suchen, noch die, die eine Teilzeitbeschäftigung haben, aber gerne Voll-

zeitbeschäftigung hätten. Wenn diese Gruppen hinzugerechnet werden, sieht man, daß etwa ein Achtel der arbeitenden Bevölkerung direkt von Arbeitslosigkeit betroffen ist.⁶ Das Arbeitslosenproblem wird noch durch die Tatsache verschärft, daß fast drei Viertel der Arbeitslosen keine Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung erhalten.⁷

139. In den letzten Jahren gab es einen beständigen Trend zu immer höheren Arbeitslosenzahlen, sogar in guten Zeiten. Zwischen 1950 und 1980 war die jährliche Arbeitslosenrate nur in den Rezessionsjahren 1975 und 1976 höher als heute. Zeiten wirtschaftlicher Erholung in diesen drei Jahrzehnten senkten die Arbeitslosenzahlen auf drei und vier Prozent. Seit 1979 liegt die Rate jedoch allgemein über sieben Prozent.

140. Wer sind die Arbeitslosen? Überproportional vertreten sind unter den Arbeitslosen Schwarze, Spanischsprachige, junge Erwachsene, Frauen, die allein eine Familie ernähren, sowie Personen mit unzureichender Bildung. Die Arbeitslosenzahl ist unter ethnischen Minderheiten fast doppelt so hoch wie unter Weißen. Bei den alleinverdienenden Frauen liegt die Arbeitslosenzahl bei über zehn Prozent. Bei schwarzen Teenagern erreicht die Arbeitslosenzahl die skandalöse Höhe von mehr als einem Drittel.⁸

141. Die menschlichen Härten hoher Arbeitslosigkeit werden deutlich, wenn wir ihre Auswirkungen auf das Leben und die Menschenwürde untersuchen. Es ist eine tief verwurzelte Überzeugung in der amerikanischen Kultur, daß die Arbeit für die Freiheit und das Wohlergehen der Menschen von besonderer Bedeutung ist. Die Arbeitslosen bekommen oft das Gefühl, wertlos und gesellschaftlich unproduktiv zu sein. Jeden Tag, an dem sie arbeitslos sind, sagt ihnen die Gesellschaft: Wir brauchen dein Talent nicht. Wir brauchen deine Initiative nicht. Wir brauchen *dich* nicht. Arbeitslosigkeit wirkt sich verheerend auf die Gesundheit und die Stabilität des einzelnen und der Familie aus. Sie ruft Familienstreitigkeiten hervor, erhöht Alkoholkonsum, Kindes- und Ehegattenmißhandlung, Scheidung und höhere Kindersterblichkeit.⁹ Arbeitslose haben oft das Gefühl, daß die Gesellschaft ihnen ihre Arbeitslosigkeit zum Vorwurf macht. Sehr wenige Menschen überstehen lange Zeiträume von Arbeitslosigkeit ohne psychischen Schaden, sogar wenn sie genügend Geld für ihre Bedürfnisse haben.¹⁰ Im Extremfall kann der Druck der Arbeitslosigkeit Menschen in den Selbstmord treiben.¹¹

142. Neben der schrecklichen Verschwendung von Talent und schöpferischen Fähigkeiten ist die Arbeitslosigkeit auch für die Gesellschaft als Gan-

zes von Übel. Die Arbeitslosen zahlen wenig oder überhaupt keine Steuern und vermindern so das Einkommen der Kommunen, der Länder und des Bundes. Zugleich erfordert eine steigende Arbeitslosenzahl größere Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, Essensmarken und andere Hilfeleistungen. 1986 wird schätzungsweise jeder Prozentpunkt an gesteigener Arbeitslosigkeit eine Steigerung von etwa 40 Milliarden Dollar für das Defizit des Bundes bedeuten.¹² Die Kosten für die Gesellschaft zeigen sich außerdem in einem Anwachsen der Kriminalität in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit. Das Federal Bureau of Prisons meldet, daß steigende Arbeitslosigkeit eine steigende Zahl von Gefängnisinsassen nach sich zog. Andere Studien ergaben Verbindungen zwischen der Arbeitslosenrate und der Häufigkeit von Morden, Raubüberfällen, Diebstählen, Drogenmißbrauch und Jugendkriminalität.¹³

143. Unsere eigenen Erfahrungen mit den Menschen, den Familien und den Gemeinden, die unter der schweren Last der Arbeitslosigkeit leiden, bringen uns zu der Überzeugung, daß wir es uns als Nation einfach nicht leisten können, Millionen gesunder Männer und Frauen arbeitslos zu lassen. Wir können uns die wirtschaftlichen Kosten nicht leisten, aber auch nicht die soziale Entwurzelung und die verheerenden menschlichen Tragödien, welche die Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Schließlich können wir uns am allerwenigsten den Angriff auf die Menschenwürde leisten, der dann erfolgt, wenn Millionen von Menschen ohne angemessene Arbeit leben müssen. Daher müssen wir zu der Schlußfolgerung kommen, daß die derzeitigen Arbeitslosenzahlen unerträglich sind und daß sie uns die moralische Verpflichtung auferlegen; uns für politische Maßnahmen einzusetzen, welche die Arbeitslosigkeit reduzieren.

2. Arbeitslosigkeit in einer sich wandelnden Wirtschaft

144. Die Struktur der amerikanischen Wirtschaft befindet sich in einem Wandel, der sich sowohl auf die Quantität als auch auf die Qualität der Arbeitsplätze in unserem Lande auswirkt. Der Umfang und die Struktur der arbeitenden Bevölkerung beispielsweise haben sich in den letzten Jahren spürbar verändert. Aus verschiedenen Gründen gibt es heute mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt als je zuvor in unserer Geschichte. Das Bevölkerungswachstum hat den Vorrat an Arbeitsfähigen vergrößert. Hinzu kam eine große Zahl von Frauen, die ins Berufsleben eintraten, um ihre Begabungen und Ausbildung besser zu nutzen, aber auch aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. Viele Familien benötigen zwei Einkommen, um in einiger-

maßen menschenwürdigen Umständen leben zu können. Haushalte mit alleinverdienenden Frauen hängen oft vom Einkommen der Mutter ab, um nicht dem Staat zur Last zu fallen. Aber auch Einwanderer, die in den Vereinigten Staaten ein besseres Leben suchen, haben die arbeitende Bevölkerung vergrößert. Allerdings können diese demographischen Veränderungen allein die gestiegene Arbeitslosigkeit nicht völlig erklären.

145. Auch technologische Veränderungen haben eine dramatische Auswirkung auf das Beschäftigungsbild der USA. Die voranschreitende Technologie hat zahlreiche Vorteile, sie kann aber auch soziale und wirtschaftliche Kosten hervorrufen einschließlich der Herabstufung und Freisetzung von Arbeitnehmern. Hochtechnologie und fortgeschrittene Automation verändern das Gesicht der Industrien und Beschäftigung in unserem Lande. In den siebziger Jahren entstanden etwa 90 % aller neuen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Bis 1990 wird der Dienstleistungssektor voraussichtlich 72 % aller Arbeitnehmer beschäftigen. Ein großer Teil der neu hinzugekommenen Arbeitsplätze in den 80er Jahren liegt im Bereich der seit eh und je schlecht bezahlten, rasch wechselnden Stellen wie etwa der Verkäufer, Büroangestellten, Pförtner und Kellner.¹⁴ Allzuoft verfügen diese Arbeitsplätze nicht über Aufstiegsmöglichkeiten in Positionen mit höheren Anforderungen und besserer Bezahlung. Infolgedessen könnte die sich wandelnde Struktur der amerikanischen Wirtschaft eine Umschichtung in Richtung auf Arbeitsplätze mit geringerer Bezahlung und geringerer Qualifikation herbeiführen.

146. Der steigende Wettbewerb am Weltmarkt ist ein weiterer Faktor, der die Zahl der Arbeitslosen in unserem Lande beeinflusst. Viele andere Exportländer haben die modernste Technologie angeschafft und entwickelt, die ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Produktivitätsrate beträchtlich zu steigern. Verbunden mit sehr niedrigen Löhnen in vielen Ländern, hat ihnen dies einen größeren Anteil am amerikanischen Markt und an den amerikanischen Exportmärkten verschafft. Gleichzeitig haben viele Konzerne ihre Niederlassungen in den USA stillgelegt und ihr Kapital, ihre Technologie und ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlegt.

147. Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist einer der Gründe für die hohe Arbeitslosenzahl und das niedrige Einkommen bei ethnischen Minderheiten und Frauen. Zusätzlich zu den normalen Problemen bei der Arbeitsbeschaffung leiden Schwarze, Spanischsprachige, Indianer, Einwanderer und andere Minderheiten unter dieser Last der Diskriminierung. Die Diskriminierung gegen Frauen wird verschärft durch das Fehlen aus-

reichender Kindergärten und durch die mangelnde Bereitschaft zahlreicher Arbeitgeber, flexible Arbeitsbedingungen zu schaffen oder zusätzliche Sozialleistungen auf Teilzeitangestellte auszudehnen.

148. Hohe Ausgaben für die Verteidigung haben ebenfalls eine Auswirkung auf die Anzahl der Arbeitsplätze in unserer Wirtschaft. In unserem Hirtenbrief „Die Herausforderung des Friedens“ haben wir die schwerwiegenden wirtschaftlichen Verzerrungen hervorgehoben, die durch das Wettrüsten bewirkt werden, wie auch die verheerenden Folgen für die Möglichkeit der Gesellschaft, für die Armen und die Bedürftigen zu sorgen. Die Beschäftigungssituation ist ein Gebiet, auf dem diese Verbindung sehr klar zutage tritt. Die Hunderte von Milliarden Dollar, die unser Land jährlich für den Rüstungswettlauf ausgibt, bewirken eine riesige Belastung für die amerikanische Wirtschaft, aber auch einen ernstzunehmenden „Brain Drain“. Diese Ausgaben für das Wettrüsten bedeuten einen Nettoverlust an Arbeitsplätzen in der Wirtschaft, denn die Rüstungsindustrie ist weniger arbeitsintensiv als andere große Wirtschaftszweige.¹⁶ Hinzu kommt, daß fast die Hälfte der amerikanischen Naturwissenschaftler und Techniker an Programmen arbeitet, die mit der Verteidigung in Verbindung stehen, und über 60 % des gesamten Forschungs- und Entwicklungsbudgets der Bundesregierung für militärische Zwecke ausgegeben wird. Wir müssen die Frage stellen, ob unser Land jemals unsere Wirtschaft modernisieren und Vollbeschäftigung herstellen kann, wenn wir weiterhin einen so großen Teil unserer wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen den Projekten zuführen, die mit unserer Verteidigung zusammenhängen.

149. Dies sind einige der Faktoren, welche die Arbeitslosenzahl in den letzten Jahren in die Höhe getrieben haben. Obwohl unsere Wirtschaft seit 1970 mehr als 20 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen hat,¹⁷ gibt es weiterhin einen chronischen und sogar wachsenden Mangel an Arbeitsplätzen. Vor dieser Herausforderung haben es die Institutionen der Wirtschaft nicht geschafft, sich richtig und schnell genug anzupassen. So haben zum Beispiel das Versäumnis, in bestimmten Industriezweigen und Regionen ausreichend zu investieren, unzureichende Bildung und Ausbildung neuer Arbeitskräfte und unzulängliche Hilfen für Arbeitnehmer, die durch neue Technologien verdrängt wurden, das Beschäftigungsproblem verschärft.

150. Eine angemessene Zahl an Arbeitsplätzen in unserer Wirtschaft zu schaffen, ist unter den sich ändernden und vielschichtigen Bedingungen dieses Problems eine komplexe Aufgabe. Sie erfordert zahlreiche Kompromisse und erhebliche Kosten. Trotzdem kann man sie lösen. Das Ziel

der Vollbeschäftigung kann umfangreiche Anpassungsmaßnahmen und unsere Phantasie in einem Maße fordern, das die Grenzen der heutigen Politik und der Institutionen übersteigt, aber es ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

3. Richtlinien des Handelns

151. Wir empfehlen unserem Lande, sich der Vollbeschäftigung als einer großen Aufgabe mit Nachdruck zu widmen. Gegenwärtig wird das Ideal der Vollbeschäftigung mit Worten beschworen, es gibt jedoch keinerlei feste Verpflichtung sie zu verwirklichen. Wenn derzeit jede Anstrengung unternommen würde, die notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen, dann könnte man sagen, die heutige Situation sei alles, was wir überhaupt erreichen könnten. Dies ist aber nicht der Fall. Unser Land tut weit weniger als es könnte, um Arbeitsplätze zu schaffen.

152. Im vergangenen Jahrzehnt haben die Wirtschaftswissenschaftler, Politiker wie auch die Öffentlichkeit sich daran gewöhnt, eine Arbeitslosenquote von 6 bis 7 oder gar mehr Prozent hinzunehmen.¹⁸ Wiewohl wir uns über die Schwierigkeiten und die Kompromisse im klaren sind, die bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden müssen, sind wir der Ansicht, daß eine Quote von 6 bis 7 Prozent weder unvermeidlich noch akzeptabel ist! Wenn es auch in einer Wirtschaft, in der ständig neue Arbeitskräfte auf den Markt kommen und andere ihre Stellen wechseln, sicher unmöglich ist, eine Null-Arbeitslosenziffer zu erreichen, so können doch geeignete politische Maßnahmen und aufeinander abgestimmte private und öffentliche Programme die Situation beträchtlich verbessern, vorausgesetzt, der Wille dazu ist vorhanden. Keine Wirtschaft kann als wirklich gesund betrachtet werden, wenn so vielen Millionen Menschen durch Kräfte, die sie nicht kontrollieren können, der Arbeitsplatz verwehrt wird. Die Akzeptanz der gegenwärtigen Arbeitslosenzahlen wäre vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen. Sie sollte auch heute unerträglich sein.

153. Zuerst müssen wir einen Konsens darüber erzielen, daß jeder Mensch ein Recht auf Arbeit hat. Dann fällt die Aufgabe, Vollbeschäftigung herbeizuführen, auf uns alle. Die Politiker, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Allgemeinheit müssen die Voraussetzungen schaffen, die dieses Recht schützen. Wir müssen dafür sorgen, daß im ganzen Land ein neuer Konsens entsteht, und wir müssen den notwendigen politischen Willen auf allen Ebenen mobilisieren, damit das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht wird.

154. Wichtige Schritte im privaten und öffentlichen Bereich wie auch gemeinsame Maßnahmen beider Bereiche werden notwendig sein, wenn die Beschäftigungsrate in unserem Lande erhöht werden soll. Privatinitiative und Unternehmungsgeist sind für diese Aufgabe unverzichtbar, denn der private Sektor stellt etwa 80% der Arbeitsplätze in Amerika, und hier entstehen auch die meisten neuen Stellen.¹⁹ Daher muß eine vernünftige Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen davon ausgehen, daß private Firmen und kleine Betriebe hierbei eine wichtige Rolle spielen. Zugleich muß aber anerkannt werden, daß der Staat bei der Lösung des Arbeitslosenproblems eine wesentliche und unverzichtbare Rolle spielt. Der Markt allein wird nicht automatisch eine Vollbeschäftigung herstellen. Daher muß die Regierung handeln, um sicherzustellen, daß dieses Ziel erreicht wird. Sie muß dazu die allgemeine Wirtschaftspolitik koordinieren, Arbeitsbeschaffungsprogramme entwerfen und andere geeignete Maßnahmen treffen.

155. Wirksame Schritte gegen die Arbeitslosigkeit erfordern eine sorgfältige Mischung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und gezielten Beschäftigungsprogrammen. Insgesamt sollten diese Maßnahmen und Programme die Vollbeschäftigung zum höchsten Ziel haben.

a. Allgemeine Wirtschaftspolitik

156. Die allgemeine oder makroökonomische Politik der Bundesregierung ist ein wichtiges Mittel zur Förderung gleichmäßigen Wirtschaftswachstums, das mehr und bessere Arbeitsplätze hervorbringt. *Wir empfehlen, daß die Steuer- und Geldpolitik des Landes - wie etwa die Ausgabenpolitik des Bundes, die Steuer- und Zinspolitik - in dem Streben nach Vollbeschäftigung koordiniert werden sollten.*

157. Die allgemeine Wirtschaftspolitik muß sich in ihrem Bemühen um mehr Arbeitsplätze auch mit dem Problem der Inflation auseinandersetzen.²⁰ Es besteht ein echtes Risiko inflationären Drucks als Ergebnis einer solchen Expansionspolitik. Unsere Antwort darauf sollte aber nicht darin bestehen, das Ziel der Vollbeschäftigung aufzugeben, sondern wirksame antiinflationäre Maßnahmen zu entwickeln.

158. Obwohl das Wachstum der Wirtschaft eine wichtige und notwendige Voraussetzung zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist, reicht es allein doch nicht aus. Wenn man etwas für die Vollbeschäftigung und Inflationsbegrenzung tun will, muß man außerdem speziellere Maßnahmen und Pro-

gramme entwickeln, die auf Einzelaspekte des Problems der Arbeitslosigkeit zielen.²¹

b. Zielgerichtete Beschäftigungsprogramme

159. (1) *Wir empfehlen die Erweiterung von Ausbildungs- und Lehrlingsprogrammen im privaten Sektor in Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften und Staat.* Jede wohldurchdachte Strategie der Beschäftigung muß sich systematisch mit der Entwicklung der technischen und organisatorischen Fähigkeiten befassen, die in einer dynamischen und produktiven Wirtschaft gebraucht werden. Investitionen in eine gute Ausbildung der Arbeitnehmer sind eine Vorbedingung zur Erhaltung des Wirtschaftswachstums und zur Erlangung größerer Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten. Die Pflicht, hier zu investieren, trifft sowohl den privaten als auch den öffentlichen Sektor. Heute müssen die Unternehmer, die Gewerkschaften und der Staat ihre Bemühungen koordinieren und ihre Ressourcen vereinen, damit sie einen spürbaren Anstieg in der Zahl der Lehrlings- und Weiterbildungsprogramme erzielen. Wir empfehlen ein nationales Engagement zur Beseitigung des Analphabetentums und dazu, Menschen mit den Fähigkeiten auszustatten, die sie brauchen, um sich den wechselnden Anforderungen der Arbeitswelt anzupassen.

160. Bei der Geschwindigkeit des technologischen Wandels in unserer Zeit ist die berufliche Weiterbildung sogar noch wichtiger geworden als in der Vergangenheit. Die Wirtschaft muß sie ermöglichen, denn gut ausgebildete Arbeitnehmer sind für die Produktivitätssteigerung unerlässlich. Die Gewerkschaften sollten dies ebenfalls unterstützen, da ihre Mitglieder Versetzungen und Arbeitsplatzverlust immer mehr ausgeliefert sind, wenn sie nicht ihre Fertigkeiten und ihre Flexibilität am Arbeitsplatz ständig weiterentwickeln. Und auch die örtlichen Gemeinden sollten ein Interesse daran haben, weil ihr finanzielles Wohlergehen Schaden nimmt, wenn die ortsansässige Industrie sich nicht weiterentwickelt, sondern schließen muß.

161. Die beste Medizin gegen Betriebsstillegungen ist die Vorbeugung. Die Vorbeugung hängt nicht nur davon ab, ob Kapitalinvestitionen in hochentwickelte Technologie die Produktivität steigern sollen, sondern auch von der Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer im privaten Bereich. Wenn Fabriken stillgelegt werden müssen, haben Management, Gewerkschaften und Gemeinden die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Arbeitnehmer nicht einfach zur Seite gestellt werden. Umschulungsprogramme sind in solchen Fällen noch notwendiger.

162. (2) *Wir empfehlen eine umfangreiche Förderung direkter Stellenbeschaffungsprogramme, die sich an die Langzeitarbeitslosen und die Arbeitslosen mit besonderen Bedürfnissen wenden.* Solche Programme können eine direkte Anstellung im öffentlichen Dienst, aber auch Subventionen für Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft vorsehen. In beiden Fällen werden Arbeitsplätze für wenig qualifizierte Kräfte geschaffen, und zwar kostengünstiger und weniger inflationsfördernd als durch eine allgemeine Ankurbelung der Wirtschaft.²² Die Kosten der Arbeitsplatzbeschaffung müssen auch aufgerechnet werden mit den Einsparungen der Regierung durch geringere Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung und die gesteigerten Einnahmen aus den Steuern der Neueingestellten.

163. Wenn Gelder der öffentlichen Hand wirksam eingesetzt werden, können sie auch Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft für Langzeitarbeitslose und besonders schwer zu vermittelnde Gruppen nach sich ziehen. Versuche sollten angestellt werden über die genaue Art, wie solche Subventionen am besten die Beteiligung der Wirtschaft und die Schaffung ständiger Arbeitsplätze bewirken können.

164. Diese Bemühungen um die Schaffung von Arbeitsplätzen sollten besonders darauf abzielen, ins Abseits gedrängte Menschen in die Arbeitswelt einzubeziehen. Sie sollten eine Netto-Steigerung in der Zahl der Arbeitsplätze erbringen und nicht die Last der Arbeitslosigkeit von einer auf eine andere Bevölkerungsgruppe verschieben. Sie sollten außerdem auf die Schaffung langfristiger Stellen hinwirken und die notwendige Unterstützung umfassen, um den Arbeitslosen zu helfen, Arbeit zu finden und zu behalten.

165. Neugeschaffene Stellen sollten Güter und Dienstleistungen hervorbringen, welche die Gesellschaft braucht und schätzt. Es entspricht sowohl dem gesunden Menschenverstand als auch den Regeln vernünftigen Wirtschaftens, Arbeitsplätze dort zu schaffen, wo unbefriedigte Bedürfnisse der Gesellschaft liegen. Im ganzen Land gibt es in jedem Bundesstaat und an jedem einzelnen Ort genügend Beispiele für die Bedürfnisse der Gesellschaft, die nicht befriedigt werden. Viele unserer Parkanlagen und Freizeiteinrichtungen brauchen Pflege und Reparatur. Viele Brücken und Straßen in unserem Land müßten in Ordnung gebracht werden. Wir haben einen riesigen Bedarf an kostengünstigem Wohnraum. Unser Bildungssystem, unsere Tagesstätten und Einrichtungen für die alten Menschen wie auch andere Leistungen der Gemeinden sollten ausgeweitet werden. Gleichzeitig aber gibt es mehr als acht Millionen Amerikaner, die nach produktiver

und sinnvoller Arbeit suchen. Wir haben die Möglichkeit, diesen Bedürfnissen zu entsprechen, indem wir arbeitswilligen Amerikanern an solchen Stellen Arbeit verschaffen, an denen ihr Einsatz dringend benötigt wird. Der übergeordnete sittliche Wert, der darin liegt, arbeitslosen Menschen durch Arbeit ein neues Gefühl von persönlicher Würde und Selbstachtung zu verschaffen, spricht ebenfalls sehr für diese Programme.

166. Diese Bestrebungen zur Arbeitsplatzbeschaffung werden mehr Zusammenarbeit und neue Verbindungen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor auf allen Ebenen erforderlich machen. Es gibt schon jetzt eine ganze Reihe von Beispielen dafür, wie erfolgreich solche Bemühungen sein können.²³ Wir glauben, daß die Möglichkeiten, die in dieser Art von Partnerschaft enthalten sind, erst allmählich genutzt werden.

c. Überprüfung neuer Wege

167. Zusätzlich zu den oben vorgeschlagenen Maßnahmen sind wir der Ansicht, daß ein Bedarf besteht für die sorgfältige Untersuchung und Erprobung anderer Wege, welche die Qualität und auch die Quantität von Arbeitsplätzen verbessern können. Mehr Job Sharing, Zeitflexibilität und geringere Wochenarbeitszeit gehören zu den Themen, die weiterhin auf der Tagesordnung der öffentlichen Diskussion stehen sollten. Man sollte auch darüber nachdenken, Zwangsüberstunden einzuschränken oder abzuschaffen. Ebenso sollte man Maßnahmen untersuchen zum Abbau des übermäßigen Einsatzes von Teilzeitangestellten, die keine Zusatzleistungen erhalten.²⁴ Neue Wege sollten erforscht werden auf dem Gebiet der Ausbildung schwer zu vermittelnder, freigesetzter und behinderter Arbeitskräfte sowie von solchen mit besonderen Bedürfnissen. Besonders notwendig ist es, gleiche Bezahlung für Männer und Frauen zu erreichen sowie bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen für die Niedriglohngruppen. Unsere Nation sollte sich mehr um wirksame Maßnahmen zur Gleichbehandlung bemühen, um denen zu helfen, die in der Vergangenheit das Opfer von Rassen- oder Geschlechtsdiskriminierung wurden. Auch brauchen wir neue Wege der Arbeitsvermittlung. Ein weiterer wichtiger Punkt, der mehr Aufmerksamkeit verdient, ist die Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz.

168. Weit mehr Aufmerksamkeit verdient auch die langfristige Aufgabe, einen Teil der Rüstungsindustrie des Landes friedlicheren und gesellschaftlich produktiveren Zwecken zuzuführen. Unser Land muß wirksamere Wege finden, diese Industriezweige umzurüsten, die Arbeitskräfte umzu-

schulen und den betroffenen Gemeinden die notwendigen Anpassungshilfen zu leisten.

169. Dies sind einige der Wege, die auf der Suche nach einer gerechten Arbeitsmarktpolitik erkundet werden müssen. Der Glaube an die innere Würde der menschlichen Arbeit und an das Recht auf Beschäftigung sollte die Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft anregen, diese Suche auf neue und kreative Weise fortzuführen.

B. Armut

170. Mehr als 33 Millionen Amerikaner – etwa ein Siebtel unserer Gesamtbevölkerung – sind nach der offiziellen Definition der Regierung arm. Die Normen der Menschenwürde und die bevorzugte Behandlung der Armen zwingen uns, dieses Thema mit besonderem Nachdruck zu behandeln. Sich mit der Armut auseinanderzusetzen, ist kein Luxus, den sich unsere Nation leisten kann, wenn sie dazu die Zeit und die Ressourcen hat. Dies ist vielmehr ein sittliches Gebot von höchster Priorität.

171. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, daß die Armut im letzten Jahrzehnt drastisch angestiegen ist. Der Umfang der Armut ist seit 1973 um etwa ein Drittel gestiegen. Obwohl die jüngste Wirtschaftserholung ein geringes Absinken der Armutsrate mit sich gebracht hat, liegt sie noch immer höher als irgendwann in den vergangenen zwei Jahrzehnten.²⁵

172. Als Seelsorger haben wir unmittelbar in die Gesichter der Armut in unserer Mitte geschaut. Menschen ohne Wohnsitz streifen in zerrissenen Kleidern durch die Städte und übernachten in Toreinfahrten oder U-Bahn-Schächten. Viele von ihnen sind ehemals psychisch gestörte Patienten, die aus den staatlichen Krankenanstalten entlassen wurden. Tausende stehen Schlange vor den Suppenküchen, denn sie können sich nicht anders ernähren. Millionen Kinder werden so schlecht ernährt, daß ihr körperliches und geistiges Wachstum ernsthaft beeinträchtigt wird.²⁶ Wir haben auch die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Unsicherheit gesehen, denen Amerikaner mit bescheidenem Einkommen ausgesetzt sind, wenn sie ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen durch Einflüsse verlieren, die sich ihrer Kontrolle entziehen. Dies sind alarmierende Zeichen und Entwicklungen. Sie richten an unser Land die dringende moralische und menschliche Forderung nach einer Gesellschaft, in der niemand ohne die grundlegenden materiellen Voraussetzungen der Menschenwürde und menschlicher Entfaltung auskommen muß.

173. Die Armut kann auf viele verschiedene Arten beschrieben und definiert werden. Sie kann geistige und auch materielle Armut beinhalten. Ebenso wechselt ihre Bedeutung je nach dem historischen, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld. Die heutige Form der Armut unterscheidet sich von der noch schlimmeren Entbehrung, an der in früheren Jahrhunderten die Vereinigten Staaten litten, oder derjenigen, die manche Länder der Dritten Welt heute erleiden. Unsere Betrachtung über die Armut bezieht sich auf die heutige amerikanische Gesellschaft. Als Armut bezeichnen wir hier den Mangel an materiellen Mitteln, die für einen würdigen Lebensstandard nötig sind. Wir wenden die offizielle Armutsdefinition der Regierung an, obwohl wir ihre Grenzen erkennen.²⁷

1. Charakteristische Merkmale der Armut

174. Die Armut ist kein isoliertes Problem einer kleinen Anzahl von anonymen Menschen, die in unseren Städten leben. Sie ist auch nicht begrenzt auf eine abhängige Unterschicht oder auf eine bestimmte Gruppe in Amerika. Sie ist eine Erfahrung, die viele Menschen unterschiedlicher Berufe und unterschiedlicher Lebensumstände irgendwann einmal machen. Viele arme Menschen üben Berufe aus, aber zu Löhnen, die nicht ausreichen, um sie aus der Armut zu entlassen.²⁸ Andere können nicht arbeiten und sind daher auf Unterstützung von außen angewiesen. Wieder andere befinden sich am Rande der Armut; obwohl sie offiziell nicht als arm bezeichnet werden, leben sie in wirtschaftlicher Unsicherheit und in der Gefahr, zu verarmen.

175. Viele Arme schaffen es, dem Leben unterhalb der offiziellen Armuts-grenze zu entkommen, andere aber verharren lange Zeit dort. Armut über lange Zeiträume findet man vor allem bei ethnischen Minderheiten und bei Familien alleinernährender Frauen. Sie tritt außerdem besonders häufig in ländlichen Gebieten und in den Südstaaten auf.²⁹ Unter den langfristig Armen sieht man in erster Linie Arbeiter, deren Löhne zu niedrig sind, um sie aus der Armut zu befreien, aber auch Alte, Behinderte sowie Eltern von Vorschulkindern. Im allgemeinen können sie nicht mehr Stunden arbeiten, als sie bereits tun.³⁰

a. Kinder in Armut

176. Die Armut trifft manche gesellschaftliche Gruppen härter als andere. Am bedrückendsten ist vielleicht die steigende Zahl armer Kinder. Heute

ist jedes vierte amerikanische Kind unter sechs Jahren und jedes zweite schwarze Kind derselben Altersklasse arm. Die Zahl der Kinder in Armut wuchs um vier Millionen in dem Jahrzehnt zwischen 1973 und 1983, mit dem Ergebnis, daß es heute in Amerika mehr arme Kinder gibt als irgendwann seit 1965.³¹ Das Problem ist besonders schwerwiegend in Familien, deren Oberhaupt eine Frau ist; dort sind die Hälfte aller Kinder arm. Zwei Drittel der schwarzen Kinder und fast drei Viertel der spanischsprechenden Kinder in solchen Familien sind arm.

177. Sehr viele arme Familien mit Kindern erhalten keine öffentliche Unterstützung, sie haben keine Krankenversicherung und können Arztrechnungen nicht bezahlen. Weniger als die Hälfte von ihnen haben Immunschutz gegen verhütbare Krankheiten wie etwa Diphtherie und Kinderlähmung.³² Arme Kinder sind schon vor ihrer Geburt benachteiligt; dadurch, daß ihre Mütter keinen Zugang zu guter pränataler Versorgung haben, ist bei ihnen die Gefahr der Frühgeburt, eines niedrigen Geburtsgewichtes, körperlicher und geistiger Schäden und des Todes innerhalb des ersten Lebensjahres besonders groß.

b. Frauen in Armut

178. In den letzten zwanzig Jahren haben wir eine dramatische Steigerung in der Armutsziffer bei Frauen erlebt.³³ Diese Ziffer umfaßt alleinerziehende Mütter ebenso wie Frauen mit unzureichendem Einkommen nach einer Scheidung, dem Tod des Ehemannes oder im Alter. Mehr als ein Drittel aller von Frauen finanzierten Haushalte lebt in Armut. Unter den Minderheitsfamilien, die von Frauen ernährt werden, liegt die Armutsrate bei über fünfzig Prozent.³⁴

179. Die ungleiche Bezahlung der Frauen steht als Hauptursache hinter diesen hohen Armutsziffern. Viele Frauen haben eine Anstellung, bleiben aber arm, da ihre Löhne zu niedrig sind. Frauen mit Arbeitsplätzen außer Hause, die das ganze Jahr arbeiten, verdienen nur 61 % dessen, was die Männer verdienen. Einen vollen Arbeitsplatz zu haben, ist also an sich noch kein ausreichendes Mittel gegen Frauenarmut. Hunderttausende von Frauen haben eine Ganztagsstelle, und trotzdem sind sie arm. Sechzig Prozent aller Frauen arbeiten in nur zehn verschiedenen Berufen, und die meisten neuen Arbeitsplätze für Frauen liegen in Bereichen mit niedriger Bezahlung und begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten. Zahlreiche Frauen leiden unter eindeutiger Benachteiligung bei der Bezahlung, bei der ArbeitsplatzEinstufung, bei Beförderungen und anderen Dingen.³⁵ Daher finden

sie sich dann an Arbeitsstellen mit geringem Status wieder, mit geringer Sicherheit, schwacher Gewerkschaftsvertretung und wenig zusätzlichen Sozialleistungen. Diese Diskriminierung ist unmoralisch. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Auswirkungen des Sexismus in unserer Gesellschaft zu beseitigen.

180. Die Verantwortung der Frauen für die Erziehung der Kinder ist ein weiterer Faktor, der berücksichtigt werden muß. Trotz der zahlreichen Veränderungen im Ehe- und Familienleben in den letzten Jahrzehnten tragen die Frauen immer noch die Hauptverantwortung auf diesem Gebiet. Wenn Ehen zerbrechen, übernehmen gewöhnlich die Frauen das Sorgerecht für die Kinder und tragen die größte finanzielle Last, um sie zu ernähren. Die Frauen gehen oft schon im voraus davon aus, daß sie die Arbeitswelt verlassen werden, um Kinder zu bekommen und großzuziehen, und oftmals treffen sie ihre Berufswahl unter diesem Aspekt. In anderen Fällen werden sie wegen ihrer Pflichten der Kindererziehung nicht eingestellt oder nicht in höhere Positionen befördert. Außerdem erhalten die meisten geschiedenen oder getrennt lebenden Mütter kein Kindergeld. 1983 erhielt weniger als die Hälfte aller alleinerziehenden Mütter Kindergeld, und von diesen wiederum erhielt nur die Hälfte das Geld in der vollen Höhe, zu der sie berechtigt war. Noch weniger Frauen erhalten Alimente (14%), und zahlreiche ältere Frauen werden nach einem Leben für die Familie und die Kinder verlassen und leben in Armut.³⁶ Diese Frauen haben große Schwierigkeiten, Arbeit zu finden und sich gegen Krankheit zu versichern.

c. Ethnische Minderheiten und Armut

181. Obwohl die meisten Armen in unserem Lande Weiße sind, ist die Armut unter denen am weitesten verbreitet, welche die Wucht von Rassenvorurteil und -diskriminierung auszuhalten haben. Schwarze sind beispielsweise etwa mit dreimal größerer Wahrscheinlichkeit arm als Weiße. Während jeder neunte weiße Amerikaner arm ist, trifft dies auf jeden dritten Schwarzen und Indianer zu und auf jeden vierten Spanischsprachigen.³⁷ Zwar sind einige Mitglieder von Minderheiten auf der Leiter des wirtschaftlichen Erfolges nach oben gekommen, doch das Gesamtbild zeigt, daß das Einkommen einer schwarzen Familie nur 55% des Einkommens einer weißen Familie beträgt; d. h. wir haben es mit einem Einkommensunterschied zu tun, der heute größer ist als je in den letzten fünfzehn Jahren.³⁸

182. Trotz der Fortschritte, die in Richtung auf eine Gleichbehandlung der Rassen zu verzeichnen sind, schließen auch heute noch Vorurteile und Dis-

kriminierung und deren Folgen aus der Vergangenheit viele Mitglieder ethnischer Minderheiten vom Hauptstrom des amerikanischen Lebens aus. Diskriminierende Praktiken am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und bei Wahlen schaffen Hindernisse für Schwarze, Spanischsprachige, Indianer und andere Minderheiten in ihrem Bemühen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern.³⁹ Diese Diskriminierung beweist den Fortbestand des Rassismus mitten unter uns. In unserem Hirtenbrief „*Unsere Brüder und Schwestern*“ haben wir diesen Rassismus als eine Sünde bezeichnet – „eine Sünde, welche die menschliche Familie teilt, das Bild Gottes bei bestimmten Mitgliedern dieser Familie zerstört und die Menschenwürde jener verletzt, die Kinder desselben Vaters genannt werden.“⁴⁰

2. Wirtschaftliche Ungleichheit

183. Wichtig für unsere Diskussion der Armut in Amerika ist ein Verständnis für das Ausmaß der wirtschaftlichen Ungleichheit in unserem Lande. Unsere Wirtschaft ist geprägt von einer höchst ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen. Es wird z. B. geschätzt, daß 28 % des gesamten Nettovermögens den reichsten zwei Prozent aller Familien in den Vereinigten Staaten gehören. Die obersten zehn Prozent besitzen 57 % des Nettovermögens.⁴¹ Wenn man einmal Häuser und anderen Grundbesitz ausschließt, ist die Konzentration des Eigentums an „Finanzvermögen“ sogar noch überwältigender. 1983 gehörten 54 % des gesamten Finanzvermögens zwei Prozent aller Familien, nämlich denen, deren jährliches Einkommen oberhalb von 125 000 Dollar liegt. Sechsendachtzig Prozent dieser Werte gehörten den obersten zehn Prozent aller Familien.⁴²

184. Wenn auch die Ungleichheiten in der Einkommensverteilung weniger extrem sind, so sind sie doch auch beträchtlich. 1984 bezogen die unteren zwanzig Prozent der amerikanischen Haushalte nur 4,7 % des Gesamteinkommens der Nation, und die unteren 40 % bezogen nur 15,7 %, den niedrigsten Anteil in der gesamten amerikanischen Geschichte. Im Gegensatz dazu bezog das oberste Fünftel 42,9 % des Gesamteinkommens, das ist der höchste Anteil seit 1948.⁴³ Diese Zahlen sind nur partielle und sehr unvollkommene Meßwerte für die Ungleichheit in unserer Gesellschaft.⁴⁴ Sie deuten aber doch an, daß das Ausmaß der Ungleichheit sehr groß ist. Verglichen mit anderen Industrieländern gehören die USA zu den mehr unausgeglichenen im Bereich der Einkommensverteilung.⁴⁵ Darüber hinaus ist der Abstand zwischen den Reichen und den Armen in unserem Lande im letzten Jahrzehnt gewachsen.⁴⁶ Diese Ungleichheiten sind deswegen von

besonderer Bedeutung, weil sie die unterschiedlichen Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft widerspiegeln. Sie weisen darauf hin, daß der Grad der Teilnahme im politischen und sozialen Bereich auch sehr unausgewogen ist.

185. Die Katholische Soziallehre verlangt keine absolute Gleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Ein gewisser Grad von Ungleichheit ist nicht nur akzeptabel, sondern kann sogar aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen als wünschenswert betrachtet werden, wie etwa die Notwendigkeit des Anreizes und die Zuteilung größerer Belohnung für höheres Risiko. Dennoch sollte die ungleiche Verteilung nach einigen ethischen Grundsätzen bewertet werden, die wir zur Sprache gebracht haben: die Priorität der Grundbedürfnisse der Armen und die Notwendigkeit, den Umfang der Teilnahme aller Mitglieder der Gesellschaft am Wirtschaftsleben des Landes zu steigern. Diese Grundsätze bewirken einen starken Vorbehalt gegen extreme Ungleichheit an Einkommen und Vermögen, solange es unter uns arme, hungrige und obdachlose Menschen gibt. Sie deuten auch an, daß extreme Ungleichheit schädlich ist für die Entwicklung von Solidarität und Gemeinschaft. Im Hinblick auf diese Grundsätze finden wir die Unterschiede an Einkommen und Vermögen in Amerika inakzeptabel. Die Gerechtigkeit verlangt, daß alle Mitglieder unserer Gesellschaft sich für wirtschaftliche, politische und soziale Reformen einsetzen, die diese Ungerechtigkeiten abbauen.

3. Leitlinien des Handelns

186. Unsere Empfehlungen, wie mit der Armut in Amerika umzugehen sei, beruhen auf verschiedenen ethischen Grundsätzen, die im zweiten Kapitel dieses Briefes untersucht wurden. Die Themen Menschenwürde und die bevorzugte Behandlung der Armen befinden sich im Zentrum unserer Überlegungen; sie zwingen uns, das Thema Armut mit großer Dringlichkeit anzugehen.

187. Das Prinzip der Solidarität fordert, daß eine Abhilfe der Armut grundsätzliche Änderungen der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen voraussetzt, welche die enormen Ungleichheiten begünstigen und Millionen von Bürgern von echter Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben des Landes ausschließen. Dieser Umwandlungsprozeß muß so geartet sein, daß er alle Bürger unseres Landes zu einer Gemeinschaft verbindet, unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Status.

188. Der Grundsatz der Teilnahme führt uns zu der Überzeugung, daß die angemessensten und die gründlichsten Abhilfen der Armut diejenigen sind, die Hilfe zur Selbsthilfe bieten. Denn Armut besteht nicht nur in einem Mangel an angemessenen Finanzmitteln. Sie bringt einen tieferliegenden Verlust mit sich, nämlich den Ausschluß von vollständiger Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben der Gesellschaft sowie die Unfähigkeit, Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen, zu beeinflussen. Das bedeutet eine Machtlosigkeit, die nicht nur den Geldbeutel, sondern auch die Menschenwürde der betreffenden Person in Mitleidenschaft zieht. Deswegen müssen wir Lösungen suchen, die den Armen helfen, sich durch Beschäftigung selbst zu helfen. Paternalistische Programme, die zuviel *für* und zu wenig *mit* den Armen *zusammen* tun, müssen vermieden werden. :

189. Die Verantwortung, die Not der Armen zu lindern, liegt bei allen Mitgliedern der Gesellschaft. Alle Bürger haben als einzelne eine Verpflichtung, den Armen mit Werken der Nächstenliebe und persönlichem Einsatz zu helfen. Freilich sind private Mitmenschlichkeit und freiwillige Maßnahmen allein nicht ausreichend. Wir erfüllen unsere moralische Pflicht den Armen gegenüber auch dadurch, daß wir als Gemeinwesen durch die Regierung dafür sorgen, daß eine gerechte und wirksame Politik gemacht wird.

190. Obwohl die Aufgabe, Abhilfe für die Armut zu schaffen, komplex und anstrengend ist, sollten wir uns durch das Beispiel vergangener Erfolge unseres Landes auf diesem Gebiet ermutigen lassen. Unsere Geschichte beweist, daß wir die Armut abbauen können. In den sechziger und siebziger Jahren reduzierte sich die Armutsquote unseres Landes um die Hälfte, und zwar nicht nur aufgrund einer gesunden Wirtschaft, sondern auch durch politische Entscheidungen, die den Einkommenstransfer verbesserten. So wurden z. B. in den späten siebziger Jahren durch Programme staatlicher Sozialleistungen schätzungsweise etwa 70 % der Betroffenen der Armut entrissen.⁴⁷

191. In den letzten fünfundzwanzig Jahren hat das staatliche Wohlfahrtsnetz die Armut bei älteren Menschen drastisch gesenkt.⁴⁸ Zusätzlich bewahrte es 1983 fast 1,5 Millionen Kinder von pensionierten, verstorbenen oder kranken Arbeitnehmern vor Armut.⁴⁹ Das staatliche Gesundheitsprogramm „Medicare“ verbesserte die Lebenserwartung und den Gesundheitszustand der älteren und invaliden Menschen, und das Programm „Medicaid“ senkte die Säuglingssterblichkeit und verbesserte wesentlich die Gesundheitsfürsorge für die Armen.⁵⁰

192. Diese und andere erfolgreiche Wohlfahrtsprogramme beweisen das Engagement unseres Landes für soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle. Sie zeigen auch, daß wir die Fähigkeit besitzen, wirksame Lösungsmöglichkeiten zu entwerfen, die den Bedürftigen die notwendige Unterstützung auf eine Weise verschaffen, die ihre Menschenwürde respektiert. Doch es ist auch offensichtlich, daß nicht alle sozialen Wohlfahrtsprogramme ihr Ziel erreicht haben. Einige waren schlecht geplant, unwirksam und verschwenderisch. Niemand war sich dessen mehr bewußt als die Armen selbst, welche die Konsequenzen zu tragen hatten. Wir sollten die schlechten Programme streichen, von unseren Fehlern lernen und eine bessere Alternative gestalten. Die guten Programme sollten wir als solche anerkennen und auf ihren Erfolgen aufbauen. In jedem Fall müssen wir eine neue Kreativität und neuen Einsatz aufbringen, um die Armut in unserer Mitte auszumerzen und allen Amerikanern ihr Recht darauf zu sichern, an den Segnungen unseres Landes teilzunehmen.

193. Bevor wir die Leitlinien der politischen Reform besprechen, müssen wir zuerst offen Mißverständnisse und Vorurteile den Armen gegenüber zur Sprache bringen. Eine weitverbreitete Fehleinschätzung liegt etwa in der Annahme, die meisten Armen gehörten zu ethnischen Minderheiten. Tatsächlich sind aber fast zwei Drittel der Armen Weiße.⁵¹ Es wird auch oft behauptet, die Menschen bezögen über viele Jahre hin Sozialunterstützung, arbeiteten nicht, obwohl sie dies mit guten Willen durchaus könnten, und setzten Kinder in die Welt, die dann ebenfalls Sozialhilfeempfänger würden. In Wahrheit aber zeigen zuverlässige Erhebungen, daß diese Beschreibungen auf die meisten Armen und Sozialhilfeempfänger nicht zutreffen. Über ein Jahrzehnt hin betrachtet, beziehen die Menschen unterschiedlich lange Unterstützung, und weniger als ein Prozent erhalten diese Zuwendungen für die gesamten zehn Jahre.⁵² Unwahr ist auch die Behauptung, die Empfängerlisten der Organisation „Aid to Families with Dependent Children“ (Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern) seien voll von gesunden, arbeitsfähigen Leuten, die einen Arbeitsplatz haben könnten, wenn sie nur wollten. Die Mehrheit von Unterstützungsempfängern von AFDC sind kleine Kinder und ihre Mütter, die zu Hause bleiben müssen.⁵³ Diesen Müttern wird auch der Vorwurf gemacht, sie brächten mehr Kinder zur Welt, um so ihre Zuwendungen erhöhen zu können. Die Wahrheit ist, daß 70 % der Familien, die AFDC-Hilfe erhalten, nur ein oder zwei Kinder haben und daß ein weiteres Kind nur einen sehr geringen finanziellen Vorteil bringt. Jedes Jahr umfaßt etwa die Hälfte der Familien, die AFDC-Beihilfen erhalten, einen ganz- oder halbtags arbeitenden Erwachsenen.⁵⁴ Forschungsberichte haben immerwieder festgestellt, daß

Arme denselben starken Wunsch nach Arbeit haben wie der Rest der Bevölkerung.⁵⁵

194. Wir bitten alle, sich solcher Taten, Worte oder Einstellungen zu enthalten, welche die Armen brandmarken, die Zuwendungen, die diese erhalten, übergroß darstellen und das Ausmaß an Betrug bei den Sozialleistungen übertreiben.⁵⁶ Dies sind Symptome einer strafenden Einstellung gegenüber den Armen. In diesem Land herrscht die Meinung, daß die Armen aus freien Stücken oder aufgrund ihrer Faulheit arm seien, daß jeder durch harte Arbeit der Armut entkommen könne und daß Wohlfahrtsprogramme es den Menschen erleichterten, nicht zu arbeiten.

Die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber den Hilfsprogrammen für die Armen unterscheidet sich erheblich von der Bewertung anderer Vergünstigungen und Programme. Man hält manche äußerst großzügigen Subventionen für einzelne und für Unternehmen für selbstverständlich und nennt sie nicht einmal „Zuwendungen“, sondern „Ansprüche“.⁵⁷ Im Gegensatz dazu werden die Programme für die Armen als Hilfeleistung bezeichnet und mit viel kritischer Aufmerksamkeit verfolgt, obwohl sie weniger als zehn Prozent des Bundesbudgets ausmachen.⁵⁸

195. Wir möchten nun einige Vorschläge machen, die wir für eine landesweite Kampagne gegen die Armut für notwendig halten. Wir bieten damit keinen umfassenden Maßnahmenkatalog an, sondern eine Einladung an andere, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und den Kampf gegen die Armut aufzunehmen.

196. a. *Der erste Vorstoß im Kampf gegen die Armut muß der Aufbau und die Aufrechterhaltung einer gesunden Wirtschaft sein, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu gerechten Löhnen für alle arbeitsfähigen Erwachsenen bereitstellt.* Die Armut steht in direkter Verbindung mit dem Thema der Beschäftigung. Millionen Menschen sind arm, weil sie ihre Arbeitsplätze verloren haben oder weil ihre Löhne zu niedrig sind. Die durchgehend hohen Arbeitslosenzahlen im vergangenen Jahrzehnt sind ein Hauptgrund für die gestiegene Armut in den letzten Jahren.⁵⁹ Mehr Arbeitsplätze, vor allem im privaten Sektor, wären ein Fortschritt für die Menschenwürde, sie würden die Solidarität und das Selbstvertrauen der Armen steigern. Sie würden auch den Bedarf an Wohlfahrtsprogrammen verringern und das Einkommen schaffen, das zur Unterstützung derer gebraucht wird, die bedürftig sind und nicht arbeiten können: der Alten, der Invaliden und der chronisch Kranken wie auch der alleinerziehenden Eltern kleiner Kinder. Man sollte auch erkennen, daß andauernde Armut die Gesellschaft insgesamt schädigt,

denn die verminderte Kaufkraft der Armen trägt mit bei zu den periodischen Stagnationszyklen in der Wirtschaft.

197. In den letzten Jahren haben die Mindestlöhne nicht mit der steigenden Inflation Schritt gehalten. Ihr tatsächlicher Wert ist seit 1981 um 24 % gesunken. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Kongreß die Mindestlöhne anheben sollte, um einen Teil der Kaufkraft, die durch Inflation verlorengegangen, aufzufangen.

198. Zwar sind Arbeitsplatzbeschaffung und Lohngerechtigkeit sehr wichtige Elemente im landesweiten Kampf gegen die Armut, aber sie reichen offensichtlich nicht aus. Andere speziellere Maßnahmen sind notwendig, um die institutionellen Ursachen der Armut zu beseitigen und für diejenigen zu sorgen, die nicht arbeiten können.

199. b. *Energisch muß auf eine Beseitigung der Hindernisse für eine volle und gleichrangige Beschäftigung von Frauen und Minderheiten hingewirkt werden.* Allzu viele Frauen und Angehörige von Minderheiten sind an Arbeitsplätze mit schlechter Bezahlung, unwürdigen Arbeitsbedingungen und geringen Aufstiegschancen gebunden. Solange wir eine Situation dulden, in der es Menschen gibt, die einen vollen Arbeitsplatz ausfüllen können und dennoch unterhalb der Armutsgrenze leben – eine Situation, die unter den Mindestlohneempfängern normal ist –, so lange werden allzu viele Menschen den „arbeitenden Armen“ zugerechnet werden. Aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung sowie andere positive Aktionen müssen ergriffen werden, damit denen geholfen wird, die derzeit keine Chance haben, mehr zu verdienen. Außerdem müssen Wege gefunden werden, um die schlechter bezahlten Stellen aufzuwerten und um die ungerechten Lohnunterschiede auszuräumen, welche die Frauen benachteiligen.

200. c. *Bemühungen um Selbsthilfe bei den Armen sollten durch Programme und Maßnahmen im privaten wie auch im öffentlichen Bereich unterstützt werden.* Wir sind davon überzeugt, daß ein wirksamer Weg, der Armut zu begegnen, in Hilfsmaßnahmen kleineren Umfangs auf örtlicher Ebene liegt, welche die Armen zu mehr Selbstversorgung führen. Unternehmen, private Organisationen und die öffentliche Hand können Startgeld, Ausbildung und technische Hilfen geben wie auch organisatorische Unterstützung für Selbsthilfeprojekte auf vielen Gebieten, etwa: kostengünstige Wohnungen, Kreditvereine, Konsumgenossenschaften, Rechtsbeistand, Nachbarschafts- und Gemeindeorganisationen. Maßnahmen, die den

Armen Teilhabe am Eigentum und an der Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen verschaffen, sind besonders wichtig.

201. Die Armen müssen in die Lage versetzt werden, ihre eigene Zukunft in die Hand zu nehmen und für ihr persönliches wirtschaftliches Vorwärtskommen die Verantwortung zu tragen. Persönliche Motivation und Initiative, verbunden mit sozialer Reform, sind notwendige Elemente, die dem einzelnen bei seinem Weg aus der Armut helfen: Die Armen können sich selbst zu voller Teilnahme an unserem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben verhelfen, indem sie die Möglichkeiten zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung nutzen und für eine Änderung der Verhältnisse zusammenarbeiten.

202. d. *Das Steuersystem muß nach seiner Wirkung für die Armen ständig bewertet werden.* Diese Bewertung muß von drei Grundsätzen geleitet sein: Erstens, das Steuersystem muß angemessene Mittel erheben, um die öffentlichen Bedürfnisse der Gesellschaft zu finanzieren, besonders, um die Grundbedürfnisse der Armen zu befriedigen. Zweitens, das Steuersystem muß progressiv strukturiert sein, so daß diejenigen mit relativ größerem Einkommen einen höheren Steuersatz zahlen. Die Einführung eines solchen Grundsatzes in die Steuerpolitik ist ein wichtiges Mittel, um die beträchtlichen Ungleichheiten im Einkommen und Vermögen der Nation auszugleichen. Es muß etwas dagegen unternommen werden, daß die meisten Verkaufssteuern und Einkommenssteuern eine unproportionale Belastung für Empfänger niedrigerer Einkommen darstellen. Drittens, Familien unterhalb der offiziellen Armutsgrenze sollten überhaupt keine Einkommenssteuer zahlen müssen. Diese Familien verfügen – per definitionem – nicht über genügend Mittel, um das Lebensnotwendigste zu kaufen. Sie sollten nicht dazu gezwungen werden, die zusätzliche Last von Einkommenssteuer zu tragen.⁶⁰

203. e. *Die Gesamtgesellschaft muß eine erheblich größere Anstrengung für die Bildung und Ausbildung der Armen unternehmen.* Jede langfristige Lösung des Armutsproblems in unserem Lande muß dem Bildungswesen – dem öffentlichen wie dem privaten, inner- und außerhalb der Schule – erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Der Mangel an angemessener Ausbildung hindert, vor allem im innerstädtischen Bereich, viele Arme daran, ihrem Los zu entfliehen. Außerdem verdammt das Analphabetentum – ein Problem, das mehrere zehn Millionen Amerikaner betrifft – viele Menschen zu Arbeitslosigkeit oder zu chronisch niedrigem Einkommen. Darüber hinaus schließt es sie auf vielerlei Art vom politischen und geistigen Leben der

Gemeinden aus.⁶¹ Da die Armut im Prinzip ein Problem der Ohnmacht und der Ausgeschlossenheit ist, kann der Stellenwert der Ausbildung als einer Möglichkeit, ihr zu entrinnen, gar nicht stark genug betont werden.

204. Die Arbeit an der Verbesserung des Bildungssystems in unserer Gesellschaft ist eine Investition in die Zukunft, eine Investition, die sowohl die öffentlichen als auch die privaten Schulen einbeziehen sollte. Unsere katholischen Schulen haben den wohlverdienten Ruf, ausgezeichnete Bildung zu vermitteln, vor allem für die Armen. Katholische Innenstadtschulen versorgen zahlreiche arme Familien mit einer sonst nicht gebotenen Erziehungsmöglichkeit. Sie stellen für benachteiligte Schüler ein wirksames Instrument zur Verfügung, mit dem sie sich selbst aus der Armut befreien können. Wir anerkennen die Arbeit all jener, die große Opfer bringen, um diese Innenstadtschulen zu unterhalten. Wir geloben, auch in Zukunft die katholischen Schulen zu Modellen für die Bildung und Erziehung der Armen zu machen.

205. Wir möchten aber auch unsere nachhaltige Unterstützung für das öffentliche Schulsystem in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringen. Es gibt keinen Ersatz für die ausgezeichnete Bildungsarbeit an den öffentlichen Schulen, denn dort wird die Mehrheit aller Schüler, einschließlich der katholischen, erzogen. In der Katholischen Soziallehre wird die Grundausbildung als ein menschliches Grundrecht bezeichnet.⁶² In unserer Gesellschaft ist ein starkes öffentliches Schulsystem von großer Bedeutung, wenn wir dieses Grundrecht verteidigen und es jedem einzelnen ermöglichen wollen, alle seine Anlagen voll zu entwickeln. Daher unterstreichen wir nachdrücklich die jüngsten Aufrufe für Verbesserungen und Unterstützung des öffentlichen Schulsystems, wobei damit sowohl die Qualität des Unterrichts als auch Vergütungen der Lehrer gemeint sind.⁶³ Auf allen Ebenen des Bildungssystems müssen wir die Wirksamkeit unserer Institutionen verbessern, persönliche und technische Fähigkeiten zu vermitteln, die gebraucht werden, um heutzutage auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren und am Leben der Gesellschaft teilnehmen zu können.

206. f. *Die allgemeine Politik und auch die Einzelprogramme sollten auf allen Ebenen auf die Stärkung der Familien hinwirken, vor allem jener Familien, die von der Wirtschaft benachteiligt sind.* Als eine Nation müssen wir alle Aspekte des Wirtschaftslebens gründlich untersuchen und ihre Auswirkungen auf die Familien prüfen. Arbeitsverhältnisse, das Krankenversicherungswesen, Mindestlöhne, Steuerpolitik und auch Dienstleistungsprogramme können die Familien in ihrer Aufgabe, Kinder großzuziehen und

gebrechliche oder abhängige Verwandte zu pflegen, sowohl unterstützen als auch behindern.

207. Wir bestätigen das von Johannes Paul II. formulierte Prinzip, dem zufolge die Institutionen und die Politik einer Gesellschaft so angelegt sein sollten, daß die Mütter kleiner Kinder nicht aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sind, ihre Kinder allein zu lassen, um eine Arbeit außerhalb ihres Hauses aufzunehmen.⁶⁴ Das Wohlfahrtssystem und die Steuerpolitik eines Landes sollten die Entscheidung von Eltern, für ihre eigenen Kinder zu sorgen, unterstützen und die Arbeitsleistung der Eltern innerhalb der häuslichen Gemeinschaft als einen Wert für die Familie und die ganze Gesellschaft hochschätzen.

208. Für Kinder, deren Eltern einer Arbeit außer Hause nachgehen, besteht ein ernsthafter Mangel an guten, kostengünstigen Tagesstätten. Arbeitgeber, Regierung und private Organisationen sind aufgefordert, mehr gute Kindertagesstätten zur Verfügung zu stellen. Ebenso könnte die Einrichtung von Elternschaftsurlaub mit Arbeitsplatzsicherheit für junge Eltern den Familien helfen.

209. Die hohe Scheidungsrate und das alarmierende Ausmaß von Schwangerschaften Jugendlicher unter zwanzig Jahren in unserem Lande sind traurige Zeichen für den Zusammenbruch der traditionellen Familienwerte. Diese Auflösungserscheinungen sind in allen Bereichen unserer Gesellschaft anzutreffen, bei Arm und Reich, bei Weiß, Schwarz und Braun, in der Stadt und auf dem Land. Jedoch sind sie im allgemeinen bei den Armen sichtbar und haben schlimmere wirtschaftliche Folgen. Wir müssen diesen Auflösungserscheinungen mit einem neu belebten Sinn für persönliche Verantwortung und für die verpflichtenden Werte der Familie begegnen.

210. *g. Eine gründliche Reform der nationalen Wohlfahrts- und Unterstützungsprogramme ist notwendig.* Für Millionen armer Amerikaner ist das öffentliche Wohlfahrtssystem das einzige Netz wirtschaftlicher Sicherheit. Die Einzelprogramme, aus denen sich dieses System zusammensetzt, müssen die Not der Armen auf eine Weise lindern, die ihre Menschenwürde nicht verletzt und ihnen angemessene Unterstützung verschafft. Nach unserer Auffassung wird das gegenwärtige Wohlfahrtssystem diesen Anforderungen nicht angemessen gerecht.⁶⁵ Wir sind der Meinung, daß innerhalb des bestehenden Wohlfahrtssystems einige Verbesserungen gemacht werden können und gemacht werden sollten. Auf die Dauer jedoch werden

weiterreichende Reformen, die über den derzeitigen Rahmen hinausgehen, notwendig werden. Zu den Verbesserungen, die sofort vorgenommen werden können, gehören folgende:

211. (1) *Die öffentlichen Wohlfahrtsprogramme sollten darauf ausgerichtet sein, so weit wie möglich den Empfängern zu helfen, durch Erwerbstätigkeit für ihren eigenen Unterhalt zu sorgen.* Wer einen Arbeitsplatz hat, darf wirtschaftlich nicht schlechter gestellt sein als derjenige, der sich nur auf öffentliche Unterstützung verläßt. Nach den geltenden Bestimmungen verlieren Menschen, welche die Wohlfahrtsunterstützung aufgeben zugunsten eines schlecht bezahlten Arbeitsplatzes, kurz danach die Gesundheitsversorgung „Medicaid“. Hilfe zur Selbsthilfe und Abbau der Abhängigkeit von öffentlicher Wohlfahrt bedeutet: Unterstützungsmaßnahmen müssen begleitet sein von Maßnahmen der Arbeitsplatzbeschaffung; dazu rechnen auch Ausbildung, Beratung, Stellenvermittlung sowie die Unterbringung der Kinder. Arbeitsplätze für Empfänger öffentlicher Wohlfahrtsleistungen sollten mit gerechter Bezahlung ausgestattet sein, so daß die Arbeitnehmer alle Vergünstigungen und Rechte erhalten, die mit einer Erwerbstätigkeit verbunden sind.

212. (2) *Die Wohlfahrtsprogramme müssen die Empfänger mit angemessenen Leistungen versehen.* Diese müssen die Grundbedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Unterbringung, Gesundheitsfürsorge sowie andere Notwendigkeiten abdecken. Gegenwärtig erhalten nur vier Prozent der armen Familien mit Kindern genügend Barmittel zur Unterstützung, um oberhalb der Armutsgrenze zu existieren.⁶⁶ Die Leistungen der AFDC und der Essensmarkenzuteilung erreichen zusammen im Durchschnitt weniger als drei Viertel des Betrages der offiziell definierten Armutsgrenze.⁶⁷ Die Sozialhilfeempfänger sollten am Monatsende nicht vor Hunger und Obdachlosigkeit stehen, nicht ihre Kinder in zerlumpten Kleidern zur Schule schicken müssen oder keine ausreichende Gesundheitsfürsorge haben.

213. (3) *Wir brauchen bundesweit geregelte Bemessungsmaßstäbe der Unterstützungswürdigkeit und der Mindestzuwendungen der öffentlichen Hilfe.* Zur Zeit bestehen in diesen beiden Punkten große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten der USA. Im Jahre 1985 konnte ein Dreipersonenhaushalt ohne Einkommen von der AFDC in Mississippi höchstens 96 Dollar im Monat beziehen, aber in Vermont 558 Dollar.⁶⁸ Um diese Ungleichheiten zu beseitigen, die weit größer sind als die regionalen Unterschiede der Lebenshaltungskosten, und um einen Grundsockel an Zuwendungen für alle Bedürftigen zu schaffen, muß unser Land einheitliche Mindestzuwendun-

gen sowie die Bedürftigkeitskriterien für bar gezahlte Leistungen festlegen.⁶⁹ Die Leistungen sollten auch an einen Index gebunden werden, damit Änderungen in den Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden können. Eine solche Indizierung gibt es in unserem Lande bereits für Alte, Behinderte und Kriegsveteranen. Ist es nicht möglich, dasselbe für Kinder und ihre Mütter zu tun, die öffentliche Unterstützung beziehen?

214. (4) *Sozialleistungen sollten sowohl für Familien mit zwei als auch für solche mit nur einem Elternteil gezahlt werden.* Die meisten Bundesstaaten begrenzen derzeit die AFDC-Leistungen auf Familien mit einem Elternteil, meistens Frauen.⁷⁰ Die Zahlungen dieses Programms sollten auf Familien mit zwei Elternteilen ausgedehnt werden, so daß arbeitslose oder schlecht bezahlte Väter ihr Heim nicht verlassen müssen, um ihre Kinder zu unterstützen. Eine solche Änderung wäre ein wesentlicher Schritt zur Stärkung der armen Familien mit zwei Elternteilen.

4. Schlußfolgerung

215. Das Streben nach humaneren und wirksameren Wegen, mit der Armut fertig zu werden, sollte nicht auf kurzfristige Reformen begrenzt sein. Auf der Themenliste der öffentlichen Diskussion sollte auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativen zum jetzigen Wohlfahrtswesen stehen. Wir empfehlen dringend, Vorschläge für Familiengeld oder Kindergeld als eine Maßnahme der Einkommensstützung für Familien mit Kindern gründlich zu prüfen.⁷¹ Besondere Aufmerksamkeit erfordern neue Maßnahmen gegen die langfristige Armut, der erwiesenermaßen mit dem üblichen Sozialhilfesystem am wenigsten beizukommen ist. Die „negative Einkommensteuer“ ist ein weiteres Thema, über das die Diskussion nicht abreißen darf.⁷² Diese und andere Vorschläge sollten Bestandteile einer einfallsreichen und fortwährenden Bemühung werden, ein System der Einkommensstützung für die Armen zu entwerfen, das ihre Menschenwürde schützt und die notwendige Hilfe gerecht und wirksam leistet.

C. Ernährung und Landwirtschaft

216. Der Prüfstein eines Wirtschaftssystems liegt in seiner Fähigkeit, die menschlichen Grundbedürfnisse der jetzigen Generation wie auch zukünftiger Generationen gerecht zu befriedigen. Nahrungsmittel, Wasser und Energie brauchen wir zum Leben; ihr Überfluß in den Vereinigten Staaten

hat uns ziemlich selbstzufrieden gemacht. Doch diese Güter – die Grundlage der Gottesgabe Leben – sind allzu wichtig, um sie für selbstverständlich zu halten. Gott erinnerte das Volk Israel dran, daß „das Land mir gehört, und ihr seid nur Fremde und Halbbürger bei mir“ (Lev 25, 23). Unser christlicher Glaube ruft uns dazu auf, Gottes schöpferisches und erhaltendes Wirken zu betrachten und unsere Zusammenarbeit mit dem Schöpfer daran zu messen, wie wir die Reichtümer der Erde menschlichen Bedürfnissen nutzbar machen. Obwohl die Katholische Soziallehre über die Sorge für die Umwelt und den Umgang mit den natürlichen Ressourcen immer noch in den Anfängen steckt, gibt uns die christliche Sittenlehre den klaren Auftrag, sie zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zu nutzen.

217. Kein Aspekt dieses Anliegens ist dringlicher als das Ernährungssystem in unserem Lande. Wir sind besorgt über dieses Ernährungssystem, da die Zahl der Farmbankrotte- und -schließungen steigt und damit auch die Konzentration des Landbesitzes.⁷³ Gleichermäßen sind wir besorgt über die wachsenden Schäden an den natürlichen Ressourcen, die aus vielen Praktiken der modernen Landwirtschaft resultieren: der übermäßige Verbrauch von Wasser, die Erosion des Bodens, die Verschmutzung des Landes und des Wassers. Schließlich machen wir uns Sorgen über die grausame Wirklichkeit des Hungers in der Welt trotz Lebensmittelüberschüssen. Unser System der Lebensmittelerzeugung muß dringend überdacht und reformiert werden.

1. Die amerikanische Landwirtschaft – Vergangenheit und Gegenwart

218. Man muß die gegenwärtige Krise im Zusammenhang sehen mit den gewaltigen Unterschieden der amerikanischen Getreidearten und Klimata. Zum Beispiel hat die Landwirtschaft in den Apalachen, wo das meiste Land nicht den Bauern selbst gehört und wo der Kohlebergbau und die Holzwirtschaft die wichtigsten Wirtschaftszweige sind, wenig gemeinsam mit den Familienbetrieben im Mittelwesten, die sich ganz der Getreideproduktion widmen, oder mit den Ranches in den Great Plains. Ebenso ist der großflächige, mit künstlicher Bewässerung betriebene Obst-, Gemüse- und Baumwollanbau im kalifornischen Central Valley sehr unterschieden von der Milchwirtschaft in Wisconsin oder dem Tabak- und Erdnußanbau im Südosten.

219. Zwei Aspekte der komplexen Geschichte der amerikanischen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik sind besonders wichtig. Erstens gab es

zu Beginn dieses Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten eine breit gestreute Verteilung des Eigentums an ertragreichem Land. Die „Preemption Acts“ („Vorkaufsakte“) des frühen 19. Jahrhunderts und der „Homestead Act“ („Freilandzuweisungs-Akte“) von 1862 sind wesentliche Bestandteile dieser Geschichte. Die breit gestreute Besitzverteilung spiegelte sich in der Zahl und Dezentralisation der Farmen in Amerika wider, eine Entwicklung, die in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. Die amerikanische Landwirtschaft umfaßte im Jahre 1935 etwa sieben Millionen Eigentümer, die zugleich auch Bewirtschafter waren.⁷⁴ Bis zum Jahre 1983 ist die Zahl der amerikanischen Farmen auf 2,4 Millionen zurückgegangen, und nur noch etwa 3 % der Bevölkerung war im Bereich der Nahrungsmittelerzeugung tätig.⁷⁵ Zweitens hatte die amerikanische Ernährungspolitik immer das Ziel, die Verbraucherpreise niedrig zu halten. Daher geben die Amerikaner heute von ihrem verfügbaren Einkommen weniger für Nahrungsmittel aus als die Menschen in irgendeinem anderen Industrieland.⁷⁶

220. Diese Ergebnisse verlangen eine genaue Prüfung. In erster Linie haben der Verlust an Farmen und die Abwanderung der Farmer von ihrem Land zum Verlust eines wertvollen Lebensstils geführt, zum Niedergang vieler ländlicher Gemeinden und zu erhöhter Konzentration des Landbesitzes. Zweitens: Während die niedrigen Lebensmittelpreise den Verbrauchern nutzen, ihnen gestatten, Einkommensteile für andere Zwecke zu verwenden, setzt diese Preispolitik die Farmer unter Druck, ihre Produktion zu steigern und ihre Kosten niedrig zu halten. Das hat dazu geführt, daß man die menschliche Arbeitskraft durch billigere Energie ersetzte, daß die Größe der Farmen zunahm, damit neue Technologien für größere Anbauflächen rentabel wurden, daß der Schutz des Bodens und der sparsame Umgang mit Wasser vernachlässigt wurden, daß Farmarbeiter unterbezahlt wurden und daß sich die Farmer der gewerkschaftlichen Organisation der Farmarbeiter widersetzen.⁷⁷

221. Heute kommt fast die Hälfte der amerikanischen Lebensmittelproduktion von den 4% der Farmen, die mehr als 200 000 Dollar im Jahr umsetzen.⁷⁸ Viele dieser größten Farmen werden nicht mehr von Familien, sondern von angestellten Managern betrieben.⁷⁹ Etwa drei Viertel aller Farmen, die nur 13% der gesamten Umsätze machen, sind verhältnismäßig klein. Sie werden oft von Teilzeitfarmern betrieben, die den größten Teil ihres Einkommens aus einer anderen Tätigkeit beziehen. Die restlichen 39% des Umsatzes stammen von den 24% der Farmen, die zwischen 40 000 und 200 000 Dollar im Jahr umsetzen. Genau diese Gruppe von Farmern,

die landesweit anzutreffen sind und die von dem langfristigen Trend zu weniger, aber größeren Betrieben betroffen sind, steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Farmkrise.

222. In den 1970er Jahren schufen neue Märkte für Agrarexporte zusätzliche Gewinnchancen und beschleunigten die Industrialisierung der Landwirtschaft; eine Entwicklung, die schon durch neue Technologien auf Petroleumbasis angeregt worden war und die es den Farmern ermöglichte, viel mehr Boden zu bearbeiten. Die Steuerpolitik des Bundes sowie Farmprogramme verstärkten diese Entwicklung, indem sie allzu hohe Kapitalinvestitionen in die Landwirtschaft förderten und Großraummaschinen begünstigten.⁸⁰ Die Ergebnisse waren: größere Produktion, Wertsteigerungen von Grund und Boden sowie verstärkte Kreditaufnahme, um die Expansion zu finanzieren. In den achtziger Jahren können bei schrumpfenden Exportmärkten und sinkenden Waren- und Bodenpreisen viele Farmer ihre Kredite nicht zurückzahlen.

223. Ihre Lage wurde durch bestimmte „externe“ Umstände verschlechtert: anhaltend hohe Zinsen, die es erschwerten, Kredite zurückzuzahlen oder weiterzufinanzieren, der hohe Schuldenberg der nahrungsmittelarmen Länder, die hohen Dollarnotierungen, drastisch erhöhte Defizite im amerikanischen Finanzhaushalt sowie in der Außenhandelsbilanz und schließlich der allgemeine Rückgang des Welthandels als Folge der weltweiten Rezession der frühen achtziger Jahre. Es ist unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten ihren früheren Anteil am Welthandel mit Nahrungsmitteln und Rohfasern wiedererlangen; es ist auch nicht unbedingt ein erstrebenswertes Ziel. Exporte sind nicht die Lösung amerikanischer Farmprobleme. In der Vergangenheit hat der große Produktionsanteil für Überseemärkte unsere natürliche Ressourcengrundlage belastet und außerdem die Anstrengungen vieler Entwicklungsländer untergraben, in der Ernährung ihrer Bevölkerung unabhängig zu werden. Bei dem Versuch, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren, dürfen wir jedoch nicht unsere Fähigkeit reduzieren, in Krisenfällen Lebensmittel zu liefern.

224. Manche Farmer stehen vor der Zahlungsunfähigkeit aufgrund ihres Übereifers, etwas auszunutzen, das wie eine günstige Investitionsmöglichkeit aussah. Dies geschah zum Teil als Reaktion auf finanzielle Anreize der öffentlichen Hand und auf den Rat von Wirtschaftlern und Finanzfachleuten. Trotzdem müssen die Farmer einen Teil der Verantwortung für ihre derzeitige Notlage selber tragen.

225. Vier andere Aspekte der derzeitigen Situation bedrücken uns. Erstens: Der Grundbesitz konzentriert sich immer mehr, da die Betriebe, die nun vor dem Bankrott stehen, den bereits bestehenden Farmen und nicht-landwirtschaftlichen Unternehmen hinzugefügt werden. Die breite Streuung von Eigentum und die Vielfalt der Beteiligung gehen auch in diesem Wirtschaftszweig zurück. Da unterschiedliche Betriebsgrößen und der Faktor Familienarbeit für die Produktivität der amerikanischen Farmen wesentlich waren, weist die zunehmende Konzentration des Grundbesitzes fast überall in der Landwirtschaft auf einen grundlegenden Wandel dieses Systems hin.⁸¹ Besondere Besorgnis erregt nicht nur das wachsende Phänomen „vertikaler Integration“, bei der einzelne Unternehmen zwei oder drei Glieder der Lebensmittelkette übernehmen: als Lieferanten von Agrarprodukten, als Landbesitzer und in der Verarbeitung von Lebensmitteln. Diese erhöhte Konzentration könnte auch ebenfalls die Lebensmittelpreise ungünstig beeinflussen.

226. Zweitens: Die Vielfalt und der Reichtum der amerikanischen Gesellschaft gehen in dem Maße verloren, wie Farmer ihr Land verlassen und ländliche Gemeinden verfallen. Dies ist nicht nur eine Frage, wie man mit zusätzlicher Arbeitslosigkeit und mit der Notwendigkeit der Umschulung und Umsiedlung fertig wird. Es geht dabei auch um Beschäftigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft und des kulturellen Lebens aufrechterhalten werden müssen.

227. Drittens: Die Vereinigten Staaten haben zwar einen Weltmaßstab für die Lebensmittelproduktion gesetzt, jedoch mit beträchtlichen Kosten für unsere natürlichen Ressourcen.⁸² Auf etwa einem Viertel unserer produktivsten Anbauflächen geht die Erosion des Bodens derzeit schneller vor sich, als sie sich durch natürliche Prozesse erneuern kann. Desgleichen wird das Grundwasser in den Gebieten ausgelaugt, in denen die Nahrungsmittelproduktion von künstlicher Bewässerung abhängt. Darüber hinaus verschmutzen Chemikalien wie Kunstdünger, Pestizide und Unkrautvernichtungsmittel, die für die heutige Landwirtschaft als unerlässlich gelten, die Luft, das Wasser und den Boden und bewirken zahllose Gefahren für die Gesundheit. Schließlich werden in Gebieten, in denen die Ausdehnung von Wohnflächen, Industrieansiedlungen und Freizeitgelände es attraktiv macht, riesige Flächen besten Farmlandes – manchen Schätzungen zufolge drei Millionen Morgen pro Jahr – nichtlandwirtschaftlicher Nutzung zugeführt. Die Fortsetzung dieser Praktiken, die kurzfristige Investitionsinteressen oder unmittelbaren Einkommensbedarf der Farmer oder anderer Landbesitzer widerspiegeln, stellt eine Gefahr für die zukünftige Nahrungs-

mittelerzeugung dar, da diese Praktiken nicht durchgehalten werden können.

228. Farmbesitzer und Landarbeiter sind die unmittelbaren Verwalter der natürlichen Ressourcen, die erforderlich sind, um die lebensnotwendige Nahrung herzustellen. Diese Ressourcen müssen als die Gaben eines großzügigen Gottes verstanden werden. Wenn sie in diesem Licht gesehen werden und die Menschheit als eine einzige sittliche Gemeinschaft verstanden wird, dann erhalten wir eine Vorstellung von der Verantwortung, die wir als Nation für das Welternährungssystem tragen. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erfordert heute und in der Zukunft von den Eigentümern und Managern aller Ressourcen, besonders jener, die zur Erzeugung von Lebensmitteln benötigt werden, ein erhöhtes Bewußtsein verantwortungsvoller Verwaltung und Erhaltung.

229. Viertens: Die Lebensumstände ethnischer Minderheiten im amerikanischen Ernährungssystem sind ein besonderes seelsorgerisches Anliegen. Die Minderheiten sind weithin ausgeschlossen von aktiver Teilhabe am Leben der Landwirtschaft. Trotz der landwirtschaftlichen Herkunft so vieler Spanischsprachiger betreiben sie z. B. nur eine verschwindend geringe Zahl der Farmen in den USA.⁸³ Die Farmen, die Schwarzen gehörten, früher eine wichtige Quelle schwarzer Teilnahme an der Wirtschaft, sind in den letzten Jahren in drastischem Umfang verschwunden,⁸⁴ eine Entwicklung, von der die Amerikanische Kommission für Bürgerrechte warnend sagte, daß „sie den Einfluß der Schwarzen im Sozialgefüge nur weiter verringern sowie ihre Skepsis bezüglich der Gleichheit aller vor dem Gesetz nur verstärken kann.“⁸⁵

230. Angehörige von Minderheiten nehmen vor allem als Landarbeiter, nicht aber als Farmbesitzer an der Landwirtschaft teil. Zusammen mit zahlreichen weißen Landarbeitern sind sie die am schlechtesten bezahlte und mit den geringsten Zusatzleistungen ausgestattete Arbeitnehmergruppe im ganzen Land. Außerdem werden sie vom Gesetzgeber und der Politik nicht so gut geschützt wie andere Gruppen; und ihre Bestrebungen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Lohnverhandlungen zu führen, stießen auf systematischen und nachdrücklichen Widerstand, meistens von seiten der Farmer selbst. Wandernde Feldarbeiter sind der Gefahr der Ausbeutung besonders stark ausgesetzt. Dies zeigt sich nicht nur an den niedrigen Löhnen, sondern auch am schlechten Zustand der Wohnungen, der Gesundheitsfürsorge und der Ausbildungsmöglichkeiten für diese Arbeiter und ihre Familien.⁸⁶

2. Richtlinien des Handelns

231. Wir sind der Überzeugung, daß die gegenwärtigen Entwicklungen auf dem Gebiet der Lebensmittelerzeugung nicht im besten Interesse der Vereinigten Staaten oder der Weltgemeinschaft verlaufen. Der zahlenmäßige Rückgang der mittelgroßen Farmen, die erhöhte Konzentration des Landbesitzes und die immer offensichtlicher werdende Tatsache unzureichenden Umweltschutzes stellen uns vor ernsthafte Fragen der Moral und der Politik. Als Seelsorger können wir nicht stumm bleiben, wenn Tausende von Farmerfamilien in der gegenwärtigen Krise ihr Heim, ihr Land und ihren Lebensstil verlieren. Wir nähern uns dieser Situation jedoch in dem Bewußtsein, daß sie längerfristige Bedingungen widerspiegelt, die für das gesamte System der Lebensmittelversorgung wie auch für die Ressourcen, die zur Lebensmittelerzeugung benötigt werden, Konsequenzen haben.

232. Wiewohl ein Großteil der notwendigen Veränderungen durch Gemeinschaftsanstrengungen der Farmer selbst bewirkt werden muß, sind wir fest davon überzeugt, daß die Politik eine wichtige Aufgabe zum Schutz des verbreiteten Eigentums der Familienfarmen wie auch der Natur wahrzunehmen hat. Zur Gestaltung der amerikanischen Landwirtschaft schlagen wir drei Richtlinien für die Politik und den privaten Sektor vor.

233. *Erstens: Farmen von bescheidener Größe, die von Familien auf Vollzeitbasis betrieben werden, müssen erhalten und ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit geschützt werden.* Gleichermäßen sollten kleine Farmen sowie die landwirtschaftliche Teilzeitarbeit, vor allem in Stadtnähe, gefördert werden. Wie wir schon an anderer Stelle in diesem Hirtenwort zum Ausdruck gebracht haben,⁸⁷ liegt ein echter sozialer und wirtschaftlicher Wert in einer weitgestreuten Besitzverteilung am Produktivvermögen. Die Demokratisierung der Kontrolle über Grund und Boden, die sich aus einer weitgestreuten Verteilung des Farmbesitzes ergibt, ist ein Schutzwall gegen Machtkonzentration und einen daraus folgenden möglichen Verlust an Verantwortung für das Gemeinwohl in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich.⁸⁸ Außerdem wächst das aktive Engagement für das Ziel eines Unternehmens, wenn die Menschen, die in ihm arbeiten, auch an ihm beteiligt sind; dadurch wird ihre Teilnahme erhöht. Eigentum regt den Fleiß an und verstärkt das Empfinden, für die eigene Sache zu arbeiten. Dies ist besonders wichtig in einem Sektor, der für das menschliche Wohlergehen so bedeutsam ist wie die Landwirtschaft.

234. Darüber hinaus verhindert eine breite Streuung des Farmbesitzes die allzu große Abhängigkeit der Verbraucher von Geschäftsentscheidungen,

die maximalen Gewinn für investiertes Kapital anstreben, was wiederum den Lebensmittelbereich übermäßig stark den Fluktuationen am Kapitalmarkt ausliefert. Dies fällt besonders dann ins Gewicht, wenn sich nicht-landwirtschaftliche Unternehmen auf der Suche nach hohen Gewinnen in der Landwirtschaft engagieren. Wenn der Gewinn stark zurückgeht oder es so aussieht, als könnten bessere Gewinne durch Investitionen anderswo erzielt werden, dann ist es durchaus möglich, daß das Unternehmen Betriebe verkleinert oder auch völlig stilllegt, ohne Rücksicht auf Auswirkungen auf die Gemeinde oder die Ernährungslage überhaupt. Unter ähnlichen Bedingungen würden Vollzeitfarmer mit starkem persönlichem Engagement für ihre Farmen und engen Bindungen an die Gemeinde wahrscheinlich durchhalten, in der Hoffnung auf bessere Zeiten. Familienfarmen leisten außerdem einen wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Beitrag zum Leben der Landgemeinden.⁸⁹ Sie vergeben Aufträge an Zulieferbetriebe der Landwirtschaft und andere Kaufleute am Ort, und ihre Farmen sorgen für das Steueraufkommen, von dem Straßen, Schulen und andere lebenswichtige Dienstleistungen bezahlt werden.

235. Diese gegenseitige Abhängigkeit auf dem Lande hat einen Wert, der über die ländliche Gemeinde selbst hinausgeht. Sowohl die Katholische Soziallehre als auch die Tradition unseres Landes haben betont, wie wichtig die reiche Vielfalt gesellschaftlicher Initiativen ist, denn durch sie wird die persönliche Freiheit und auch die Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen in der Gemeinschaft gefördert. Die Entwicklung in Richtung auf eine kleine Zahl sehr großer Farmen, die Lohnarbeiter beschäftigen, führt weg von dieser institutionellen Vielfalt. Vollzeitfarmer bereichern das soziale und politische Leben der Nation insgesamt, indem sie zu der Vitalität ihrer ländlichen Gemeinden beitragen. Auch das Wirtschaftsleben der Städte profitiert erheblich von einer gesunden, auf der Familienfarm gründenden Landwirtschaft. Allzuviel von dieser bereichernden Vielfalt ist durch die Abwanderung von Farmern und Landbewohnern schon verlorengegangen.

236. *Zweitens: Die Möglichkeit, in der Landwirtschaft zu arbeiten, sollte als eine wertvolle Arbeit geschützt werden.* Zu einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit im Lande ohnehin schon zu hoch liegt, sollte eine unnötige Zunahme der Zahl arbeitsloser Menschen, auch wenn sie noch so klein ist, vermieden werden. Arbeitslosigkeit auf den Farmen führt zu weiterer Arbeitslosigkeit im ländlichen Umfeld, denn die ländlichen Geschäfte verlieren ihre Kunden und müssen schließen. Der Verlust an Landwirten bedeutet auch einen Verlust an Fachwissen und erfordert, daß eine andere Gruppe von landwirtschaftlichen Arbeitern umgesiedelt und umgeschult werden muß.

237. Es ist immer schmerzlich, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, aber seine Farm zu verlieren und seinen eigenen Grund und Boden verlassen zu müssen, kann tragisch sein. Das bedeutet oft, ein Familienerbe und einen Lebensstil zu opfern. Wenn ein Farmer einmal seinen Boden und seine Maschinen verkauft hat, ist sein Weggang praktisch unabänderlich. Die Kosten einer Rückkehr sind so hoch, daß wenige, die weggehen, jemals zurückkehren. Selbst der gegenwärtige geringfügige Zustrom in die Landwirtschaft, der an den niedrigen Bodenpreisen liegt, wird diesen Verlust nicht ausgleichen. Die Gesellschaft muß denen helfen, die bereit und in der Lage sind, die Arbeit auf den Farmen ertragreich weiterzuführen.

238. *Drittens: Der sinnvolle Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen muß ein zentraler Punkt bei allen Überlegungen der amerikanischen Agrarpolitik sein.* Dies wäre ein Beitrag zum Gemeinwohl, der sich in rein wirtschaftlichen Kategorien kaum bewerten läßt, weil er die Ressourcen schont, die uns von unserem Schöpfer zum Wohle aller anvertraut wurden. Die Verantwortung für den Umgang mit diesen Ressourcen liegt bei der Gesellschaft. Da aber die Farmer ihren Lebensunterhalt durch die Benutzung dieser Gabe verdienen, sind sie besonders verpflichtet, sorgfältige Verwalter des Bodens und des Wassers zu sein. Sie erfüllen diese Verpflichtung, indem sie an Programmen zur Reinhaltung von Boden und Wasser teilnehmen und solche landwirtschaftlichen Methoden anwenden, welche die Qualität der Ressourcen erhöhen und bestes Farmland für die Lebensmittelerzeugung erhalten, anstatt es für nicht-landwirtschaftliche Zwecke abzutreten.

3. Politische Maßnahmen

239. Das menschliche Leid in der gegenwärtigen Situation und der langfristige Strukturwandel in diesem Bereich machen verantwortliches Handeln der ganzen Gesellschaft notwendig. Ein halbes Jahrhundert subventionierter Produktpreise und Kredite, produktionsorientierter Forschung und Beratungsdienste sowie einer besonderen Steuerpolitik für die Farmer hat die Bundesregierung zu einer Schlüsselfigur für fast jeden Einzelbereich der amerikanischen Landwirtschaft gemacht.⁹⁰ Eine Umkehr der gegenwärtigen Trends kann ohne genaue Prüfung dieser Programme nicht erreicht werden.

240. Eine wichtige Überlegung bei allen Maßnahmen des Agrarhandels und der Lebensmittelhilfe sollte dem Beitrag gelten, den unser Land zur Ernährung der Welt leisten kann. Dies bedeutet Weiterführung und Verstärkung

der Lebensmittelhilfe, ohne die Märkte der Dritten Welt zu belasten oder Lebensmittel als Waffe in der Außenpolitik zu benutzen. Es bedeutet auch, Exporte nicht in einer Weise zu subventionieren, die zu Handelskriegen und Instabilität an den internationalen Lebensmittelmärkten führt.

241. Für den Agrar- und Lebensmittelsektor machen wir der Regierung folgende Vorschläge:

242. a. Die gegenwärtige Krise erfordert besondere Hilfsmaßnahmen für an sich lebensfähige Familienfarmen, die von Bankrott oder Stilllegung bedroht sind. Die Betreiber solcher Farmen müssen Zugang zu Notkrediten, ermäßigten Zinsen und Umschuldungsprogrammen haben. Landwirtschaftlichen Kreditinstituten, die Probleme haben, weil große Farmkredite langsam oder gar nicht zurückgezahlt werden, sollte ebenfalls vorübergehend geholfen werden. Die Farmer, ihre Familien und auch ihre Gemeinden werden unmittelbaren Gewinn aus diesen und anderen kurzfristigen Maßnahmen ziehen, die darauf gerichtet sind, diese Menschen auf ihrem Grund und Boden zu halten.

243. b. Bundesweite Farmprogramme, deren Zuwendungen zur Zeit überproportional den größten Farmen zugute kommen,⁹¹ sollten auf ihre Langzeitwirkungen auf die landwirtschaftliche Struktur hin neu bewertet werden. Einkommensstützungen, die entsprechend der produzierten Lebensmittelmenge oder der bestellten Fläche gewährt werden, müssen in solchen Grenzen erfolgen, die allen Farmerfamilien ein gerechtes Einkommen garantieren. Außerdem muß die Begünstigung durch diese Projekte auf die wirklich Bedürftigen beschränkt werden. Es muß auch eine strenge Obergrenze bei der Zahlung von Preisstützungen geben, die Farmer in Zeiten fallender Preise erhalten, so daß die Zuwendungen an kleine oder mittlere Betriebe gehen. Um eine Umleitung der Unterstützung aus diesem Programm erfolgreich durchzuführen und dabei gleichzeitig die Kosten für die Allgemeinheit niedrig zu halten, sollte man über die Einführung verbindlicher Produktionskontrollen nachdenken.⁹²

244. c. Wir halten eine Reform der Steuerpolitik für angebracht, die derzeit das Wachstum der Großfarmen begünstigt, landwirtschaftliche Investitionen durch Nicht-Farmer, die auf der Suche nach Steuervorteilen sind, anzieht, und die ungerechterweise den großen, gut finanzierten Farmbetrieben zugute kommt.⁹³ Die Möglichkeit, Einkommen aus anderen Bereichen mit „Verlusten“ auf der Farm zu verrechnen, hat viele Investoren mit hohem Einkommen dazu bewogen, Farm-Konkursmasse zu erwerben

ohne jede Absicht, damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, so wie das die Familienfarmer tun müssen. Die Möglichkeit einer schnelleren Kapitalabschreibung als sie der tatsächlichen Wertminderung entspricht, ist ein Vorteil für reiche Investoren und Farmer. Niedrigere Steuersätze für Kapitalerträge haben zur Ausdehnung der Farmen und zu größeren Investitionen in Maschinen mit hohem Energieverbrauch angeregt, welche die menschliche Arbeitskraft ersetzen. Änderungen in der Erbschaftssteuer-gesetzgebung haben in der Folge die größten Erbhöfe begünstigt. All diese Ergebnisse beweisen, daß wir eine Neubewertung dieser und ähnlicher Steuerverordnungen brauchen.⁹⁴ Wir befürworten auch weiterhin eine progressive Grund- und Bodensteuer, um die Entstehung übermäßig großer Besitzungen zu verhindern.⁹⁵

245. d. Obwohl oft behauptet wird, daß Farmen möglichst groß sein müssen, um die hochentwickelten und kostspieligen Technologien bestens zu nutzen; haben zahlreiche Studien gezeigt, daß mittelgroße, kommerziell betriebene Farmen die höchste Kosteneffizienz in der heutigen Landwirtschaft erzielen. Wir empfehlen daher, daß die Geldmittel, die der Bund und die Universitäten für Forschung und Beratung zur Verfügung stellen, umverteilt werden im Sinne einer Produktionsverbesserung der kleinen und mittleren Farmen.⁹⁶

246. e. Da die Reinhaltung von Boden und Wasser, genauso wie andere Umweltschutzmaßnahmen, einen Beitrag zum Wohl der Gesamtgesellschaft darstellt, ist es richtig, daß die Öffentlichkeit einen Teil der diesbezüglichen Kosten trägt und die Meßwerte für den Umweltschutz festlegt. Der Staat sollte deshalb die Farmer auffordern, mehr Schutzvorkehrungen zu treffen, und die Kosten dafür breiter verteilen.

247. f. Die Gerechtigkeit fordert, daß Schutzgarantien und -maßnahmen wie etwa die Festsetzung von Mindestlöhnen, zusätzliche Vergünstigungen und Arbeitslosenunterstützung den Landarbeitern in demselben Maße zugute kommen wie allen anderen Arbeitern. Es besteht außerdem ein dringender Bedarf an zusätzlichen Wohnungen, an Gesundheitsfürsorge und Erziehungsbeihilfe für Landarbeiter.

4. Die Solidarität der Farmer

248. Wenn auch die Regierung viel tun kann und muß, um die Richtung der Agrarpolitik in diesem Land zu ändern, so hängt diese Richtungsänderung

doch auch von der Mitarbeit und dem guten Willen der Farmer ab. Die Anreize zur Risikobereitschaft, zur Ausdehnung der Farmgröße sowie zur Bodenspekulation sind in unserem Agrarsystem beträchtlich. Deshalb müssen die Farmer und Rancher diese Anregungen abwägen gegen die Werte der Familie, der ländlichen Gemeinschaft, der Sorge für den Acker und für ein Ernährungssystem, das sowohl auf die kurz- wie auf die langfristigen Nahrungsbedürfnisse des Landes und der Welt reagiert. Der stets vorhandenen Versuchung zu Individualismus und Habgier muß in der Farmergemeinschaft durch eine entschlossene Bewegung zur Solidarität begegnet werden. Die Farmer sollten ihre Arbeit genossenschaftlich organisieren und beim Kauf von Vorräten und Geräten wie auch bei der Vermarktung ihrer Produkte mit anderen Farmern zusammenarbeiten. Es ist nicht nötig, daß jeder Farmer sich mit jedem anderen im Wettbewerb befindet. Eine solche Zusammenarbeit kann ausgedehnt werden bis hin zur Einflußnahme der Farmer durch ihre verschiedenen Organisationen auf die Agrarpolitik der Regierung.⁹⁷ Ebenso ist es möglich, Technologien auszuwählen, welche die Kosten verringern und die Produktivität steigern, ohne daß eine Zunahme in der Größe der Farmen erforderlich ist. Neue Technologien werden den Bauern nicht aufgezwungen; sie selbst entscheiden sich für sie.

249. Die Farmer müssen auch ihren Widerstand gegen die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter aufgeben. Die Landarbeiter haben ein Recht darauf, Gewerkschaften ihrer Wahl anzugehören, die in Tarifverträgen gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen aushandeln. In der Ausübung dieses Rechtes schützen sie den Wert der Arbeit in der Landwirtschaft, ein Schutz, der ebenso den Farmern zukommt, die mit ihrer eigenen Arbeitskraft ihre Landwirtschaft betreiben.

5. Schlußfolgerung

250. Das amerikanische Ernährungssystem ist ein Bestandteil der Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Diese Rolle erfordert die Zusammenarbeit ländlicher und städtischer Interessengruppen im Umgang mit den Herausforderungen und Problemen der Landwirtschaft. Durch die Eigenart landwirtschaftlichen Unternehmertums und durch die Traditionen der Familienfarm in diesem Lande ist dieser Sektor in hohem Maße wettbewerbsorientiert geblieben mit einem breit gestreuten Eigentum am grundlegendsten Produktionsfaktor, dem Boden. Die wettbewerbsorientierte, vielgestaltige Struktur, die sich als zuverlässiger Erzeuger nahrhafter und preis-

günstiger Lebensmittel für uns selbst und Millionen von Menschen in anderen Teilen der Welt erwiesen hat, ist nun bedroht. Die lebensnotwendige Nahrung, die für die Herstellung dieser Lebensmittel benötigten Ressourcen Wasser und Boden wie auch die Lebensform der Menschen, die den Boden bearbeiten, sind in Gefahr. Die sozialen und ethischen Traditionen der katholischen Kirche messen jeder dieser Komponenten moralische Bedeutung bei. Unsere Antwort auf die gegenwärtige Situation muß zeigen, daß wir uns von dieser moralischen Bedeutung angesprochen fühlen und daß wir entschlossen sind, dafür einzutreten, daß die Vereinigten Staaten auch in Zukunft die ihnen angemessene Aufgabe im weltweiten Kampf gegen den Hunger einnehmen werden. Schließlich muß unsere Antwort beweisen, daß wir uns verantwortlich fühlen, den zukünftigen Generationen eine saubere natürliche Umwelt und denselben leichten Zugang zu den lebensnotwendigen Dingen zu hinterlassen, den die meisten von uns heute genießen. Den Farmern und Farmarbeitern, die unter der Landwirtschaftskrise leiden, versprechen wir unsere Solidarität, unseren Rat, unsere Gebete und die anderen geistlichen Hilfen unseres katholischen Glaubens.

D. Die amerikanische Wirtschaft und die Entwicklungsländer: Komplexität, Herausforderung und Alternativen

1. Die Komplexität der wirtschaftlichen Beziehungen in einer interdependenten Welt

251. Die Weltwirtschaft besteht aus Volkswirtschaften in den Industrieländern des Nordens und den Entwicklungsländern des Südens, die durch ein Netz von Wirtschaftsbeziehungen miteinander verbunden sind. Dies ist der Rahmen, in dem die Solidarität, die wir auf nationaler Ebene suchen, ihren internationalen Ausdruck findet. Die traditionelle katholische Lehre bezüglich dieser weltweiten Interdependenz hebt die Menschenwürde, die Einheit der Menschheitsfamilie und die universale Zweckbestimmung der Güter dieser Erde zum Wohle aller hervor; ferner die Notwendigkeit, das internationale wie auch das nationale Gemeinwohl zu suchen und das Gebot der Verteilungsgerechtigkeit zu befolgen. Die Vereinigten Staaten haben eine führende Rolle im System der Weltwirtschaft; und wir wünschen uns, daß die Beziehungen unseres Landes zu allen anderen Nationen – Kanada, Europa, Japan und unseren übrigen Handelspartnern, aber auch den sozialistischen Ländern – diese Lehre widerspiegeln und von Gerechtigkeit und gegenseitiger Achtung gekennzeichnet sind.

252. Ohne im geringsten den Wert dieser Beziehungen herabsetzen zu wollen, bewegt uns doch unsere Betonung der „Option für die Armen“ dazu, unsere Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Beziehungen der Vereinigten Staaten zur Dritten Welt zu richten. Wenn nicht bewußte Schritte zum Schutz der Menschenwürde und der Solidarität in diesen Beziehungen unternommen werden, müssen wir mit wachsenden Konflikten und einer Ungerechtigkeit rechnen, welche die anfällige Wirtschaft in diesen relativ armen Ländern weit mehr bedrohen werden als unsere relativ starke Wirtschaft. Außerdem ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, – zumal die Tatsache gegenseitiger Abhängigkeit immer deutlicher wird – daß die *Qualität* dieser Interdependenz verbessert werden muß, damit „der Skandal der himmel-schreienden Ungleichheiten zwischen Reichen und Armen“⁹⁹ in einer Welt, die immer schärfer in diese beiden Lager geteilt wird, verschwindet.

253. Im übrigen sehen sich die Entwicklungsländer selbst oft als abhängig von den Industrieländern, vor allem den USA, weil das System der internationalen Beziehungen als solches und die Art, wie die Vereinigten Staaten in ihm wirken, sie unterwirft. Die Industrieländer bestimmen im wesentlichen, zu welchen Preisen sie ihre Güter exportieren sowie Nahrungsmittel und Fertiggüter importieren können, sie setzen bei Krediten die Zinssätze und die übrigen Konditionen fest, aber auch die wirtschaftlichen Verhaltensrichtlinien für ausländische Investoren, die Höhe und die Rahmenbedingungen für ausländische Hilfe, etc. Und schließlich sind ihre traditionellen Kulturen zunehmend empfänglich für das aggressive kulturelle Eindringen des Nordens (vor allem der USA) mit seinen Werbe- und Medienprogrammen. Die Entwicklungsländer sind allenfalls Juniorpartner.

254. Die Grundsätze der kirchlichen Lehre erhalten eine neue moralische Dringlichkeit, je mehr wir begreifen, wie benachteiligt sehr viele Menschen und Länder in dieser Welt gegenseitiger Abhängigkeit sind. Die Hälfte der Weltbevölkerung, etwa 2,5 Milliarden Menschen, lebt in den Ländern, in denen das Pro-Kopf-Einkommen 400,- Dollar oder weniger beträgt.⁹⁹ Wenigstens 800 Millionen Menschen in jenen Ländern leben in absoluter Armut, „unterhalb jeder vernünftigen Grenze menschlicher Zumutbarkeit.“¹⁰⁰ Fast eine halbe Milliarde Menschen lebt in ständigem Hunger, trotz reichlicher Ernten weltweit.¹⁰¹ Fünfzehn von hundert Kindern, die in solchen Ländern zur Welt kommen, sterben, bevor sie fünf Jahre alt werden, und Millionen Überlebende sind körperlich und geistig verkümmert. Noch so viele Einzelbeispiele vermöchten nicht die schrecklichen Unterschiede innerhalb dieser bitterarmen Länder und zwischen ihnen und unseren angemessen darzustellen. Und ihr Elend ist nicht das unvermeidliche

Ergebnis geschichtlicher Entwicklung oder der Gesetzmäßigkeit einzelner Kulturen, sondern es ist das Ergebnis menschlicher Entscheidungen und menschlicher Institutionen.

255. Auf der Bühne der Weltwirtschaft gibt es drei Hauptdarsteller, die besondere Aufmerksamkeit verlangen: bestimmte Länder mit großem Einfluß, multilaterale Institutionen, die Geld, Macht, Ideen und Einfluß lenken, und die transnationalen Unternehmen und Banken, deren Anzahl, Größe, Einflußbereich und Leistungsfähigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg enorm zugenommen haben.¹⁰² Auf weniger eindeutige Weise beeinflussen Gewerkschaften, Volksbewegungen, private Organisationen der Entwicklungshilfe sowie regionale Gruppierungen einzelner Länder die Weltwirtschaft. Das Zusammenwirken all dieser Faktoren bestimmt das Umfeld politischer Entscheidungen, die letztlich bestimmen, ob die Interdependenz wirklich gefördert wird oder aber die Abhängigkeit der Benachteiligten wächst.

256. In dieser Arena, in der sich Tatsachen und ethische Forderungen begegnen, besteht die moralische Aufgabe darin, Richtlinien für die Hauptdarsteller zu entwerfen, durch die eine gerechte internationale Ordnung näherrückt. Eines der schwierigsten Probleme liegt darin, die Gewinnorientierung der transnationalen Gesellschaften mit dem Gemeinwohl zu vereinbaren, dem sie gemeinsam mit den Regierungen und deren multilateralen Institutionen dienen sollen.

257. Der Gedanke der gegenseitigen Abhängigkeit läßt die schwache Trennlinie zwischen Innen- und Außenpolitik verschwinden. Zahlreiche außenpolitische Entscheidungen (z. B. über Handel, Investitionen und Einwanderung) haben direkten und nachhaltigen Einfluß auf die Wählerschaft der Vereinigten Staaten. Ebenso haben viele Maßnahmen, die man als innenpolitisch einstuft, (z. B. bezüglich der Agrar- und der Zinspolitik, des Finanzhaushaltes oder -defizits) wichtige Konsequenzen für andere Länder. Diese zunehmend klarer erkannte Verbindung zwischen innen- und außenpolitischen Themen richtet an die Politik unseres Landes neue praktische und moralische Fragen.

2. Die Herausforderung der Katholischen Soziallehre

258. Die katholische Lehre über die internationale Wirtschaftsordnung erkennt deren Komplexität an, bietet aber keine speziellen Lösungen. Statt dessen versuchen wir sicherzustellen, daß moralische Kriterien berücksich-

tigt werden. Alle Elemente der ethischen Sichtweise, die wir bisher aufgezeichnet haben, enthalten wesentliche Konsequenzen für die internationalen Beziehungen. (1) Die Gebote *christlicher Liebe* und *menschlicher Solidarität* fordern alle wirtschaftlich Handelnden auf, der Gemeinsamkeit vor dem Chaos den Vorrang zu geben. Sie erfordern eine Definition der politischen Gemeinschaft, die weiter geht als die nationale Souveränität und auf eine Politik zielt, welche die sittlichen Bande zwischen allen Menschen anerkennt. (2) Grundgerechtigkeit bedeutet, daß alle Völker das Recht besitzen, an der zunehmend enger verflochtenen Weltwirtschaft teilzunehmen, und zwar in einer Weise, die ihre Freiheit und ihre Würde anerkennt. Wenn ganze Gemeinschaften von gerechter Teilnahme an der internationalen Ordnung ausgeschlossen sind, wird die Grundgerechtigkeit verletzt. Wir fordern eine Welt, die allen Gerechtigkeit zukommen läßt. (3) *Respekt vor den Menschenrechten*, und zwar im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich, bedeutet, daß internationale Entscheidungen, Institutionen und Politik von Werten geprägt sein müssen, die mehr als rein wirtschaftlicher Natur sind. Die Schaffung einer Weltordnung, in der diese Rechte für jeden einzelnen gesichert sind, muß ein vorrangiges Ziel sein für alle, die aktiv Einfluß nehmen auf das internationale Geschehen. (4) *Der besondere Platz der Armen* in diesem ethischen Konzept besagt, daß das erste Ziel jeder internationalen Politik darin bestehen muß, die Grundbedürfnisse von Millionen elender und hungriger Menschen in der Welt zu befriedigen.

259. Diese Perspektiven münden in die Forderung nach einer grundlegenden Reform der internationalen Wirtschaftsordnung. Ob es sich nun um das Problem der Kriegsverhütung und Friedensarbeit handelt oder darum, die Nöte der Armen anzusprechen, die katholische Lehre betont nicht nur das Gewissen des einzelnen, sondern auch die politischen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Strukturen, durch die Politik bestimmt und Tatbestände beurteilt werden.¹⁰³ Wir versuchen hier nicht, die verschiedenen Vorschläge zur internationalen Wirtschaftsreform zu bewerten oder die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und anderen Industrieländern zu behandeln. Wir drängen vielmehr darauf, daß aus Gründen praktischer und moralischer Eindeutigkeit, besonders die heikle Lage der Entwicklungsländer, die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Industrieländern des Nordens und den Entwicklungsländern des Südens erforderlich ist mit dem Ziel, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen neu zu organisieren, um größere Gerechtigkeit herzustellen und die Grundbedürfnisse der armen Mehrheit zu befriedigen.¹⁰⁴

260. *Wie anderswo hat auch hier die Option für die Armen Vorrang bei der Wahl politischer Mittel.* Sie bringt eine einmalige Perspektive einer Außenpolitik, durch welche die Beziehungen der Vereinigten Staaten, insbesondere zu den Entwicklungsländern, neu bewertet werden können. Die herkömmliche Analyse der Außenpolitik berücksichtigt Machtüberlegenheit und Festlegung des nationalen Interesses; aber die Armen haben – per definitionem – keine Macht. Wenn wir ihren Bedürfnissen, ihren Nöten und Interessen angemessenes Gewicht verleihen wollen, müssen wir über wirtschaftlichen Gewinn oder nationale Sicherheit als Ausgangspunkte des politischen Dialogs hinausgehen. Wir wollen überall an der Seite der Armen stehen, und wir glauben, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Entwicklungsländern in erster Linie von der Sorge für die menschlichen Grundbedürfnisse und von der Achtung kultureller Traditionen gekennzeichnet sein sollten.

3. Die Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft: konstruktive Alternativen

261. Wie wir in unserem Hirtenwort „Die Herausforderung des Friedens“ bemerkten, haben die letzten Päpste die Vereinten Nationen als einen wichtigen Schritt nach vorn in Richtung auf die Entwicklung und Organisation der menschlichen Gemeinschaft nachdrücklich unterstützt. Wir teilen ihr Bedauern darüber, daß es zur Zeit keine internationale politische Institution mit der Verantwortlichkeit und der Macht gibt, das Gemeinwohl der Welt zu fördern. Wir fordern die Vereinigten Staaten nachdrücklich auf, die Bemühungen der UNO in dieser Richtung zu unterstützen. Wenn man eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ohne eine solche zentrale Autorität errichten will, müssen die Nationalregierungen eine Politik betreiben, die es den armen Nationen und den entrechteten Menschen ermöglicht, an der Weltwirtschaft teilzunehmen. Da kein anderes Land über eine ähnliche Wirtschaftsmacht verfügt wie wir, glauben wir, daß die Verantwortung dafür besonders bei den Vereinigten Staaten liegt. Sie muß aber in Zusammenarbeit mit anderen Industrieländern geschehen, wie etwa bei der Stützung des Dollarkurses. Dies ist ein weiterer Beweis für die tatsächlich bestehende Interdependenz. Gemeinsames Handeln auf diese Ziele hin sorgt nicht nur für mehr Gerechtigkeit und weniger Elend in der Dritten Welt, sondern liegt auch im Interesse der USA und anderer Industrieländer.

262. In den letzten Jahren hat jedoch die amerikanische Entwicklungspolitik für die Dritte Welt zunehmend die Nord- Süd-Problematik aus der Sicht

des Ost-West-Konfliktes behandelt, und dies zu Lasten der menschlichen Grundbedürfnisse und der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Sicht macht die nationale Sicherheit zum Angelpunkt der Politik.¹⁰⁵ Die Entwicklungsländer sind weitgehend zum Versuchsgelände im Ost-West-Konflikt geworden; ihre Bedeutung und ihr Wert scheinen vor allem im Bereich dieser übergeordneten geopolitischen Überlegungen zu liegen. Daraus ergibt sich, daß Fragen der Grundbedürfnisse der Menschen und der wirtschaftlichen Entwicklung in der politisch-strategischen Gewichtung an zweiter Stelle rangieren. Dieser Tendenz müssen wir widerstehen.

263. Im übrigen setzt uns die amerikanische Teilnahme an den Nord-Süd-Verhandlungen oft in die Position, die Vorschläge der Entwicklungsländer abzulehnen, ohne selbst realistische Gegenvorschläge zu machen.¹⁰⁶ Der Nord-Süd-Dialog ist komplex, langwierig und voll von symbolischen und oft unrealistischen Forderungen; doch die Situation ist nun an einem Punkt angekommen, an dem der Rest der Welt von den Vereinigten Staaten eine zögernde, ablehnende Haltung in diesen Diskussionen schon fast erwartet. Die amerikanische Einstellung gegenüber den Bedürfnissen der Entwicklungsländer muß dringend geändert werden. Ein so großes, reiches und mächtiges Land wie das unsrige hat die moralische Verpflichtung, in der Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt führend zu sein.

264. Wir glauben, daß die amerikanische Entwicklungspolitik unsere traditionelle Wertschätzung der Menschenrechte und unser Bemühen um sozialen Fortschritt widerspiegeln muß. Wie wir bereits in unserem Hirtenbrief über den Atomkrieg zum Ausdruck brachten, sind die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Hilfe, des Handels, der Finanzen und Investitionen voneinander abhängig und zeigen die Spannweite der Interdependenz, der sich die amerikanische Politik gegenübersteht. Die drei wichtigsten Wirtschaftsfaktoren sind an allen diesen Beziehungen beteiligt. Jede einzelne Beziehung bietet uns die Möglichkeit zu mehr sozialer Gerechtigkeit in den Entwicklungsländern. Aber leider bleiben wir jedesmal hinter unseren Möglichkeiten zurück. Wir müssen dringend und sofort Schritte unternehmen, um diese Defizite auszugleichen.

265. a. *Entwicklungshilfe*: Die offizielle Entwicklungshilfe, welche die Industrieländer und die ölproduzierenden Staaten der Dritten Welt in Form von Schenkungen, Langzeitkrediten zu niedrigen Zinssätzen, Gebrauchsgütern und technischer Hilfe leisten, sind ein wichtiger Beitrag zu deren Entwicklung. Obwohl der Teil des amerikanischen Bruttosozialprodukts, der für Auslandshilfe veranschlagt wird, jetzt weniger als ein Zehntel des Mar-

shall-Plans beträgt, der dazu beitrug, die zerstörten, aber hochentwickelten europäischen Volkswirtschaften wieder aufzubauen, bleiben wir das größte Geberland. Wir spielen immer noch eine Hauptrolle bei diesem Ressourcen-Transfer, aber wir geben kein Beispiel mehr für andere Spender. In der Bereitstellung von Ressourcen liegen wir proportional hinter den meisten anderen Industrienationen, und wir scheinen uns weniger denn je um die Entwicklung der Dritten Welt zu kümmern. Unsere bilaterale Hilfe wird immer mehr militarisiert und sicherheitsbezogen, und unsere Beiträge zu multilateralen Institutionen wurden in den letzten Jahren verringert¹⁰⁷. Nicht alle diese Änderungen sind zu rechtfertigen. Die Projekte der International Development Agency z. B. scheinen der Unterstützung wert zu sein.

266. Dies ist eine schwerwiegende Verzerrung der Priorität, welche die Entwicklungshilfe verdient. Wir sind bestürzt darüber, daß die Vereinigten Staaten, die einst der Pionier der Auslandshilfe waren, jetzt fast an letzter Stelle unter den siebzehn Industrieländern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) liegen, gemessen am prozentualen Anteil des Bruttosozialproduktes für Hilfsmaßnahmen. Die Reduzierung der Beiträge der USA an Institutionen der multilateralen Entwicklungshilfe ist besonders bedauernd, weil diese Einrichtungen oft besser als die bilateralen in der Lage sind, sich auf die Armen zu konzentrieren und die Abhängigkeit in den Entwicklungsländern abzubauen.¹⁰⁸ Dies ist auch ein Bereich, in dem in der Vergangenheit unsere Führung und unser Beispiel großen Einfluß ausübten. Eine nachdrücklichere Präsenz der Vereinigten Staaten in diesen Einrichtungen, wie wir sie bei ihrer Gründung einnahmen, könnte ihre Wirksamkeit verbessern, ein ermutigendes Zeichen bezüglich der amerikanischen Absichten setzen und dazu beitragen, daß der Dialog über die wachsende Armut und Abhängigkeit der Dritten Welt wiedereröffnet wird.

267. b. *Handel*: Der Handel ist weiterhin ein wichtiger Bestandteil der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Er war wichtig für das schnelle wirtschaftliche Wachstum vieler Entwicklungsländer in den sechziger und siebziger Jahren und wird wahrscheinlich auch weiterhin wichtig sein, wenn auch das Wachstum sich verlangsamt. Die Option für die Armen bringt nicht schon aus sich heraus eine Handelspolitik hervor; aber sie liefert einen Bezugsrahmen. Vor allem muß ein gerechtes Handelssystem, das den Armen helfen soll, Vorteile gerecht verteilen und so ausgerichtet sein, daß Exportprodukte aus Entwicklungsländern gerechte Preise erzielen durch ein Übereinkommen zwischen allen Handelspartnern. Die Entwicklungsländer haben ein Recht auf gerechte Preise für ihre Rohstoffe, die einen angemessenen Gewinn ermöglichen.

268. Die Handelspolitik ist ein Beispiel für die Konflikte, die durch Interdependenz entstehen können. Der Klage der Entwicklungsländer, ungerecht behandelt zu werden, weil ihnen der Zugang zum Weltmarkt versagt wird, steht bei den Industrieländern die Klage der ungerechten Behandlung gegenüber, wenn Arbeitsplätze bedroht sind und Einkommen zurückgehen. Der landwirtschaftliche Handel und einige Industriezweige bieten dafür besonders akute Beispiele.

269. Wir glauben, daß die ethischen Normen, die wir für unsere eigene Volkswirtschaft angewandt haben, hier genauso Geltung haben.¹⁰⁹ So wie in anderen wirtschaftlichen Angelegenheiten sind die grundlegenden Fragen: Wer profitiert von einer bestimmten politischen Maßnahme? Wie können Vorteile und Nachteile gerecht verteilt werden? Wir müssen z. B. fragen, inwieweit der Erfolg bestimmter Importprodukte in den USA mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen im exportierenden Land zusammenhängt, mit Bedingungen also, die in manchen Fällen eine Investition erst attraktiv machten. Die Vereinigten Staaten müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, daß im Außenhandel die ärmsten Gesellschaftsschichten der Entwicklungsländer gerecht behandelt und Menschenrechtsverletzungen vermieden werden. Insbesondere sollten sich die Vereinigten Staaten für wirksame Sondermaßnahmen im Rahmen des „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT)¹¹⁰ zum Wohle der ärmsten Länder einsetzen.

270. Gleichzeitig muß den amerikanischen Arbeitern und ihren Familien, die unter den Auswirkungen des Handelssystems zu leiden haben, durch Ausbildung und andere Maßnahmen geholfen werden, sich den Veränderungen anzupassen, die der Entwicklung und dem Kampf gegen die Armut in der Dritten Welt dienen. Dies ist ein sehr ernstes, unmittelbares und wachsendes Problem. Nach unserem Urteil sind Programme zur Entwicklungsanpassung in Amerika schlecht konzipiert und verwaltet sowie mit unzureichenden Finanzmitteln ausgestattet. Eine Gesellschaft und eine Wirtschaft wie die unsere kann sich veränderten Handelsbedingungen besser anpassen als die von Armut geplagten Entwicklungsländer.

271. c. *Finanzen*: Hilfen und handelspolitische Maßnahmen allein, auch wenn sie noch so gut durchdacht sind, reichen den Entwicklungsländern nicht aus; sie müssen auch in Verbindung mit internationalen Finanzen und Investitionen gesehen werden. Das Schuldner-Gläubiger-Verhältnis ist ein gutes Beispiel sowohl für die gegenseitige Abhängigkeit innerhalb der internationalen Wirtschaftsordnung als auch für ihren asymmetrischen Charakter, d. h. für die *Abhängigkeit* der Entwicklungsländer. Die ange-

häufte Außenschuld der Entwicklungsländer nähert sich jetzt der Summe von tausend Milliarden Dollar,¹¹¹ das ist mehr als ein Drittel ihres zusammengekommenen Bruttosozialproduktes. Diese Summe hat sich zwischen 1979 und 1984 verdoppelt, und sie steigt weiterhin. Durchschnittlich werden die ersten zwanzig Prozent der Exporterlöse für den Schuldendienst ausgegeben, ohne die Schuld selbst wesentlich zu verringern. In manchen Ländern betragen die Kreditkosten fast hundert Prozent dieser Einnahmen, so daß kaum noch Geld für die eigenen Entwicklungsprogramme übrig bleibt.

272. Die Wurzeln dieser sehr komplexen Schuldenkrise liegen sowohl in der Geschichte als auch im System. *Historisch* gesehen liegt die Verantwortung für die gegenwärtige Schwierigkeit bei den drei Hauptakteuren der Wirtschaft aufgrund von Entscheidungen, die während der siebziger und achtziger Jahre getroffen und verwirklicht wurden: 1972 kaufte die Sowjetunion den gesamten amerikanischen Weizenüberschuß auf, und die Weizenpreise verdreifachten sich. Zwischen 1973 und 1979 erhöhte die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) den Ölpreis um das Achtfache und legte den größten Teil der Gewinne bei kommerziellen Banken im Norden an. Um von den Zinsen auf diese Einlagen zu profitieren, drängten die Banken den begierigen Schuldnern aus der Dritten Welt immer größere Kredite auf, die diese brauchten, um das immer teurere Öl zu kaufen. Eine zweite Ölpreisverdoppelung im Jahre 1979 zwang viele dieser Länder dazu, ihre Kredite zu refinanzieren und zu steigenden Zinssätzen mehr Geld zu leihen. Eine 1979 beginnende weltweite Rezession bewirkte, daß die Preise für Exportgüter aus Ländern der Dritten Welt fielen und damit deren Möglichkeiten sanken, ihre wachsende Schuldenlast mit Hilfe von Exporteinnahmen abzubauen.

273. Das weltweite System von Finanzen, Entwicklung und Handel, das bei der Bretton-Woods-Konferenz im Jahre 1944 geschaffen wurde – die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und das GATT – wurden vom Norden eingerichtet, um eine Wiederholung der wirtschaftlichen Probleme zu verhindern, die als Grund für den Zweiten Weltkrieg angesehen wurden. Vierzig Jahre danach scheint dieses System – wenn es nicht von Grund auf geändert wird – ungeeignet zu sein, den Schuldnerländern, die an seiner Schaffung nicht beteiligt waren, im Umgang mit ihrer immer unerträglicher werdenden Schuldensituation wirksam und gerecht zu helfen. Die Weltbank, die größte dieser Institutionen, hat sich bisher vor allem mit der Finanzierung bestimmter Projekte und nicht mit einer gesunden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befaßt. Der Internationale Währungsfonds

(IMF) sollte ursprünglich als Kurzzeit-Gläubiger zur Verfügung stehen, um bei vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten einzuspringen; aber in der gegenwärtigen Situation tritt er als Ordner in kommerziellen Finanztransaktionen und als Bewerter der Kreditwürdigkeit eines Schuldners auf – und ist daher der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme. Das GATT, das keine Institution ist, wurde als Handelsordner für die Entwicklungsländer weitgehend ersetzt durch die UNCTAD,¹¹² der die letzteren mehr Vertrauen entgegenbringen.

274. Diese Krise umfaßt aber nicht nur das System; sie wirkt sich auf Menschen aus. Sie unterdrückt eine Vielzahl von Menschen, die ohnehin schon erheblich benachteiligt sind. Hier liegt der Skandal: Gerade die Ärmsten leiden am meisten unter den Sparmaßnahmen, die gefordert werden, wenn ein Land das „Zustimmungssiegel“ des IMF bekommen möchte, das die Kreditwürdigkeit für einen Handelskredit (oder vielleicht für ein auswärtiges Hilfsprogramm) feststellt. Genau dieselben Menschen leiden am meisten, wenn die Rohstoffpreise fallen, wenn Nahrungsmittel nicht eingeführt werden können oder sie sie nicht kaufen können und wenn Naturkatastrophen sich ereignen. Unsere Verpflichtung zur Bevorzugung der Armen erlaubt uns nicht, unter diesen Umständen zu schweigen. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, um die unmittelbare Not zu lindern: Neben Stundung von Zahlungen, Umwandlung einiger Dollar-Schulden in Schulden in Landeswährung; die Gläubiger könnten sich bereit erklären, einen Teil der Last zu übernehmen, indem sie ausgewählte Kredite teilweise abschreiben, Zinsen kapitalisieren oder vielleicht sogar ihre Zahlung erlassen.

275. Die ärmsten Länder, besonders diejenigen in Afrika südlich der Sahara, sind am wenigsten entwickelt, leiden am meisten unter Hunger und Unterernährung und werden vom Verfall der Rohstoffpreise am härtesten getroffen; sie leben in äußerst gefährdeten Umständen.¹¹³ Obwohl der von ihnen angehäuften Schuldenberg von mehr als hundert Milliarden Dollar (ein großer Teil davon muß an multilaterale Institutionen zurückgezahlt werden) ein Viertel der lateinamerikanischen Schulden ausmacht, ist bei ihnen die Deckung dieser Beträge (Öl, Mineralien, Industrieprodukte, Getreide, etc.) erheblich schlechter, ihre Fähigkeit, Auslandsschulden zu begleichen, weit geringer und ihre Chance, diese neu festzulegen, sehr klein. Für Länder wie diese, mit niedrigem Einkommen, besteht die größte Hilfe in längeren Zahlungsperioden, niedrigeren Zinssätzen und einer Änderung der IMF-Anpassungsverpflichtungen, welche die ohnehin schon kargen Lebensverhältnisse der Armen noch verschärfen.¹¹⁴ Besonders hilf-

reich für einige afrikanische Länder wäre es, wenn Schulden gegenüber Regierungen gestrichen werden könnten, eine Maßnahme, die einige Gläubigerländer bereits ergriffen haben.

276. Reichere Schuldnerländer müssen auch in der Lage sein, ihre Schulden ohne Bestrafung der Armen anzupassen. Obwohl die Entscheidungen über die Zuweisung der Anpassungskosten letztlich bei den Regierungen der Schuldnerländer liegen, sollten bei der Festsetzung der Bedingungen für Umschuldung und zusätzliche Darlehen die Erwägungen der Gerechtigkeit berücksichtigt werden. So sollten beispielsweise keine Lohnkürzungen beschlossen und keine grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen für die Armen gestrichen werden; hingegen sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Kapitalflucht ins Ausland abzubauen. Da dieses Schuldenproblem, wie die meisten anderen, im System begründet liegt, reicht eine Lösung von Fall zu Fall nicht aus: Kreditbedingungen und Wechselkurse sind nicht nur wirtschaftliche Fragen, sondern sie sind durch und durch politischer Natur.

277. Darüber hinaus erfordert die wachsende Auslandsverschuldung, die das umfassende Wirtschaftsproblem der Dritten Welt geworden ist, Änderungen im System, damit unmittelbare Hilfe geleistet und Wiederholung vermieden werden kann. Die Institutionen von Bretton Woods repräsentieren die Schuldnerländer der Dritten Welt nicht angemessen, und ihre Maßnahmen behandeln die Probleme dieser Nationen nicht wirksam. Diese Institutionen müssen grundlegend erneuert und ihre Maßnahmen verbessert werden, während gleichzeitig das unmittelbare Schuldenproblem der Dritten Welt behandelt wird. Die Vereinigten Staaten müssen solche Reformen und Korrekturen unterstützen und an ihnen teilnehmen. Diese Aufgabe ist nicht nur moralisch richtig, sie liegt auch im wirtschaftlichen Interesse der Vereinigten Staaten. Mehr als ein Drittel der Schulden muß an amerikanische Banken gezahlt werden. Die Lebensfähigkeit des internationalen Bankensystems (und jener amerikanischen Banken) hängt zum Teil von der Fähigkeit der Schuldnerländer ab, mit diesen Schulden fertigzuwerden. Wer hartnäckig auf Rückzahlung in voller Höhe besteht, könnte sie zwingen, überhaupt nicht mehr zu zahlen – was zu großen wirtschaftlichen Verlusten in den Vereinigten Staaten führen würde. In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht übersehen, welche Auswirkung die amerikanischen Budget- und Handelsbilanzdefizite auf die Zinssätze haben. Diese hohen Zinsen verschlimmern die ohnehin schon schwierige Schuldensituation. Sie locken außerdem Kapital fort, das sonst in die Entwicklung von Ländern der Dritten Welt investiert werden könnte.

278. d. *Ausländische Privatinvestitionen*: Obwohl direkte Privatinvestitionen in Entwicklungsländern durch amerikanische transnationale Konzerne in den letzten Jahren zurückgegangen sind, betragen sie doch immer noch ungefähr sechzig Milliarden Dollar und stellen jedes Jahr beträchtliche Transaktionen dar. Diese Investitionen in Entwicklungsländern müssen erhöht werden in Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen des jeweiligen Gastgeberlandes und mit den Normen einer gerechten Verteilung. Besondere Anstrengungen müssen unternommen werden, um mittelgroße und kleine Unternehmen zu Investitionen anzuregen, aber auch zu Joint-Ventures, die für die Lage des Entwicklungslandes angemessener sein können. In absehbarer Zukunft jedoch werden private Investitionen wahrscheinlich nicht den Bedarf an Infrastruktur in den ärmsten Ländern decken – Straßen, Transportwesen, Kommunikationsnetze, Bildung und Erziehung, Gesundheitswesen, etc; denn in diesen Bereichen kann man gewöhnlich keinen Gewinn erzielen, so daß sie für privates Kapital uninteressant sind. Doch ohne diese Infrastruktur kann kein Wirtschaftswachstum entstehen.

279. Direkte Auslandsinvestitionen, so riskant sie für das investierende Unternehmen wie auch für das Entwicklungsland sein mögen, können das benötigte Kapital, Technologie und unternehmerisches Know-How bringen. Man muß Vorsicht walten lassen, damit solche Investitionen nicht Abhängigkeiten schaffen oder fortsetzen, die besonders den Menschen auf den untersten Sprossen der Einkommensleiter schaden. Man sollte sich vor Investitionen hüten, die in einem Entwicklungsland Ungerechtigkeiten erhalten oder gar verschärfen, repressive Eliten an der Macht halten oder die Abhängigkeit auf dem Ernährungssektor verstärken, indem sie hochwertige landwirtschaftliche Produkte für den Export auf Kosten der örtlichen Bedürfnisse produzieren. Ausländische Investoren, die von den niedrigen Arbeitslöhnen in weniger entwickelten Ländern angezogen werden, müssen sowohl den möglichen Verlust an Arbeitsplätzen im Heimatland als auch eine denkbare Ausbeutung der Arbeitskräfte in den Gastgeberländern berücksichtigen.¹¹⁵ Sowohl die Produkte als auch die Technologien der investierenden Firmen müssen dem Entwicklungsland entsprechen; sie dürfen sich weder ausschließlich an eine kleine Gruppe reicher Verbraucher wenden noch kapitalintensive Anlagen errichten, die Arbeitsplätze, vor allem im landwirtschaftlichen Bereich, ersetzen.¹¹⁶

280. Solche ungerechten Ergebnisse sind aber nicht notwendige Folgeerscheinungen der Aktivitäten transnationaler Konzerne. Diese können durchaus die Entwicklung fördern, indem sie hochkarätige Manager und

anderes Personal einstellen und ausbilden, indem sie bei der Organisation wirksamer Marketing-Systeme helfen, zusätzliches Kapital schaffen, Finanzierungsverantwortlichkeit einführen oder verstärken und das Wissen aus ihren eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten mit anderen teilen. Die Möglichkeiten der Konzerne, über nationale Grenzen hinweg zu planen, zu agieren und zu kommunizieren ohne Berücksichtigung der Interessen des betreffenden Landes, erschwert es den Regierungen, diese Aktivitäten dem Gemeinwohl nutzbar zu machen; dennoch muß man sich darum bemühen. Die christliche Ethik ist unvereinbar mit einer Auffassung, die in erster Linie oder sogar ausschließlich nach Gewinnmaximierung strebt. Wir fordern die Unterstützung der Vereinigten Staaten zugunsten eines Verhaltenskodex für ausländische Konzerne, der deren quasi-öffentlichen Charakter anerkennt und zur Entwicklung wie auch zu einer gerechten Verteilung ihrer Erlöse auffordert. Transnationale Unternehmen müssen angehalten werden, einen solchen Kodex anzuerkennen und ihr Verhalten den darin enthaltenen Bedingungen anzupassen.

281. e. *Das Ernährungsproblem der Welt – eine Sache von besonderer Dringlichkeit:* Diese vier Kanäle des Ressourcentransfers – Hilfe, Handel, Finanzen und Investitionen – kreuzen und überlappen sich auf allen Gebieten der Wirtschaft, doch auf keinem deutlicher als im internationalen Ernährungssystem. Das größte Einzelpaket an Entwicklungshilfe geht an den Bereich der Landwirtschaft und an kurzfristige Nahrungshilfe in Notfällen und für besonders bedürftige Gruppen. Die Nahrungsmittel stellen einen der kritischsten Bereiche des Handels dar. Die Entwicklungsländer haben am internationalen Kapitalmarkt in großen Mengen Geld geborgt, um die Einfuhr von Lebensmitteln zu finanzieren, und ein wesentlicher Anteil der direkten Privatinvestitionen fließt in die Landwirtschaft.

282. Die Entwicklung der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten hat unserem Land eine beherrschende Position im internationalen Ernährungssystem verschafft. Die beste Art, der Verantwortung gerecht zu werden, die diese Position der Überlegenheit mit sich bringt, besteht in einer amerikanischen Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, die zu einer erhöhten Ernährungssicherheit führt, d. h. eine erreichbare und angemessene Ernährung für jedermann. Eine Welt, in der fast eine halbe Milliarde Menschen hungern, hat noch keine Ernährungssicherheit erreicht. Das Problem des Hungers hat für diejenigen, welche die Heilige Schrift lesen und sich zum christlichen Glauben bekennen, besondere Bedeutung. Angefangen bei Gottes Gebot, den Hungrigen zu essen zu geben, bis hin zur Eucharistie, die wir als das Brot des Lebens feiern, fordert unser Glaube von uns, aktiv an der

Verteilung der lebenserhaltenden Nahrung teilzunehmen. Es gibt kein grundlegenderes Bedürfnis des Menschen. Der Aufruf des Evangeliums erhält neue Dringlichkeit in einer Welt, in der bei reichen Ernten Hunderte von Millionen Menschen vor dem Hungertode stehen. Hilfe und Vorbeugung für ihren Hunger darf nicht der Arithmetik des freien Marktes überlassen bleiben.¹¹⁷

283. Der chronische Hunger derer, die tatsächlich von einem Tag auf den anderen leben, ist ein Symptom des Problems der Armut. Den Hunger zu lindern und zu verhüten ist Teil eines übergeordneten Feldzugs gegen die Armut. Die Menschen müssen ihren Bedarf an Lebensmitteln entweder selbst herstellen oder kaufen können, ohne auf ungewisse Almosen warten zu müssen. Es gibt keinen Ersatz für eine langfristige Entwicklung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems in den Ländern, die jetzt unter der Last des Hungers seufzen. Die meisten Fachleute sind sich darüber einig, daß hier die Lösung bei den Kleinbauern liegt, von denen die meisten aus Mangel an wirtschaftlichen Anreizen nicht auf dem Ernährungssektor arbeiten; denn einerseits ist der größte Teil der Bevölkerung arm, andererseits fehlt es am notwendigen Zugang zu den Voraussetzungen der Landwirtschaft, besonders an Grund und Boden, was wiederum vor allem auf ihre eigene Armut zurückzuführen ist. In diesen armen Ländern, in denen es nicht genug zu essen gibt, braucht die kleine Familienfarm Unterstützung und Schutz, genauso wie in unserem eigenen Lande.

284. Doch die Einsicht in dieses langfristige Problem löst nicht schon die kurzfristige Verpflichtung der USA als weltgrößten Nahrungsexporteurs, auf diesem Gebiet genügend Lebensmittelhilfe zur Verfügung zu stellen, um den Hunger der Armen zu stillen; und dies nicht nur, um die eigene Überproduktion zu verwerten, sondern in einer Weise, die gleichzeitig die örtliche Nahrungsmittelproduktion anregt. Es kann keine erfolgreiche Lösung des Hungerproblems in der Welt geben ohne die Teilnahme der Vereinigten Staaten an einer gemeinschaftlichen Anstrengung, die mit verstärkter Nahrungshilfe ein langfristiges Programm verbindet, um die Selbstversorgung in den nahrungsbedürftigen Entwicklungsländern in Gang zu setzen.

285. Das Problem des Hungers wird oft in Verbindung mit den Problemen des Bevölkerungswachstums gesehen, und zwar als Wirkung einer Ursache. Wenn auch diese Beziehung oft in einer allzu vereinfachenden Art dargestellt wird, können wir doch nicht umhin, zuzugeben, daß die Ressourcen der Erde begrenzt sind und daß die Bevölkerung rapide zunimmt.

Ob die Erde ein wirklich menschenwürdiges Leben für doppelt so viele Menschen oder mehr, wie derzeit auf ihr leben, bieten kann (und viele von diesen leiden schon heute bitteren Mangel), ist eine besorgniserregende Überlegung, die nicht vernachlässigt werden darf.¹¹⁸

286. Obwohl wir nicht glauben, daß die Menschen in erster Linie deshalb arm und hungrig sind, weil sie große Familien haben, unterstützt die Kirche voll und ganz die Notwendigkeit einer verantwortlichen Elternschaft. Die Größe der Familien hängt weitgehend vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand ab, wie auch von der Bildung, dem Respekt vor der Frau, von den Möglichkeiten des Gesundheitswesens sowie von den kulturellen Traditionen der Gesellschaft. Bei der Behandlung des Bevölkerungswachstums empfehlen wir daher nachdrücklich alle Bemühungen, die sich mit diesen besonderen sozialen und wirtschaftlichen Faktoren befassen.

287. Die Bevölkerungspolitik muß Teil einer Gesamtstrategie zur vollen menschlichen Entwicklung sein. Sie muß die Freiheit der Elternschaft respektieren und Zwang vermeiden. Wie Papst Paul VI. über die Bevölkerungspolitik sagte: „Es ist richtig, daß zu oft ein schnelles Anwachsen der Bevölkerung für das Entwicklungsproblem eine zusätzliche Schwierigkeit bedeutet; die Bevölkerung wächst schneller als die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, und man gerät sichtlich in einen Engpaß. Dann ist die Versuchung groß, das Anwachsen der Bevölkerung durch radikale Maßnahmen zu verhindern. Der Staat hat zweifellos innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit das Recht, hier einzugreifen, eine zweckmäßige Aufklärung durchzuführen und geeignete Maßnahmen zu treffen, vorausgesetzt, daß diese in Übereinstimmung mit dem Sittengesetz sind und die berechtigte Freiheit der Eheleute nicht antasten. Ohne das unabdingbare Recht auf Ehe und Zeugung gibt es keine Würde des Menschen.“¹¹⁹

4. Die amerikanische Verantwortung für eine Reform des internationalen Wirtschaftssystems

288. Die Vereinigten Staaten können nicht der einzige Retter der Entwicklungsländer sein, und die Länder der Dritten Welt sind auch nicht völlig unschuldig an ihrem eigenen Versagen oder völlig hilflos, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. Viele dieser Länder werden positive Schritte unternehmen müssen, um Entwicklung und Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Sie müssen ihre Verwaltung entbürokratisieren, über Gelder Rechenschaft ablegen, vernünftige Programme planen und weitere Schritte unternehmen, um ihr Volk in die Selbstverantwortung zu führen.

Eine fortschreitende Entwicklung wird außerdem einige schmerzhaftige Heilungsmaßnahmen notwendig machen: die Kapitalflucht zu verhindern, weniger Schulden zu machen, die Preisdiskriminierung der ländlichen Gebiete abzubauen, die Korruption im Umgang mit Geld und anderen Ressourcen zu beenden und die Finanzierung unwirksamer öffentlicher Unternehmen zu beschneiden. Die Allgegenwart der Vereinigten Staaten in vielen Teilen unserer Welt stellt uns auch vor die Verantwortung, unsere ganze Wirtschaftsmacht – nicht nur unsere Hilfe – immer mehr im Dienste der Menschenwürde und der Menschenrechte einzusetzen, und zwar sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen.

289. Wie wir bereits in unserem früheren Hirtenbrief „Die Herausforderung des Friedens“ vermerkten, zeigt insbesondere der Gegensatz zwischen den Ausgaben für die Rüstung und denen für Entwicklungszwecke einen Prioritätenwandel weg von den menschlichen Bedürfnissen hin zu mehr „nationaler Sicherheit“, also eine massive Verzerrung der Zuweisung von Ressourcen. Im Jahre 1982 waren z. B. die Militärausgaben der Industrienationen siebzehnmal größer als ihre Auslandshilfe. 1985 gaben die Vereinigten Staaten allein für die Verteidigung über zwanzigmal so viel aus wie für die Auslandshilfe, und fast zwei Drittel davon wiederum hatten die Form von militärischer Unterstützung (einschließlich subventionierter Waffenverkäufe) oder gingen in Länder von strategischer Bedeutung für die USA.¹²⁰ *Anstatt amerikanische Waffenverkäufe zu fördern, insbesondere an Länder, die sich diese gar nicht leisten können, müssen wir für ein internationales Abkommen zum Abbau dieses todbringenden Handels werben.*

290. Kurzum: Die internationale Wirtschaftsordnung, wie zahlreiche Bereiche unserer eigenen Wirtschaft, steckt in einer Krise. Die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern, aber auch zwischen Reichen und Armen in jedem einzelnen Land, weitet sich aus. Die Vereinigten Staaten sind der mächtigste Einzelfaktor in der Gleichung der Weltwirtschaft. Doch obwohl wir von einer Krise sprechen, sehen wir eine Möglichkeit, wie die USA eine weltweite Kampagne für Gerechtigkeit und wirtschaftliche Rechte starten können, um die ermutigende, wenn auch noch unvollendete politische Demokratie, die wir in unserem Lande unter so vielen Schmerzen und Opfern aufgebaut haben, zu ergänzen.

291. Um die internationale Ordnung im Sinne größerer Gerechtigkeit und Teilnahme neu aufzubauen und die bevorzugte Berücksichtigung der Armen in der Weltwirtschaft besser zu verankern, müssen wir wenigstens in dem Ausmaß Opfer auf uns nehmen, wie wir sie jahrelang beim Auf-

bau unseres Landes gebracht haben. Wir müssen uns wieder besinnen auf Eigenschaften wie Führungskraft und Weitsicht, durch die wir unsere Geschichte geformt haben, als wichtige Entscheidungen zu treffen waren. Papst Johannes Paul II. sagte 1979 während seines Besuches in den Vereinigten Staaten: „Amerika, das in den vergangenen Jahrzehnten Güte und Großzügigkeit bei der Verteilung von Nahrung an die Hungernden dieser Welt bewiesen hat, wird sicherlich noch einmal diese Großzügigkeit an den Tag legen und einen ebenso überzeugenden Beitrag zur Einführung einer Weltordnung leisten, die die notwendigen Wirtschafts- und Handelsbedingungen für eine gerechtere Beziehung aller Länder dieser Welt untereinander schafft.“¹²¹

292. Wir teilen seine Überzeugung, daß die meisten Themenbereiche, die allgemein als wirtschaftlich bezeichnet werden, im Grunde moralische sind und deswegen die Anwendung ethischer Grundsätze erforderlich machen, die aus der Heiligen Schrift, aus der daraus entwickelten Soziallehre der Kirche und aus anderen Traditionen hervorgehen.¹²² Wir wissen auch, daß wir es hier mit delikaten internationalen Problemen zu tun haben, die nationale Grenzen überschreiten. *Trotzdem rufen wir, um Frieden und Gerechtigkeit wahrzumachen, nach einer internationalen Wirtschaftspolitik der USA, die darauf angelegt ist, den Menschen überall zur Selbsthilfe zu verhelfen, ihnen ein Gefühl für ihren eigenen Wert zu geben, ihnen bei der Verbesserung ihrer Lebensqualität zu helfen und sicherzustellen, daß die Erträge des Wirtschaftswachstums gerecht verteilt werden.*

E. Schlußfolgerung

293. Keines der Themen, über die wir in diesem Kapitel gesprochen haben, kann isoliert betrachtet werden. Sie sind alle miteinander verbunden, und zu ihrer Lösung bedarf es schwieriger Kompromisse zwischen widerstrebenden Interessen und Werten. Die weltwirtschaftlichen Veränderungen beeinflussen z. B. die Bemühungen um Vollbeschäftigung in den Vereinigten Staaten und um die Gesunderhaltung des landwirtschaftlichen Sektors. Ähnlich dürfen politische Maßnahmen und Programme zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Armut eine mögliche inflationsfördernde Wirkung nicht übersehen. Die schwierigen Güterabwägungen gehören zur Realität des Lebens, und man muß mit ihnen fertigwerden, aber sie sind keine Entschuldigung für Nicht-Handeln. Wir dürfen uns von ihnen bei unserem Streben nach einer gerechteren Wirtschaftsordnung nicht lähmen lassen.

294. Viele Reformen, die wir in diesem Kapitel zur Diskussion gestellt haben, sind teuer. Zu einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten jährlich große Verluste zu verzeichnen haben, mögen manche Leute diese Ausgaben für zu hoch halten. Doch die Überlegungen darüber müssen im Zusammenhang damit gesehen werden, wie die Ressourcen bei uns eingesetzt werden und wie unermesslich groß der Schaden für den einzelnen und die Gesellschaft sein wird, wenn wir es nicht schaffen, auf diese drängenden Probleme aktiv einzugehen. Wir sind davon überzeugt, daß die Frage nach der Aufbringung angemessener Mittel zur Deckung der Bedürfnisse unseres Landes gerecht und sachlich beantwortet werden muß. Reformen im Steuersystem, die Schlupflöcher zustopfen und ein größeres Steueraufkommen bewirken, gehören beispielsweise zu den Schritten, die man erwägen muß, um ein Bundesbudget aufzustellen, das sowohl finanzpolitisch vernünftig als auch sozial zu verantworten ist. Auch müssen die Sozialausgaben verglichen werden mit der Summe von dreihundert Milliarden Dollar, die unser Land jährlich für Verteidigungszwecke ausgibt. Obwohl einige dieser Ausgaben für die Verteidigung unseres Landes notwendig sind, gibt es auch Ausgabenpunkte im Verteidigungshaushalt, die sowohl verschwenderisch als auch für den Weltfrieden gefährlich sind.¹²³ In diesen Bereichen kann man vorsichtig reduzieren, um Gelder für soziale und wirtschaftliche Reformen freizusetzen. Letzten Endes ist es nicht die Frage, ob die Vereinigten Staaten die notwendigen Finanzmittel für unsere sozialen Bedürfnisse aufbringen können, sondern ob wir den politischen Willen haben, dies zu tun.

KAPITEL IV

EIN NEUES AMERIKANISCHES EXPERIMENT: PARTNERSCHAFT FÜR DAS GEMEINWOHL

295. Über zweihundert Jahre lang haben sich die Vereinigten Staaten in dem kühnen Versuch, eine demokratische Gesellschaftsform zu verwirklichen, engagiert. Die Gründer unserer Nation hatten sich vorgenommen, Gerechtigkeit zu üben, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern sowie die Segnungen der Freiheit für sich selbst und für ihre Nachkommen zu sichern. Die Menschen, die heute in diesem Land leben, profitieren von diesem großartigen menschlichen Wagnis. Unser Überblick über einige der dringlichsten Wirtschaftsprobleme unserer Zeit zeigt aber, daß diese Unternehmung noch nicht vollendet ist. Gerechtigkeit für alle bleibt ein hohes Ziel; vielen Menschen wird ein gerechter Anteil am Gemeinwohl verwehrt. Zusätzlich zu den bereits formulierten politischen Empfehlungen halten wir eine langfristige und grundsätzlichere Antwort für notwendig. Diese wird eine phantasievolle Vision der Zukunft fordern, mit der die wirtschaftlichen Verhältnisse einfallsreich neu gestaltet werden können. Wir möchten nun einige Bestandteile eines solchen Entwurfes vorstellen sowie einige Neuerungen in den Wirtschaftsstrukturen, die dazu beitragen können, diesen Entwurf zu verwirklichen.

296. Wenn man das unvollendete amerikanische Experiment vollenden will, braucht man neue Wege der Zusammenarbeit und der Partnerschaft der Menschen, deren tägliche Arbeit den Grundstein für Reichtum und Gerechtigkeit in unserem Lande legt. Die Vereinigten Staaten sind stolz auf ihren Sinn für Wettbewerb, Initiative und Teamgeist. Heutzutage brauchen wir einen noch besser entwickelten Sinn für Partnerschaft und Teamarbeit. Der Wettbewerb allein wird nicht genügen. Er hat zu viele negative Auswirkungen auf das Familienleben, auf die wirtschaftlich Schwachen und die Umwelt. Nur eine erneuerte Verpflichtung aller auf das Gemeinwohl kann einfallsreich mit den Gegebenheiten der gegenseitigen internationalen Abhängigkeit und mit den Veränderungen innerhalb unserer heimischen Wirtschaft fertig werden. Die bürgerlichen Tugenden erfordern einen ausgeprägten Sinn dafür, daß man als aktives Glied einer Gemeinschaft sowohl Pflichten als auch Rechte hat.¹ Das wirtschaftliche Wohl eines Landes hängt davon ab, daß diese Tugenden bei allen Bürgern wach sind und institutionell gestärkt werden.²

297. Die Gründer unserer Nation unternahmen mutige Schritte, um Strukturen der Teilnahme zu schaffen, um gegenseitige Verantwortung und eine

weitverzweigte Machtverteilung zur Sicherung der politischen Rechte und Freiheiten aller zu bewirken. Wir sind davon überzeugt, daß heute ähnliche Maßnahmen nötig sind, um die Teilnahme am Wirtschaftsleben auszudehnen, um die Verteilung wirtschaftlicher Macht zu erweitern und wirtschaftliche Entscheidungen mehr an die Verantwortung für das Gemeinwohl zu binden. Wie schon vermerkt, besagt das Subsidiaritätsprinzip, daß wirtschaftliche Gerechtigkeit auf allen Ebenen der Gesellschaft angestrebt werden muß. Dieses Prinzip stellt bestimmte Anforderungen an die kleine Gemeinschaft der Familie, an die große Weltgemeinschaft und an alle Ebenen dazwischen. Es gibt viele Möglichkeiten, die aktive Mitwirkung all dieser Gruppen an der Gestaltung der Zukunft zu verstärken. Da keine einzelne Neuerung alle Probleme auf einmal lösen kann, empfehlen wir, mit verschiedenen Möglichkeiten vorsichtig zu experimentieren, die zur Hoffnung auf verbesserte Partnerschaft und auf eine verstärkte gegenseitige Verantwortung für wirtschaftliche Gerechtigkeit Anlaß geben.

A. Zusammenarbeit innerhalb der Betriebe und Industriezweige

298. Ein neuer Versuch, demokratische Ideale in das Wirtschaftsleben einzubringen, erfordert ernsthafte Überlegungen darüber, wie man weitere Modelle partnerschaftlicher Zusammenarbeit in einzelnen Unternehmen und Industriezweigen entwickeln kann.³ Jedes Unternehmen, vom kleinsten bis zum größten, einschließlich der Farmen und Ranches, hängt in seinem wirtschaftlichen Erfolg von verschiedenen Einzelpersonen und Gruppen ab: von den Arbeitern, den Managern, den Eigentümern bzw. den Aktionären, von Lieferanten, Kunden, Kreditgebern, der örtlichen Gemeinde und dem größeren gesellschaftlichen Umfeld. Alle diese Beteiligten leisten einen Beitrag zum Unternehmen, und alle nehmen teil an seinem Risiko, zu wachsen oder unterzugehen. Aber nach dem derzeitigen Trend der Bewertungen erkennt man weder diese Leistungen an noch deckt man dieses Risiko ab. Eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaft ist heute die Entwicklung neuer institutioneller Zurechnungsmechanismen, die zugleich die notwendige Flexibilität haben, um auf den raschen Wandel in der Wirtschaft schnell reagieren zu können.⁴

299. Neue Formen der Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind ein Weg, eine stärkere Teilnahme und Verteilung der Verantwortlichkeit innerhalb einzelner Betriebe zu ermöglichen.⁵ Jüngste Erfahrungen haben gezeigt, daß beide Tarifpartner in Mitleidenschaft gezogen

werden, wenn der Gegensatz zwischen ihnen allzu extrem wird. Wie Papst Leo XIII. feststellte: „Die eine bedarf durchaus der anderen; das Kapital bedarf der Arbeit, und die Arbeit des Kapitals.“⁶ Die Unternehmensorganisation muß diese gegenseitige Partnerschaft widerspiegeln und hervorheben. Insbesondere werden neue Formen der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, die dem Familienleben förderlicher sind, sowohl den Angestellten als auch den Unternehmen Vorteile bringen.

300. Arbeitnehmer in Betrieben und auf Farmen brauchen ganz besonders den erhöhten Schutz durch eine Institution, denn ihre Arbeitsplätze und ihr Lebensunterhalt sind auf dem heute höchst wettbewerbsintensiven Arbeitsmarkt den Entscheidungen Dritter besonders ausgeliefert. Folgende Modelle finden in den Vereinigten Staaten immer weitere Verbreitung: Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer eines Unternehmens; die Beteiligung in Form von Belegschaftsaktien; mehr Einfluß der Arbeitnehmer auf die Festlegung ihrer Arbeitsbedingungen; genossenschaftliches Eigentum aller Arbeitnehmer an dem Unternehmen, in dem sie arbeiten; Pläne für die Beteiligung einer weit größeren Anzahl von Amerikanern, ungeachtet ihres Arbeitsverhältnisses, am Aktienkapital erfolgreicher Konzerne. Diese Initiativen können die Produktivität steigern, die Gewinne der Unternehmen erhöhen, den Arbeitnehmern größere Arbeitsplatzsicherheit und Zufriedenheit geben sowie Konflikte abbauen.⁷ In unserem Programm des Sozialen Umbaus aus dem Jahre 1919 haben wir folgende Beobachtung angestellt: „Die Möglichkeiten der Produktionssteigerung werden so lange nicht voll ausgeschöpft, wie die Mehrzahl der Arbeitnehmer bloß Lohnempfänger bleiben. Irgendwie müssen sie in ihrer Mehrheit zumindest teilweise Miteigentümer an den Produktionsmitteln werden.“⁸ Wir glauben, daß dieses Urteil auch noch heute allgemeine Gültigkeit besitzt.

301. Keiner dieser Vorschläge liefert ein Allheilmittel, und alle haben auch gewisse Nachteile. Trotzdem glauben wir, daß eine weitere Erforschung und ein Experimentieren mit diesen Ansätzen nützlich sein wird. Die Katholische Soziallehre hat bei vielen Gelegenheiten eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen vorgeschlagen.⁹ Inwieweit die jeweiligen Maßnahmen angemessen sind, hängt von den Einzelumständen des betreffenden Unternehmens bzw. des Industriezweiges ab wie auch davon, wie wirksam sie von Fall zu Fall zu einer wirklich kooperativen Entscheidungsfindung führen. Die bekanntesten Beispiele für solche Bemühungen stammen aus großen Unternehmen, denen schwere Finanzkrisen drohten. Wenn mehr Teilnahme und Mitwirkung der Arbeitnehmer einen Firmenzusammenbruch vermeiden helfen, warum sollten sie dann nicht

auch einem gesunden Unternehmen zusätzliche Kraft geben? Kooperatives Eigentum ist besonders empfehlenswert bei der Neugründung von Unternehmen.¹⁰

302. Partnerschaft zwischen Arbeit und Management ist nur dann möglich, wenn beide Gruppen die Freiheit und die Macht haben, auf Entscheidungen wirksam Einfluß nehmen zu können. Das bedeutet, daß Gewerkschaften weiterhin eine wichtige Funktion haben in dem Prozeß, der zu mehr wirtschaftlicher Teilnahme innerhalb einzelner Unternehmen und Industriezweige hinführen soll. Mit Recht weisen die Arbeitnehmer Forderungen nach weniger kontroversen Arbeitsbeziehungen zurück, wenn diese nur als Vorwand dafür dienen, daß allein die Arbeitnehmer Zugeständnisse machen sollen. Echte Partnerschaft ist eine Straße mit zwei Fahrtrichtungen, mit einfallsreichen Initiativen und dem beiderseitigen Willen zur Zusammenarbeit.

303. Wenn ein Unternehmen vorhat, ein Werk zu schließen oder Kapital abzuziehen, ist es schlechthin ungerecht, den Arbeitnehmern jede Mitwirkung am Ergebnis dieser schwierigen Entscheidungen zu versagen.¹¹ Auf dem Gebiet der verarbeitenden Schwerindustrie können heute technologischer Wandel und internationaler Wettbewerb schmerzhaftere Entscheidungen notwendig machen, die zu dem Verlust von Arbeitsplätzen oder zu Lohnkürzungen führen können. Wenn auch derartige Entscheidungen mitunter notwendig sein können, so würde doch ein Modell der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verantwortung für das Unternehmen bedeuten, daß nicht die Arbeitnehmer allein sämtliche Lasten des Wirtschaftswandels tragen müssen. Management und Investoren müssen ebenso ihren Anteil an den Opfern auf sich nehmen, vor allem, wenn das Management daran denkt, ein Werk stillzulegen oder Kapital in ein scheinbar lukrativeres oder konkurrenzfähigeres Unternehmen zu verlagern. Kapital, über welches das Management verfügen kann, ist z. T. aus der Arbeit derjenigen Menschen entstanden, die sich jahrelang in dem Unternehmen abgemüht haben, einschließlich der derzeit angestellten Mitarbeiter.¹² Die Arbeitnehmer haben wenigstens das Recht, im voraus über solche Überlegungen informiert zu werden; sie haben das Recht, mit dem Management über mögliche Alternativen zu verhandeln, und schließlich haben sie das Recht, für etwaige Umschulungs- und Umzugskosten angemessen entschädigt zu werden. Da selbst diese Mindestrechte ohne Tarifverhandlungen gefährdet sind, erfordert die industrielle Zusammenarbeit in unserer wechselhaften Wirtschaft starke Gewerkschaften.

304. Die Gewerkschaften selbst sind in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage aufgefordert, sich um neue Aufgaben zu bemühen. Der Zweck der Gewerkschaften liegt nicht bloß darin, die bestehenden Löhne und Interessen der bei ihnen organisierten Arbeitnehmer zu verteidigen, sondern sie müssen auch darauf hinwirken, daß die Arbeitnehmer schöpferische Beiträge leisten zu ihrem Unternehmen, ihrer Gemeinde sowie zum gesellschaftlichen Umfeld, und zwar in organisierter und kooperativer Weise.¹³ Derartige Beiträge erfordern, daß man in der amerikanischen Arbeiterbewegung neue Richtungen erprobt.

305. Ebenso müssen die Aufgaben der Manager und der Aktionäre in den amerikanischen Konzernen sorgfältig überprüft werden. Nach amerikanischem Gesetz besteht die erste Aufgabe der Manager darin, zum Zwecke der Gewinnerzielung für Investoren kluge geschäftliche Entscheidungen zu treffen. Moralisch kann diese rechtliche Verantwortung jedoch durch Rechte der Arbeitnehmer, der Kunden, der Lieferanten wie auch der örtlichen Gemeinden begrenzt sein. Der Zusammenschluß von Unternehmen oder deren Übernahme aus Gründen der Marktbeherrschung mag den Aktionären größere Gewinne einbringen, aber solche gehen oft zu Lasten der örtlichen Gemeinden, und sie liefern kleine und größere Städte Entscheidungen aus, die von außen getroffen werden.

306. Die meisten Aktionäre üben heutzutage relativ wenig Einfluß auf die Leitung eines Unternehmens aus.¹⁴ Obwohl die Aktionäre bei der Wahl des Vorstandes, bei Investitionsentscheidungen und anderen Fragen der Unternehmenspolitik mitwirken können und sollen, scheint doch der Investitionsertrag das entscheidende Kriterium für das Verhältnis zwischen ihnen und dem Management zu sein. Wir glauben nicht, daß dies eine angemessene Erklärungsgrundlage für Entscheidungen von Aktionären ist. Die Frage, wie sich die Rechte und Pflichten der Aktionäre zu denen anderer Menschen und Gemeinden, die von den Unternehmensentscheidungen betroffen werden, verhalten, ist schwierig und nicht völlig geklärt. Wir empfehlen daher gründliche, langfristige Untersuchungen und Versuche auf diesem Gebiet. Wirksamere Methoden der Behandlung solcher Fragen können den Unternehmen helfen, dem Gemeinwohl zu dienen.

B. Zusammenarbeit auf der örtlichen und regionalen Ebene

307. Das Umfeld, in dem amerikanische Firmen sich geschäftlich betätigen, wirkt sich unmittelbar auf deren Möglichkeit aus, zum Gemeinwohl beizu-

tragen. Einzelne Unternehmen, ja sogar ganze Industriezweige sind nicht allein Herr ihres eigenen Schicksals. Es müssen größere Anstrengungen gemacht werden, damit die örtlichen, die regionalen, die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen besser der wirtschaftlichen Gerechtigkeit dienen können.

308. Im Subsidiaritätsprinzip betont die Katholische Soziallehre seit langem, wie wichtig kleine und mittelgroße Gemeinschaften oder Institutionen bei der Ausübung moralischer Verantwortung sind. Diese intermediären Strukturen verbinden den einzelnen mit der Gesamtgesellschaft auf eine Art, die den Menschen mehr Freiheit und mehr Handlungsspielraum gibt.¹⁵ Zu solchen Gruppen gehören Familien, Nachbarschaften, kirchliche Vereinigungen, Gemeindegruppen, Bürger- und Wirtschaftsvereinigungen, Interessenverbände, Organisationen für Gemeinwesenentwicklung und zahlreiche andere Gruppierungen. Alle diese sozialen Gebilde können eine entscheidende Rolle zur Herstellung kreativer Partnerschaften für das Gemeinwohl auf lokaler und regionaler Ebene spielen.

309. Der Wert der Partnerschaft wird deutlich, wenn man sich vorstellt, wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Aufbau neuer Unternehmen zum Wohle der örtlichen Gemeinde spielt eine große Rolle bei der Wiederbelebung von Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit.¹⁶ Die Städte und Regionen mit dem größten Bedarf an neuen Arbeitsplätzen stehen vor ersten Problemen, Unternehmen anzuziehen, die diese Arbeitsplätze anbieten können. Mangel an finanziellen Mitteln, geringe unternehmerische Tüchtigkeit, eine beschädigte und unsichere Umwelt sowie eine zerfallende Infrastruktur sind die Ursachen für einen *Circulus vitiosus*, der das Risiko für neue Investitionen in diesen Gebieten erhöht und sie somit unwahrscheinlicher werden läßt.

310. Um aus diesem *Circulus vitiosus* auszubrechen, bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung unter Einsatz aller Ressourcen der Gemeinde.¹⁷ Gesellschaften für Gemeinwesenentwicklung können sich vor allem um diejenigen kümmern, die sich in einer besonderen Notlage befinden. Bestehende Unternehmen, Gewerkschaften, Finanzinstitute und Universitäten können als Partner innovativer Unternehmer Spezialwissen einbringen. Neue Strukturen des Eigentums werden der Gemeinde oder Region ein stärkeres Interesse an der Wirtschaft geben und – was noch wichtiger ist – der Wirtschaft umgekehrt ein stärkeres Interesse an den Kommunen.¹⁸ Die Regierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene müssen eine wesentliche Funktion übernehmen, vor allem durch Steuer-

maßnahmen, die die Investitionen in Problemgebieten interessant machen, aber auch durch eine Ausgabenpolitik, die der Erhaltung der Umwelt und den Erfordernissen der Infrastruktur dient. Solche Initiativen können helfen, den Bedürfnissen der Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen zu begegnen.

311. Die Kirche selbst kann ein wertvoller Partner auf lokaler und regionaler Ebene sein. Wissen aus erster Hand über die Bedürfnisse der Gemeinde und das Engagement für die Menschenwürde jeder Person sollten die Kirchenführer zu Vorkämpfern einer Strategie der Zusammenarbeit machen. Da die Kirche Mitglieder verschiedener gesellschaftlicher Gruppen umfaßt, kann sie als Mittler zwischen einander mißtrauisch gegenüberstehenden Gruppen auftreten. Wir empfehlen den kirchlichen Gruppen partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen privaten und öffentlichen Gruppierungen bei der Lösung lokaler und regionaler Probleme.

C. Partnerschaft bei der Entwicklung nationaler Strategien

312. Die Ursachen unserer nationalen Wirtschaftsprobleme und ihre Lösungsmöglichkeiten sind heute das Thema lebhafter Auseinandersetzungen. In dieser Diskussion geht es immer wieder um die Rolle, welche die Bundesregierung bei der Entstehung dieser Probleme gespielt hat und welche sie bei deren Lösung spielen könnte. Wir möchten einige Überlegungen anstellen, die beim Aufbau neuer Formen staatsbürgerlicher Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Wirtschaftslebens unseres Landes hilfreich sein könnten.

313. Erstens: Obgleich wirtschaftliche Freiheit und persönliche Initiative in unserer Gesellschaft mit Recht hoch geschätzt werden, haben wir doch in steigendem Maße die unvermeidbar soziale und politische Qualität der Wirtschaft erkannt. Der Markt ist immer in einen bestimmten sozialen und politischen Kontext eingebettet. Das Steuersystem hat Auswirkungen auf den Verbrauch, das Sparaufkommen und auf die Investitionen. Die nationale Geldpolitik, Programme zur Innen- und zur Verteidigungspolitik, der Schutz der Umwelt und die Sicherheit am Arbeitsplatz sowie die internationale Handelsordnung haben alle ihren Einfluß auf die Gesamtwirtschaft. Entscheidungen in diesen Bereichen beeinflussen Inlandsinvestitionen, Arbeitslosenzahlen, den Außenhandel, die Befindlichkeit der gesamten Weltwirtschaft.

314. Das Subsidiaritätsprinzip verlangt ein Eingreifen des Staates, wenn kleine oder intermediäre Gruppen in der Gesellschaft unfähig oder nicht bereit sind, Maßnahmen für mehr Grundgerechtigkeit zu ergreifen. Papst Johannes XXIII. beobachtete, daß die zunehmend komplizierteren Wechselbeziehungen zwischen den Bürgern zu einer wichtigeren Rolle des Staates in den modernen Gesellschaften geführt haben.¹⁹ Diese Rolle besteht darin, partnerschaftlich mit den zahlreichen anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammenzuarbeiten, ihnen bei der besseren Erfüllung ihrer Pflichten und Verantwortungen zu helfen und sie nicht etwa zu verdrängen oder zu zerstören. Unsere Herausforderung besteht heute darin, die abstrakten Diskussionen darüber, ob wir ein Mehr oder ein Weniger an Staat brauchen, hinter uns zu lassen und einfallsreich über Wege nachzudenken, wie Staat und Privatgruppen wirksam zusammenarbeiten können.

315. In diesem Sinne verstehen wir die Empfehlung Papst Johannes' Pauls II., daß die Gesellschaft „eine Gesamtplanung“ für die Wirtschaft entwerfen soll.²⁰ Auf verschiedenen Ebenen muß geplant werden, wobei die Regierung sicherstellen muß, daß die Grundgerechtigkeit geschützt sowie die Rechte und Freiheiten aller anderen Beteiligten garantiert sind. Die Worte des Papstes lauten:

„Diese Gesamtsorge obliegt letzten Endes dem Staat, darf jedoch nicht einer einseitigen Zentralisierung durch die öffentliche Hand gleichkommen. Es geht vielmehr um eine gerechte und überlegte *Koordinierung*, in deren Rahmen die *freie Initiative* der einzelnen Personen, der unabhängigen Gruppen, der örtlichen Betriebe und Unternehmen garantiert sein muß.“²¹

316. Wir sind uns darüber klar, daß allein schon das Wort Wirtschaftsplanung in der amerikanischen Gesellschaft eine starke Negativreaktion auslösen wird. Dieses Wort beschwört die Vorstellung von zentralen Planungsbehörden, Zwangswirtschaft, untüchtiger Verwaltung sowie von Papierbergen herauf. Fest steht auch, daß die Bedeutung des Wortes „Planung“ eine große Vielfalt von Interpretationen zuläßt und in verschiedenen Ländern sehr unterschiedliche Formen angenommen hat.²² Man darf das Papstwort nicht als die Empfehlung einer zentralverwalteten oder gar einer totalitären Wirtschaftsplanung auslegen. Seine Forderung nach einer „gerechten und vernünftigen Koordination“ der zahlreichen Wirtschaftskräfte ist als Aufruf zu verstehen, sich um neue Wege der Partnerschaft und der Teilnahme an der Gestaltung nationaler Programme zu bemühen.

317. Schon heute gibt es viele Formen wirtschaftlicher Planung in den Vereinigten Staaten. Der einzelne und auch die Familien planen ihre wirt-

schaftliche Zukunft. Das Management und die Gewerkschaften entwickeln regelmäßig kurz- und langfristige Pläne. Kleine und große Städte sowie ganze Regionen vergeben wichtige Aufträge zur Planung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Zukunft. Wenn die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten oder auch der amerikanische Kongreß über den Staatshaushalt oder fast jeden beliebigen anderen Gesetzesentwurf abstimmen, dann ist das eine Art öffentlicher Planung. Die Katholische Soziallehre schlägt kein bestimmtes politisches oder wirtschaftliches Modell vor, durch das diese Ebenen institutionell miteinander verknüpft werden sollen. Jedoch betont sie nachdrücklich, daß eine vernünftige Abstimmung zwischen den einzelnen Teilbereichen der Politik eine wesentliche Vorbedingung der Gerechtigkeit ist. Dies ist eine moralische Voraussetzung für gutes staatsbürgerliches Verhalten sowohl von Einzelpersonen wie auch von Institutionen. Ohne sie kann keine politische Struktur Gerechtigkeit in der Gesellschaft oder Wirtschaft garantieren. Wirksame Entscheidungen in diesen Dingen erfordern eine bessere Zusammenarbeit aller Staatsbürger. Um unsere Mitbürger anzuregen, über ein besseres Gleichgewicht zwischen privaten und kommunalen Initiativen einerseits und der nationalen Wirtschaftspolitik andererseits gründlich nachzudenken, geben wir einige Empfehlungen.

318. *Erstens: In einer hochentwickelten Industriegesellschaft wie der unseren müssen alle Teile der Gesellschaft, einschließlich des Staates, an der Gestaltung einer nationalen Wirtschaftspolitik mitarbeiten.* Ohne Steuern, Geldpolitik, hohe Staatsausgaben und viele andere Regierungsvorschriften werden wir auch in Zukunft nicht auskommen können. Eine moderne Wirtschaft ohne derartige Eingriffe des Staates ist nicht mehr denkbar. Diese Eingriffe sollten die Beiträge der übrigen am Wirtschaftsleben Beteiligten nicht verdrängen, sondern sie zum Gemeinwohl lenken. Die Entwicklung wirksamer neuer Formen der Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen wird in einer enorm komplexen Situation wie der in den Vereinigten Staaten, in denen verschiedene Aspekte der nationalen Politik einander zu widersprechen scheinen, schwierig sein.²³ Auf der theoretischen Ebene wird für eine verbesserte Koordination von kompetenter Seite eine Analyse der Beziehungen zwischen den einzelnen Teilbereichen der Wirtschaft erwartet. In der Praxis heißt das: Die verschiedenen Untergruppen unserer Gesellschaft müssen ihren Einsatz für das Gemeinwohl verstärken und ihre eigenen kurzfristigen Interessen zurückschrauben.

319. *Zweitens: Die Auswirkungen der nationalen Wirtschaftspolitik auf die Armen und Schwachen sind oberster Maßstab für die Beurteilung ihres moralischen Wertes.* In diesem Hirtenbrief haben wir immer wieder auf die Sonder-

stellung der Armen und Schwachen bei jeder ethischen Bewertung der amerikanischen Wirtschaft hingewiesen. Wenn die nationale Wirtschaftspolitik zum Aufbau eines wahren Gemeinwesens beitragen soll, dann muß sie unbeirrbar für die Rechte derjenigen Menschen eintreten, die in unserer Gesellschaft zu kurz kommen: die Armen, die Arbeitslosen, die Obdachlosen und Vertriebenen. Staatsbürger dieses Landes zu sein heißt, Verantwortung zu tragen für die Gestaltung und Durchsetzung einer solchen Politik.

320. *Drittens: Die besorgniserregende Verzerrung der volkswirtschaftlichen Prioritäten durch die enormen Verteidigungsausgaben muß behoben werden.* Bei genauer Betrachtung zeigt sich, daß Regierung und Wirtschaft durch militärische Forschungen und durch Verteidigungsaufträge eng verwoben sind. Industriezweige, die für die Verteidigung produzieren, machen einen großen Teil der amerikanischen Wirtschaft aus; sie unterhalten enge Kontakte zu den Streitkräften sowie zur Regierung. Diese Kontakte führen oft weg vom Wettbewerbsmodell der freien Marktwirtschaft. Außerdem hat die Verwendung eines so erheblichen Teiles unserer nationalen Finanzen für militärische Zwecke katastrophale Auswirkungen auf die Armen und die Schwachen bei uns und in anderen Ländern. Die Ausgabenpolitik unseres Landes muß im Sinne von Gerechtigkeit und Frieden revidiert werden.²⁴

321. Wir wissen, daß diese Vorschläge keinen vollständigen Maßnahmenkatalog darstellen. Wir sind uns auch bewußt, daß zwischen einer vernünftigen Zielsetzung der Politik und der Erreichung dieser Ziele mit demokratischen Mitteln eine Spannung besteht. Wenn es uns aber gelingt, einen größeren Einsatz für das Gemeinwohl und eine Erstarkung der staatsbürgerlichen Tugenden in unserem Lande zu bewirken, werden wir diese Ziele eher erreichen können. Diese fundamentalen moralischen Überlegungen haben uns als Bischöfe dazu bewogen, in die Diskussion über die Wertmaßstäbe der Nation einzugreifen.

D. Zusammenarbeit auf internationaler Ebene

322. Wenn unser Land seine internationalen Wirtschaftsbeziehungen an Kriterien der Menschenwürde und der Gerechtigkeit ausrichten soll, dann müssen wir unsere Auffassung von der moralischen Verantwortung der Bürger für das Gemeinwohl auf den ganzen Planeten ausdehnen. Zusammenarbeit ist nicht auf die örtliche, regionale oder nationale Ebene begrenzt. Die Wirtschaftspolitik kann nicht mehr allein nationalen Zielen

dienen. Die Tatsache, daß „die soziale Frage weltweit“ geworden ist,²⁵ verlangt von uns, daß wir unseren Horizont erweitern sowie unsere Zusammenarbeit und unsere Solidarität auf den ganzen Erdkreis ausdehnen. Das Anliegen der Demokratie ist eng verbunden mit dem Anliegen wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Das noch unvollendete amerikanische Experiment umfaßt die Bildung neuer internationaler Partnerschaften, vor allem mit den Entwicklungsländern, und zwar auf der Grundlage gegenseitiger Achtung, Zusammenarbeit und einer Hingabe an den Grundwert Gerechtigkeit.

323. Das Subsidiaritätsprinzip fordert Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft, wenn die Grundgerechtigkeit eine bessere soziale Koordination und Aufgabenverteilung unter den beteiligten Personen und Institutionen notwendig macht. Auf dem Gebiet der globalen Wirtschaftsbeziehungen aber gibt es keine internationale Institution, die diese Koordination und Aufgabenverteilung vornimmt. Die UNO, einschließlich der Weltbank, des IMF und des GATT, verfügt nicht über die notwendige Autorität. Papst Johannes XXIII. nannte diese institutionelle Schwäche einen „Strukturfehler“ bei der Organisation der menschlichen Gemeinschaft. Die Strukturen der Weltordnung, einschließlich der wirtschaftlichen, sind „als ungenügend anzusehen, um das gemeinsame Wohl aller Völker zu fördern.“²⁶

324. Da wir alle miteinander in diese Welt mit ihren begrenzten materiellen Ressourcen und ihren wachsenden Problemen eingebunden sind, helfen oder schaden wir uns gegenseitig durch die Wahl unserer Wirtschaftspolitik. Alle in unserer Gesellschaft aktiven Wirtschaftskräfte müssen sich deshalb bewußt und besonnen um das Wohlergehen der ganzen Menschheitsfamilie kümmern. Wir müssen allesamt die Wirksamkeit internationaler Einrichtungen stärken, um weltweite Probleme zu lösen, mit denen die einzelnen Länder allein nicht fertigwerden können. Insbesondere wiederholen wir unseren Aufruf aus „Die Herausforderung des Friedens“ an die Vereinigten Staaten, in bezug auf die Vereinten Nationen eine Führungsrolle einzunehmen.²⁷ In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die Vereinigten Staaten die Führung bei der Gründung multilateraler Körperschaften zur Lösung von wirtschaftlichen Nachkriegsproblemen. Leider hat dieses Land in den letzten Jahren Schritte unternommen, welche die multinationalen Ansätze eher geschwächt als gestärkt haben. Diese Politik ist kurzfristig und muß geändert werden, wenn wir den langfristigen Bedürfnissen unserer interdependenten Welt Rechnung tragen wollen.²⁸ Das größte Problem beim Entwurf wirksamer Maßnahmen zur Herstellung internationaler wirtschaftlicher Gerechtigkeit liegt darin, wie wir dahin

gelangen, wo wir sein sollten. Der Fortschritt auf dieses Ziel hin erfordert positive und oft schwierige Schritte seitens der Konzerne, der Banken, der Gewerkschaften, Regierungen und anderer Hauptdarsteller auf der Bühne des internationalen Wirtschaftslebens. Wie auch immer das einzelne Problem gelagert sein mag, die notwendige Priorität, die Armut in den Entwicklungsländern zu lindern, ist unbestreitbar; und die Bilanz unterlassener Hilfe läßt sich aufmachen in der Anzahl der Menschenleben, die zugrunde gingen oder verkümmerten, der verschwendeten Talente, der ungenutzten Chancen, des verlängerten Elendes und Leidens sowie der verziehenen Ungerechtigkeit.

325. Selbstbeschränkung und Selbstkritik sind bei allen Beteiligten notwendige Voraussetzung zur Stärkung der internationalen Strukturen, die das Gemeinwohl schützen sollen. Sonst wird die wachsende gegenseitige Abhängigkeit zum Konflikt und zu mehr wirtschaftlich bedingten Bedrohungen der Menschenwürde führen. Dies ist eine wichtige langfristige Herausforderung für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und für unseren Platz in der herausziehenden weltwirtschaftlichen Gemeinschaft.

KAPITEL V EIN ENGAGEMENT FÜR DIE ZUKUNFT

326. Da Christi Gebot der Nächstenliebe universal ist, sind wir der Überzeugung, daß das Leben eines jeden Menschen auf dieser Welt heilig ist. Dies verpflichtet uns dazu, eine gerechte Wirtschaftsordnung herzustellen, in der alle Menschen ausnahmslos mit Würde behandelt werden, und dazu, mit denjenigen zusammenzuarbeiten, welche dieselbe Überzeugung haben. Die Welt ist komplex und dies kann uns oft dazu verleiten, einfache und eigennützige Lösungen anzustreben. Aber als eine Gemeinde von Jüngern sind wir zu neuer Hoffnung und zu der neuen Überzeugung aufgerufen, daß wir ohne Angst und ohne übertriebene Vereinfachung leben sollen. Wir müssen nicht nur mehr lernen über unsere moralische Verantwortung für übergeordnete wirtschaftliche Themen, die das tägliche Leben jedes einzelnen Menschen auf dieser Erde betreffen, sondern wir wollen auch dazu beitragen, die Kirche zu einem Modell für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu machen. Daher handelt dieses Kapitel von der christlichen Berufung in der Welt von heute, es ist die Rede von den besonderen Herausforderungen an die Kirche zu diesem geschichtlichen Zeitpunkt, von Möglichkeiten, wie die Themen dieses Briefes weiterverfolgt werden können, und von der Aufforderung zu einem Engagement, wie es zur Gestaltung der Zukunft notwendig sein wird.

A. Die christliche Berufung in der heutigen Welt

327. In diesem Brief haben wir uns zu vielen Themen geäußert, die gemeinhin als profan gelten, z. B. zu Beschäftigungsraten, zur Höhe der Einkommen und zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Doch die Angelegenheiten dieser Welt, einschließlich der wirtschaftlichen, können nicht losgelöst werden von dem Hunger nach geistiger Nahrung in den Herzen der Menschen. Wir haben die biblische Sicht der Menschheit und die moralische und religiöse Tradition der Kirche als Rahmen für die tiefergehenden Fragen nach dem Sinn des Wirtschaftslebens sowie für den Versuch, Antworten zu geben, dargestellt. Aber Worte allein reichen nicht aus. Die christliche Einstellung zum Sinn des Wirtschaftslebens muß das Leben der einzelnen, der Familien und sogar der gesamten Kultur verändern. Das Evangelium verleiht jedem Christen die Berufung, Gott und seinen Nächsten zu lieben, und das auf eine dem Leben der Gesellschaft zuträgliche Art. Diese Berufung besteht vornehmlich in einem Wandel des Herzens: einer

Umkehr, die sich im Lobe Gottes und in Taten dienender Gerechtigkeit ausdrückt.

1. Umkehr

328. Die Umwandlung sozialer Strukturen fängt mit einer Umkehr des Herzens an und wird von ihr stets begleitet.¹ Als Jünger Jesu ist jeder von uns zu einer tieferen persönlichen Bekehrung und zum „Handeln für Gerechtigkeit und Teilnahme an der Wandlung der Welt“ aufgerufen.² Durch Glaube und Taufe sind wir zu „neuen Geschöpfen“ geworden; wir sind erfüllt vom Heiligen Geist und einer neuen Liebe, die uns antreibt, eine neue und tiefe Beziehung zu Gott, zur menschlichen Familie und zu allen Geschöpfen zu suchen.³ Eigennützigen Wünschen zu entsagen, unser tägliches Kreuz zu tragen und das Erbarmen Christi nachzuahmen, all dies fordert einen persönlichen Kampf gegen die eigene Habgier und Selbstsucht und eine persönliche Bemühung um die eigene Menschenwürde und die der anderen, indem man der eigenen Schwäche sowie denjenigen Neigungen widersteht, die uns für die Lebensbedingungen der Mitmenschen unempfindlich machen und die soziale Solidarität aushöhlen. Christus warnte uns vor der Bindung an materielle Dinge, vor übermäßigem Selbstvertrauen, vor dem Götzendienst, der in der Anhäufung materieller Güter liegt, in denen man Sicherheit sucht. Wir müssen diese Lehren ernst nehmen und in ihrem Licht prüfen, wie jeder einzelne von uns lebt und sich anderen gegenüber verhält. Persönliche Umkehr ist jedoch keine Angelegenheit, die ein für allemal erfolgt. Sie ist ein Prozeß, der unser ganzes Leben durchzieht. Darüber hinaus findet Umkehr in einer größeren Glaubensgemeinschaft statt: durch die Taufe sind wir in die Kirche aufgenommen, durch gemeinsames Gebet sowie durch gemeinsames Handeln im Dienste der Gerechtigkeit.

2. Gottesdienst und Gebet

329. Wenn wir das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten aus einer christlichen Überzeugung herausfordern wollen, brauchen wir ein tieferes Bewußtsein um die enge Verbindung zwischen Gottesdienst und Welt der Arbeit. Gottesdienst und gemeinsames Gebet sind die Quellen, die das Nachdenken über wirtschaftliche Probleme mit Leben erfüllen und die Beteiligten ständig zu treuerer Gefolgschaft aufrufen. Den Gott des Universums zu verehren und zu ihm zu beten, bedeutet, die heilende Liebe Gottes anzuerkennen, die sich ausdehnt auf alle Menschen und auf alle

Bereiche ihrer Existenz, einschließlich der Arbeit, der Freizeit, des Geldes, der wirtschaftlichen und politischen Macht und ihrer Anwendung und schließlich auf all jene praktischen Maßnahmen, die zur Gerechtigkeit führen oder sie behindern. Wenn also Christen zusammenkommen, um zu beten, dann übernehmen sie die Verpflichtung, Gottes Liebe in alle diese Bereiche des Lebens zu tragen.

330. Auf einzigartige Weise findet die Einheit von Arbeit und Gottesdienst ihren Ausdruck in der Eucharistie. Als das Volk des Neuen Bundes vernehmen die Gläubigen die Herausforderung des Gotteswortes, das ihnen verkündet wird – eine Botschaft der Hoffnung an die Armen und Unterdrückten – und sie rufen den Heiligen Geist an, sie alle zu vereinen – als den einen Leib Christi. Damit die Eucharistie ein lebendiges Versprechen auf die Fülle des Gottesreiches sein kann, müssen die Gläubigen sich verpflichten, als Erlöste mit der gleichen Sorge und Liebe für ihre Mitmenschen zu leben, wie Jesus sie gezeigt hat. Der Leib des Herrn, den die Gläubigen in der Kommunion empfangen, ist auch eine Erinnerung an die versöhnende Kraft seines Kreuzestodes. Er gibt ihnen die Kraft, sich für die Heilung der gebrochenen Gesellschaft und menschlichen Beziehungen einzusetzen und in einem Geiste, der sich selbst für die anderen aufopfert, zu wachsen.

331. Die Liturgie lehrt uns die Dankbarkeit: Gott zu danken für die Gabe des Lebens, die Gabe dieser Erde und die Gabe aller Menschen. Sie wendet unsere Herzen ab von Selbstsucht und hin zu einer geistigen Einstellung, welche die Zeichen wirklicher Nachfolge Christi darin sieht, unsere Güter zu teilen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Dadurch, daß sie uns im Gebet mit dem ganzen Volk Gottes vereint, mit den Reichen und den Armen, mit den Nahen und den Fernen, liegt in der Liturgie eine Herausforderung an unsere Lebensweise und eine Verfeinerung unserer Werte. Vereint in der Gemeinde des Gottesdienstes, werden wir ermutigt, die Güter dieser Erde zum Wohle aller zu nutzen. Im Gottesdienst und in Akten der Gerechtigkeit wird die Kirche ein „Sakrament“, ein sichtbares Zeichen jener Einheit in Gerechtigkeit und Frieden, die Gott der ganzen Menschheit wünscht.⁴

3. Die Berufung zur Heiligkeit in der Welt

332. Heiligkeit ist nicht beschränkt auf den kirchlichen Raum oder das private Gebet; sie ist ein Aufruf, unser ganzes Herz und unser ganzes Leben auf Gott und Gottes Plan für diese Welt zu richten. Für den Laien ist die Heiligkeit erreichbar mitten in der Welt, in der Familie, der Gemeinde, in

Freundschaften, bei Arbeit und Freizeit und als Staatsbürger. Durch ihre Sachkunde und ihren Einsatz haben Männer und Frauen als Laien die Berufung, das Licht des Evangeliums in die Welt der Wirtschaft zu tragen, „so daß die Welt vom Geiste Christi erfüllt sein möge und ihr Schicksal in Gerechtigkeit, in Liebe und in Frieden besser erfüllen möge“.⁵

333. Doch als Jünger Christi müssen wir uns ständig fragen, wie tief die biblische und moralische Überzeugung von Gerechtigkeit und Liebe unser Denken durchdringt. Wie nachhaltig beeinflußt sie die Art, wie wir leben? Wir können uns hinter der Vielschichtigkeit der einzelnen Aspekte verstecken oder die Bedeutung unseres persönlichen Beitrages leugnen; trotzdem hat jeder von uns eine Aufgabe wahrzunehmen, denn er trifft jeden Tag wirtschaftliche Entscheidungen. Bedingt durch ihre Arbeit oder ihre Stellung in der Gesellschaft haben einige die Berufung, ausschlaggebend an den Entscheidungen mitzuwirken, die das wirtschaftliche Wohl der anderen betreffen. Diese müssen in ihrem Streben nach mehr Gerechtigkeit von der Gemeinschaft unterstützt und getragen werden.

334. Mitunter sind wir dazu angehalten, bestimmte kulturelle Ausdrucksformen abzulehnen, weil sie Werte und Ziele begünstigen, die egoistisch oder verschwenderisch sind und im Gegensatz zur Heiligen Schrift stehen. Gemeinsam müssen wir über unsere persönlichen und Familienentscheidungen nachdenken und überflüssige Wünsche zugunsten der Bedürfnisse anderer Menschen zurückstellen. Viele Fragen müssen wir uns immer wieder vorlegen: Werden wir in einer „Wegwerfgesellschaft“ immer verschwenderischer? Können wir unterscheiden zwischen unseren wirklichen Bedürfnissen und solchen, die uns durch die Werbung und eine Gesellschaft, die Verbrauch höher schätzt als Sparen, aufgedrängt werden? Wir alle können uns sehr wohl fragen, ob wir als Zeugen Christi nicht aufgefordert sind, angesichts der enormen Anhäufung materieller Güter, die eine Überflußgesellschaft kennzeichnet, ein einfacheres Leben zu führen.

335. Besonders müssen Ehepartner ihre Bedürfnisse sorgfältig abwägen und die richtige Rangfolge der Werte festlegen, wenn sie überlegen, ob beide Elternteile einem Beruf außer Hause nachgehen sollen und welche Verantwortung eine sorgfältige und aufmerksame Kindererziehung mit sich bringt. Manchmal werden wir als einzelne oder auch als Familien, als Pfarrgemeinden oder Kirche dazu aufgerufen, uns mehr auf die Armen einzulassen in ihrem Kampf um Teilnahme und die Verständniskluft zwischen ihnen und den Reichen zu schließen. Wenn wir die Perspektiven der Leidenden zu den unsrigen machen, können wir wirtschaftliche und soziale

Probleme tiefer verstehen; das führt dazu, daß wir nach dauerhafteren Lösungen suchen.

336. Am Arbeitsplatz müssen Laien oft schwere Entscheidungen treffen, mit nur geringen Informationen darüber, welche Konsequenzen diese Entscheidungen für das wirtschaftliche Leben anderer haben. Solche Situationen erfordern den Dialog mit den Mitarbeitern, aber auch betendes Meditieren über die Heilige Schrift und über ethische Grundsätze. Dasselbe gilt für konkrete Maßnahmen der Politik, die vernünftige ethische Grundsätze widerspiegeln und die Teil unseres politischen und sozialen Systems werden können. Da dies ein Teil der Berufung der Laien ist, ihrer Berufung zur Heiligkeit, müssen sie versuchen, eine moralische und ethische Dimension in die öffentliche Diskussion derartiger Themen einzubringen und die ethischen Fragen zu formulieren, um die es geht. Wenn man politische Möglichkeiten nach Kriterien abwägen will, die jenseits von Leistung und Zweckmäßigkeit liegen, braucht man das Gebet, die Meditation sowie das Gespräch über alle relevanten ethischen Grundsätze. Die Heiligkeit der Laien wird auch die Opfer umfassen, die ein solches Leben des Gebetes und der Meditation inmitten einer frommen und helfenden Glaubensgemeinde fordert. So können die Laien den Graben überbrücken, der allzu leicht zwischen den ethischen Grundsätzen, die das persönliche Leben des Christen leiten und jenen Überlegungen entsteht, die den Entscheidungen in der Gesellschaft, in den politischen Gremien und in der Wirtschaft zugrunde liegen.

4. Freizeit

337. Manche Schwierigkeit, den christlichen Glauben in das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten von heute einzubringen, ergibt sich aus den Hindernissen, im täglichen Leben ein Gleichgewicht zwischen Arbeit und Freizeit zu schaffen. Ermüdende und langweilige Arbeit führt dazu, daß manche Menschen nur in der Zeit außerhalb ihrer Arbeit nach Erfüllung suchen. Andere wiederum werden zu „workaholics“ (Arbeitssüchtigen), zu Menschen, die zwanghaft arbeiten, ohne Überlegung über den tieferen Sinn des Lebens und ihres Handelns. Qualität und Rhythmus der Arbeit müssen mehr dem menschlichen Maß angepaßt werden, damit die Menschen Würde und Wert ihrer Arbeit besser erleben können und sie auch für andere Verpflichtungen Zeit bekommen. Dieses Gleichgewicht ist lebensnotwendig für die Erhaltung der sozialen, politischen, bildungsmäßigen und kulturellen Strukturen unserer Gesellschaft. Besonders die Familie

braucht ein solches Gleichgewicht. Ohne Freizeit kommt das Eheleben zu kurz. Man braucht Zeit für die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sowie für Verpflichtungen in anderen wichtigen Gruppen: die größere Familie, der Freundeskreis, die Pfarrgemeinde, die Nachbarschaft, Schulen und politische Organisationen. Warum hört man heutzutage so wenig darüber, die Arbeitswoche zu verkürzen, vor allem, wenn beide Elternteile arbeiten? Eine solche Änderung gäbe ihnen mehr Zeit füreinander, für ihre Kinder sowie für ihre übrigen sozialen und politischen Verpflichtungen.

338. Die Freizeit steht in Zusammenhang mit unserem gesamten Wertesystem und wird von dem allgemeinen kulturellen Umfeld, in dem wir leben, beeinflusst. Sie kann durch Langeweile und Faulheit entwertet werden oder zu nichts weiter führen als dem Bedürfnis nach mehr Konsum und Verschwendung. Der Umgang mit der Freizeit kann für die Jünger Christi bedeuten, sich gegen die „Kultur“ zu stellen. Die christliche Tradition erblickt in der Freizeit einen Raum, in dem man die Familien und gesellschaftlichen Beziehungen aufbaut, aber auch eine Gelegenheit zu gemeinschaftlichem Gebet und Gottesdienst, zu gelassener Betrachtung und Freude an Gottes Schöpfung und zur Pflege der Künste, die für das menschliche Streben nach Ganzheit sehr wichtig sind. Vor allem aber müssen wir davon überzeugt sein, daß wirtschaftliche Entscheidungen unseren Gebrauch der Freizeit beeinflussen und daß diese Entscheidungen auch auf moralischen und ethischen Überlegungen beruhen müssen. Gerade auf dem Gebiet der Freizeit müssen wir auf der Hut sein, damit wir nicht von einem Mangel an kulturellen Werten und den wechselnden Moden einer Überflußgesellschaft hinweggefegt werden. In der Schöpfungsgeschichte schuf Gott die Welt in sechs Tagen und ruhte am siebten Tag (Gen 2,1-4). Dieses Bild müssen wir ernst nehmen und lernen, wie wir Aktivität und Ruhe, Arbeit und Freizeit in ein Gleichgewicht bringen, damit beide dazu beitragen können, die Person, die Familie und die Gemeinde aufzubauen.

B. Herausforderungen an die Kirche

339. Die Kirche besteht aus dem ganzen Gottesvolk, das sich aus kleinen Glaubensgruppen zusammensetzt; sie wird geführt und verwaltet vom Papst und einer Hierarchie von Bischöfen, die unterstützt werden durch Priester, Diakone, Ordensleute und Laien, denen sichtbare Institutionen und Einrichtungen der Verwaltung dienen. Die Kirche ist also in erster Linie eine durch den Heiligen Geist gestiftete Vereinigung von Menschen mit Christus als ihrem Oberhaupt, die sich in gegenseitiger Liebe unterstüt-

zen und in dieser Welt als ein Zeichen oder Sakrament wirken. Sie besteht ihrem Wesen nach aus Menschen, die zu einem transzendenten Ziel berufen sind; aber sie ist auch eine sichtbare soziale Institution, die in dieser Welt wirkt. Entsprechend ihrer Berufung nehmen die Glieder der Kirche an deren Sendung und an ihrer Aufgabe teil und teilen sich in unterschiedlichem Maße die Verantwortung für das Leben der Kirche.⁶ Zu diesem Zeitpunkt der Geschichte ist es besonders wichtig, die Verantwortung der ganzen Kirche für die Bildung und das Familienleben zu betonen.

1. Bildung

340. Wir betonten bereits die Verpflichtung, für eine gute Erziehung und Ausbildung der Armen zu sorgen, wenn diese ihren rechtmäßigen Platz im Wirtschaftsgefüge unserer Gesellschaft einnehmen sollen. Wir riefen der Kirche ihre eigene Verpflichtung auf diesem Gebiet in Erinnerung, und wir forderten Verbesserungen im Bereich des öffentlichen Bildungswesens.

341. Die Kirche hat einen Bildungsauftrag nicht nur den Armen gegenüber, sondern für alle ihre Mitglieder. Wir wiederholen unsere Erklärung aus dem Jahre 1972: „Durch Bildung versucht die Kirche, ihre Mitglieder darauf vorzubereiten, das Evangelium zu verkünden und diese Verkündigung in Taten umzusetzen. Da die Berufung der Christen darin liegt, sich selbst und die Gesellschaft mit Gottes Hilfe zu verändern, müssen die Bildungsbemühungen der Kirche einem doppelten Zwecke dienen: dem Streben nach persönlicher Heiligkeit und einer Sozialreform im Geiste christlicher Werte.“⁷ Die Kirche versucht durch ihren Bildungsauftrag: das Wissen über diese Welt mit einer Offenbarung Gottes zu integrieren, Gottes Beziehung zur Menschheit und ihrer letztendlichen Bestimmung im Königreich Gottes zu verstehen, menschliche Gemeinschaften in Gerechtigkeit und Frieden aufzubauen und den Wert der gesamten Schöpfung zu lehren. Indem es diese Werte einbringt, leistet das Bildungswesen der Kirche einen Beitrag zur Gesellschaft und zur sozialen Gerechtigkeit. Wirtschaftliche Fragen werden somit als Teil einer Gesamtschau gesehen: vom Menschen und von der menschlichen Familie, vom Wert der erschaffenen Erde und von den Pflichten und der Verantwortung, die alle füreinander und diesem Universum gegenüber haben.

342. Aus diesen Gründen muß die Kirche auf allen Ebenen ihres Bildungssystems die Lehre von der sozialen Gerechtigkeit sowie die biblischen und ethischen Grundsätze, die diese stützen, einfließen lassen. Wir fordern

besonders unsere Universitäten auf, die Katholische Soziallehre und die Sozialenzykliken der Päpste in ihre Lehrpläne aufzunehmen, vor allem für diejenigen, die zu einer aktiven Rolle in der Wirtschaft und Politik unseres Landes berufen sind. Glauben und technischer Fortschritt sind keine Gegensätze, sondern dieser Fortschritt muß von Werten geleitet werden, welche die Menschenwürde achten und die soziale Solidarität fördern, nicht aber von Habgier, Selbstsucht oder Neuerung um ihrer selbst willen.

343. Die Kirche hat immer den Standpunkt vertreten, daß die Aufgabe und die Verantwortung für die Erziehung zuerst in den Händen der Eltern liegt; sie haben das Recht, frei die Schulen und andere Mittel zu wählen, um ihre Kinder im Glauben zu erziehen.⁸ Die Kirche hat sich auch immer wieder dafür eingesetzt, daß die öffentliche Hand Subventionen für die Erziehung der Kinder so einsetzt, daß die Eltern dieses Wahlrecht frei und ohne un gerechte Belastungen ausüben können. Dieses Elternrecht sollte ihnen nicht genommen werden. Noch einmal fordern wir die gerechte Zuteilung öffentlicher Zuschüsse an die Eltern, die ihre Kinder zu privaten oder kirchlichen Schulen schicken. Eine solche Beihilfe muß vor allem den Eltern mit niedrigem Einkommen zugänglich sein. Obwohl viele dieser Eltern für die Erziehung ihrer Kinder große Opfer bringen, wird anderen die Möglichkeit, dieses Recht auszuüben, vorenthalten.

2. Unterstützung für die Familie

344. Das Wirtschaftsleben hat tiefgreifende Auswirkungen auf alle Teile der Gesellschaft und besonders auf die Familie. Ein Auseinanderbrechen der Familien bringt oftmals Härten und Armut mit sich. Scheidungen, mangelnde Hilfe für Mütter und Kinder, das Verlassen von Kindern sowie uneheliche Schwangerschaften tragen allesamt zu der Armut unter uns bei. Obwohl das Auseinanderbrechen von Ehen und Familien bei den Armen sichtbarer ist, betrifft es nicht nur diesen Teil unserer Gesellschaft. Man könnte sogar behaupten, viele dieser Zusammenbrüche lägen an den falschen Werten der Reicheren – Werten, die auf die Dauer die gesamte Gesellschaft durchdringen.

345. Wir brauchen mehr Untersuchungen über den möglichen Zusammenhang zwischen Wohlstand und Zusammenbruch von Ehen und Familien. Die ständige Suche nach persönlichem Genuß und der übertriebene Individualismus unserer Zeit, die stimuliert werden durch falsche Werte, wie sie

in der Werbung und im Fernsehen oft zu sehen sind, tragen zum mangelnden Engagement für eine Ehe und zu destruktiven Vorstellungen von Verantwortung und Selbstverwirklichung bei.⁹

346. Aus gutem Grund hat die Kirche traditionell die Auffassung vertreten, daß die Familie der Grundstein einer jeden Gesellschaft ist. Indem sie wirtschaftliche Maßnahmen bekämpft, welche die Familie schwächen, leistet die Kirche einen Beitrag zum Wohl der ganzen Gesellschaft. Dasselbe gilt für die kirchliche Lehre über verantwortungsvolle menschliche Sexualität und ihre Auswirkung auf Ehe und Familie. Wirtschaftliche Maßnahmen müssen die Familie unterstützen und ihre Festigkeit fördern.

3. Die Kirche als Wirtschaftsfaktor

347. Wenn auch alle Mitglieder der Kirche jeden Tag in ihrem persönlichen Leben wirtschaftsbezogen handeln, spielen sie doch auch als Kirche vereint eine wirtschaftliche Rolle. Die Kirche stellt viele Menschen an, in den Pfarreien und Diözesen, in ihren Büros und Organisationen, die Kirche tätigt Investitionen, sie verfügt über ausgedehnte Ländereien zum Zwecke des Gottesdienstes und der Mission. *Alle ethischen Grundsätze für die gerechte Leitung eines wirtschaftlichen Unternehmens gelten auch für die Kirche mitsamt ihren verschiedenen Einrichtungen; ja, die Kirche muß sogar mit gutem Beispiel vorangehen.* Die Bischofssynode 1971 formulierte diese Forderung sehr zutreffend: „Da die Kirche gehalten ist, von der Gerechtigkeit Zeugnis abzulegen, gibt sie zu, daß jeder, der sich anschickt, vor den Menschen von Gerechtigkeit zu sprechen, zuerst einmal in ihren Augen gerecht sein muß. Daher müssen wir die Handlungsweisen, die Besitztümer und den Lebensstil innerhalb der Kirche selbst prüfen.“¹⁰

348. Die Katholiken in den Vereinigten Staaten können mit Recht stolz sein auf ihre Leistungen beim Bau und der Erhaltung von Kirchen und Kapellen, eines ausgedehnten Systems von Schulen, Krankenhäusern und wohltätigen Einrichtungen. Mit Opfern und persönlichem Einsatz haben unsere in dieses Land eingewanderten Vorfahren Institutionen aufgebaut. Jahrzehntlang haben Frauen und Männer im Ordensgewand für sehr wenig Geld in unseren Schulen unterrichtet und in unseren Krankenhäusern gearbeitet. Und heutzutage beobachten wir denselben Geist der Großzügigkeit bei Ordensleuten wie bei Laien, auch wenn wir versuchen, angemessenere Gehälter zu zahlen:

349. Trotzdem wären wir unaufrichtig, wenn wir die Notwendigkeit leugneten, das wirtschaftliche Leben der Kirche selbst zu erneuern sowie ihre Rolle innerhalb der amerikanischen Gesellschaft und Kultur im Hinblick auf ihr verstärktes Eintreten für die Werte, die der wirtschaftlichen Gerechtigkeit dienen, neu zu überdenken.¹¹

350. Wir wählen in diesem Zusammenhang fünf Themenkreise aus: (1) Löhne und Gehälter; (2) die Rechte der Arbeitnehmer; (3) Investitionen und Eigentum; (4) Werke der Nächstenliebe und (5) die Arbeit für wirtschaftliche Gerechtigkeit.

351. Wir Bischöfe verpflichten uns zu dem Grundsatz, daß diejenigen, die der Kirche dienen – Laien, Priester und Ordensleute – einen ausreichenden Lebensunterhalt sowie die sozialen Zuwendungen erhalten müssen, die von verantwortlichen Arbeitgebern in unserem Lande gezahlt werden. Diese Ausgaben können aber nicht ohne größere Beiträge aller Mitglieder der Kirche finanziert werden. Wir fordern alle auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, mit Geld zu der Unterstützung der Menschen beizutragen, die den öffentlichen Auftrag der Kirche ausführen. Opfergaben oder der Zehnte von allen Gläubigen würden die notwendigen Gelder erbringen, damit diese angemessenen Gehälter für Ordensleute und Laien gezahlt werden können; Mangel an Mitteln ist gewöhnlich der Grund dafür, daß keine angemessenen Gehälter gezahlt werden. Die Verpflichtung, die kirchlichen Einrichtungen am Leben zu erhalten – Erziehung und Gesundheitsfürsorge, Sozialstationen, kirchliche Bildungsprogramme, Sorge für die Alten, Jugendseelsorge u. ä. – liegt aufgrund ihrer Taufe bei allen Mitgliedern der Gemeinde, nicht nur bei den Benutzern oder Veranstaltern dieser Einrichtungen. Wir brauchen auch mehr Mittel zur Unterstützung älterer Ordensleute. Diese selbstlosen Frauen und Männer haben sich nicht immer um Unterstützungen oder Pensionen bemüht, um ihre Zukunft zu sichern. Es wäre ein Bruch unserer Verpflichtung ihnen gegenüber, wenn wir es zuließen, daß sie oder ihre Ordensgemeinschaften keine ausreichenden Mittel der Altersversorgung haben.

352. Viele ehrenamtliche Helfer leisten der Kirche und ihrer Sendung Dienste, die nicht in Dollar und Cent bemessen werden können. Diese Dienste sind für das Leben und die Kraft der Kirche in den Vereinigten Staaten wichtig; sie führen eine gute Sitte weiter, welche die Geschichte der Kirche in diesem Land seit seiner Gründung gekennzeichnet hat. Aus dieser Tradition heraus fordern wir junge Menschen auf, sich vor ihrer Berufsausbildung für ein Jahr oder mehr dem freiwilligen Dienst zur Verfügung

zu stellen. Wir empfehlen, auch Ruheständler in die freiwilligen Dienstleistungen einzubeziehen; wir ermutigen alle, die sich auf diese Herausforderung eingelassen haben.

353. In allen kirchlichen Einrichtungen muß man auch die Rechte der Angestellten anerkennen, sich zu organisieren und durch freigewählte Vereinigungen mit ihren kirchlichen Arbeitgebern zu verhandeln.¹² Im Hinblick auf neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie sie an früherer Stelle in diesem Brief beschrieben wurden, richten wir an unsere kirchlichen Einrichtungen den Aufruf, nach neuen, wirksamen Formen der Zusammenarbeit zu suchen. Obgleich die Kirche ihr eigenes Wesen und ihre eigene Sendung hat, die geachtet und gefördert werden müssen, sind wir sehr erfreut darüber, daß viele Menschen anderen Glaubens, doch ähnlicher Hoffnungen und Wünsche für die menschliche Gesamtfamilie mit uns zusammenarbeiten, um dieses Zukunftsbild zu verwirklichen. Wenn wir uns um mehr Lohngerechtigkeit bemühen, müssen wir besonders wachsam sein gegenüber der fortgesetzten Diskriminierung der Frauen in Kirche und Gesellschaft, wie sie in den ungleichen Löhnen für Frauen und Männer sowie der Konzentration der Frauen auf Arbeitsplätzen am unteren Ende der Lohnskala besonders klar hervortritt.

354. Christen, die Aktien besitzen, und jene, die in kirchlichen Einrichtungen verantwortlich sind für deren Beteiligung an amerikanischen Konzernen, müssen darauf achten, daß die investierten Mittel verantwortungsvoll genutzt werden. Obwohl es die moralische und rechtliche Verantwortung der Treuhänder ist, dafür zu sorgen, daß die Kirche zur Finanzierung ihrer Arbeit ein angemessenes Einkommen aus ihren Investitionen erzielt, hat die treuhänderische Tätigkeit auch eine weiter gespannte moralische Dimension. Als Miteigentümer müssen sie an der Gestaltung der Unternehmenspolitik teilnehmen, und zwar durch den Dialog mit dem Management, durch aktive Teilnahme an Unternehmensversammlungen, durch Einbringung von Resolutionen und durch Teilnahme an Investitionsentscheidungen. Lobend wollen wir die Bemühungen der Diözesen und anderer religiöser und wirtschaftlicher Körperschaften hervorheben, die an der Verwirklichung dieser Ziele mitarbeiten. Ebenfalls verdienen die Bemühungen um alternative Investitionsmöglichkeiten unser Lob, besonders jene, welche die wirtschaftliche Entwicklung in verarmten Gemeinden fördern und der Kirche bei ihrer Fürsorge für lokale und regionale Notfälle helfen.¹³ Wenn die Entscheidung, Geld abzuziehen, unvermeidlich erscheint, sollte dies nur nach kluger Prüfung und unter klarer Darlegung der Motive geschehen.

355. Die Nutzung kirchlichen Besitzes verlangt heutzutage besondere Aufmerksamkeit. Demographische Veränderungen haben in manchen Pfarreien und sonstigen Einrichtungen leere oder nur teilweise genutzte Gebäude zurückgelassen. Der Rückgang der Ordensleute, die in Schulen unterrichten, sowie die gesunkene Anzahl der Priester haben dazu geführt, daß große Häuser oft von nur wenigen Personen bewohnt werden. In dieser Hinsicht muß die Kirche bedenken, daß der Besitz großer Anwesen oft den Eindruck erweckt, sie sei reich und im Umgang mit ihren Ressourcen verschwenderisch. Diesen Eindruck kann man nur durch eine klare und öffentliche Rechnungslegung ausräumen, in der das Finanzkapital, der Grundbesitz und seine Nutzung sowie die Dienste aufgelistet sind, welche die Kirche ihren Mitgliedern, aber auch der ganzen Gesellschaft leistet. Wir unterstützen und ermutigen die phantasievolle Nutzung dieser Anlagen, wie dies in vielen Pfarreien und Diözesen geschieht, um den Bedürfnissen der Armen zu helfen.

356. Die Kirche hat eine besondere Berufung, Dienerin der Armen, der Kranken und Benachteiligten zu sein und dadurch Zeugnis abzulegen von ihrer Sendung - einer Sendung, an der jedes Mitglied der christlichen Gemeinde teil hat. Die Kirche dient heute vielen Menschen als einer der größten privaten Dienstleistungsbetriebe im Lande. Das Netz von Organisationen, Einrichtungen aller Art sowie Hilfsprogrammen kommt Millionen Menschen aller Konfessionen zugute. Trotzdem müssen wir uns daran erinnern, daß in unserer Zeit unsere christliche Sorge zunehmen und sich über alle Grenzen hinweg ausdehnen muß, weil jeder Hilfsbedürftige unser Nächster ist. Auch müssen wir uns daran erinnern, daß Nächstenliebe mehr als die Linderung von Not bedeutet. Sie erfordert wahre Liebe zu dem notleidenden Menschen. Sie muß nach dem Sinn des Leidens fragen und eine Antwort geben, welche die Ursachen beseitigt. Wahre Nächstenliebe bedeutet, daß man Partei ergreift.

357. Nächstenliebe allein ist aber keine Abhilfe für alle wirtschaftlich-sozialen Übelstände. Durch verschiedene gesellschaftliche Organisationen und durch den Staat tragen alle Bürger unseres Landes Mitverantwortung für die Notleidenden. Auch die Kirche muß durch ihre einzelnen Mitglieder und durch ihre Organisationen die Ungerechtigkeiten beseitigen, die manche Menschen an der vollen Teilnahme am Wirtschaftsleben hindern. Unsere Erfahrung mit der „Kampagne für menschliche Entwicklung“ („Campaign for Human Development“) bestärkt uns in unserem Urteil darüber, daß Hilfe zur Selbsthilfe den Armen am besten dient. Diese Kampagne, die von amerikanischen Katholiken im Jahre 1970 gestartet und seit-

dem sehr gefördert wurde, ist ein Modell, das nach unserer Meinung hohe Maßstäbe für ähnliche Bemühungen setzt. Wir Bischöfe wissen um die vielen Gläubigen in allen Lebenslagen, die ihr Können und ihr Mitgefühl einsetzen auf der Suche nach neuen Wegen zur Verwirklichung der Ziele, die wir in diesem Brief vorschlagen. Dabei *sind* sie die Kirche, die sich für wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetzt. Gleichzeitig hoffen wir, daß sie sich mit uns und ihren Priestern zusammenschließen werden, um auf unsere Gesellschaft Einfluß zu nehmen, damit noch mehr Schritte unternommen werden können, Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Mit der Unterstützung der Gemeinden müssen sich schließlich auch die Armen selbst anstrengen. Die gesamte christliche Gemeinde kann von der Art und Weise lernen, wie sich unsere mittellosen Brüder und Schwestern gegenseitig helfen.

358. Neben ihrer Eigenschaft als Wirtschaftsfaktor ist die Kirche eine wichtige kulturelle Kraft, die sich um die kulturellen Wurzeln unserer wirtschaftlichen Probleme bemüht. So wie wir bereits ein neues Experiment der Zusammenarbeit und der Teilnahme an der Entscheidungsfindung allerer angeregt haben, die auf allen Ebenen der Gesellschaft der Vereinigten Staaten betroffen sind, so verpflichten wir auch die Kirche, ein Beispiel der Zusammenarbeit und der Teilnahme zu geben.

C. Die Straße, die vor uns liegt

359. Der Abschluß eines derartigen Briefes ist nur der Anfang eines langen Weges der Bildung, der Diskussion und des Handelns; sein Inhalt muß allen Mitgliedern der Kirche und der Gesellschaft übermittelt werden.

360. In dieser Hinsicht war die bereits erwähnte doppelte Zielsetzung dieses Hirtenwortes gemeint: den Katholiken bei ihrer Gewissensbildung über die moralischen Aspekte wirtschaftlicher Entscheidungen zu helfen und in die gesamtgesellschaftliche und politische Auseinandersetzung dieser Fragen eine ethische Perspektive einzubringen. Diese beiden Zielsetzungen helfen uns darüber nachzudenken, wie die Institutionen und Diener der Kirche den Laien helfen können, ihrer Berufung in dieser Welt nachzukommen: verstärkte Behandlung der Katholischen Soziallehre in unseren Schulen, Colleges und Universitäten; besondere Seminare mit Führungskräften der Wirtschaft, Gewerkschaftsführern, Abgeordneten, Bankiers; die Bildung kleiner Gruppen von Menschen aus unterschiedlichen Lebensbereichen, um gemeinsam über das Evangelium und die ethischen Grundsätze zu meditieren; Familienprogramme, Verteilerstellen für verfügbare Materia-

lien, Predigthilfen für Priester, Fernseh- und Hörfunk-Programme für die Diözesen, Forschungsprojekte an unseren Universitäten - all dies sind geeignete Mittel für die Fortsetzung der Diskussion und ihrer praktischen Konsequenzen. Einige dieser Mittel werden am besten auf Pfarrebene eingesetzt, andere auf der Ebene der Katholischen Konferenzen der Bundesstaaten und wieder andere auf jener der Nationalkonferenz der Katholischen Bischöfe. Diese Gremien können auch den Laien bei schwierigen Entscheidungen über politische Alternativen helfen, die sich auf die Wirtschaft auswirken. Wo es viele Alternativen gibt, müssen wir uns in den Diskussionen davor hüten, daß wir als Katholiken polarisiert werden. Sie alle müssen deutlich machen, wie die Entscheidungen, die sie treffen, und die Maßnahmen, die sie vorschlagen, dem ethisch-sittlichen Konzept entspringen, das wir hier entworfen haben. Wenn neue Probleme entstehen, hoffen wir, daß uns beständiges Nachdenken in die Lage versetzt, die Katholische Soziallehre weiter zu differenzieren und zu ihrer Weiterentwicklung beizutragen.

361. Wir wenden uns insbesondere an unsere Priester, damit sie sich weiterhin mit diesen Themen befassen, so daß sie die Botschaft des Evangeliums in einer Sprache verkünden, welche die Gläubigen zugleich anspricht und sie in ihrer Berufung in der Welt und für die Welt stützt und ermutigt. In unseren Priesterseminaren wird man Kandidaten für diese Aufgabe vorbereiten müssen.

362. Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, auf vielen der Gebiete weiterzuforschen, die dieses Dokument nicht gründlich behandeln konnte und auch auf den Gebieten weiterzudenken, zu denen wir uns geäußert haben. Unsere katholischen Universitäten, Stiftungen und sonstigen Institutionen fordern wir auf, sich an diesen notwendigen Projekten zu beteiligen. Folgende Forschungsgebiete sind lediglich als Anregung, nicht als erschöpfende Aufzählung zu verstehen: die Auswirkung der Rüstungsproduktion und der hohen Ausgaben für den Militärhaushalt auf die einheimische Volkswirtschaft und Kultur; die Beziehungen zwischen Waffenproduktion und -verkäufen und der Armut in der Dritten Welt; Steuerreform als Ausdruck der bevorzugten Hilfe für die Armen; die Rechte der Frauen und der Minderheiten in der Arbeitswelt; die Entwicklung der Kommunikationstechnologie und ihre weltweiten Auswirkungen; Roboter, Automation und die Reduzierung der Rüstungsindustrie in ihrem Einfluß auf die Arbeitsmarktsituation; die Wirtschaft und die Stabilität der Familie; der Unterschied zwischen rechtmäßigen Gewinnen und Habgier; die Sicherung wirtschaftlicher Rechte; Fragen der Umwelt und der Ökologie; Zukunftsaufga-

ben der Arbeit und der Gewerkschaften; internationale Finanzinstitute und die Schulden der Dritten Welt; unser nationales Defizit; die Ernährungsprobleme der Welt; „Vollbeschäftigung“ und ihre Verwirklichung; Betriebsschließungen und die Behandlung der menschlichen Kosten einer sich entwickelnden Wirtschaft; Genossenschaften und neue Formen der Beteiligung; Reform des Wohlfahrtssystems und der Bedingungen seiner Inanspruchnahme; Systeme der Einkommensstützung; die Konzentration des Grundbesitzes; Hilfe für Länder der Dritten Welt; Wanderungsbewegungen und ihre Folgen; Bevölkerungspolitik und Entwicklung; die Auswirkungen zunehmender Einkommensungleichheit in der Gesellschaft.

D. Für ein Königreich der Liebe und Gerechtigkeit

363. Angesichts dieser Komplexität der Wirtschaft und auf der Suche nach Klarheit für die Zukunft können wir uns mit Recht eine einzige Frage vorlegen: Wie wirkt sich unser Wirtschaftssystem auf das Leben der Menschen – *aller* Menschen aus? Es war ein Teil des amerikanischen Traums, aus dieser Welt einen Ort zu machen, an dem die Menschen besser leben könnten. Heute muß dieser Traum alle Menschen auf dieser Erde einschließen. Da wir uns dazu bekennen, Mitglieder einer „katholischen“, d. h. allumfassenden Kirche zu sein, müssen wir alle unsere Sorge auf das Wohl aller Menschen auf der Welt richten. Die Schulden der Dritten Welt werden unser Problem! Hungersnot und -tod in Afrika südlich der Sahara werden unser Anliegen. Steigende Rüstungsausgaben überall auf der Welt werden Teil unserer Angst um die Zukunft dieses Planeten. Wir können nicht zufrieden sein, wenn die Umwelt vernachlässigt oder die natürlichen Ressourcen verschwendet werden. In diesem Brief haben wir Bischöfe oft von gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit gesprochen. Der Augenblick, in dem wir alle die Wirklichkeit dieser Wirtschaftsordnung und ihrer Konsequenzen ins Auge fassen müssen, ist jetzt. Wir können ihn als einen Augenblick der Gnade – einen „kairos“ – auffassen, der uns alle in der großen Gemeinschaft der menschlichen Familie vereinen kann. Wir engagieren uns für diese Vision der Welt.

364. Die Größe und die Komplexität dieser Probleme können uns nicht erschrecken. Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Mitten in diesem Kampf ist es unvermeidlich, daß wir auf Habsucht, Faulheit und Neid stoßen werden. Auf dieser Erde gibt es kein Utopia; aber da wir an die erlösende Liebe Gottes glauben und sein vergebendes Erbarmen erfahren haben, wissen wir, daß Gottes Vorsehung uns jetzt und in Zukunft nicht fehlen wird.

365. Wir wissen, daß die Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse nicht der letzte Sinn der Erschaffung der menschlichen Person darstellt. Wir sind erschaffen worden, um am göttlichen Leben durch eine Bestimmung teilzunehmen, die weit über unsere menschlichen Fähigkeiten hinausgeht und vor der wir uns in ehrfürchtiger Bescheidenheit verneigen müssen. Wie Maria in ihrem „Magnificat“, so staunen wir über die Wunder, die Gott für uns getan hat, wie Gott die Armen und die Niedrigen erhöht und ihnen große Dinge in seinem Königreich versprochen hat. Jetzt fordert Gott von uns Opfer und Nachdenken über unsere Ehrfurcht vor der Menschenwürde – in uns selbst und in anderen – und auch über unseren Dienst und unsere Nachfolge, damit das göttliche Ziel für die Familie der Menschen und für diese Erde erfüllt werden kann. Vereinigung mit Gott, Teilnahme an seinem Leben umfaßt eine gegenseitige Verbindung mit allen auf diesem Erdkreis. Jesus lehrte uns, Gott und unseren Nächsten zu lieben, und der Begriff des „Nächsten“ kennt keine Begrenzung. Wir wissen, daß wir aufgerufen sind, Mitglieder eines neuen Bundes der Liebe zu sein. Wir müssen uns von unserer Liebe zur Unabhängigkeit durch ein Verständnis der wechselseitigen Abhängigkeit hin zu einem Engagement für menschliche Solidarität bewegen. Diese Herausforderung muß sich in der Art der Gemeinschaft ausdrücken, die wir unter uns aufbauen. Liebe fordert Sorge um jeden einzelnen – und besonders um die Armen – sowie ein fortgesetztes Bemühen um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, die es jedem gestatten, an einer Gemeinschaft teilzuhaben, die zu der erlösten Schöpfung gehört (Röm 8,21 – 23).

Anmerkungen

Einleitung

- ¹ Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils, Nr. 43. (Anm.: Der Hirtenbrief bezieht sich vielfach auf Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils, päpstliche Enzykliken und andere Verlautbarungen des kirchlichen Lehramtes. Vgl. die ausgewählte Bibliographie.)
- ² Ebd. Nr. 43.

Erstes Kapitel

- ³ „Gaudium et spes“, Nr. 1.
- ⁴ Vgl. ebd; Nr. 10; 42 f.; Instruktion der Glaubenskongregation „Libertatis Conscientia“ über die christliche Freiheit und die Befreiung vom 22. 3. 1986, Nr. 34–36. (= Verl. Apost. Stuhl 70).
- ⁵ Vgl. *Papst Johannes Paul II.*, Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 14 und *Papst Paul VI.*, „Octogesima adveniēns“, Nr. 35. Vgl. auch *A. Okun*, *Equality and Efficiency: The Big Tradeoff*, Kap. 1, Washington (D. C.) 1975; *M. Walzer*, *Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality*, Kap. 4, New York 1983; *J. P. Gunnemann*, *Capitalism and Commutative Justice*, Vortrag auf der Jahrestagung 1985 der Society of Christian Ethics.
- ⁶ Vgl. *Papst Johannes XXIII.*, Enzyklika „Pacem in terris“, Nr. 130 f.
- ⁷ Vgl. Dokument der Bischofssynode 1971, *Gerechtigkeit in der Welt*, Nr. 8; *Papst Johannes Paul II.*, Enzyklika „Redemptor hominis“, Nr. 15.
- ⁸ Bericht des arbeitsstatistischen Büros des Arbeitsministeriums der USA über die Arbeitsmarktlage im August 1985, Tafel A-1.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ *Statistisches Bundesamt der USA*, Erhebungen zum derzeitigen Bevölkerungsstand, Reihe P-60, 145: Lohn- und Gehalts- und Armutsstatus von Familien und Einzelpersonen in den USA für 1983, 20.
- ¹¹ *Greg H. Duncan*, *Years of Poverty, Years of Plenty. The Changing Economic Fortunes of American Workers and Their Families*, Ann Arbor (Mich.) 1984.
- ¹² Vgl. *Papst Johannes Paul II.*, Apostolisches Schreiben „Familiaris consortio“ über die Aufgaben der christlichen Familie in der Welt von heute vom 22. 11. 1981, Nr. 46. (= Verl. Apost. Stuhl 33).
- ¹³ Vgl. „Gaudium et spes“, Nr. 47.
- ¹⁴ *National Conference of Catholic Bishops*, *The Challenge of Peace. God's Promise and Our Response*, Washington (D. C.) 1983. [ferner zitiert NCCB].
- ¹⁵ Joseph L. Kardinal Bernardin und John J. Kardinal O'Connor vor dem Kongreß-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am 26. 6. 1984: *Origins* 14/10 (10. 8. 1984) 157.
- ¹⁶ „Gaudium et spes“, Nr. 43.
- ¹⁷ Vgl. z. B. *P. Berger, B. Berger, H. Kellner*, *The Homeless Mind: Modernization and Consciousness*, New York 1974.
- ¹⁸ Wie wichtig und schwierig es ist, sich in diesen Fragen auf eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Sicht zu einigen, zeigt die kürzlich erschienene Studie von *R. N. Bellah*,

R. Madsen, W. M. Sullivan, A. Swidler, St. M. Tipton, *Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life*, Berkeley (Calif.) 1985; vgl. auch M. E. Marty, *The Public Church*, New York 1981.

- 19 Papst Johannes XXIII., Enzyklika „Mater et Magistra“, Nr. 219; „Gaudium et spes“, Nr. 40.
- 20 Vgl. die Instruktion der Glaubenskongregation „Libertatis nuntius“ über einige Aspekte der „Theologie der Befreiung“ vom 6. 8. 1984 (= Verl. Apost. Stuhl 57); Papst Paul VI., „Octogesima adveniens“, Nr. 42.
- 21 „Octogesima adveniens“, Nr. 4.
- 22 *Administrative Committee of the National Catholic War Council*, Program of Social Reconstruction, 12. 2. 1919. Außerdem verdienen Erklärungen unserer Vorgänger zur wirtschaftlichen Lage Erwähnungen: „The Present Crisis“ vom 25. 4. 1933; „Statement on Church and Social Order“ vom 4. 2. 1940; „The Economy. Human Dimensions“ vom 20. 11. 1975. Diese und viele weitere Erklärungen in: H. J. Nolan (Hrsg.), *Pastoral Letters of the United States' Catholic Bishops*, 4 Bde., Washington (D. C.) 1984.

Zweites Kapitel

- 1 „Mater et Magistra“, Nr. 219 f.; vgl. „Gaudium et spes“, Nr. 63.
- 2 Ökumenismus-Dekret des Zweiten Vatikanischen Konzils „Unitatis redintegratio“, Nr. 22 f. (= Konzilskompendium V., S. 248).
- 3 C. Westermann, *Creation*, Philadelphia 1974, und B. Vawter, *On Genesis. A New Reading*, New York 1977; vgl. auch „Gaudium et spes“, Nr. 34.
- 4 Cyprian von Karthago, *De opere et eleemosynis*, 25, in der Übersetzung von R. J. Deferrari, *St. Cyprian. Treatises*, 36, New York 1958, 251; lateinischer Text: Migne, PL 4, 620. Zur Lehre der Kirchenväter vgl. C. Avila, *Ownership. Early Christian Teaching*, Maryknoll (N. Y.) 1983, Sammlung von Originaltexten und Übersetzungen.
- 5 T. Ogletree, *The Use of the Bible in Christian Ethics*, Philadelphia 1983, 47-85.
- 6 Wenn unter Exegeten auch keine Einigkeit darüber herrscht, ob das Jubiläum als Institution tatsächlich bestanden hat oder nur ein Ideal darstellte, berief man sich immer auf seine Bilderwelt, um Gottes Herrschaft über das Land und seine Sorge um die Armen und Unterdrückten zu betonen (z. B. Jes 61,1 f.; Lk 4,16-19). Vgl. R. North, *Sociology of the Biblical Jubilee*, Rom 1954; S. Ringe, *Jesus, Liberation and the Biblical Jubilee. Images for Ethics and Christology*, Philadelphia 1985.
- 7 Zum Thema Gerechtigkeit vgl. J. R. Donahue, *Biblical Perspectives on Justice: J. C. Haughey* (Hrsg.), *The Faith That Does Justice*, New York 1977, 6-112; S. C. Mott, *Biblical Ethics and Social Change*, New York 1982.
- 8 Vgl. Ex 22,20-26; Dtn 15,1-11; Ijob 29,12-17; Ps 69,34; 72,2.4.12-24; 82,3 f.; Spr. 14,21.31; Jes 3,14 f.; 10,2; Jer 22,16; Sach 7,9 f.
- 9 J. Pedersen, *Israel. Its Life and Culture I-II*, London 1926, 337-340.
- 10 J. Alfaro, *Theology of Justice in the World*, Rom 1973, 40 f.; E. Mc Donagh, *The Making of Disciples*, Wilmington (Del.) 1982, 119.
- 11 Papst Johannes Paul II. hat sich in seinem Apostolischen Sendschreiben „Salvifici doloris“ dieses Gleichnisses bedient, um uns zur „Barmherzigkeit“ den Bedürftigen gegenüber aufzurufen; vgl. Nr. 34-39. [Apostolisches Schreiben „Salvifici doloris“ über den christlichen Sinn des menschlichen Leidens vom 11. 2. 1984 (= Verl. Apost. Stuhl 53)].
- 12 „Redemptor hominis“, Nr. 21.

- 13 Ansprache an die Arbeiter in São Paulo, 8: Origins 10/9 (31. 7. 1980) 139; und Ansprache im Yankee Stadion: Origins 9/19 (25. 10. 1979) 311 f.
- 14 *J. Dupont, A. George* (Hrsg.), *La pauvreté évangélique*, Paris 1971; *M. Hengel*, *Property and Riches in the Early Church*, Philadelphia 1974; *L. Johnson*, *Sharing Possessions. Mandate and Symbol of Faith*, Philadelphia 1981; *D. L. Mealand*, *Poverty and Expectation in the Gospels*, London 1980; *W. Pilgrim*, *Good News to the Poor. Wealth and Poverty in Luke-Acts*, Minneapolis 1981; *W. Stegemann*, *The Gospel and the Poor*, Philadelphia 1984.
- 15 Vgl. Am 4,1 ff; Ijob. 20,19; Sir 13,4-7; Jak 2,6; 5,1-6; Offb 18, 11-19.
- 16 Vgl. Abschnitte 85-91.
- 17 Vgl. ausgewählte Bibliographie.
- 18 Außerordentliche Bischofssynode 1985, Schlußbericht II, A. (= Verl. Apost. Stuhl 68).
- 19 *Papst Paul VI.*, „Evangelii nuntiandi“, Nr. 31.
- 20 Ebd., Nr. 24.
- 21 „Gaudium et spes“, Nr. 32.
- 22 Ebd., Nr. 25.
- 23 Vgl. Abschnitt 35.
- 24 *J. Pieper*, *The Four Cardinal Virtues*, Notre Dame (Ind.) 1966, 43-116; *D. Hollenbach*, *Modern Catholic Teachings concerning Justice: J. C. Haughey* (Hrsg.), *The Faith That Does Justice*, New York 1977, 207-231.
- 25 *J. P. Gunnemann*, *Capitalism and Commutative Justice*, Vortrag auf der Jahrestagung 1985 der Society of Christian Ethics, wird im Annual of the Society of Christian Ethics veröffentlicht.
- 26 „Gaudium et spes“, Nr. 69.
- 27 *Papst Pius XI.*, Enzyklika „Divini Redemptoris“, Nr. 51; *J. A. Ryan*, *Distributive Justice*, New York 1942, 188. Der Ausdruck „soziale Gerechtigkeit“ hat in der katholischen Sittenlehre verschiedene, aber untereinander verwandte Bedeutungen. Vgl. *W. Ferree*, *The Act of Social Justice: Philosophical Studies* 72, Washington (D. C.) 1943.
- 28 „Laborem exercens“, Nr. 6; 9.
- 29 „Gaudium et spes“, Nr. 29.
- 30 Ebd.; vgl. unten, Abschnitt 180 ff.
- 31 *Papst Paul VI.*, „Populorum progressio“, Nr. 19.
- 32 „Mater et Magistra“, Nr. 132.
- 33 Bischofssynode 1971, Gerechtigkeit in der Welt, Nr. 10; 16; „Octogesima adveniens“, Nr. 15.
- 34 „Gaudium et spes“, Nr. 25; Gerechtigkeit in der Welt, Nr. 51; *Papst Johannes Paul II.*, Apostolisches Schreiben „Reconciliatio et paenitentia“ über Versöhnung und Buße in der Sendung der Kirche heute vom 2. 12. 1984, Nr. 16 (= Verl. Apost. Stuhl 60); „Libertatis conscientia“ Nr. 42; 74.
- 35 In den Worten der Bischofssynode von 1971: „Die Teilnahme stellt ein Recht dar, das auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet zur Anwendung kommen muß“, Gerechtigkeit in der Welt, Nr. 18.
- 36 „Gaudium et spes“, Nr. 26.
- 37 *Papst Johannes Paul II.* in seiner Ansprache vor der UNO-Vollversammlung am 2. 10. 1979, Nr. 13 f. (= Verl. Apost. Stuhl 13).
- 38 Vgl. Pfingstansprache Papst Pius' XII., 1941: *V. Yzermans*, *The Major Addresses of Pope Pius XII*, Bd. 1, St. Paul 1961, 32 f.
- 39 „Pacem in terris“, Nr. 8-27; vgl. „Laborem exercens“, Nr. 18 f. „Pacem in terris“ und andere päpstliche Verlautbarungen unserer Zeit nennen das „Recht auf Arbeit“ ein wirtschaft-

- liches Grundrecht. Da der Ausdruck in den USA mehrdeutig ist und die Menschen normalerweise in unserer Gesellschaft ihren Lebensunterhalt durch bezahlte Arbeit verdienen, hat die NCCB schon früher erklärt, daß der Schutz der Menschenwürde verlangt, das Recht auf sinnvolle Arbeit für alle zu sichern, die fähig und gewillt sind, zu arbeiten. Vgl. *NCCB, The Economy. Human Dimensions* (20. 11. 1975), S: *NCCB, Justice in the Marketplace*, 470. Vgl. auch „*Libertatis conscientia*“, Nr. 85.
- 40 „*Populorum progressio*“, Nr. 14.
- 41 *M. H. Good, Freedom from Want. The Failure of United States Courts to Protect Subsistence Rights: Human Rights Quarterly* 6 (1984) 335–365.
- 42 „*Gaudium et spes*“, Nr. 43.
- 43 „*Mater et Magistra*“, Nr. 65.
- 44 Zur Verwendung dieses Ausdrucks in letzter Zeit vgl. „*Libertatis conscientia*“, Nr. 46–50; 66 ff.; *Evangelization in Latin America's Present and Future. Final Document of the Third General Conference of the Latin American Episcopate, Puebla*, 27. 1–13. 2. 1979, besonders Teil IV, Kap. I: *A Preferential Option for the Poor: J. Eagleson, P. Scharper* (Hrsg.), *Puebla and Beyond, Maryknoll* (N. Y.) 1979, 264–267 [Die Evangelisierung in der Gegenwart und in der Zukunft Lateinamerikas. Dokument der III. Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopates in Puebla, 13. 2. 1979 (= Stimmen der Weltkirche 8, 193–197; Neuauf. S. 327–331)]; *D. Dorr, Option for the Poor. A Hundred Years of Vatican Social Teaching*, Dublin 1983.
- 45 „*Octogesima adveniens*“, Nr. 23.
- 46 *An die brasilianischen Bischöfe*, Nr. 6; 9: *Origins* 10/9. (31. 7. 1980) 135.
- 47 *Papst Johannes Paul II., Ansprache an die Arbeiter in São Paulo*, Nr. 4: *Origins* 10/9 (31. 7. 1980) 138; „*Libertatis conscientia*“, Nr. 66 ff.
- 48 „*Gaudium et spes*“, Nr. 47.
- 49 *Ansprache über „Christliche Einheit im technischen Zeitalter“*, Toronto, 14. 9. 1984: *Organis* 14/16 (4. 10. 1984) 248.
- 50 „*Laborem exercens*“, Nr. 3.
- 51 *Ebd.*, Nr. 5 f.
- 52 *Ebd.*, Nr. 6; 10.
- 53 *Enzyklika „Quadragesimo anno“*, Nr. 79. Es ist nicht immer klar, was dieses Prinzip besagt. Zur Geschichte seiner Interpretation im katholischen Bereich vgl. *Calvez und Perrin* in: *J. F. Cronin, Catholic social Principles*, Milwaukee 1950, 328–342; *J. Messner, Freedom as a Principle of Social Order. An Essay in the Substance of Subsidiary Function: Modern Schoolman* 28 (1951) 97–110; *R. E. Mulcahy, Subsidiarity: New Catholic Encyclopedia* XIII, New York 1966, 762; *F. H. Mueller, The Principle of Subsidiarity in Christian Tradition: American Catholic Sociological Review* 4 (1943) 144–157; *O. von Nell-Breuning, Zur Sozialreform, Erwägungen zum Subsidiaritätsprinzip: Stimmen der Zeit* 157, Bd. 81 (1955–1956) 1–11; *ders.*, *Subsidiarity: Sacramentum Mundi* IV New York 1970, 6, 114–116; *A. F. Utz, Formen und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips*, Heidelberg 1956; *ders.*, *The Principle of Subsidiarity and Contemporary Natural Law: Natural Law Forum* 3 (1958) 170–183; *ders.*, *Grundsätze der Sozialpolitik. Solidarität und Subsidiarität in der Altersversicherung*, Stuttgart 1969.
- 54 „*Gaudium et spes*“, Nr. 31.
- 55 *Laborem exercens*, Nr. 16.
- 56 *Enzyklika „Rerum novarum“*, Nr. 62; vgl. auch Nr. 9.
- 57 „*Laborem exercens*“, Nr. 19.
- 58 *Ebd.*, Nr. 20.

- 59 Ebd.
- 60 Ebd.
- 61 Papst Johannes Paul II. vor Geschäftsleuten und Wirtschaftsführern in Mailand, 22. 5. 1983.
- 62 *Thomas von Aquin*, *Summa Theologiae* II a IIae, q. 66.
- 63 Wie Papst Johannes Paul II. erklärt hat, „ist dieses gigantische und mächtige Werkzeug - die Gesamtheit der Produktionsmittel, die in gewissem Sinne mit ‚Kapital‘ gleichgesetzt werden - Frucht der menschlichen Arbeit und trägt deren Zeichen“ („*Laborem exercens*“, Nr. 12.).
- 64 „*Rerum novarum*“, Nr. 10; 15; 36.
- 65 „*Mater et Magistra*“, Nr. 109.
- 66 „*Rerum novarum*“, Nr. 65 f.; „*Mater et Magistra*“, Nr. 115.
- 67 „*Populorum progressio*“, Nr. 23.
- 68 Eröffnungsansprache der Konferenz von Puebla, in: *J. Eagleson, P. Scharper* (Hrsg.), *Puebla and Beyond*, 67.
- 69 „*Laborem exercens*“, Nr. 14.
- 70 Ebd., Nr. 17.
- 71 „*Divini Redemptoris*“, Nr. 49.
- 72 „*Pacem in terris*“, Nr. 60 ff.
- 73 Erklärung über die Religionsfreiheit „*Dignitatis humanae*“ des Zweiten Vatikanischen Konzils, Nr. 6; vgl. *J. Courtney Murray*, *The Problem of Religious Freedom*, Westminster (Md.) 1965.
- 74 „*Pacem in terris*“, Nr. 63 f.; „*Quadragesimo anno*“, Nr. 80. Papst Leo XIII. hat in „*Rerum novarum*“ (Nr. 52) den Grundsatz aufgestellt, der das Eingreifen des Staates regelt: „Droht also der staatlichen Gesamtheit oder einzelnen Ständen ein Nachteil, dem anders nicht abzuwehren ist, so ist es Sache des Staates, einzugreifen.“ Papst Johannes XXIII. hat die Auffassung der Kirche vom Zweck staatlicher Eingriffe in „*Mater et Magistra*“, Nr. 20 f., so umrissen: „Der Staat, der für die Verwirklichung des Gemeinwohls in dieser Welt zuständig ist, darf die wirtschaftliche Tätigkeit seiner Bürger keineswegs geringschätzen. Er sollte vielmehr zur Stelle sein, um die Erzeugung einer ausreichenden Menge materieller Güter in rechter Weise zu fördern, aktiv zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiter beitragen, . . . dafür sorgen, daß Arbeitsverträge gerecht und fair abgeschlossen werden und daß in der Arbeitswelt die Menschenwürde weder physisch noch geistig verletzt wird.“
- 75 „*Quadragesimo anno*“, Nr. 79.
- 76 Präfation am Christkönigssonntag im Römischen Meßbuch.
- 77 „*Octogesima adveniens*“, Nr. 26-35.
- 78 „*Gaudium et spes*“, Nr. 39.
- 79 Ebd.
- 80 „*Octogesima adveniens*“, Nr. 42.

Drittes Kapitel

- ¹ „*Octogesima adveniens*“, Nr. 26-41 und „*Laborem exercens*“, Nr. 7; 13.
- ² Program of Social Reconstruction, 33-40.
- ³ Vgl. *The Challenge of Peace. God's Promise and Our Response*, 9.
- ⁴ „*Laborem exercens*“, Nr. 3.

- 5 *Arbeitsministerium der USA, Arbeitsstatistisches Büro, The Employment Situation: April 1986 (Mai 1986).*
- 6 *Full Employment Action Council, Employment in America. Illusory Recovery in an Decade of Decline, Washington (D. C.) 1985, 19. Die Berechnungen beruhen auf Daten des Arbeitsstatistischen Büros des Arbeitsministeriums der USA.*
- 7 *The Employment Situation: August 1985; Arbeitsministerium der USA. Employment and Training Administration. Unemployment Insurance Claims, Woche vom 22. 6. 1985.*
- 8 *The Employment Situation: August 1985.*
- 9 *M. H. Brenner, Fetal, Infant and Maternal Mortality during Periods of Economic Instability, in: International Journal of Health Services (Sommer 1973); P. H. Ellison, Neurology of Hard Times, in: Clinical Pediatrics (März 1977); S. V. Kasl, S. Cobb, Some Mental Health Consequences of Plant Closings and Job-Loss: L. Ferman, J. P. Gordus (Hrsg.), Mental Health and the Economy, Kalamazoo (Mich.) 1979, 255-300; L. E. Kopolow, F. M. Ochberg, Spinoff from a Downward Swing, in: Mental Health 59 (Sommer 1975); D. Shaw, Unemployment Hurts More than the Pocketbook, in: Today's Health (März 1978).*
- 10 *R. M. Cohn, The Consequences of Unemployment on Evaluation of Self. Doktorarbeit, Department of Psychology, University of Michigan, 1977; J. A. Garraty, Unemployment in History. Economic Thought and Public Policy, New York 1978; H. Maurer, Not Working. An Oral History of the Unemployed, New York 1979.*
- 11 *M. H. Brenner, Estimating the Social Cost of National Economic Policy (US Congress, Joint Economic Committee, 1976); vgl. ders., Mental Illness and the Economy, Cambridge (Mass.) 1973.*
- 12 *Congressional Budget Office, Economic and Budget Outlook: FY 1986 - FY 1990, Washington (D.C.) 1985, 75.*
- 13 *US Bureau of Prisons, Correlation of Unemployment and Federal Prison Population, Washington (D. C.) 1975; M. Yeager, Unemployment and Imprisonment: Journal of Criminal Law and Criminology 70 (1979) 4; Testimony of M. H. Brenner, in: Unemployment and Crime (US Congress, House Hearings, 1977) 25.*
- 14 *Committee on the Evolution of Work, AFL-CIO, The Future of Work, Washington (D. C.) 1983, 11.*
- 15 *Congressional Budget Office, Defense Spending and the Economy, Washington (D. C.) 1983. Vgl. auch M. Edelstein, The Economic Impact of Military Spending, New York 1977; R. De Grasse jr., Military Expansion, Economic Decline, New York 1983. Vgl. auch US Department of Labor, Bureau of Labor Statistics Report, Structure of the US Economy in 1980 and 1985, Washington (D. C.) 1975; M. Anderson, The Empty Pork Barrel, Lansing (Mich.) 1982.*
- 16 *US Office of Management and Budget, Historical Tables. Budget of the United States Government Fiscal Year 1986, Washington (D. C.) 1985, Tafel 10.2, 10.2(3). Vgl. auch National Science Foundation Report, Characteristics of Experienced Scientists and Engineers (1978), Detailed Statistical Tables, Washington (D. C.) 1978.*
- 17 *„Statistical Supplement to International Comparison of Unemployment“, Bureau of Labor Statistics, 1984, unveröffentlicht.*
- 18 *I. V. Sawhill und Ch. F. Stone formulieren die unter Wirtschaftswissenschaftlern vorherrschende Ansicht so: „Hohe Beschäftigung definiert man gewöhnlich als eine Arbeitslosenquote, die man ohne Inflationssteigerung halten kann; viele, doch nicht alle, Wirtschaftswissenschaftler glauben, daß diese Quote augenblicklich bei etwa 6% liegt“ (The Economy. The Key to Success, in: J. L. Palmer, I. V. Sawhill (Hrsg.), The Reagan Record. An Assessment of America's Changing Domestic Priorities, Cambridge [Mass.] 1984, 72). Vgl. auch S. Fischer, R. Dornbusch, Economics, New York 1983, 731-743.*

- ¹⁹ *W. L. Birch*, Who Creates Jobs?: The Public Interest 65 (Herbst 1981) 3–14.
- ²⁰ *M. N. Baily*, *A. M. Okun* (Hrsg.), The Battle Against Unemployment and Inflation, New York ³1982; *M. N. Baily*, Labor Market Performance, Competition and Inflation, in: *ders.* (Hrsg.), Workers, Jobs and Inflation, Washington (D. C.) 1982. Vgl. auch *L. Klein*, „Reducing Unemployment Without Inflation“, und *J. Tobin*, „Unemployment, Poverty, and Economic Policy“, Aussage vor dem Subcommittee on Economic Stabilization, US House of Representatives Committee on Banking, Finance and Urban Affairs (19.3.1985), Nr. 99–5, Washington (D. C.) 1985, 15–18; 31–33.
- ²¹ *J. Tobin*, „Unemployment, Poverty, and Economic Policy“; *L. Klein*, „Reducing Unemployment Without Inflation“.
- ²² *R. H. Havemann*, Toward Efficiency and Equity through Direct Job Creation, in: Social Policy 11/1 (Mai/Juni 1980) 48.
- ²³ *W. H. McCarthy*, Reducing Urban Unemployment. What Works at the Local Level, Washington (D. C.) 1985; *W. Schweke*, States that Take the Lead on a New Industrial Policy, in: *B. G. Lall* (Hrsg.), Economic Dislocation and Job Loss, New York 1985, 97–196; *D. Robinson*, Training and Jobs Programs in Action. Case Studies in Private Sector Initiatives for the Hard to Employ, New York 1978. Vgl. auch das 4. Kapitel des Hirtenbriefes.
- ²⁴ *R. Oswald*, The Economy and Worker's Jobs. The Living Wage and a Voice, in: *J. W. Houch*, *O. F. Williams* (Hrsg.), Catholic Social Teaching and the US Economy. Working Papers for a Bishop's Pastoral, Washington (D. C.) 1984, 77–89. Was die Verkürzung der Wochenarbeitszeit angeht, so zeigt Oswald, daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den ersten 40 Jahren unseres Jahrhunderts von 60 auf 40 Stunden gefallen ist. Allerdings ist die Norm-Wochenarbeitszeit jetzt seit fast 50 Jahren unverändert geblieben.
- ²⁵ *US Bureau of the Census*, Current Population Reports, Reihe P-60, Nr. 149: Money Income and Poverty Status of Families in the United States: 1984, Washington (D. C.) 1985.
- ²⁶ *Massachusetts Department of Public Health*, Massachusetts Nutrition Survey, Boston (Mass.) 1983.
- ²⁷ Welchen Maßstab man am besten für die Armut setzt, ist recht umstritten. Einige vertreten die Ansicht, der regierungsamtliche Maßstab setze die Zahl der Armen zu niedrig an, und ein sachgerechter Maßstab würde bis zu 50 Millionen Amerikaner als arm ausweisen. Z. B. stellen sie fest, daß die Armutslinie, am Prozentsatz der mittleren Familieneinkommen gemessen, einen scharfen Knick aufweist: von 48% im Jahre 1959 auf 35% im Jahre 1983. Andere sind der Ansicht, man müsse die amtlichen Angaben um den Umfang der Sachleistungen, die die Armen erhalten – wie Lebensmittelgutscheine –, nach unten korrigieren. Das würde nach einigen Berechnungen die Zahl derer, die als Arme geführt werden, auf etwa 12 Millionen verringern. Wir kommen zu dem Schluß, daß der regierungsamtliche Maßstab für unseren Zweck einen geeigneten Mittelwert darstellt. Dieser Maßstab stützt sich auf eine Berechnung, die die Kosten für den Mindestverpflegungssatz der USDA mit 3 multipliziert. Der Maßstab wird alljährlich der Inflationsrate angeglichen. Es empfiehlt sich auch deshalb, den amtlichen Maßstab zugrunde zu legen, weil er den Vergleich von Armutsdaten über längere Zeit hin erlaubt. Zu diesem Thema vgl. auch *L. Rainwater*, What Money Buys. Inequality and the Social Meanings of Income, New York 1975; *ders.*, Persistent and Transitory Poverty. A New Look, Cambridge (Mass.) 1980; *M. Orshansky*, How Poverty is Measured: Monthly Labor Review 92 (1969) 37–41; *M. Anderson*, Welfare, Stanford (Calif.) 1978; *M. Harrington*, The New American Poverty, New York 1984, 81 f.
- ²⁸ Von denen, die in Armut leben, arbeiten 3 Millionen das ganze Jahr hindurch und sind doch arm. Von den 22,2 Millionen Armen im Alter von 15 Jahren und darüber arbeiten

- über 9 Millionen manchmal im Laufe des Jahres. Seit 1979 ist die Armut, absolut genommen, unter denen am meisten gewachsen, die arbeiten und doch arm sind (*US Bureau of the Census, Money, Income and Poverty*).
- ²⁹ *US Bureau of the Census, Current Population Reports, Reihe P-60, Nr. 149,19*. Die Schwarzen sind etwa 12% der Gesamtbevölkerung, bilden aber 62% der dauernd Armen. Nur 19% der Gesamtbevölkerung leben in Familien mit weiblichem Familienvorstand, aber sie bilden 61% der dauernd Armen. 28% der Gesamtbevölkerung der USA wohnen außerhalb der großstädtischen Ballungsräume, aber auch 34% der Armen unseres Volkes wohnen dort.
- ³⁰ *G. J. Duncan u. a., Years of Poverty, Years of Plenty. The Changing Economic Fortunes of American Workers and Their Families, Ann Arbor (Mich.) 1984*. Diese Gemeinschaftsarbeit beruht auf der Panel Study of Income Dynamics, einer Untersuchung, die alljährlich vom Survey Research Center der Universität von Michigan an 5000 amerikanischen Familien durchgeführt wird. Vgl. *G. J. Duncan, J. N. Morgan, Five Thousand American Families - Patterns of Economic Progress III, Ann Arbor (Mich.) 1975*.
- ³¹ *Congressional Research Service and Congressional Budget Office, Children in Poverty, Washington (D. C.) 1985, 57*. Diese neuere Studie zeigt auch, daß Kinder altersmäßig den größten Anteil der Armen bilden. Wir sind die erste Industrienation der Welt, in der Kinder die ärmste Altersgruppe bilden. Vgl. *D. P. Moynihan, Family and Nation, New York 1986, 112*.
- ³² *Children's Defense Fund, American Children in Poverty, Washington (D. C.) 1984*.
- ³³ Diese Tendenz hat man allgemein als „Feminisierung der Armut“ bezeichnet. Der Ausdruck stammt von Dr. Diana Pierce, die ihn in ihrem Report to the President of the National Advisory Council on Economic Opportunity für 1980 geprägt hat, um damit das dramatische Anwachsen des Anteils der Armen zu kennzeichnen, die in Haushalten mit weiblichem Vorstand leben.
- ³⁴ *US Bureau of the Census, Technical Paper 55: Estimates of Poverty Including the Value of Non-Cash Benefits: 1984, Washington (D. C.) 1985, 5,23*.
- ³⁵ *B. Raskin, H. Hartmann, Women's Work, Men's Work, Sex Segregation on the Job, Washington (D. C.) 1986, 10-26*.
- ³⁶ *US Bureau of the Census, Reihe P-23, Nr. 124, Special Study Child Support and Alimony: 1981, Washington (D. C.) 1981*.
- ³⁷ *US House of Representatives Subcommittee on Oversight and Public Assistance and Unemployment Compensation, Committee on Ways and Means, Background Material on Poverty, Washington (D. C.) 1983*. Vgl. auch *Committee on Ways and Means, US House of Representatives, Children in Poverty, 3*.
- ³⁸ *The National Urban League. The Status of Black America 1984, New York 1984*.
- ³⁹ Ebd.
- ⁴⁰ *NCCB, Brothers and Sisters to US. Pastoral Letter on Racism in Our Day, Washington (D. C.) 1979*.
- ⁴¹ *Federal Reserve Board, Survey of Consumer Finances, 1983: A Second Report, Abdruck aus dem Federal Reserve Bulletin, Washington (D. C.) 1984, 857-868*. Für diese Untersuchung ist der Netto-Wert die Differenz zwischen Brutto-Aktiva und Brutto-Passiva. Diese Studie berücksichtigt in ihren Einschätzungen alle finanziellen Aktiva, Wohnungshypotheken und sonstigen Immobilienbesitz, wie auch alle finanziellen Passiva, wie Einkaufsschulden und sonstige Verpflichtungen.
- ⁴² Ebd., 863 f.
- ⁴³ *US Bureau of the Census, Reihe P-60, Nr. 149,11*.

- ⁴⁴ Die Zahlen für die Einkommensverteilung liefern nur ein statisches Bild von der anteiligen Einkommenssituation. Sie vermitteln keine Vorstellung von dem beträchtlichen Auf und Ab, in dem sich über einen längeren Zeitraum hin Familien bald in dieser und bald in jener Einkommensklasse befunden haben. Vgl. *Years of Poverty, Years of Plenty*, 13. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen Brutto-Einkommen darstellen. Da jedoch die Steuerstruktur auf Bundesebene für einen großen Teil der Bevölkerung proportional ist, macht das für die Einkommensverteilung kaum etwas aus. Vgl. *J. Pechman, Who Paid Taxes 1966-85?*, Washington (D. C.) 1985, 51.
- ⁴⁵ *L. Osberg, Economic Inequality in the United States*, New York 1984, 24-28.
- ⁴⁶ *US Bureau of the Census*, Reihe P-60, Nr. 149. 11.
- ⁴⁷ *Poverty in the United States: Where Do We Stand Now?*, in: *Focus*, University of Wisconsin: Institute for Research on Poverty, Winter 1984. Vgl. auch *Danzinger und Gottschalk, The Poverty of Losing Ground*, in: *Challenge* 18/2 (1985). Wie diese Arbeiten zeigen, führte die Wirtschaftskrise nach 1969 dazu, mehr Menschen verarmen zu lassen, eine Entwicklung, die zum großen Teil durch die Ausdehnung bundesweiter Wohlfahrtspflege auf einen größeren Personenkreis aufgefangen wurde. Auch die Kürzungen der Sozialhilfe in den letzten Jahren haben zum Anwachsen der Armut beigetragen. Zu weiteren Analysen der Ursachen der Armut und ihrer Bekämpfung vgl. *C. Murray, Losing Ground. American Social Policy 1950-1980*, New York 1984; *B. J. Wattenberg, The Good News Is the Bad News Is Wrong*, New York 1984; *M. Harrington, The New American Poverty*, New York 1984.
- ⁴⁸ *Family and Nation*, 111 ff.
- ⁴⁹ *Committee on Ways and Means, Children in Poverty*; die Berechnungen stützen sich auf Tafeln 6-1 und 6-2, 180 f., die Vorkalkulation für Rententransfers auf Tafeln 221 f.
- ⁵⁰ *P. Starr, The Social Transformation of American Medicine*, New York 1982, 373.
- ⁵¹ *US Bureau of the Census*, Reihe P-60, Nr. 149. 11.
- ⁵² *Years of Poverty, Years of Plenty*, 13.
- ⁵³ *Center on Social Welfare Policy and Law. Beyond the Myths. The Families Helped by the AFDC Program*, New York 1985.
- ⁵⁴ Ebd. Dieses Heft führt Daten des Census Bureau an, aus denen ersichtlich ist, daß 1980 etwa 45% der Familien, die AFDC-Unterstützung erhalten haben, in diesem Jahr auch Arbeitslohn empfangen und im Jahresdurchschnitt 32,1 Wochen gearbeitet haben.
- ⁵⁵ *L. Goodwin, Causes and Cures of Welfare*, Lexington (Mass.) 1983, Kap. 1. Vgl. auch *ders., Can Workfare Work?*, in: *Public Welfare* 39 (Herbst 1981) 19-25.
- ⁵⁶ *Beyond the Myths. Betr. Irrtum und Betrug* stellt das Heft fest, daß in weniger als 10% aller Fälle irrtümlich AFDC-Unterstützung geleistet wurde. Nur 8,1% der Familien, die AFDC empfangen, haben infolge irriger Angaben ihrerseits zu hohe Unterstützung erhalten. In weniger als 4,5% aller AFDC-Fälle im ganzen Land besteht Betrugsverdacht. Außerdem hat eine Überprüfung der Lage bei mehr als 40% dieser Fälle dem Vorwurf des Betruges die hinreichende Grundlage entzogen.
- ⁵⁷ *P. G. Peterson, No More Free Lunch for the Middle Class*: *New York Times Magazine*, 17. 1. 1982.
- ⁵⁸ *Interfaith Action for Economic Justice, End Results. The Impact of Federal Policies Since 1980 on Low-Income Americans*, Washington (D. C.), 2.
- ⁵⁹ *The Poverty of Losing Ground*, 32-38.
- ⁶⁰ Die Steuerreformgesetze von 1986 haben das schon zum großen Teil erreicht. Sie haben sozusagen alle Familien, die unterhalb der amtlichen Armutsgrenze leben, von der Bundeseinkommensteuer befreit.

- 61 J. Kozol, *Illiterate America*, New York 1985.
- 62 „Pacem in terris“, Nr. 13.
- 63 Zu diesen Berichten und Untersuchungen gehören: E. Boyer, *High School. A Report on Secondary Education in America*, Princeton 1983; P. Cusick, *The American High School and the Egalitarian Ideal*, New York 1983; J. I. Goodlad, *A Place Called School. Prospects for the Future*, New York 1983; *The National Commission on Excellence in Education. A Nation at Risk. The Imperative for Educational Reform*, Washington (D. C.) 1983; D. Ravitch, *The Troubled Crusade. American Education, 1945–1980*, New York 1983; T. R. Sizer, *Horace's Compromise. The Dilemma of the American High School*, Boston 1984; *Task Force on Education for Economic Growth, Action for Excellence. A Comprehensive Plan to Improve our Nation's Schools*, Denver 1983; *The Twentieth Century Fund Task Force on Federal Elementary and Secondary Education Policy, Making the Grade*, New York 1983. Mit den in diesen Darstellungen angesprochenen Themen setzt sich auseinander die *Harvard Educational Review* 54 (Februar 1984) 1–31.
- 64 *Vatikan, Charter of the Rights of the Family*, Washington (D. C.) 1983. [Charta der Familienrechte vom 22. 10. 1983 (= Verl. Apost. Stuhl 52)]. Vgl. auch „*Laborem exercens*“, Nr. 19, „*Familiaris consortio*“, Nr. 23 und 81 und „*Christian Solidarity Leads to Action*“, Ansprache an österreichische Arbeiter in Wien, September 1983: *Origins* 13/16 (29. 9. 1983) 275.
- 65 H. H. Rodgers jr., *The Cost of Human Neglect. America's Welfare*, Armonk (N. Y.) 1982; C. T. Waxman, *The Stigma of Poverty*, New York 1983, bes. Kap. 5; S. A. Levitan, C. M. Johnson, *Beyond the Safety Net. Reviving the Promise of Opportunity in America*, Cambridge (Mass.) 1984.
- 66 *Children in Poverty*.
- 67 *US House of Representatives Committee on Ways and Means, Background Materials and Data on Programs Within the Jurisdiction of the Committee on Ways and Means*, Washington (D. C.) 1985, 345 f.
- 68 *Ebd.*, 347 f.
- 69 1982 haben acht ehemalige Minister für Health, Education and Welfare – jetzt Health and Human Services – ähnliche Vorschläge gemacht. In einem Bericht mit dem Titel „*Welfare Policy in the United States*“ haben sie Empfehlungen gemacht, wie man für das ganze Land Mindestsätze festlegen könne, und mit Nachdruck auf die Einführung eines Grundsockels für alle Bundesstaaten und Territorien gedrängt.
- 70 *Committee on Ways and Means, Background Materials and Data on Programs*.
- 71 Frankreich hat 1932 ein „*Familien-*“ oder „*Kindergeld*“ eingeführt, danach Italien 1936, die Niederlande 1939, Großbritannien 1945 und Schweden 1947; vgl. A. Heidenheimer, H. Hecho, C. Teich Adams, *Comparative Public Policy. The Politics of Social Choice in Europe and America*, New York 1975, 189 und 199. Vgl. auch R. Kuttner, *The Economic Illusion*, Boston 1984, 243–246; J. Piccione, *Help for Families on the Front Lines. The Theory and Practice of Family Allowances*, Washington (D. C.) 1983.
- 72 M. Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago 1962, 190–195.
- 73 *The Current Financial Condition of Farmers and Farm Lenders*, Ag. Info. Bulletin, Nr. 490, Washington (D. C.) 1985, VIII–X.
- 74 Die Angaben über Farmen und bäuerliche Bevölkerung stammen aus den *Agricultural Statistics*, den Jahresberichten des Landwirtschaftsministeriums, Washington (D. C.).
- 75 I. T. Elo, C. L. Beale, *Rural Development, Poverty and Natural Resources*, Washington (D. C.) 1985.
- 76 *National Food Review*, USDA, Nr. 29, 1985. 1984 haben die Amerikaner 15,1% ihres ver-

- fügbaren Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben. Das ist ein Durchschnittswert. Viele Angehörige der unteren Einkommensstufen haben beträchtlich mehr und andere weit weniger ausgegeben.
- ⁷⁷ *L. Tweeten*, *Causes and Consequences of Structural Change in the Farming Industry*, Washington (D. C.) 1984, 7.
- ⁷⁸ *Economic Indicators of the Farm Sector: Income and Balance Sheet Statistics, 1983*, ECIFS 3-3, Washington (D. C.) 1984.
- ⁷⁹ *M. Clawson*, *Ownership Patterns of Natural Resources in America. Implications for Distribution of Wealth and Income*, Washington (D. C.) 1983.
- ⁸⁰ *L. Tweeten* (s. Anm. 77); *A Time to Choose. Summary Report on the Structure of Agriculture*, Washington (D. C.) 1981.
- ⁸¹ Mit diesem Wandel und seinen Auswirkungen haben sich im Februar 1979 das USCC Committee on Social Development and World Peace schon in einer Erklärung, „The Family Farm“, beschäftigt und im Mai 1980 die Bischöfe des Mittleren Westens in einem gemeinsamen Hirtenbrief: *Strangers and Guests. Toward Community in the Heartland*.
- ⁸² *Soil Conservation in America: What Do We Have To Lose?* Washington (D. C.) 1984; *E. P. Le Veen*, *Domestic Food Security and Increasing Competition for Water*, in: *L. Busch, W. B. Lacy* (Hrsg.), *Food Security in the United States*, Boulder (Colo.) 1984, 52. Vgl. auch *America's Soil and Water. Condition and Trends*, Washington (D. C.) 1981.
- ⁸³ 1982 Census of Agriculture.
- ⁸⁴ *US Commission on Civil Rights, The Decline of Black Farming in America*, Washington (D. C.) 1982, bes. 65-69 zu Eigentumsfragen.
- ⁸⁵ *Ebd.*, 8.
- ⁸⁶ *US Department of Labor, Hearings Concerning Proposed Full Sanitation Standards*, Dokument Nr. H-308, Washington (D. C.) 1984.
- ⁸⁷ Kap. II, Abschn. 112.
- ⁸⁸ *A Time to Choose*, 148.
- ⁸⁹ *L. Tweeten*, *The Economics of Small Farms: Science*, Bd. 219, 1983, 1041.
- ⁹⁰ *US Department of Agriculture, History of Agricultural Price-Support and Adjustment Programs 1933-1984*, Ag. Info. Bulletin, Nr. 486, Washington (D. C.) 1984.
- ⁹¹ *The Distribution of Benefits from the 1982 Federal Crop Programs*, Washington (D. C.) 1984.
- ⁹² *The Great Debate on Mandatory Production Controls*, in: *Farm Policy Perspectives. Setting the Stage for 1985 Agricultural Legislation*, Washington (D. C.) 1984.
- ⁹³ *A Time to Choose*, 91.
- ⁹⁴ *R. Dunford*, *The Effects of Federal Income Tax Policy on US Agriculture*, Washington (D. C.) 1984.
- ⁹⁵ Das haben wir schon vor dreizehn Jahren vorgeschlagen in der Schrift „Where Shall the People Live? A Special Message of the United States Catholic Bishops“, Washington (D. C.) 1972.“
- ⁹⁶ *T. E. Miller*, *Economies of Size in US Field Crop Farming*, Washington (D. C.) 1981.
- ⁹⁷ Vgl. Kap. IV.
- ⁹⁸ „*Libertatis nuntius*“, Nr. 1, 6; vgl. auch „*Pacem in terris*“, Nr. 130 f. und „*Laborem exercens*“, Nr. II.
- ⁹⁹ *Overseas Development Council, US Policy and the Third World. Agenda 1985-1986*.
- ¹⁰⁰ *R. S. McNamara*, Rede vor dem Board of Governors der Weltbank, Washington (D. C.) 1980.

- 101 *UN Food and Agricultural Organization*, Dimensions of Need, E9, Rom 1982. Der Welternährungs-Rat der UNO nennt immer diese Zahl, zuletzt auf seiner 11. Jahrestagung in Paris.
- 102 *J. Greenwald, K. Flamm*, The Global Factory, Washington (D. C.) 1985; vgl. auch *R. Muller, R. Barnett*, Global Reach, New York 1974; *R. Vernon*, The Economic and Political Consequences of Multinational Enterprise, Cambridge (Mass.) 1972; das United Nations Center on Transnational Corporations führt laufend Buch über diese Institutionen.
- 103 „Pacem in terris“, Nr. 56–63.
- 104 „Populorum progressio“, Nr. 44. 58–63; auch von Papst Johannes Paul II. in: *Origins* 14/16 (4. 10. 1984) 247, zitiert.
- 105 *Presidents Commission on Security and Economic Assistance*, A Report to the Secretary of State, Washington (D. C.) 1983.
- 106 Z. B.: Nach zwölfjährigen Verhandlungen, in denen fast alles zur Zufriedenheit der USA geregelt wurde, haben sich die USA geweigert, dem Seerechtsvertrag beizutreten; nur die USA haben der UNO-Entscheidung zur Babynahrung ihre Zustimmung versagt; die USA haben die beiden Menschenrechtsvereinbarungen der Vereinten Nationen nicht ratifiziert usw.
- 107 *US Agency for International Development*, Congressional Presentation, Fiscal Year 1986, Main Volume, Washington (D. C.) 1985.
- 108 Die Kunden der International Development Agency, des „Schalters für großzügige Kredite“ der Weltbank, sind die ärmsten Länder der Welt. Die USA haben – mit Erfolg – darauf bestanden, die derzeitige – siebte – Kapitalauffüllung der IDA um 25% zu kürzen. Wenn man die Inflation berücksichtigt, war das eine reale Kürzung um 40%, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem die Schulden der Entwicklungsländer qualvoll hoch und die Preise für die Exportgüter fast gleich Null sind.
- 109 Vgl. Kap. II.
- 110 Das GATT, die dritte – neben der Weltbank und dem Weltwährungsfonds (IMF) – in Bretton Woods geschaffene Institution, ist eigentlich ein Vertrag, der von einem Sekretariat in Genf, Schweiz, überwacht und funktionsfähig erhalten wird. Periodische Verhandlungs-„Runden“ seiner etlichen Dutzend Mitglieder in Nord und Süd dienen der Anpassung und Erweiterung seiner Ausführungsbestimmungen und Statuten.
- 111 Die Berechnung der Schulden beruht auf Angaben der Weltbank, des IMF und der Bank für internationale Schuldenregelung.
- 112 Die Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) ist 1964 in Genf bei einer von den Vereinten Nationen einberufenen Tagung entstanden, um Handel, Entwicklung und damit verbundene Fragen der ärmeren Länder zu erörtern. Sie hat sich für ihre Versammlungen auf einen Vierjahresturnus geeinigt und im Rahmen der UNO einen permanenten Apparat für die Behandlung dieser Fragen geschaffen. Ein Trade and Development Board (TDB) mit Dauer-Ausschüssen tritt alle zwei Jahre zusammen; es hat für seine Verwaltungsaufgaben ein kleines Sekretariat. UNCTAD gilt als Anwalt der Entwicklungsländer in ihrem ständigen Bemühen um größeren Einfluß auf die internationalen Entscheidungen in Handels- und Entwicklungsangelegenheiten und um günstigere Handelsbedingungen
- 113 *US Policy and the Third World*, Tafel B-5.
- 114 Wenn der IMF einem Land hilft, seine Zahlungsbilanzschwierigkeiten in Ordnung zu bringen – z. B. durch Hilfe bei Umschuldungen im internationalen Bereich –, handelt er mit dem Schuldnerland Bedingungen zur Verbesserung seiner augenblicklichen Finanzlage aus. Normalerweise laufen diese darauf hinaus, daß das Land, das die

- Anleihe beantragt, mehr arbeitet und spart. Die Regelungen, landläufig als „Voraussetzung“ bezeichnet, treffen die Armen am empfindlichsten durch Kürzung von Beihilfen, öffentlichen Dienstleistungen und, häufig auch, Löhnen.
- 115 *North American Coalition for Human Rights in Korea*, Testimony before the US Trade Representative, 24. 6. 1985.
- 116 *E. F. Schumacher*, *Small Is Beautiful. Economics As If People Mattered*, New York 1973.
- 117 „*Populorum progressio*“, Nr. 44. 58–63.
- 118 Ebd., Nr. 37; „*Gaudium et spes*“, Nr. 87.
- 119 „*Populorum progressio*“, Nr. 37.
- 120 *R. Leger Sivard*, *World Military and Social Expenditures 1983*, Washington (D. C.) 1983, 23.
- 121 *Päpstliche Kommission „Justitia et Pax“*, *The Social Teaching of John Paul II.*, 6, 1979.
- 122 „*Populorum progressio*“, Nr. 44. 58–63.
- 123 Vgl. Testimony on US Arms Control Policy: Origins 14/10 (9. 8. 1984) 154–158.

Viertes Kapitel

- 1 „*Octogesima adveniens*“, Nr. 24.
- 2 Für andere einschlägige Analysen, die von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen, vgl. *M. Carnoy, D. Shearer, R. Rumberger*, *A New Social Contract*, New York 1983; *A. Etzioni*, *An Immodest Agenda. Reconstructing America before the Twenty-First Century*, New York 1983; *Ch. E. Lindblom*, *Politics and Markets*, New York 1977, bes. 346 ff.; *G. C. Lodge*, *The New American Ideology*, New York 1975; *D. Sturm*, *Corporations, Constitutions, and Covenants: Journal of the American Academy of Religion* 41 (1973) 331–335; *L. Thurow*, *The Zero-Sum Society*, New York 1980, bes. Kap. 1; *R. Mangabeira Unger*, *Knowledge and Politics*, New York 1975; *G. F. Will*, *Statecraft as Soulcraft. What Government Does*, New York 1982, bes. Kap. 6.
- 3 „*Gaudium et spes*“, Nr. 68; vgl. „*Mater et Magistra*“, Nr. 75 ff.
- 4 C. W. Powers hat das in einem Referat sehr gut dargestellt, das er auf einer von der Harvard University Divinity School und dem Institute for Policy Studies vom 29.–31. 3. 1985 in Cambridge (Mass.) veranstalteten Konferenz gehalten hat.
- 5 Vgl. *Johannes Paul II.*, *The Role of Business in a Changing Workplace 3: Origins* 15/34 (6. 2. 1986) 567.
- 6 „*Rerum novarum*“, Nr. 28. Zu den lehramtlichen Verlautbarungen über die Einführung von Kooperativen und Partnerschaft vgl. *J. Cronin*, *Catholic Social Principles. The Social Teaching of the Catholic Church Applied to American Economic Life*, Milwaukee 1950, Kap. VII; *O. von Nell-Breuning*, *Reorganization of Social Economy. The Social Encyclical Developed and explained*, Milwaukee 1936, Kap. X–XII.; *J. Y. Calvez, Jacques Perrin*, *The Church and Social Justiced*, Chicago 1961, Kap. XIX.
- 7 *M. Conte, A. S. Tannenbaum, D. McCulloch*, *Employee Ownership*, Research Report Series, Institute for Social Research, Ann Arbor (Mich.) 1981; *R. A. Dahl*, *A Preface to Economic Democracy*, Berkeley (Calif.) 1985; *Harvard Business School*, *The Mondragon Cooperative Movement. A case study*, von D. P. Ellerman, Cambridge (Mass.) o. J.; *R. Jakall, H. M. Levin* (Hrsg.), *Worker Cooperatives in America*, Berkeley (Calif.) 1984; *D. Jones, J. Svejnar* (Hrsg.), *Participatory and Self-Managed Firms. Evaluating Economic Performance*, Lexington (Mass.) 1982; *J. H. Stegel, E. Weinberg*, *Labor-Management Cooperation. The American Experience*, Kalamazoo (Mich.) 1982; *S. M. Speiser*, *Broadened Capital Owner-*

- ship - The Solution to Major Domestic and International Problems: Journal of Post Keynesia Economics VIII (1985) 426-434; J. Vanek (Hrsg.), Self-Management. Economic Liberation of Man, London 1975; M. L. Weitzmann, The Share Economy, Cambridge (Mass.) 1984.
- 8 Program of Social Reconstruction: NCCB, Justice in the Marketplace, 381.
 - 9 „Mater et Magistra“, Nr. 32. 77. 85-103; „Laborem exercens“, Nr. 14.
 - 10 Der Jahresbericht der Campaign for Human Development, Washington (D. C.), bringt Beispiele für Arbeitnehmer-Eigentum an Betrieben und Arbeitnehmer-Führung von Betrieben, die mit Revolvingkrediten der CHD finanziert werden.
 - 11 „Quadragesimo anno“ stellt den Grundsatz auf, aus dem sich das ergibt: „Es widerstreitet den Tatsachen, einem der beiden, dem Kapital oder der Arbeit, die Alleinursächlichkeit an dem Ertrag ihres Zusammenwirkens zuzuschreiben; vollends widerspricht es der Gerechtigkeit, wenn der eine oder der andere Teil, auf diese angebliche Alleinursächlichkeit pochend, das ganze Erträgnis für sich beansprucht“ (Nr. 53).
 - 12 „Laborem exercens“, Nr. 12.
 - 13 Ebd., Nr. 20. Das hat J. Cronin schon vor fünfundzwanzig Jahren in aller Deutlichkeit festgestellt: „Selbst wenn Ungerechtigkeit und Ausbeutung fast ganz beseitigt würden, wären Gewerkschaften immer noch mit Recht am Platz. Sie sind die normale Stimme der Arbeitnehmerschaft und erforderlich, um das Leben der Gesellschaft auf das Gemeinwohl hin zu organisieren. Das ist eine positive Aufgabe, die auch heute noch zu leisten ist, ganz unabhängig davon, ob irgendwelche sozialen Mißstände sich breitmachen. Ordnung und Eintracht fallen uns nicht einfach in den Schoß; sie sind die Frucht zielstrebigem Bemühens. Wenn wir auch hoffen dürfen, daß die Übelstände, die zum Entstehen der Gewerkschaften geführt haben, einmal verschwinden, so folgt daraus noch nicht, daß die Gewerkschaften damit ihre Funktion verloren hätten. Im Gegenteil, sie werden von unangenehm, wenn auch zeitweilig notwendigen Aufgaben befreit und können dann all ihre Zeit und Mühe der besseren Gestaltung des Lebens in der Gesellschaft widmen“ (Catholic Social Principles 418). Vgl. auch *AFL-CIO Committee on the Evolution of Work. The Future of Work*, Washington (D. C.) 1983.
 - 14 In geradezu klassischer Weise ist das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmensleitung und Aktionären dargestellt in: A. A. Berle, G. C. Means, *The Modern Corporation and Private Property*, New York 1932.
 - 15 P. L. Berger, R. J. Neuhaus, *To Empower People. The Role of Mediating Structures in Public Policy*, Washington (D. C.) 177.
 - 16 *United States Small Business Administration*, 1978. Annual Report, Washington (D. C.) 1979.
 - 17 Unter verschiedenen Gesichtspunkten wurde das in neuerer Zeit zur Sprache gebracht in: R. Friedman, W. Schweke (Hrsg.), *Expanding the Opportunity to Produce. Revitalizing the American Economy through New Enterprise Development: A Policy Reader*, Washington (D. C.) 1981; J. A. Meyer (Hrsg.), *Meeting Human Needs. Toward a New Public Philosophy*, Washington (D. C.) 1982; *Committee for Economic Development, Jobs for the Hard-to-Employ. New Directions for a Public Private Partnership*, New York 1978; G. Alperovitz, J. Faux, *Rebuilding America. A Blueprint for the New Economy*, New York 1984.
 - 18 C. Mackin, *Strategies for Local Ownership and Control. A Policy Analysis*, Somerville (Mass.) 1983.
 - 19 „Mater et Magistra“, Nr. 59. 62.
 - 20 „Laborem exercens“, Nr. 18.
 - 21 Ebd.

- 22 Beispiele und Darstellungen verschiedener Auffassungen von Wirtschaftsplanung finden sich in: *N. Caiden, A. Wildavsky*, Planning and Budgeting in Poor Countries, New York 1974; *R. Dahl, C. E. Lindblom*, Politics, Economics and Welfare. Planning and Politico-Economic Systems Resolved into Basic Social Processes, Chicago 1976; *St. S. Cohen*, Modern Capitalist Planning, The French Model, Berkeley (Calif.) 1977; *A. Waterston*, Development Planning. Lessons of Experience, Baltimore 1965; *Rebuilding America*, Kap. 14 f.
- 23 Z. B. weisen viele Wissenschaftler, die sich mit Fragen neuerer Politik beschäftigen, darauf hin, daß die Währungspolitik einerseits und die Finanzpolitik, die für Besteuerung und Staatsausgaben zuständig ist, andererseits nicht zueinander gepaßt haben, was zu höherer Staatsverschuldung und zu hohen Zinsen geführt hat. Vgl. *A. M. Rivlin* (Hrsg.), Economics Choices 1984, Washington (D. C.) 1984, bes. Kap. 2.
- 24 The Challenge of Peace, 270 f.
- 25 „Populorum progressio“, Nr. 3.
- 26 „Pacem in terris“, Nr. 134 f.
- 27 The Challenge of Peace 268.
- 28 Vgl. *R. O. Keohane, J. S. Nye Jr.*, Two Cheers for Multilateralism: Foreign Policy 60 (1985) 148–167.

Fünftes Kapitel

- 1 „Reconciliatio et paenitentia“, Nr. 13.
- 2 Bischofssynode 1971, Gerechtigkeit in der Welt, Nr. 6.
- 3 Medellín Documents: Justice (1968) Nr. 4. [Sämtliche Beschlüsse der II. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopates, Medellín 24. 8. – 6. 9. 1968 (= Adveniat. Dokumente, Projekte 1–3, S. 17–26 und Stimmen der Weltkirche 8, Neuaufl., S. 22–30)].
- 4 „Lumen gentium“, Nr. 1; „Gaudium et spes“, Nr. 42. 45; Liturgiekonstitution „Sacrosanctum Concilium“, Nr. 26; Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche „Ad gentes“, Nr. 5; Liturgy and Social Justice, hrsg. von *M. Searle*, Collegeville (Minn.) 1980; *National Conference of Catholic Bishops*, The Church at Prayer, Washington (D. C.) 1983.
- 5 „Lumen gentium“, Nr. 36.
- 6 „Iustitia in Mundo“, Nr. 41. [s. Anm. 2].
- 7 *National Conference of Catholic Bishops*, To Teach as Jesus Did. A Pastoral Message on Education, Washington (D. C.) 1972, 7.
- 8 Vgl. *Zweites Vatikanisches Konzil*, Erklärung über die christliche Erziehung, „Gravissimum educationis momentum“, Nr. 3. 6. Vgl. auch Charter of the rights of the Family, 5 b; [Charta der Familienrechte vom 22. 10. 1983 (= Verl. Apost. Stuhl 52, 9)]; „Libertatis conscientia“, Nr. 94.
- 9 *Papst Johannes Paul II.*, On the Family, Washington (D. C.) 1981, 6. [„Familiaris consortio“, 6 (= Verl. Apost. Stuhl 33, 10–12)]. Vgl. auch *R. N. Bellah, R. Madsen, W. M. Sullivan, A. Swidler, St. M. Tipton*, Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life, Berkeley (Calif.) 1985; *The Family Today and Tomorrow. The Church Addresses Her Future*, Boston (Mass.) 1985.
- 10 „Iustitia in mundo“, Nr. 40. [s. Anm. 2].
- 11 „Lumen gentium“, Nr. 8.

- ¹² *National Conference of Catholic Bishops, Health and Health Care, Washington (D. C.) 1981, 50.*
- ¹³ Vgl. Kap. IV dieses Hirtenbriefes.

AUSGEWÄHLTE BIBLIOGRAPHIE

Dokumente des kirchlichen Lehramtes

- Papst Leo XIII.*, „*Rerum Novarum*“ (Über die Arbeiterfrage), 15. Mai 1891: Utz-Galen IV, 1-46, S. 496-553.
- Papst Pius XI.*, „*Quadragesimo Anno*“ (Über die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung), 15. Mai 1931: Utz-Galen IV, 47-195, S. 554-649.
- „*Divini Redemptoris*“ (Über den atheistischen Kommunismus), 19. März 1937: Utz-Galen II, 77-166, S. 224-289.
- Papst Johannes XXIII.*, „*Mater et Magistra*“ (Über Christentum und sozialen Fortschritt), 15. Mai 1961: Utz-Galen IV, 196-459, S. 650-743.
- „*Pacem in Terris*“ (Über den Frieden in der Welt durch Wahrheit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Freiheit), 11. April 1963: Utz-Galen XXVIII, 94-265, S. 2940-3007.
- Zweites Vatikanisches Konzil*, „*Lumen Gentium*“ (Dogmatische Konstitution über die Kirche), 21. November 1964. (= Konzilskompodium III, S. 105-200).
- „*Dei Verbum*“ (Dogmatische Konstitution über die göttliche Offenbarung), 18. November 1965. (= Konzilskompodium XI, S. 361-382).
- „*Dignitatis Humanae*“ (Erklärung über die Religionsfreiheit), 7. Dezember 1965. (= Konzilskompodium XVI, S. 661-675).
- „*Gaudium et Spes*“ (Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute), 7. Dezember 1965. (= Konzilskompodium XIII, S. 423-552).
- Papst Paul VI.*, „*Populorum Progressio*“ (Über die Förderung des Fortschritts unter den Völkern), 26. März 1967: Utz-Galen IV, 460-546, S. 744-799.
- „*Octogesima Adveniens*“ (Zum 80. Jahrestag von „*Rerum Novarum*“), 14. Mai 1971: Utz-Galen IV, 873-953, S. 956-1009.
- „*Evangelii Nuntiandi*“ (Über die Evangelisierung in der Welt von heute), 8. Dezember 1975. (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 2).
- Römische Bischofssynode von 1971*, „*Iustitia in Mundo*“ (Über die Gerechtigkeit in der Welt). (= Römische Bischofssynode 1971, Der priesterliche Dienst. Gerechtigkeit in der Welt, eingeleitet v. Klaus Hemmerle u. Wilhelm Weber, hrsg. v. d. Deutschen Bischofskonferenz, Trier 1972).
- Papst Johannes Paul II.*, „*Redemptor Hominis*“, 4. März 1979. (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 6).
- „*Dives in Misericordia*“, 30. November 1980. (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 26).

- „Laborem Exercens“, 14. September 1981. (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 32).
- „Salvifici Doloris“, 11. Februar 1984. (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 53).

Sammlungen und Kommentare

- Baum, Gregory*, The Priority of Labor. A Commentary on „Laborem Exercens“, New York 1982.
- Benestad, J. Brian*, Ph. D., und *Butler, Francis J.*, S. T. D. (Hrsg.), Quest for Justice. A Compendium of the Statements of the United States Catholic Bishops on the Political and Social Order, 1966-1980, Washington (D. C.) 1981.
- Byers, David M.* (Hrsg.), Justice in the Marketplace. Collected Statements of the Vatican and the US Catholic Bishops on Economic Policy, 1891-1984, with commentary by Pawlikowski, John T., OSM, Ph. D., Washington (D. C.) 1985.
- Calvez, Jean-Yves*, The Social Thought of John XXIII.: „Mater et Magistra“, Chicago 1964.
- Calvez, Jean-Yves - Perrin, Jacques*, The Church and Social Justice, Chicago 1961.
- Camp, Richard L.*, The Papal Ideology of Social Reform, Leiden 1969.
- Cronin, John F.*, Catholic Social Principles, Milwaukee 1950.
- Dorr, Donald*, Option for the Poor. A Hundred Years of Vatican Social Teaching, Dublin - Maryknoll (N. Y.) 1983.
- Flannery, Austin*, OP (Hrsg.), Vatican Council II. The Conciliar and Post Conciliar Documents, Vatican Collection, Bd. 1, Northport (N. Y.) 1975.
- Vatican Council II. More Post Conciliar Documents, Vatican Collection, Bd. 2, Northport (N. Y.) 1982.
- Gibbons, William J.* (Hrsg.), Seven Great Encyclicals, New York 1963.
- Gremillion, Joseph* (Hrsg.), The Gospel of Peace and Justice. Catholic Social Teaching Since Pope John XXIII, Maryknoll (N. Y.) 1976.
- Gudorf, Christine E.*, Catholic Social Teaching on Liberation Themes, Lanham (Md.) 1980.
- Heckel, Roger*, The Social Teaching of John Paul II. The Use of the Expression „Social Doctrine“ of the Church, Vatikanstadt 1980.
- Holland, Joe - Henriot, Peter*, Social Analysis. Linking Faith and Justice, Washington (D. C.) 1980.
- Hollenbach, David*, Claims in Conflict, New York 1979.

- Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 12–14: Das Zweite Vatikanische Konzil. Konstitutionen, Dekrete und Erklärungen, Freiburg 1966–1968.
- Moody, Joseph N.*, Church and Society. Catholic Social and Political Thought and Movements, 1789–1950, New York 1953.
- Nell-Breuning, Oswald von*, Reorganization of Social Economy, Milwaukee 1936.
- Novak, Michael*, Freedom with Justice. Catholic Social Thought and Liberal Institutions, San Francisco 1984.
- O'Brien, David J. – Shannon, Thomas A.* (Hrsg.), Renewing the Earth. Catholic Documents on Peace, Justice, and Liberation, Garden City (N. Y.) 1977.
- Rahner, Karl – Vorgrimler, Herbert*, Kleines Konzilskompndium, Freiburg ¹³1979 (Herder TB 270). [zit. Konzilskompndium].
- Ryan, John A.*, A Living Wage, New York 1906.
– Distributive Justice, New York ³1942.
- Utz, Arthur – Galen, Brigitta Gräfin von* (Hrsg.), Die katholische Sozialdoktrin in ihrer geschichtlichen Entfaltung, 4 Bde, Aachen 1976 [zit. Utz-Galen].
- Schotte, Jan P.*, Reflections on „Laborem Exercens“, Vatikanstadt 1982.
- Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1975 ff. [zit. Verl. Apost. Stuhl].
- Vidler, Alec R.*, A Century of Social Catholicism, London 1964.
- Walsh, Michael – Davies, Brian* (Hrsg.), Proclaiming Justice and Peace. Documents from John XXIII – John Paul II, Mystic (Conn.) 1984.

